

ALTERSARMUT IN DEUTSCHLAND:

OECD verreisst deutsches Rentensystem

- VON KERSTIN SCHWENN, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 27.11.2019-11:00

Die Industrieländerorganisation kritisiert die Rentenpolitik der Bundesregierung als völlig unzureichend. Selbst wer sein ganzes Leben Vollzeit arbeitet, beziehe in Deutschland deutlicher weniger als im OECD-Durchschnitt.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**OECD**) sieht erheblichen Reformbedarf im deutschen Rentensystem. Nachbesserungen sind nach der jüngsten Fortschreibung der Studie „Renten auf einen Blick“ vor allem bei der Alterssicherung sogenannter atypisch Beschäftigter notwendig, also von Selbständigen, Angestellten in Teilzeit oder mit befristeten Verträgen. Wegen der schnellen Alterung der Bevölkerung sieht die OECD außerdem die finanzielle Tragfähigkeit des deutschen Rentensystems unter Druck.

„Nach derzeitiger Gesetzeslage würden die öffentlichen Rentenausgaben gemäß EU-Prognosen von heute etwa 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 12,5 Prozent im Jahr 2060 steigen, obwohl das Rentenniveau aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors um 10 Prozent sinkt.“ Erwerbstätige in atypischen Beschäftigungsverhältnissen hätten schlechte Rentenaussichten, heißt es in der neuen Ausgabe der Studie „Renten auf einen Blick“, die am Mittwoch veröffentlicht wurde.

In Zukunft könnten mehr Menschen von **Altersarmut** bedroht sein, besonders Alleinerziehende, Selbständige und Plattformarbeiter, also beispielsweise Dienstleister in der Paketbranche. Besonders hoch sei das Risiko für Frauen in Deutschland. Ein überdurchschnittliches Lohngefälle und der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigung führten dazu, dass Rentenansprüche von Frauen voraussichtlich weiterhin hinter denen von Männern zurückblieben. Die OECD dringt derweil vor allem auf eine bessere Absicherung für Selbständige, wie dies auch in der Koalitionsvereinbarung von 2018 vorgesehen ist.

Vergleichsweise niedrige Renten

Die überwiegende Zahl der Selbständigen sei – anders als in den meisten anderen OECD-Ländern – nicht zu einer **Rentenversicherung** verpflichtet. Viele seien deswegen im Alter auf anderes Einkommen, Vermögen oder Sozialhilfe angewiesen. Bei Solo-Selbständigen sei die „Rentenabdeckung“ in den vergangenen 15 Jahren sogar gesunken. Im OECD-Durchschnitt erreiche ein Selbständiger mit Durchschnittslohn dagegen etwa 80 Prozent des Brutto-Rentenniveaus eines vergleichbaren Vollzeitangestellten aus gesetzlichen Rentensystemen.

„Da neue Formen der Arbeit im Zuge der Digitalisierung immer häufiger werden, dürften viele düsteren Rentenaussichten entgegen sehen“, warnt die OECD. „Eine weitgehend einheitliche Rentenabsicherung für Arbeitnehmer, Beamte und Selbständige würde dazu beitragen, die Rentenabdeckung für gefährdete Gruppen zu erhöhen und Ungleichheiten in der sozialen Sicherung zu beseitigen.“

Zur von der Koalition beschlossenen **Grundrente** für Geringverdiener schreibt die OECD: Dieser Rentenaufschlag für Menschen mit etwa 35 Jahren an Beiträgen, Erziehungs- oder Pflegezeiten in der Familie werde die Rentenaussichten einiger Geringverdiener verbessern. „Die Grundrente geht jedoch nicht das Altersarmutsrisiko von Geringverdienern mit größeren Karriereunterbrechungen an.“ Auch nach einer vollständigen Karriere als Vollzeitmitarbeiter erhalten Rentner in Deutschland vergleichsweise niedrige Renten.

Das würde den Druck auf die Arbeitsmärkte lindern

Nach geltendem Recht könne ein Vollzeit Arbeitnehmer, der 2018 in den Arbeitsmarkt eintrat, (ohne Zusatzversorgung) mit einer Nettoersatzquote von 52 Prozent rechnen, verglichen mit 59 Prozent im OECD-Durchschnitt. Niedrigverdiener in Deutschland fielen sogar weiter zurück, mit einer Nettoersatzquote bei halbem Durchschnittseinkommen von 56 Prozent im Vergleich zum OECD-Durchschnitt von 68 Prozent.

Die OECD erinnert daran, dass die Koalition im vergangenen Jahr eine „Haltelinie“ für das Rentenniveau festgelegt hat, aus dem sich „nach einer vollständigen Karriere zum Durchschnittslohn eine Ersatzrate (nach Sozialbeiträgen und vor Steuern) bis 2025 von mindestens 48 Prozent ergibt. Zusätzliche Steuermittel sollen das Rentenbudget ausgleichen. „Die stärksten Auswirkungen der Alterung werden sich jedoch erst nach 2025 einstellen“, mahnt die OECD – und erwähnt (unter Hinweis auf die Rentenkommission der Bundesregierung, die im März ihre Vorschläge präsentieren will) das heikle Thema Renteneintrittsalter.

Das gesetzliche Rentenalter in Deutschland steige bis 2031 auf 67 Jahre. „Sechs OECD-Länder gehen einen Schritt weiter und haben das Rentenalter an die Lebenserwartung geknüpft, um den politischen Druck wiederholter Anpassungen des Rentenalters an die steigende Lebenserwartung herauszunehmen.“ Positiv hebt die OECD hervor, Deutschland sei Spitzenreiter beim Anstieg der Beschäftigung Älterer. Der Anteil der Beschäftigten im Alter zwischen 55 und 64 sei seit dem Jahr 2000 um 34 Prozentpunkte auf rund 71 Prozent gestiegen.

Der Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in die Rente in den nächsten Jahrzehnten werde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) bis 2050 um 21 Prozent reduzieren. Eine höhere Arbeitsmarktbeteiligung Älterer und mehr Vollzeitbeschäftigung von Frauen würden den Druck auf die Arbeitsmärkte lindern. Die Beschäftigungsrate von 65- bis 69-Jährigen sei nach wie vor sehr gering.

Quelle: F.A.Z.

«Damals gab's nichts zu kaufen» – wie hat sich die Lebensqualität der Polen seit der Wende verändert?

Zwei Familien erzählen vom polnischen Wohlstandswunder

Vor dreißig Jahren fiel der Eiserne Vorhang. Betroffene erzählen, wie sich die Lebensqualität in Polen seither verändert hat.

Matthias Benz, Krakau 28.11.2019, 06.00 Uhr

«Ein Fiat 126 war immer mein Traum», sagt Krzysztof. «Aber im Polen der 1980er Jahre kostete ein solches Auto ein Vermögen – wenn man denn überhaupt eines finden konnte.» Den Fiat hat Krzysztof kürzlich doch noch bekommen, als Geschenk zu seinem fünfzigsten Geburtstag. Jetzt steht die grau-grüne Kiste in einem Schuppen neben dem Familienhaus in der Nähe von Krakau. Krzysztof restauriert den Oldtimer liebevoll in seiner Freizeit. «Bald werde ich damit fahren können.» Es wirkt wie ein später Sieg über den Sozialismus.

Als Krzysztof und Izabela Anfang 1989 heirateten, stand Polen noch unter kommunistischer Herrschaft. Erst am Horizont zeichneten sich die Ereignisse ab, die im Juni 1989 zu den ersten teilweise freien Wahlen in Polen und später zum Fall des Eisernen Vorhanges auf dem ganzen Kontinent führen sollten. Krzysztof und Izabela zählten damals 21 und 18 Jahre, ihre erste Tochter, Agnieszka, war einige Monate zuvor zur Welt gekommen. «Zum Hochzeitsfest haben wir ein Bügeleisen, Bettwäsche, Abwaschtücher und Geschirr erhalten», sagt Izabela. Neben den praktischen Dingen war auch etwas Geld dabei. Damit kauften sie sich auf dem Schwarzmarkt einen Walkman und zwei kleine Boxen, um Musik zu hören.

PD

Nichts zu kaufen

Das junge Paar hatte Glück. Es konnte von der Mutter der Braut eine kleine Gemeindewohnung im Krakauer Arbeiterviertel Nowa Huta übernehmen. «Es waren nur 24 Quadratmeter. Aber wir hatten unsere eigenen vier Wände», sagt Krzysztof. Die meisten ihrer Freunde lebten bei den Eltern, selbst wenn sie schon verheiratet waren und Kinder hatten. Normalerweise musste man im sozialistischen Polen jahrelang auf eine eigene Wohnung warten. Allerdings hatten die Frischvermählten ausser einem Bett und einem Tisch kaum Möbel. Krzysztof, ein begabter Handwerker, zimmerte dann einiges selbst zusammen.

«Das Schlimmste an jener Zeit war, dass es in den Geschäften kaum etwas zu kaufen gab», erinnert sich Izabela. Güter wie Zahnpasta oder Toilettenpapier waren fast nie erhältlich, und wenn doch, bildeten sich vor den Geschäften lange Schlangen. Einwegwindeln für die kleine Tochter bekam Izabela nicht, aber sie konnte sich mit der Bescheinigung eines Arztes einige Meter Stoff kaufen und sich daraus Windeln anfertigen lassen. Die Knappheit trieb seltsame Blüten. Ihr Brautkleid verkaufte Izabela gleich am Tag nach der Hochzeit weiter. Solche Güter waren begehrt.

PD

In Polen herrschte in den 1980er Jahren Mangelwirtschaft. Lebensmittel waren rationiert, erst gegen Ende des Jahrzehnts verbesserte sich die Versorgungslage allmählich. Krzysztof erhielt an seiner Arbeitsstelle in einem Elektrizitätswerk Lebensmittelmarken ausgehändigt. Sie regelten, wie viel Fleisch, Mehl, Butter, Schokolade oder Alkohol man pro Familienmitglied und Monat kaufen konnte. Arbeiter bekamen doppelt so viel Fleisch zugeteilt wie Angestellte. Auf dem florierenden Schwarzmarkt wurden viele Güter dann deutlich teurer als zu den offiziellen Preisen gehandelt.

Enge Grenzen

«Ein neues Auto zu kaufen, war praktisch unmöglich», erinnert sich Krzysztof. Statt dem ersehnten Fiat 126 erstand er beim Nachbarn eines Schulkollegen einen ostdeutschen Trabant mit Baujahr 1963. «Obwohl es eine Schrottkiste war, kostete auch dieses Auto viel Geld. Aber immerhin konnte ich es selbst reparieren.» Die Suche nach Ersatzteilen glich einem Abenteuer. Einmal kam ein Bekannter vorbei und wollte sich von Krzysztof die Fahrertür für einen Ausflug ausborgen, weil seine eigene kaputtgegangen war. Überhaupt war die Versorgung mit dauerhaften Konsumgütern dürftig. Krzysztof und Izabela besaßen zwar einen kleinen Kühlschrank. Aber eine Waschmaschine und einen Schwarz-Weiss-Fernseher hatten nur die Eltern – «alles aus russischer Produktion».

Aw58 / BY-SA 4.0

Der gelernte Maschinenschlosser Krzysztof arbeitete damals wie fast alle Polen bei einem Staatsbetrieb. Zusammen mit einem Kollegen überwachte er Anlagen in einem Elektrizitätswerk. Aber es gab wenig zu tun. «Meist spielten wir Karten, und in der Nachtschicht haben wir oft geschlafen.» So blieb die Kraft für einen zweiten Job. In einem privaten Handwerksbetrieb half er bei der Herstellung von Pflastersteinen aus Beton. «Das war eine harte Arbeit. Aber ich habe deutlich besser verdient als in meinem offiziellen Job, und ich konnte einiges Geld in Dollar-Devisen umtauschen.» Damit sollte Krzysztof später bei seinen ersten Westreisen Videorecorder und andere Elektronikgeräte erstehen, die er mit gutem Gewinn in Krakau weiterverkaufte.

Krzysztof und Izabela blicken trotz allem nicht verbittert auf die 1980er Jahre zurück. «Es war schön, weil wir jung waren», sagen sie. Wenn sie frisches Brot wollten, verbrachten sie die Nacht einfach schachspielend mit Freunden beim Bäcker. «Wir hatten eine Wohnung, Arbeit und einen guten Freundeskreis, in dem man sich gegenseitig half, während heute in Polen nur noch jeder auf sich selbst schaut.» Wirklich glücklich waren die beiden dennoch nicht. Im sozialistischen Polen hielten sich die persönlichen und politischen Freiheiten in engen Grenzen. «Ich wäre so gerne einmal nach Bulgarien gereist», so beschreibt Izabela ihren damals grössten Wunsch. Als 1989 die Wende kam, atmete Polen auf. Die ersten halbfreien Wahlen stellten einen Meilenstein der demokratischen Mitbestimmung dar. «Es war toll, wir sind alle hingegangen», erinnert sich Krzysztof.

AP

Bild der Unzufriedenheit

Wie die Lebensqualität breiter Bevölkerungsschichten im Polen der 1980er Jahre aussah, darüber ist nur wenig bekannt. Befragungen und statistische Erhebungen, wie sie heute üblich sind, gab es im Sozialismus kaum. Den Machthabern erschien es gefährlich, die Menschen nach ihrer Zufriedenheit, nach ihren Wünschen und Sorgen und nach ihrer materiellen Lage befragen zu lassen. Nicht ohne Grund fürchteten sie die Antworten. Dennoch gelang es einem Warschauer Soziologen namens Adam Sarapata, Mitte der 1980er Jahre eine einigermaßen repräsentative Erhebung unter der polnischen Bevölkerung durchzuführen. «Dass man sie nach ihrer Zufriedenheit befragte, löste bei vielen Menschen grösste Verwunderung aus», schreibt Sarapata in seiner aussergewöhnlichen Studie. «Das Individuum wurde als produktive Einheit betrachtet, die für den Staat und die Partei da zu sein hatte.»

Sarapatas Forschung zeichnet das Bild einer Bevölkerung, die von den Härten des Alltagslebens niedergedrückt wird. «Ich wünsche mir Geschäfte voller Waren und das Geld, damit ich sie mir kaufen kann», beschreibt eine 61-jährige Arbeiterin ihre grösste Sehnsucht. «Die Preise steigen so stark, wie soll ich

da bloss überleben?» Eine 46-jährige Angestellte gibt zu Protokoll: «Es klingt lächerlich, aber ich träume davon, mir Unterwäsche und Bettzeug zu kaufen, sonst laufe ich bald in Lumpen rum, das Geld reicht nirgendwohin.» «Ich hätte gerne eine eigene Wohnung, auf die ich seit zehn Jahren warte», meint ein 33-jähriger Arbeiter. «Ich halte meine materielle Lage nervlich bald nicht mehr aus, mein Lohn geht für Lebensmittel und Unterkunft weg, sonst kann ich mir nichts leisten.»

David Caulkin / AP

Wie Sarapatas Befragungen zeigen, waren materielle Ängste bestimmend für einen grossen Teil der polnischen Bevölkerung. Der Forscher schreibt zusammenfassend von einem «misslichen Alltagsleben, Schlangen in den Geschäften, einem Mangel an Gütern, schlechten Arbeitsbedingungen, Hilflosigkeit, Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit». Dafür spielte auch die äusserst angespannte politische Lage eine Rolle, nachdem Anfang der 1980er Jahre das Kriegsrecht in Polen ausgerufen worden war. Entsprechend unglücklich äusserten sich die Polen bei der Frage nach ihrer Lebenszufriedenheit. Auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) lag der Durchschnitt bei 4,8. Dieser Wert sei «dramatisch niedrig», urteilte der Forscher, wenn man ihn vergleiche mit den Ergebnissen ähnlicher Befragungen zu jener Zeit in den Niederlanden (8,5), Westdeutschland (8,0) oder Frankreich (7,3).

AP

Wie geht's den Kindern?

Im Sommer 2019 hat Agnieszka, die erste Tochter von Krzysztof und Izabela, geheiratet. Sie und ihr Mann Mariusz waren beim Fest gut zehn Jahre älter als ihre Eltern bei der Vermählung, und die beiden haben bereits einen fünfjährigen Sohn. «Als Hochzeitsgeschenk haben wir Geld bekommen», sagt Aga, wie sie alle nennen. «Davon haben wir das Fest bezahlt, und vielleicht reicht es noch für eine kleine Ferienreise.»

Aga und Mariusz haben grosse Pläne. In einem Jahr wollen sie in ein eigenes Haus im Umland von Krakau ziehen. Rund 100 Quadratmeter Wohnfläche soll das Wunschobjekt haben, einen ordentlichen Umschwung, und gut 400 000 Zloty (100 000 Franken) darf es kosten. «Ein eigenes Haus zu besitzen, das ist mein grosser Traum», meint Aga. «Und noch mehr Kinder zu haben», fügt sie lachend hinzu. Vorübergehend wohnen die Frischvermählten im Haus von Agas Eltern, das diese derzeit kaum benützen, weil sie vor einiger Zeit zum Leben und Arbeiten nach Wien gegangen sind. Ihre frühere Wohnung vermieten Aga und Mariusz. Das bringt ein willkommenes Zusatzeinkommen. Dennoch sind die beiden finanziell nicht auf Rosen gebettet. Einen Kredit für das neue Wunschhaus zu bekommen, ist nicht einfach, die Verhandlungen mit der Bank ziehen sich hin.

Im Leben von Aga und Mariusz nimmt die Arbeit eine bestimmende Rolle ein. «Meine Tage sind lang», sagt Mariusz, «oft frühstücke ich im Auto und komme spätabends müde nach Hause.» Mariusz arbeitet als Vertreter für Medizinprodukte und besucht Zahnärzte in ganz Südpolen. «Ich liebe es zu verkaufen», meint er. Etwas Ähnliches macht Aga. Sie leitet Verkaufsseminare für Kosmetikprodukte einer französischen Firma. «Mein Gebiet ist gross, es kommt vor, dass ich frühmorgens unseren Sohn in den Kindergarten bringe, dann im Auto drei Stunden nach Warschau fahre und abends wieder zurück.» Sie liebe Kosmetik und das Reden vor Leuten, sagt Aga. Und sie kommt viel in Polen herum.

Beide sprechen aber auch von ähnlichen Sorgen. «Am meisten belastet mich das Tempo meines Lebens. Es bleibt einfach so wenig Zeit», meint Aga. Mariusz ergänzt, dass beide gerne mehr verdienen würden. Ihre Saläre liegen im Bereich des polnischen Durchschnittslohnes von rund 5000 Zloty (1250 Franken). Den Wirtschaftsboom der letzten Jahre haben sie nur begrenzt gespürt. «Natürlich können wir uns ein anständiges Leben leisten. Aber wir müssen uns anstrengen», erklärt Mariusz. Er betreibt nebenbei als selbständiger Unternehmer noch einen Online-Shop, um das Haushaltseinkommen aufzubessern. «Es wird alles immer teurer in Polen, und die Politik gibt das Geld des Mittelstandes für Sozialprogramme aus.» Mariusz macht sich deshalb auch Sorgen, ob die Einkünfte für Familie und Haus reichen werden.

Satte Mittelschicht

Aga und Mariusz sind typische Vertreter der polnischen Mittelschicht. In ihren Kreisen ist materielle Not längst überwunden. Beide verfügen über ein Geschäftsauto, und als private Reserve steht vor der Hauseinfahrt ein zwölfjähriger Opel Vectra. An Geräten ist alles da: Kühlschrank, Waschmaschine, Mikrowelle, Flachbildfernseher, Smartphones. Für Gäste macht Aga Kaffee aus einer Kapselmaschine. Der Kühlschrank ist prall gefüllt. Bioprodukte kaufen sie allerdings nicht, das ist ihnen zu teuer.

Über einen Mangel an Freiheitsräumen können sich die Polen heute ebenfalls nicht beklagen. «Wir fühlen uns frei, wir können leben, wie wir wollen», sagen Aga und Mariusz. So sind die beiden in den letzten Jahren etwa viel gereist, sie waren in Griechenland, Portugal, Ägypten, Bulgarien und Italien. Normalerweise reicht das Geld für zehntägige Sommerferien pro Jahr. «Ich würde gerne noch mehr reisen und fremde Länder und Kulturen kennenlernen», beschreibt Mariusz einen seiner grössten Wünsche. Vorerst wird das Geld allerdings für die Finanzierung des Hauses benötigt. Insgesamt sind beide mit ihrem Leben zufrieden. «Wir haben einen guten Lebensstandard, eine glückliche Familie und gute Zukunftsaussichten.» Getrübt wird das Bild nach Ansicht der beiden von der gegenwärtigen politischen Lage. Unter der nationalkonservativen PiS-Regierung könnte Polen autoritärer und weniger frei werden, befürchten sie.

Polens Wirtschaftskraft hat sich mehr als verdoppelt

So wie Aga und Mariusz haben viele Polen in den dreissig Jahren seit der Wende einen enormen Zuwachs an Wohlstand und Lebensqualität erlebt. Natürlich war nicht alles perfekt. Vor allem auf dem Land liess die Transformation vom Sozialismus zur Marktwirtschaft Verlierer zurück. Der soziale Zusammenhalt habe gelitten und staatliche Dienste wie das Gesundheitswesen hätten sich verschlechtert, beklagen manche. Polen litt zudem lange Zeit unter hoher Arbeitslosigkeit und starker Abwanderung in den Westen.

Czarek Sokolowski / AP

Musterschüler im Osten

Aber insgesamt leben die Polen heute in einer ungleich besseren Welt als in den 1980er Jahren. Wie stark sich die materielle Lage fortentwickelt hat, zeigt sich etwa daran, dass die Polen fünfmal mehr Autos besitzen als 1989. Fernsehgeräte gab es damals nur 20 pro 1000 Einwohner, heute sind es 554. Mobilfunkabos zählt man jetzt mehr als Köpfe im Land. Die Basis für diesen Quantensprung im Konsum legte das Wirtschaftswunder nach der Wende. Polen entwickelte sich zum Transformations-Musterschüler unter den ehemaligen Ostblockländern. Das lag vor allem an den beherzten marktwirtschaftlichen Reformen, die in Polen bereits 1989/90 einen schnellen Bruch mit dem Sozialismus brachten. Seit der Wende ist die Wirtschaftsleistung pro Kopf um 150% gewachsen. Polen hat beim Wohlstand gegenüber den anderen EU-Ländern spürbar aufgeholt, auch wenn die Kluft zu reichen westlichen Ländern wie Deutschland und Österreich beträchtlich bleibt. Gemessen an der Kaufkraft, leben die Polen heute ungefähr so gut wie die Portugiesen. Und das Wichtigste: Sie sind deutlich zufriedener mit ihrem Leben als 1989.

Nur wenige Wochen fehlen noch, dann wird Krzysztof erstmals seinen restaurierten Fiat 126 aus der Garage fahren. Es dürfte ein kleines privates Fest zum 30-Jahr-Jubiläum der Wende werden.

EINWANDERUNG SCHWER GEMACHT:

Wie Deutschland Fachkräfte abschreckt

- VON DIETRICH CREUTZBURG, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 26.11.2019-16:32



Im Pflegesektor oder in Technologiefirmen: Deutschland fehlen Fachkräfte. Doch Bürokratie und lange Bearbeitungszeiten machen Bewerbern aus dem Ausland den Weg nach Deutschland schwer.

Als der Bundestag im Juni das neue Fachkräfte-Einwanderungsgesetz beschloss, galt das als Durchbruch. Es sei „das notwendigste und das wichtigste“ unter allen aktuellen Gesetzen zur Änderung des Ausländerrechts, lobte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). „Es wird dazu beitragen, unseren Wohlstand und unsere Innovationskraft nachhaltig zu sichern“, sagte die CDU-Abgeordnete Antje Lezius. Das Gesetz soll am 1. März 2020 endgültig in Kraft treten und dafür sorgen, dass Deutschland mehr qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt gewinnt.

Andreas Kopysov spürt im Alltag noch wenig von der politischen Aufbruchstimmung. Er leitet die Visaright GmbH, ein junges Berliner Unternehmen, das vor allem IT-Spezialisten auf ihrem Weg durchs Visumverfahren unterstützt – Hochqualifizierte, die sich für eine berufliche Zukunft in Deutschland interessieren. „Obwohl Unternehmen dringend auf Fachkräfte angewiesen sind, müssen Antragsteller unverändert mit langen Wartezeiten kämpfen“, berichtet er. „Nicht selten springen Kandidaten ab und gehen zum Beispiel in die Niederlande, wo das Verfahren viel effizienter funktioniert.“

Der Unternehmer kennt sich damit gut aus, er hat lange in Konsularabteilungen deutscher Botschaften gearbeitet. Nun hat er den Überblick, wie lange es für Hochqualifizierte dauern kann, auch nur den Termin für einen Visumantrag zu erhalten. „Indien: neun Monate, Philippinen: sechs, Iran: bis zu einem Jahr, Nigeria: eineinhalb“, listet er auf. Und wenn Bewerber jetzt schon knapp seien – wie solle das erst werden, falls bald wie erhofft mehr Anträge kommen? Dass sich Personalengpässe im auswärtigen Dienst nicht schlagartig beseitigen lassen, sei nachvollziehbar, findet Kopysov. Umso weniger lasse sich aber erklären, dass seit Jahren fast nichts geschehen sei, um schwerfällige Verwaltungsabläufe zu straffen und Visumverfahren mittels digitaler Technologien effizienter und schneller zu machen. Warum man noch heute ständig Papierakten per Post um die Welt schicken müsse und sogar zwischen inländischen Behörden oft kein digitaler Datenaustausch gelinge, sei kaum zu verstehen – zumal für gefragte IT-Spezialisten, denen das Technologieland Deutschland eigentlich imponieren will.

Lange Post- und Liegezeit für Akten

Der Normenkontrollrat, das Bürokratiewächtergremium der Regierung, hat die Abläufe schon 2011 durchleuchtet und Straffungen angeregt. Er stellte damals fest, dass ein typisches Visumverfahren für Fachkräfte 44 Tage dauert. Das umfasst nur den Ablauf von der Antragsaufnahme über den Eingang

beim Bundesverwaltungsamt und die Weiterbearbeitung durch kommunale Ausländerämter und Arbeitsagentur bis zur Entscheidung. Das Warten auf Termine und mögliche Verzögerungen, wenn Dokumente nachgefordert werden, kommen hinzu. Zudem stellten die Prüfer fest, dass in den 44 Tagen weniger als fünf Stunden tatsächlich jemand an den Akten arbeitet – der Rest seien Post- und Liegezeiten. „Offensichtlich hat sich seit damals wenig geändert“, staunt Kopysov.

Im Grundsatz ist es zwar heute möglich, Anträge online zu stellen – auch mit Formularen, die man nicht ausdrucken und zur Post geben muss. Dokumente wie Arbeitsverträge und Zeugnisse sind aber fast immer im Original einzureichen. Dabei, findet Kopysov, böten moderne Authentifizierungsverfahren oft sogar mehr Schutz vor Fälschungen als das Prüfen von Stempeln auf Dokumenten oder vermeintlichen Originalen. Erst recht sei nicht einzusehen, warum selbst ein Zustimmungsbescheid der [Bundesagentur für Arbeit](#) auf Papier vorliegen müsse, da ihr wohl kaum Fälschungsabsicht zu unterstellen sei.

Dass Reformbedarf bestehe, hatte im Juni auch Seehofer festgestellt: „Wir müssen hier die Dinge so organisieren, dass die Visaerteilung in sehr kurzer Zeit erfolgt“, sagte er. Tatsächlich hat die Regierung seither drei Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich um bessere Abläufe in Sachen Fachkräfteeinwanderung bemühen. Ein Ergebnis hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ([CDU](#)) jüngst auf dem Deutschen Arbeitgebertag verkündet: Das Auswärtige Amt wird erstmals in seiner Geschichte eine eigene Unterbehörde gründen. Sie soll als eine Art Verwaltungszentrale dienen, die Botschaften und Konsulate im Ausland entlastet.

Die FDP, die sich durch Anfragen an die Regierung regelmäßig nach Fortschritten erkundigt, sieht bisher jedoch keinen Erfolg. „Wir müssen den bürokratischen Weg so kurz und einfach wie möglich halten“, mahnt Arbeitsmarktfachmann Johannes Vogel. „Aber genau hier tut die Bundesregierung nichts – gerade der Außenminister ist sich offenbar zu fein für das Thema Fachkräftegewinnung“, fasst er die Erkenntnisse zusammen. Eine andere Baustelle sind die 600 kommunalen Ausländerbehörden als Prüfinstanz für Einwanderungsanträge aller Art: Nach Vorstellung der [Bundesregierung](#) sollen die 16 Länder Schwerpunktbehörden einrichten, damit es weniger von örtlichen Zufälligkeiten abhängt, wie und wie schnell dieser Teil des Visumverfahrens abläuft.

Die Bereitschaft, dem Konzept zu folgen, scheint unterschiedlich zu sein. Die Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände (VHU) hat kürzlich an die Landesregierung appelliert, Strukturen zügig umzusetzen, damit das Fachkräftegesetz nicht ins Leere läuft. Das Problem sei tatsächlich ein „kleinteiliger Flickenteppich“, bemängelt VHU-Hauptgeschäftsführer Dirk Pollert. Im Alltag seien „viele Ausländerbehörden überlastet“ und könnten kein vertieftes Fachwissen aufbauen, „so dass Antragsteller lange warten müssen und gleiche Sachverhalte in verschiedenen Behörden oft unterschiedlich entschieden werden“. Der Umbau sei nötig, „damit qualifizierte Personen von außerhalb der EU nicht länger durch lange Wartezeiten und komplizierte Verfahren abgeschreckt werden“.

Wie es damit vorangeht, könnte bald klarer werden: Für den 16. Dezember plant die Bundesregierung einen „Fachkräftegipfel“ in Berlin, zu dem Unternehmensverbände, Sozialpartner und Ländervertreter eingeladen sind. Er soll eine Bestandsaufnahme liefern, wie gut Deutschland vorbereitet ist, falls sich bald tatsächlich mehr Menschen aus aller Welt anbieten, Fachkräftelücken im Pflegesektor oder in Technologiefirmen zu füllen.

Quelle: F.A.Z.

KLIMADEMO IN DER LAUSITZ:

Wütend und ungehorsam

- VON NIKLAS ZÁBOJI
- -AKTUALISIERT AM 30.11.2019-12:11



Kohle-Gegner haben angekündigt, an diesem Samstag in der Lausitz gewaltsam zu protestieren. Doch die Forderung nach einer schnellen Kraftwerksabschaltung führt vor allem im dunklen und windarmen November in die Irre.

„Kohle stoppen“, „Klima schützen“, „Dörfer retten“ – in der Lausitz wollten Demonstranten unterschiedlicher Couleur an diesem Samstag einmal mehr ein Zeichen setzen gegen die „Energieversorgung von vorgestern“. Geplant waren Proteste vor dem Braunkohlekraftwerk Jänschwalde und dem zugehörigen Tagebau, der sich vom Süden Brandenburgs in den Nordosten Sachsens erstreckt.

Hauptorganisatorin ist neben den Umweltschützern vom BUND die Gruppierung „Ende Gelände“. Mit Aktionen sogenannten „zivilen Ungehorsams“ machte sie in der Vergangenheit schon häufiger von sich reden, zuletzt im Juni, als mehrere Dutzend Demonstranten im Rheinland auf das Betriebsgelände des Energieversorgers RWE eindrangten. „Ende Gelände“ wird laut Bundesamt für Verfassungsschutz von Linksextremisten unterstützt.

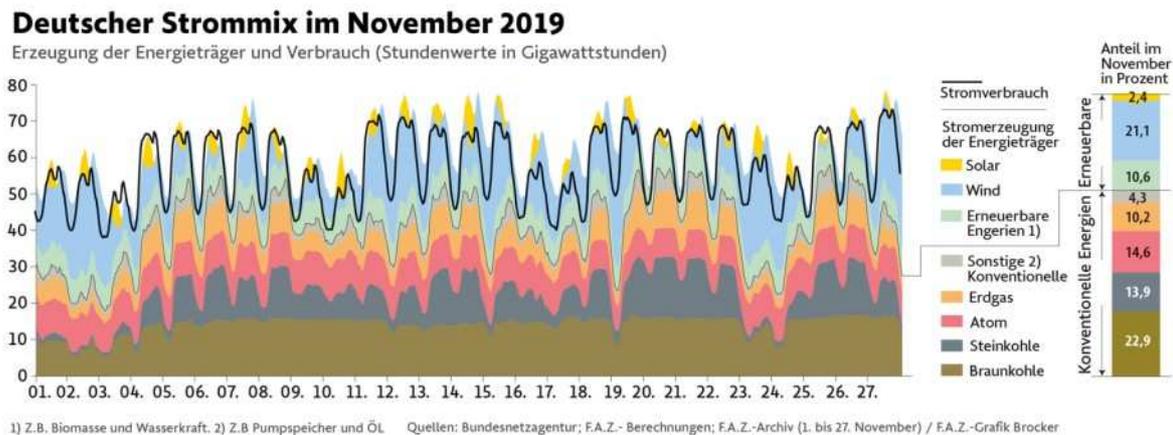
Unter dem Motto „Wütend und ungehorsam – Klimagerechtigkeit selber machen – Wir sind der Systemwandel!“ planten ihre Vertreter nun wieder gewaltsame Auseinandersetzungen. „Während die Regierung den Kohleausstieg 2038 per Gesetz festnageln will, leiten wir den sofortigen Kohleausstieg ein“, heißt es dazu von „Ende Gelände“. In einer Massenaktion zivilen Ungehorsams werde man Kohleinfrastruktur stilllegen, das Zeitalter des fossilen Kapitalismus beenden und rausgehen „aus einem Wirtschaftssystem, das auf endlosem Wachstum und Ausbeutung basiert“.

Mit allen Mitteln

Tatsächlich drangen am Samstagmorgen Hunderte Kohle-Gegner in Tagebaue in der Lausitz und im Leipziger Revier ein. Die Protestierer rannten auf die Gelände der Brandenburger Tagebaue Jänschwalde, Welzow-Süd und Vereinigtes Schleenhain in Sachsen, wie „Ende Gelände“ und das Energieunternehmen Leag übereinstimmend mitteilten. In Jänschwalde kam es zu Rangeleien zwischen Polizei und Aktivisten. Dabei seien drei Beamte leicht verletzt worden, sagte Brandenburgs Polizeisprecher Torsten Herbst. Leag fuhr das Kraftwerk Jänschwalde wegen der Blockaden auf ein Minimum herunter. Durch die Besetzung der Gleise werde der Kohle-Nachschub unterbrochen, erläuterte ein Sprecher. Im Südraum Leipzig hätten die Protestierer gewaltsam und mit Schlägen und Tritten Polizeiketten durchbrochen.

Anders als in der Vergangenheit blies den Demonstranten diesmal schon im Vorfeld unerwartet viel Gegenwind entgegen. Neben dem Betriebsrat des betroffenen Lausitzer Energieversorgers Leag verurteilte der sächsische Landesverband des Gewerkschaftsbunds DGB die geplanten Aktionen aus Sorge um die Beschäftigten. Auch eine Sprecherin des Grünen-Kreisverbands Görlitz gab bekannt, von den angekündigten

Protesten nicht viel zu halten, weil sie „wieder einmal vorrangig zum Austausch von Extrempositionen“ führten.



INFOGRAFIK Deutscher Strommix November 2019

Schließlich fürchteten auch die Behörden um die öffentliche Sicherheit. Der Landkreis Görlitz verhängte am Donnerstag ein Versammlungsverbot rund um den Tagebau. „Ende Gelände“ kündigte am Freitag an, juristisch mit allen Mitteln gegen das Verbot vorzugehen – und auf jeden Fall zu demonstrieren. Auch die „Fridays for Future“-Bewegung gibt sich kämpferisch. Ihre Vertreter auf Bundesebene teilten diese Woche mit, sich der „Massenaktion“ in der Lausitz anzuschließen. Gemeinsam wolle man Kohlekraftwerke und Bagger blockieren und so den Protest dahin bringen, „wo die Regierung weiter munter das Klima zerstört“.

Der Weg dahin ist weit

Seit ihrer programmatischen Formierung im April fordert „Fridays for Future“ einen Kohleausstieg bis zum Jahr 2030, also acht Jahre früher als von der Bundesregierung avisiert. Von den rund 40 Gigawatt an Stein- und Braunkohleleistung, die derzeit installiert sind, hätte man sich schon zu Ende dieses Jahres die Abschaltung von 10 Gigawatt gewünscht. 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung soll nach Vorstellung der Bewegung im Jahr 2035 erreicht werden.

Doch der Weg dahin ist weit. Rund 2500 Terawattstunden Endenergie werden in Deutschland derzeit jährlich verbraucht, davon sind nur 17 Prozent oder 430 Terawattstunden regenerativen Ursprungs. Im Wärmesektor beträgt der Anteil rund 14 Prozent, im Verkehrssektor weniger als sechs Prozent. Nur im Stromsektor haben die Energieträger Wind, Sonne und Biomasse dank milliardenschwerer EEG-Umlage kräftig Boden gutgemacht und 2018 laut Umweltbundesamt zu etwa 38 Prozent den Verbrauch gedeckt.

Mickriger Beitrag

Doch gerade einmal ein Fünftel der Endenergie entfällt auf den Stromsektor. Die hier verbrauchten 225 Terawattstunden erneuerbarer Energie wirken gesamtwirtschaftlich also bescheiden. Hinzu kommt das Problem ihrer schwankenden Verfügbarkeit, wie die von der Bundesnetzagentur bereitgestellten Daten zu Erzeugung und Verbrauch im November verdeutlichen.

Bewegte sich der Stromanteil der Erneuerbaren im Sommer monatelang zwischen 45 und 50 Prozent, sank er im dunklen und zuweilen windarmen November auf weniger als 35 Prozent. Durchschnitts- und Echtzeitwerte sind als nicht ein und dasselbe. Das liegt auch daran, dass Speicherverfahren wie „Power-to-Gas“ noch in den Kinderschuhen stecken.

Vor allem die Photovoltaik leistete in den vergangenen Wochen nur einen mickrigen Beitrag zur Versorgung. Anders die Kohlekraftwerke: Weil zu jeder Tageszeit verfügbar, hätte die Stromnachfrage im November nur durch Importe gedeckt werden können, wären die bestehenden Meiler schon im größeren Umfang vom Netz gegangen.

Éric Zemmour:

«Entre la France et l'Allemagne, la parabole du cheval et du jockey»

Zemmour, Eric

CHRONIQUE - Le cheval allemand a loyalement trotté sous la main ferme de Pompidou et de Giscard. La réunification va changer tout cela.

C'est l'histoire d'un divorce. Une histoire banale sauf que le couple qui divorce n'a jamais été un couple. C'est l'histoire du couple franco-allemand. Un mythe médiatico-politique dont l'establishment français est friand, qui fait rire à nos dépens dans toute l'Europe, y compris en Allemagne. Un mythe qui, comme tout mythe, repose sur un fond de réalité: la geste réconciliatrice du général de Gaulle invitant le chancelier allemand Adenauer à La Boisserie, se faisant acclamer par la jeunesse ouest-allemande, et signant avec l'ancien ennemi héréditaire un traité d'amitié en 1963.

Mais à l'image sentimentale de couple, le soldat de Gaulle préférerait une image équestre plus virile, celle du cheval (l'Allemagne) et du jockey (la France), grâce à laquelle la France, appuyée sur la puissance économique de sa voisine, et sa propre force militaire, pourrait diriger l'Europe et retrouver «*son rang qu'elle a perdu à Waterloo*». Celui de grande puissance mondiale. Le cheval allemand a loyalement trotté sous la main ferme de Pompidou et de Giscard. La réunification va changer tout cela. Le cheval allemand regimbe ; le jockey français perd son allure martiale. Les réformes Schröder - une sorte de dévaluation monétaire déguisée - permettent à l'Allemagne de profiter à fond de la zone euro.

Avec Merkel, le cheval est devenu jockey. Sarkozy et Hollande hennissent mais mangent l'avoine qu'elle leur sert. Macron se rêve en jockey, mais ne s'imagine pas devenir cheval. Quand il est élu, Macron croit encore qu'il suffira de «germaniser» la France à coups de réformes économiques imitées de Schröder pour «franciser» l'Europe. Mais à toutes ses propositions de réforme de la zone euro, l'Allemagne dit non. L'Allemagne ne paiera pas pour le reste de l'Europe, même si l'euro lui a permis de liquider ses rivales industrielles françaises et italiennes. L'Allemagne ne financera pas les expéditions militaires françaises qu'elle juge coloniales et rechigne à faire un avion de combat en commun si c'est la France qui dirige. Merci pour les fadas qui croient à l'Europe de la Défense...

«Mort cérébrale de l'Otan»

Alors, le cheval français a pris le mors aux dents et fait tomber son jockey. Macron a jeté par-dessus bord les contraintes budgétaires héritées du traité de Maastricht et refusé l'entrée de l'Albanie et de la Macédoine dans l'Union. Il a surtout dénoncé la «*mort cérébrale de l'Otan*» . C'est le crime impardonnable. Qui nous ramène à de Gaulle et Adenauer. En 1963, déjà, les parlementaires allemands avaient voté un préambule au traité franco-allemand pour rappeler la prééminence de l'Otan. Dans les tribunes du Bundestag, on remarquait la présence satisfaite de Jean Monnet qui avait beaucoup œuvré en ce sens. Le père de l'Europe était d'abord le fils de l'Amérique...

Même cause, même effets: Macron, comme de Gaulle en son temps, se détourne de l'Allemagne et tend la main à la Russie de Poutine. Cela s'appelle une alliance de revers. Comme après la défaite de 1870 et avant la guerre de 1914. L'Europe, c'est la paix.

Le Figaro, no. 23419

Le Figaro, samedi 30 novembre 2019 533 mots, p. 7

Immigration et retraites : la petite musique de Delevoye

Il déplore un « climat malsain » sur l'immigration, nécessaire selon lui au futur équilibre des retraites.

Wesfreid, Marcelo

EXÉCUTIF À quelques jours d'une mobilisation sociale, cette sortie risque d'électrifier un peu plus le climat général. Et ce, alors même que le gouvernement est censé serrer les rangs - un séminaire est prévu ce dimanche - et éviter les polémiques inutiles. Vendredi, au cours d'un échange avec 80 jeunes à Créteil, au siège de la Fédération nationale de handball, le haut-commissaire aux Retraites, Jean-Paul Delevoye, qui était accompagné du secrétaire d'État à la Jeunesse Gabriel Attal, a fait entendre sa différence sur la politique migratoire. « *Je suis très frappé par la réaction des peuples européens, puisque la démographie européenne et son vieillissement font que si on veut garder le même nombre d'actifs dans la machine économique (...), il faudra 50 millions de population « étrangère » pour équilibrer la population active en 2050 en Europe* », a expliqué l'ancien président du Conseil économique social et environnemental, après une digression sur la situation en Allemagne, pays où la pyramide des âges pose problème pour financer les retraites.

Se défendant de toute « provocation », le « M. Retraites » du gouvernement a ensuite déploré la tonalité des débats actuels sur ces sujets, en utilisant des comparaisons pour le moins glissantes : « *Aujourd'hui où plus un politique n'est capable de parler d'immigration parce que tout le monde s'hystérise, parce que tout le monde fait le procès de l'autre, on est dans un moment très malsain de notre démocratie où on cherche à jeter en bouc émissaire (...) hier le juif, demain le musulman, après-demain ce sera un autre. Il faut (...) qu'on arrive à combattre ce climat malsain parce que l'économie dépend du nombre de personnes qui travaillent.* » Des propos qui tranchent avec la ligne gouvernementale, qui se résume en deux points : durcissement du ton sur les sans-papiers et quotas annuels d'immigration professionnelle favorisant les secteurs en tension, où les postes non pourvus s'accumulent.

Ce n'est pas la première fois que Jean-Paul Delevoye fait entendre sa petite musique. Il avait déjà menacé de démissionner si l'exécutif reportait l'âge légal de départ en retraite. Il s'est farouchement opposé au premier ministre sur la nécessité de procéder à une réforme paramétrique en attendant le basculement vers le système universel à points. À Créteil, le haut-commissaire, qui a désormais rang de ministre, a évoqué une période intermédiaire de « 5, 6, 7, 10 ans », quand Édouard Philippe évoquait un délai possible de transition de 10 à 15 ans. Il n'a pas fait mystère non plus de son opposition totale à la « clause du grand-père », qui aurait repoussé la réforme aux calendes grecques.

Macroniste de la première heure, ancien patron de la Commission nationale d'investiture d'En marche ! pendant les législatives de 2017, le septuagénaire est un homme de missions, à la carrière riche - ministre, maire, député, sénateur, président du Cese, médiateur de la République - derrière lui. Il n'a plus grand-chose à prouver et tient à léguer une réforme des retraites structurelle qui ferait date. Il entretient une relation directe avec le chef de l'État. Une autonomie qui risque toutefois de crispier une partie du gouvernement, avant le choc social qui se profile.

„Freiheit ist unentbehrlich für Nachhaltigkeit“

- VON [PHILIPP KROHN](#)
- -AKTUALISIERT AM 30.11.2019-12:06



Seit vier Jahrzehnten forschen Malte Faber und Reiner Manstetten gemeinsam zu den Konflikten von Ökologie und Ökonomie. Die Klimadebatte sei eine gute Gelegenheit, das Verhältnis des Menschen zur Natur zu korrigieren, sagen sie.

[Greta Thunberg](#) hat das Jahr 2019 geprägt. Was lernt die Gesellschaft von ihr?

FABER: Die Gesellschaft lernt von ihr, dass man die Dinge nicht nur ernst nehmen, sondern auch handeln muss. Ich kam mir kürzlich vor wie zu Apo-Zeiten in Berlin, als ich [Rudi Dutschke](#) erlebt habe. Die jetzige jüngere Generation ist in der Lage, zu begeistern und Energien zu mobilisieren. Sie läuft aber Gefahr, den Schwung zu verlieren und den erwarteten Erfolg zu verfehlen. Um das zu vermeiden, braucht es Geduld, Interdisziplinarität und Vertrauen.

Klimawissenschaftler nehmen als Scientists for Future an der Debatte teil. Sie warnen vor Kipppunkten, die erreicht werden, wenn man nicht innerhalb von zwölf Jahren handelt.

MANSTETTEN: Das ist eine gefährliche Sicht. Nehmen wir an, es stimmt. Aber es gibt auch soziale Kipppunkte: Was kann eine Gesellschaft? Sie hat einen anderen Rhythmus als die Natur. Man kann beides nicht mit einem Gewaltakt synchronisieren.

Viele der entscheidenden Publikationen zur Umweltthematik wie „Grenzen des Wachstums“, „Steady-State Economics“ oder „Small is beautiful“ sind in den siebziger Jahren veröffentlicht worden. Warum finden wir erst fünfzig Jahre später eine Antwort?

FABER: Wir haben zwischen 1970 und 2000 in Deutschland viel erreicht, beim Wasser oder beim Abfall. Das war aber einfacher: Das Wasser hat gestunken, man konnte nicht mehr drin baden. Die Abfallberge waren gigantisch. Wir hatten 30.000 Deponien, heute sind es weniger als 1000. All das war fassbar. Das Klima und seine Folgen sind abstrakt. Wir sind auch nicht gewohnt, in langen Zeiträumen zu denken. Zwar gab es Wissenschaftler, denen das Klimaproblem schon vor einem Jahrhundert im Prinzip bekannt war, und in der breiteren Öffentlichkeit wird es schon seit den achtziger Jahren diskutiert. Aber weil man es so wenig fassen konnte, hat es kaum jemanden so gepackt, dass man an große Veränderungen gedacht hätte. Ohne die zwei heißen Sommer und Greta Thunberg würde auch jetzt nichts passieren. Jetzt ist es fasslich.

CO₂ ist abstrakt. Aber ist es nicht auch der zentrale Schadstoff, der mit unserem Wohlstandsmodell verbunden ist?

MANSTETTEN: Es geht tief in die Lebensgewohnheiten hinein, das war bei anderen Umweltproblemen nicht so. Da gab es technische Lösungen, man konnte Verhaltensänderungen durch Verbote und Preissignale erreichen. Beim CO₂ geht es ums Heizen, ums Verkehrsverhalten, ums Fleischessen, um Milchprodukte. Eine Umstellung auf Pflanzennahrung zum Beispiel hätte enorme positive Folgen. Aber eine Macht, die so etwas mit Gewalt durchsetzt, kann man sich nicht vorstellen. Weil es so tief in die Lebensgewohnheiten eingreift, wird es ein langer Prozess sein. Greta Thunberg und [Fridays for Future](#) setzen Zeichen. Die

Bedeutung eines Zeichens entspricht aber nicht der Macht, etwas zu bewegen. Der Übergang von Zeichenhandlungen zu realem Handeln braucht Zeit, Geduld und Zähigkeit.

FABER: Und Vertrauen! Dass wir uns nicht von den negativen Botschaften schrecken lassen. Wenn die Welt wollte, hätten wir das Problem in einem halben Jahrhundert grundsätzlich gelöst! Es kann aber sein, dass wir es bisher nicht einmal angemessen formuliert haben. Nehmen wir nur die ökonomische Seite des Klimaproblems: Für die meisten Ökonomen geht es um Preise für Schadstoffe. Ich glaube dagegen, dass es hier zunächst um konkrete Stoffe und ihre Mengen geht, um ihre Wahrnehmung und um die Frage, wie man damit umgeht. Für die Öffentlichkeit sind Mengen viel konkreter als Preise. Die Dänen haben uns mit dem Slogan „Weg vom Öl“ etwas vorgemacht. Unter diesem Begriff haben sich weite Teile der Gesellschaft gesammelt.

Warum ist die Aufgabe so groß?

FABER: Wir haben eine riesige Transformation vor uns: Die Energieerzeugung muss sich ändern. Aus der Thermodynamik wissen wir, dass wir nichts wirtschaftlich erreichen können, ohne Energie umzuwandeln. Das bedeutet: Jede Produktion erzeugt Kuppelprodukte. Diese erweisen sich, wenn sie erkannt werden, meist als unerwünscht. Das von den Wirtschaftswissenschaftlern entwickelte Instrumentarium des Preis- und Zinssystems bietet geeignete Eingriffs- und Lenkungsmöglichkeiten, aber Ökonomen achten zu wenig auf die mengenmäßigen Umweltwirkungen der Wirtschaft sowie die sozialen Folgen. So ist CO₂ ein Kürzel dafür, dass sich die ganze Art, wie wir leben, ändern muss. Das Problem ist sogar noch größer: Erfordert nicht Wasser ebenso viel Aufmerksamkeit wie Klima?

Auf den Fridays-for-Future-Demos sieht man zunehmend kapitalismuskritische Plakate. Kommt man dem Umweltproblem auf diesem Weg näher?

FABER: Der Wirtschaftshistoriker Fernand Braudel trennt Marktwirtschaft und Kapitalismus. Marktwirtschaft ist prinzipiell auf Transparenz angelegt, sie dient der Produktion und dem angemessenen Austausch von Gütern. Die Marktwirtschaft kann durch die Politik in ihrem Naturverbrauch eingeschränkt werden, wenn ein entsprechender Wille in der Bevölkerung vorhanden ist. Der Kapitalismus ist intransparent und schaltet tendenziell die Konkurrenz aus. Statt an Gütern sind die Kapitalisten daran interessiert, Gewinne zu erzielen, dabei sind sie auf die Macht der Politik angewiesen.

MANSTETTEN: Begriffe wie Kapitalismus sind auch deswegen so erfolgreich, weil die Kritiker alles, was sie nicht mögen, hineinlegen können. So werden mit der Pauschalkritik am Kapitalismus positive Aspekte der Marktwirtschaft denunziert und Begriffe wie Gier, die es auch außerhalb des Kapitalismus gibt, damit verknüpft. Das ist zwar selten völlig falsch, aber noch seltener völlig richtig. Wenn jemand sagt, Kapitalismus sei für das Klimaproblem verantwortlich, sollte man genauer sagen, welche Handlungen oder Strukturen gemeint sind.

Der „Zeit“-Journalist Bernd Ulrich schreibt, in unserer Epoche seien die alten Dualismen (Kapital-Arbeit, Reich-Arm, Oben-unten) nicht mehr bedeutend. Mensch gegen Natur sei der zentrale Konflikt. Ist da etwas dran?

MANSTETTEN: Das ist eine heikle Formulierung. Zunächst: Die alten Gegensätze laufen zumindest in den Köpfen weiter. Auch wenn Gegenüberstellungen wie Kapital gegen Arbeit schematisch sind, so haben doch beide Seiten wenigstens Repräsentanten und Stimmen. Das Begriffspaar Mensch und Natur ist anders, weil die eine Seite, die Natur keine Stimme hat. Das führt dazu, dass auf der einen Seite die Menschen mit ihren Interessen und Wünschen stehen und auf der anderen Seite ein X, das ihnen fremd bleibt. Hätte die Natur eine Stimme, könnte sie klagen, so könnte man mit ihr in einen Dialog eintreten, so wie es manche Romantiker im 19. Jahrhundert erträumt haben.

FABER: Für die Öffentlichkeit ist es wichtig, Komplexität herunterzubrechen, und das hat Ulrich zu Recht versucht. Aber die Welt ist komplex. Die Wissenschaft muss diese Komplexität im Hinterkopf behalten. Selbst intellektuelle Menschen können auf einfache Formeln hereinfliegen. Die Komplexität beim Klimaproblem ist so riesig, dass selbst Menschen, die vierzig oder fünfzig Jahre darüber geforscht haben,

merken, wie viel sie darüber nicht wissen. Dieses Bewusstsein führt zu einer Bescheidung gegenüber dem, was man kann und was möglich ist.

Warum ist das Klimaproblem so komplex?

FABER: Nicht nur Marx, sondern auch Denker und Dichter wie Goethe, Wordsworth, oder Thoreau haben gespürt, dass die Marktwirtschaft ihre eigene Gefährlichkeit hat. Sie waren aber nicht in der Lage, etwas Besseres anzubieten. Vergleichbares gilt auch für das Klimaproblem. Wir sollten zwar alles tun, um die Lage nicht noch schlechter zu machen. Wir wissen aber nicht, inwieweit wir das Klima aktiv steuern können. Wollen wir es ernsthaft beeinflussen, dann besteht die Gefahr, dass wir uns übernehmen. Wir sollten unsere Kraft auf das verlegen, was wir eben doch können. Und das ist eine Menge: beim Klima, beim Wasser, bei der Biodiversität geht es darum, alles zu unterlassen, von dem wir wissen oder zumindest annehmen, dass es schädlich ist. Wenn wir das tun, dann haben wir, weil das Klima so einen langen Zeithorizont hat, allen Grund zu hoffen, dass wir uns anpassen können.

Ulrich sagt auch, mit dem Wandel der alten Dualismen verschiebe sich, wer moralisch argumentiert. Welche Rolle spielt Moral?

MANSTETTEN: Moral ist seit jeher als Angelegenheit aller verstanden worden. Die Philosophen, die über Moral sprechen, sollten nur etwas ausformulieren, was schon alle Leute, wenn auch ungenau, wissen. Soll Moral verbindlich sein, muss sie etwas Selbstverständliches haben. Im zwanzigsten Jahrhundert hat Hans Jonas einen ganz neuen Gedanken hineingebracht: Wir brauchen eine Moral, die uns für zukünftige Handlungsfolgen verantwortlich macht, wie sie die meisten Menschen in ihrer Gegenwart überhaupt nicht wahrnehmen. Diese neue Moral ist teilweise kontraintuitiv. Bisher hat man gedacht: Wenn man es schafft, gut miteinander umzugehen, Fremde gut zu behandeln und Schwache zu unterstützen, hat man moralisch schon mehr als das Normalmaß geleistet. Schon das erscheint vielen als eine Überforderung. Mit der Verantwortung für die Zukunft, das Klima beispielsweise, betritt man unvertrautes Terrain. Manches ist zwar für gute brave Ökos und Linke sofort klar: Beispielsweise dass sie nie einen SUV fahren sollen. Aber was ist mit den Anderen? Moral muss für alle nachvollziehbar sein. Ich glaube, wir müssen uns in der Tat den Forderungen einer Zukunftsmoral stellen. Aber dafür benötigen wir Zwischenschritte und Stadien der Vermittlung, und das heißt Zeit.

Aggressive Anfeindungen gegen SUV-Fahrer während Fridays-for-Future-Demos sind dann ein Ausdruck unreflektierter Moral?

FABER: Leute schießen oft übers Ziel hinaus. Sicherheitsgurte wurden bei ihrer Einführung in den siebziger Jahren oft nicht angelegt. Heute sind sie selbstverständlich. Es hat auch lange gedauert, bis es selbstverständlich wurde, dass in einem Raum, in dem Nichtraucher sind, nicht geraucht wird. All das sollten wir bedenken. Nachhaltigkeit muss durch die Freiheit gehen.

Wie kommen wir zur Nachhaltigkeit?

FABER: Das weiß ich nicht. Aber ich weiß: Wir kommen nicht zu ihr, wenn wir weiter so nachlässig sind wie in den vergangenen Jahrzehnten. Wir hätten alle wie Greta Thunberg schon vor dreißig Jahren auf die Straße gehen sollen. Der Physiker Carl Christian von Weizsäcker sagte mir einmal, vor dem amerikanischen Senat sei er in den achtziger Jahren gefragt worden, wie man das Atomrisiko in den Griff bekommt. Er sagte: Er hätte eigentlich auf den Tisch springen müssen und anfangen zu schreien. Es ist fürchterlich und gleichzeitig müssen wir es aushalten, um damit umgehen zu können.

Welche Rolle muss die Freiheit auf dem Weg zur Nachhaltigkeit spielen?

MANSTETTEN: Moral muss eine Wurzel im Inneren haben: Sie lebt nur, wenn die Menschen letztlich wollen, was sie sollen. Man kann zwar versuchen, Gesellschaften zu uniformieren. Aber ich glaube, dass das schon rein moralisch verwerflich ist, und ich glaube, dass es bei der Nachhaltigkeit nicht funktioniert. Die Leute müssen sich zu eigen machen, was sie müssen! Man kann von außen Druck und Anreize setzen. Aber irgendwann muss von Innen ein „Ja“ kommen.

CO₂-Ausstoß und Rauch sind externe Effekte. Spürbare externe Effekte sind leichter zu sanktionieren. Kann man beim Klima etwas durch Verbote erreichen?

FABER: Verbote sind gut, wenn man sie durchsetzen kann. In einer Demokratie heißt das, dass sie letztlich von einer Mehrheit getragen werden und den langen Weg durch die Institutionen laufen müssen, bis sie gelten. Ich möchte hier an einen Weg jenseits der Verbote erinnern, der die Freiheit der Akteure stimuliert. Von Ökonomen wurde das Instrumentarium der Umweltabgaben entwickelt, das bereits durchaus erfolgreich eingesetzt wurde. Eine Abgabe ist ein Preissignal, das Unternehmern und die Ingenieure die Freiheit überlässt, wie sie darauf reagieren. Freiheit bedeutet hier vor allem Kreativität; dies ist unentbehrlich für die Nachhaltigkeit.

Wieso kann das funktionieren?

Ein Beispiel: aufgrund der Abwasserabgabe in den siebziger und achtziger Jahren hat die BASF ein Großteil ihrer Produktion umgestellt. Viele Produkte wurden substituiert, neue wurden erfunden, Produktionsverfahren wurden geändert, neue technische Verfahren wurden entwickelt, die zugleich Rohstoffe sparten und die Umwelt deutlich weniger belasteten. Das aber ist nur die eine Seite der Freiheit. Freiheit bringt auch den ungebremsten Konsum mit sich – und da haben wir ein wesentliches Element des menschlichen Beitrags zum Klimaproblem. SUVs machen mich revoltieren, sie sind ein Zeichen von Maßlosigkeit. Wenn wir aber die Freiheit von heute auf morgen einschränken wollten, würden viele nicht mehr mitmachen. Wir müssen als Gesellschaft lernen, auch mit dieser Seite der Freiheit umzugehen, auch wenn sie uns nicht passt. Ich bin viel in China gewesen und bin bei aller Sympathie für die chinesische Kultur skeptisch gegenüber dem, was dort passiert. In Hongkong erleben wir, was die Menschen alles verlieren, wenn sie unter ein Regime kommen, das der Freiheit nicht genügend Raum gibt: Dann ist es nicht nur mit der Freiheit vorbei, sondern die Lähmung wird sich auch auf den Umgang mit der Natur und die Suche nach alternativen Produktionsverfahren und Konsummustern auswirken.

Die Interpretation der Freiheit, die eine Partei liefert, die "Freiheit" im Namen führt, lautet: Ihr wollt uns unsere **Porsches** wegnehmen, wir sollen weniger fliegen und weniger Fleisch essen – lasst das mal die Fachleute klären. Wie stehen Sie dazu?

MANSTETTEN: Ich würde dem Porsche Fahrer sagen: „Wenn Ihnen der Respekt ihrer Kinder wichtig ist, wenn Sie wollen, dass auch die Kinder ihrer Kinder eine gute Lebensperspektive haben, dann wollen Sie sich selbst ihre Porsches wegnehmen“. Wer ernsthaft nachdenkt, wird zu dem Schluss kommen, dass er sogar sich selbst letztlich etwas Gutes tut, wenn er sich bestimmte Handlungsmöglichkeiten wegnimmt. Aber dieser eine Lernschritt wird offenbar vielfach noch nicht gemacht.

Der Soziologe Armin Nassehi und der Nachhaltigkeitsökonom Niko Paech haben eine erbitterte Kontroverse ausgetragen, ob die Gesellschaft mitgenommen werden muss oder moralische Vorbilder Signale geben sollten. Wie kann man Lösungen mit den Mitteln der Gesellschaft finden?

MANSTETTEN: Nassehi hat recht. Die Gesellschaft kann nur mit dem, wozu sie in der Lage ist, Lösungen finden. Man darf das aber nicht statisch sehen. Die Gesellschaft verfügt oft über mehr und bessere Mittel, als ihr bewusst ist, und sie hat das Potential, neue Mittel zu entwickeln. Wenn wir uns zutrauen, anders leben zu können, dann bin ich zuversichtlich, dass das geht. Zunächst sind es diejenigen, die Zeichenhandlungen vollziehen. Für seinen radikalökologischen Lebensstil gebührt Niko Paech deshalb Respekt. Dadurch, dass kleine Gruppen einen Anfang machen, kann eine ökologisch angepasste Lebensweise diffundieren. Ende der achtziger Jahre hatten wir das Klimaproblem vergessen, weil uns die Wende in Osteuropa beschäftigt hat. Die Strukturprobleme dort waren so groß, dass ich dafür Verständnis habe. Vielleicht ist jetzt ein anderer Zeitpunkt, an dem die Menschheit merkt, dass wir anders leben können.

Wäre es nicht im Sinn der internationalen Gerechtigkeit angemessen, wie Niko Paech fordert, allen Menschen einen gleichen limitierten Fußabdruck zuzugestehen, um die biologisch-physikalischen Grenzen einzuhalten?

FABER: Die Menschen sind unterschiedlich. Ungleiche Menschen müssen ungleich behandelt werden. Für meine behinderte Tochter galten andere Bedingungen als für andere. Den Fußabdruck herunterzurechnen und daraus eine Vorschrift zu machen, ist nicht zielführend. Wenn nicht einzelne anders leben könnten, könnten sie auch für die Gesellschaft nicht andere Funktionen erfüllen. Was für ein Leben wäre es, wenn alle gleich wären? Insgesamt muss es allerdings ein Ziel sein, dass alle Fußabdrücke zusammen einer Begrenzung unterworfen werden.

MANSTETTEN: Das ist eine Art von Vereinfachung, die nicht funktioniert. Normativ geht es hier um Egalitarismus. Demnach besteht dann Gerechtigkeit, wenn alle gleich behandelt werden. Man bräuchte aber einen Weltregenten mit furchterregenden Handlangern, um das durchzusetzen. Eine andere Denkrichtung vertritt der indische Ökonom Amartya Sen, der sagt, dass sich unterschiedliche Anspruchsniveaus in unterschiedlichen Gesellschaften legitimieren lassen – aus Freiheit! Langfristig haben Egalitaristen allerdings einen Punkt: Deutsche und Inder beispielsweise werden ihren Rohstoffverbrauch und ihre Umweltnutzung einander angleichen müssen.

In die Debatte hat sich mit Michael Kopatz vom Wuppertal Institut ein vierter interessanter Vertreter eingeschaltet. Er tritt dafür ein, dass wir die ökologischen Limits anerkennen und politisch für Schadstoffe Grenzen setzen. Ist das ein gangbarer Kompromiss?

FABER: Aus meiner Sicht ja. Aber eine total neue Transformation, die umweltgerecht ist, verlangt Realismus, einen Sinn für Zeit und ein Verständnis dafür, was wir wissen können und wie sich Menschen ändern können. Hier gilt der Satz von Schiller: „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“

MANSTETTEN: Ökogrenzen werden sich nur durchsetzen, wenn äußerlich gesetzte Einschränkungen als innerlich bejahtes Maß akzeptiert werden.

Maßhalten ist eine alte Idee von Aristoteles bis Ludwig Erhard. Was können wir von den beiden für die Ökocodebatte lernen?

FABER: Das Maß als Ziel zu haben, aber zu wissen, dass es ein langer Weg dahin ist. Dass das Maßhalten ein gutes Leben sein kann, müssen wir uns erst einmal klar machen.

MANSTETTEN: Platon und Aristoteles wussten, dass das maßlose Immer-mehr-Haben-Wollen nicht glücklich macht. Ihnen ging es um eine Gesellschaft, in der die Menschen ihr jeweils menschengemäßes Maß entdecken. Wo solche Entdeckungen gemacht werden, ist ein gutes Leben möglich.

Grenzen des Wachstums sind eine sehr alte Idee, über die Ökonomen erst mit dem Wachstumstheoretiker Robert Solow in den fünfziger Jahren aufgehört haben nachzudenken. Von wem können wir lernen, wie wir mit Wachstumsgrenzen umgehen?

FABER: Als erster fällt mir Nicholas Georgescu-Roegen ein, dann sein Schüler Herman Daly. Es ist erstaunlich, wie wenig Ökonomen die Grenzen des Wachstums gesehen haben. Generell haben Umweltfragen einen zu geringen Stellenwert. Was durch die Gesellschaft dringen sollte, ist noch nicht einmal durch die Wissenschaft gedrungen. Ich möchte hier noch einen weiteren Punkt ansprechen: Das demographische Problem, das ebenfalls mit Zeit zu tun hat. Von 7,4 Milliarden Menschen haben 2 Milliarden gerade Essen und etwas Bildung und Medizin, aber es gibt eine Milliarde, der es schlecht geht sowie eine Milliarde, die Hunger hat. Bis 2050 werden noch mal 2,4 Milliarden auf die Welt kommen. Sie werden zusätzlichen Bedarf haben. Wie sollen wir das nur hinbekommen?

MANSTETTEN: Interessant ist Thomas Malthus, der um 1800 behauptete, dass die Bevölkerung strukturell schneller wächst als die Nahrungsproduktion – trotz technischen Fortschritts. Das führt zum Kollaps. Er hätte gesagt, dass das Bevölkerungsproblem sich von selber regeln wird durch Kriege, Seuchen und Hungersnöte. Auch wenn wir seinen Zynismus ablehnen: Selbst der Club of Rome ist nicht frei von Malthusianischen Ideen, wenngleich er seine Vorhersagen als Drohszenarien aufgebaut hat, die man vermeiden sollte. Noch etwas anderes: Wir starren auf die Grenzen des Wachstums oft wie das Kaninchen

auf die Schlange. Mir scheint es weise, statt nach dem Überleben nach dem guten Leben zu fragen. Im 19. Jahrhundert erkannten William Wordsworth oder Henry David Thoreau, dass der enorme Naturverbrauch die Glücksfähigkeit der Menschen gefährdete; denn Glück hatte für sie damit etwas zu tun, dass man empfänglich ist für das Leben der Tiere und Pflanzen und die Schönheit der Berge und Seen.

Die beiden Nobel-Gedächtnispreisträger Robert Solow und Joseph Stiglitz antworteten Herman Daly in den neunziger Jahren, der Naturverbrauch der Wirtschaft sei kein Problem, weil Produktionsfaktoren substituierbar seien – die Technologie mithin den Ressourceneinsatz langfristig zurückdränge. Daly antwortete, ein Kuchen lasse sich auch nicht mit immer weniger Zutaten und immer besseren Formen backen. Wer hat Recht?

FABER: Eindeutig Daly. Denn es gibt Grenzen, was die Umwelt an Schadstoffen aufnehmen und was wir der Natur entnehmen können.

MANSTETTEN: Viele vergessen, dass die Endlichkeit bleibt – auch wenn man die Grenzen ausdehnt. Wie viele haben dem Club of Rome nachweisen wollen, wie falsch er gerechnet hat! Wie recht hatte er doch!

Quelle: FAZ.NET

FRANKREICH IN DER EU:

Die zögernde Atommacht

- VON KONRAD SCHULLER
- -AKTUALISIERT AM 01.12.2019-17:25



Viele Deutsche misstrauen Amerika und wollen deshalb unter Frankreichs Nuklearschirm. Aber würde Macron ihn überhaupt für uns aufspannen?

Zwei Tage, zwei Befunde. Der erste kam am Dienstag, er war das Ergebnis einer Umfrage: Amerika ist nicht mehr der Lieblingsverbündete der Deutschen. Der ist jetzt Frankreich. Und die Deutschen wollen auch Amerikas Atomschirm nicht mehr. Nur noch ein Fünftel findet ihn gut, vierzig Prozent wollen dagegen, dass Deutschland seinen Schutz künftig in Europa sucht, bei den Atommächten Frankreich und Großbritannien.

Tags darauf, am Mittwoch, dann der Gegenbefund. Er kam von der Kanzlerin. Im Bundestag, in der Haushaltsdebatte, erwähnte sie die „amerikanischen Freunde“ schon in der ersten Minute. Warme Worte. Den europäischen Sehnsüchten des Umfragenvolks blies sie den Eiseshauch der Realität entgegen: „Europa kann sich zurzeit allein nicht verteidigen.“

Dabei ist es kein Zufall, dass die Leute sich von Amerika abwenden. Sie sehen, wie die „amerikanischen Freunde“ unter Präsident Trump die Nato in Frage stellen. Trump ist sogar so weit gegangen, einzelne Länder herauszupicken, die er im Falle eines Falles nur ungern verteidigen würde. Zuletzt war das Montenegro. Wann würde es Deutschland sein? In der Ukraine-Affäre hat jeder sehen können, dass Trump bereit ist, abhängige Länder ohne Erbarmen zu erpressen. Und an den syrischen Kurden konnte jeder beobachten, wie er treue Verbündete von einem Tag auf den anderen fallen lässt.

Also Europa. Also Frankreich und Großbritannien. Weil aber Großbritannien gerade von der EU Abschied nimmt, wäre seine Schutzgarantie nicht ganz glaubwürdig. Eine Nuklearmacht, die ihr Abschreckungspotential auf ein anderes Land ausweiten will, geht ein großes Risiko ein. Ein Konflikt an fremden Grenzen kann dann ihre eigene Hauptstadt zum Ziel eines Atomschlags machen. Deshalb muss die Verbindung zwischen Schützling und Beschützer eng sein, wenn so ein Abwehripakt einen Gegner beeindrucken soll.

Also Frankreich. Das Land hat zwar viel weniger Atomwaffen als Amerika, aber es besitzt vier Atom-U-Boote, von denen immer mindestens eines bereit ist, jeden beliebigen Angreifer mit nuklearem Feuer zu überziehen. Hinzu kommen zwei Fliegerstaffeln an Land und eine Anzahl von weiteren Bombern, die vom Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ starten können. Nach französischer Auffassung reicht das zur Verteidigung des „Sanctuaire“, des eigenen Territoriums. Die Streitmacht gilt als groß genug, um jeden Angriff auf Frankreich selbst unerträglich riskant erscheinen zu lassen. Russland zum Beispiel müsste um Moskau und St. Petersburg fürchten, wenn es unvorsichtig genug wäre, das „Heiligtum“ anzutasten.

Zu einer „erweiterten“ Abschreckung, die neben dem eigenen Territorium auch Verbündete umfasst, gehört allerdings mehr. Der zentrale Punkt ist Glaubwürdigkeit. Das schützende Land muss dem Gegner klarmachen, dass es bereit ist, für die Beschützten tatsächlich in einen Atomkrieg zu ziehen. Wie das geht,

macht Amerika seit Jahrzehnten vor. Erstens hinterlegt es Pfänder: Die Vereinigten Staaten unterhalten in vielen Ländern der Nato militärische Einrichtungen, die so wertvoll sind, dass der Schutz des Verbündeten praktisch zum Selbstschutz wird. In Deutschland gehören dazu der Flughafen Ramstein, eine zentrale Verteilerstelle des weltweiten amerikanischen Nachschubs, mehrere wichtige Kommandoeinrichtungen sowie das „Landsberg Regional Medical Center“, das größte amerikanische Militärkrankenhaus außerhalb der Vereinigten Staaten. Zu den Pfändern gehören auch Atomwaffen. Amerika verwahrt mehrere Dutzend Bomben in Bunkern auf dem deutschen Fliegerhorst Büchel. Das Signal lautet: Wer Deutschland angreift, greift Amerikas Atommacht an.

Die Frage der Glaubwürdigkeit

Das zweite Element der Glaubwürdigkeit: Amerika lässt seine Verbündeten beim Einsatz der Atombomben auf ihrem Boden mitreden. Das gilt für Italien, Belgien und die Niederlande, aber auch für Deutschland. Für die ist ein „Zwei-Schlüssel-System“ der Teilhabe geschaffen worden. Die Bomben sind zwar amerikanisch, aber die Bomber sind zum Beispiel deutsche Tornados. Wenn sie eingesetzt werden, müssen beide Seiten zustimmen.

Paris hat solche Garantien nie angeboten. Seine Nuklearmacht ist in einer anderen historischen Situation entstanden als die der Vereinigten Staaten. Amerika hat die Atombombe im [Zweiten Weltkrieg](#) entwickelt – einem Krieg, den es überzeugend gewann und in dem es auch noch ein Dutzend Verbündete rettete. Der Gedanke lag damit nahe, seine nukleare Schutzgarantie könnte weitere Länder umfassen.

Frankreich hat da andere Erinnerungen. Erst unlängst hat ein Mann über sie gesprochen, der international als der „Papst“ der französischen Nukleardoktrin gilt: Nicolas Roche, Direktor für Strategie und Sicherheit im Außenministerium. Im Verteidigungsausschuss der Nationalversammlung erinnerte er im März an zwei Traumata, die der französischen Atomrüstung bis heute zugrunde liegen: das „Debakel vom Juni 1940“ und die Suez-Krise von 1956.

De Gaulles Doktrin

„1940“ steht für die militärische Vernichtung Frankreichs durch Hitlers Überfall im Zweiten Weltkrieg. Die „Suez-Krise“ ist eine Chiffre für Bündnisverrat: Ägypten hatte damals die französisch-britische Suezkanal-Gesellschaft verstaatlicht. London und Paris wollten eingreifen, aber das verbündete Amerika stellte sich gegen sie. Sie verloren die Kontrolle über den Kanal.

Das wirkt bis heute. Seit Präsident [de Gaulle](#) beruht die französische Nukleardoktrin auf dem Gedanken, dass eine Nation militärisch erstens unangreifbar sein muss, wenn sie überleben will, und dass sie sich zweitens im Ernstfall auf Verbündete nicht verlassen kann. Das führt dann zu dem Schluss, dass kein Staat, weder Amerika noch Frankreich, jemals glaubwürdige atomare Garantien für andere abgeben kann. Roche hat das im März so formuliert: „De Gaulle war überzeugt, dass kein Land sich verpflichten kann, sein Leben zum Schutz einer anderen Nation einzusetzen, und deshalb glaubte er, dass Abschreckung nicht geteilt werden kann.“ In Bezug auf Frankreichs Partner in Europa und in der Nato fügte Roche dann noch hinzu, die hätten eben „eine andere Wahl getroffen“ und ihre Sicherheit von der „erweiterten Abschreckung“ der Amerikaner abhängig gemacht.

Neben diesem nuklearen Eigenbrötlertum hat es allerdings immer wieder auch Zeichen für ein europäisches Denken gegeben. Frankreich setzte sich dafür ein, dem europäischen Vertrag von Lissabon eine militärische Beistandsklausel anzufügen, und im vergangenen Frühling billigte es im Aachener Vertrag mit Deutschland eine Formel, in der beide Länder sich für den Fall eines bewaffneten Angriffs „jede in ihrer Macht stehende Hilfe“ versprechen.

Putin kann den Sekt kaltstellen

„Jede Hilfe“ – das ist eine sehr weitgehende Zusage, und nach den Gesetzen der Semantik schließt sie nuklearen Schutz mit ein. Allerdings gibt es zwei Probleme mit dieser Formel. Erstens hat Frankreich für seine Bündnistreue niemals all die Pfänder geboten, die Amerika hinterlegt: weder die Stationierung von

Atomwaffen auf dem Boden von Verbündeten noch ein Zwei-Schlüssel-System nach dem Vorbild der nuklearen Teilhabe. Zweitens: Selbst wenn das Schutzversprechen von Aachen ernst gemeint sein sollte, bezöge es sich nur auf Deutschland. Aus Sicht der übrigen Bündnispartner in EU und Nato sieht das Ganze deshalb aus wie ein Sonderpakt, in dem zwei sich zusammentun, um die anderen im Stich zu lassen. So etwas fürchten vor allem die Polen und Balten, die sich von Russland bedroht fühlen. Würde Deutschland also in Zukunft tatsächlich auf Frankreich setzen statt auf Amerika, wäre sein Ruf als verlässlicher Nato-Partner dahin. Die Osteuropäer würden dann Sonderbündnisse mit Amerika suchen, und die Nato wäre endgültig gespalten. Falls **Trump** das Bündnis tatsächlich eines Tages fallenlassen wollte, hätte er jetzt einen zusätzlichen Grund. Da könnte Putin den Krimsekt kaltstellen lassen.

Frankreich hat zuletzt viel getan, um solche Alpträume real erscheinen zu lassen. Präsident Macron erweckt den Eindruck, dass ihm die Nato und vor allem die russische Bedrohung gegen deren Mitglieder im Osten egal sind. Manche seiner Äußerungen hatten beinahe schon Trump'sches Kaliber – als er die Nato für hirntot erklärte und trotz der erklärten Sicherheitsinteressen der EU ein Veto gegen Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien einlegte. Und zuletzt in dieser Woche, als die F.A.Z. bekanntmachte, dass er Putins Angebot annehmen möchte, über ein „Moratorium“ bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. Die übrigen Nato-Staaten lehnen das ausnahmslos ab. Sie sehen nicht ein, über einen Rüstungsstopp zu sprechen, nachdem Russland gegen alle Abmachungen längst vorgeprescht ist und vermutlich schon 64 Marschflugkörper gegen Europa in Stellung gebracht hat.

Es gibt also ein Problem mit dem europäischen Atomschirm, und Macron ist ein Teil davon. Der spricht zwar bei jeder Gelegenheit vom „souveränen Europa“, aber seine Politik sieht manchmal so aus, als gebe es für ihn neben Frankreich höchstens noch Deutschland und die kleineren Länder dazwischen. Als Nicolas Roche, der nukleare Chefstrategie der Franzosen, vor dem Verteidigungsausschuss auftrat, hat er das so ausgedrückt: „Die Debatte über die nukleare Abschreckung in Europa ist da. Aber ich habe keine Ahnung, was der Präsident der Republik für eine Antwort geben wird.“

Quelle: F.A.S.

POLNISCHES RESTAURANT „TAK TAK“:

Kuchnia polska in Berlin

- VON LEONIE FEUERBACH
- -AKTUALISIERT AM 01.12.2019-12:25



Nicht immer nur Pizza, Döner, Sushi: Karol Kasierski will, dass die Deutschen öfter mal Polnisch essen gehen. Zum Beispiel in seinem „Tak Tak Polish Deli“ in Berlin.

Sein Heimatland verbindet Karol Kasierski mit einem angenehmen Gefühl von Melancholie und mit dem Geruch der Eintöpfe seiner Urgroßmutter: Pilze, Sellerie, Möhren. Und ganz viel Fleisch. „Die polnische Küche ist eine heftige, leckere Küche.“ Der Achtunddreißigjährige, ein bärenhafter Typ mit langen schwarzen Haaren und schwarzem Bart, sitzt an einem Samstagnachmittag in seinem „Tak Tak Pop-up-Restaurant“ in Berlin und schaufelt Bigos in sich hinein. Polnisches Essen hilft gegen Kater – und bei der Eröffnung am Vorabend gab es viel Wodka.

Das Pop-up-Lokal liegt hinter dem Landwehrkanal im Kreuzberger Graefekiez. Auf dem kurzen Weg vom U-Bahnhof Kottbusser Tor zu Kasierskis Restaurant kommt man an drei Dönerbuden und einer Pizzeria vorbei. Nach den Türken und vor den Italienern sind die Polen in Deutschland die zweitgrößte Einwanderergruppe. Doch polnisches Essen ist hierzulande kaum zu finden. Karol Kasierski will das ändern.

Als er vor vier Jahren sein polnisches Schnellrestaurant „Tak Tak Polish Deli“ in Berlin-Mitte eröffnete, war sein Ziel, dass die Menschen in den umliegenden Büros künftig sagen würden: Gehen wir heute zum Asiaten, zum Italiener oder zum Polen? Zumindest um den Rosenthaler Platz herum, glaubt er, ist das inzwischen der Fall.

Mit 15 Jahren eine Ausbildung zum Koch

Jetzt soll es auch rund um die Graefestraße so werden. Hier ist Kasierski erst mal über die Wintermonate im Eiscafé einer Freundin zu Gast. Die Einrichtung – Pflanzen in goldenen Töpfen und mintgrüne Wände, an denen Schwimmbad-Fotos hängen – hat er nicht verändert, bloß den Namen des Restaurants in goldenen Buchstaben auf die Scheibe gemalt. Sein Plan: im Frühjahr permanent in einen anderen Laden in der Gegend umzuziehen.

„Die Leute lieben das Essen“, sagt er. „Wenn die ihre Teller zurückbringen, gucken sie immer wie verknallt.“ Leider vergäßen sie dieses Gefühl oft schnell wieder. „Man muss sie immer wieder erinnern, dass es auch polnisches Essen gibt.“ Also Zurek, eine saure Mehlsuppe mit Weißwurst, Pierogi, Teigtaschen mit verschiedenen Füllungen, und natürlich Bigos, den polnischen Eintopf. Im „Tak Tak“ gibt es die Pierogi auch mit Spinat oder Ziegenkäse statt Fleisch gefüllt, den Bigos optional mit Räuchertofu. Etwa jeder dritte Kunde sei Pole, schätzt er, die anderen kommen aus Deutschland und der Welt und haben Lust auf polnisches Essen. Das lässt ihn hoffen.



Schnell und unkompliziert: Die Pierogi serviert Karol Kasierski mit fertigen Röstzwiebeln statt mit frisch angebratenen Zwiebeln. :Bild: Jens Gyarmaty

Seine Eltern flohen 1981, als das Kriegsrecht in Polen ausgerufen wurde, um die Demokratiebewegung zu zerschlagen, und als eine Verhaftungs- und Repressionswelle das Land erfasste. Mit dem neugeborenen Karol kamen sie zum ersten Mal nach Deutschland. Später gingen sie noch einmal für zwei Jahre zurück. 1986 verließen sie Łódź wieder gen Kaiserslautern, diesmal für immer.

Mit 15 Jahren begann Kasierski eine Ausbildung zum Koch, brach sie ab, studierte später Marketing, veranstaltete Partys und landete bei einer polnischen Consulting-Agentur. Nebenher arbeitete er in einer Bar. Keine Konferenzen und Korrekturschleifen, sondern direktes Feedback: ein Lächeln, ein Lob für den Drink – das gefiel Kasierski so sehr, dass er seinen Job an den Nagel hängte und monatelang vor sich hin kochte, den Geschmack der Gerichte seiner Uroma im Kopf, seine Oma zur Unterstützung und Beratung ständig am Telefon. Dann eröffnete er das „Tak Tak“.

Aus dem Bedürfnis heraus, nicht auffalten zu wollen

Inzwischen kocht er nicht mehr selbst, sondern lässt die Gerichte nach seinen Rezepten in Polen zubereiten und wärmt sie bloß auf. „Die polnische Küche ist saumäßig viel Arbeit“, sagt er. „Für die Pierogi muss man den Teig und die Füllung zubereiten, jede Teigtasche muss geformt, gefüllt und verschlossen werden. Das kostet viel Zeit und Geld.“ Ist polnisches Essen deshalb im Nachbarland so wenig verbreitet? Kasierski hat eine andere Vermutung: Als die Italiener und Türken als Gastarbeiter kamen, reisten die Deutschen zum Urlaub in deren Heimatländer und freuten sich bei der Rückkehr auf das Essen, das sie im Ausland kennengelernt hatten.

Polen hingegen lag hinter dem Eisernen Vorhang. Und während Italiener und Türken ihre Kultur fernab der Heimat pflegten und den Deutschen stolz ihre Nationalgerichte präsentierten, gingen die Polen einen anderen Weg: Sie integrierten sich schnell und geräuschlos, waren abgesehen von Hinweisen auf polnischsprachige Gottesdienste lange kaum sichtbar. Kasierski erlebte in seiner Kindheit sogar Eltern, die ihren Kindern verboten, in der Öffentlichkeit Polnisch zu sprechen.



Vegetarische Variante: Pierogi mit Rote-Bete-Ziegenkäse-Füllung :Bild: Jens Gyarmaty

Er selbst hat mit seinen Eltern immer Polnisch gesprochen – und oft mit ihnen zusammen darüber nachgedacht, warum ihre Landsleute sich im Ausland so assimilieren. Er glaubt, es könnte daran liegen, dass die Polen aus der Generation seiner Eltern als politische Flüchtlinge kamen. Vielleicht spielte Angst vor den

Fängen des gleich hinter der Grenze liegenden kommunistischen Regimes eine Rolle bei dem Bedürfnis, bloß nicht aufzufallen.

Essen und Politik hängen für ihn eng zusammen

Die Unauffälligkeit der Polen, die nicht vor Jahrzehnten als politische Flüchtlinge kamen, sondern erst vor einigen Jahren im Zuge der EU-Osterweiterung, erklärt das freilich nicht. Allein im Jahr 2016 waren das immerhin mehr als 120.000 Personen. Bücher wie „Wir Strebermigranten“ der Journalistin Emilia Smechowski oder „Wir Unsichtbaren“ des Historikers Oliver Loew befassen sich mit der besonderen Art der polnischen Integration.

Wie auch immer sich dieses Phänomen erklären lässt: „Zuletzt ließ es nach“, sagt Kasierski. Zu Beginn des Jahrzehnts wurden die Polen in Deutschland sichtbarer. „Es gab mehr Interesse an Polnischem, und die Polen wurden selbstbewusster.“ In seinem Restaurant wollen sie ihre deutschen Freunde an der polnischen Küche teilhaben lassen, glaubt er. Und seine Gerichte, 90 Prozent Tradition gemischt mit zehn Prozent internationaler Fusion-Küche, eigneten sich dafür besonders gut.

Dann aber kam 2015, noch im Jahr der Eröffnung des „Tak Tak“, in Polen die PiS-Partei an die Macht. Für die liberalen Polen im Ausland war das ein Dämpfer. „Andere sind seither erst recht stolz und tragen einen unangenehmen Nationalismus vor sich her.“ Wenn sie in seinen Laden kommen und sehen, dass hier vegane Pierogi im Stehen gegessen werden, sind sie oft entsetzt – und kommen nicht wieder.

„Die polnische Küche wurde noch nicht wirklich aufgebrochen und erneuert“, sagt Kasierski. „Das passiert gerade erst, auch in Polen selbst. Und nicht allen gefällt es.“ Diejenigen, denen es nicht gefällt, sind zugleich die, die unlängst die PiS-Regierung im Amt bestätigt haben, vermutet Kasierski; Essen und Politik hängen für ihn eng zusammen. Er hofft, dass die liberalen, weltoffenen Polen weiterhin auf angenehme Weise stolz auf ihr Land sind – und die Nachfrage nach moderner polnischer Küche weiter wächst. „Vielleicht gibt es in 20 Jahren dann in jedem Kiez ein polnisches Restaurant.“ Und somit überall das Essen seiner Heimat, das so nahrhaft und tröstlich schmeckt, nach Winter und nach Kindheit.

Quelle: F.A.Z. Magazin

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK:

Die wahren Gründe der Nullzinsen



Warum die Zinsen derzeit so niedrig sind, ist ebenso spannend wie umstritten. Philip Lane ist seit Juni Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank. Er sieht vor allem drei Ursachen.

- VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL
- -AKTUALISIERT AM 02.12.2019-13:29

Sie gehört zu den ebenso spannenden wie umstrittenen Fragen: Warum sind die Zinsen derzeit so außergewöhnlich niedrig? Philip Lane, seit Juni Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), hat sich in der vergangenen Woche in einer Dinnerrede in Dublin bei der „National Treasury Management Agency“, der irischen Schuldenverwaltung, dazu geäußert. Lane nannte vor allem drei Gründe, warum die Realzinsen, also die Zinsen nach Abzug der Inflation, in der Eurozone schon seit längerem sehr niedrig und zum Teil auch negativ seien. Ein Grund sei das sinkende Potentialwachstum in den Industrieländern; hinzu kämen demographische Trends, und nicht zuletzt spiele eine Verschiebung in den Portfolios der Finanzmarktteilnehmer zugunsten von sicheren Anlagen eine Rolle.

Was ist damit gemeint? Lane führte aus, das sinkende Niveau der Realzinsen könne man an den Renditen der Staatsanleihen beobachten, von denen sich viele andere Zinsen durch Risikoaufschläge ableiteten. Die reale Rendite der Staatsanleihen aber sei seit den achtziger Jahren kontinuierlich gesunken, bis auf ein historisch niedriges Niveau. Betrachte man die siebziger Jahre, so seien die Realzinsen rückblickend auch sehr tief gewesen, allerdings wegen der hohen Inflation. Im Gegensatz dazu seien die aktuellen niedrigen Realzinsen vor allem durch niedrige nominale Zinsen bedingt, bei einer zugleich niedrigen und stabilen Inflation. Die letzte Schätzung für die Inflation in der Eurozone lag am Freitag bei 1 Prozent für November, nach 0,7 Prozent im Oktober und 0,8 Prozent im September.

Veränderungen bei Produktivität und Demographie

Lane erläuterte, der fallende Trend in den Anleiherenditen könne als Rückgang des sogenannten natürlichen oder neutralen Zinses interpretiert werden. Den könne man nicht beobachten; er beschreibe jenen kurzfristigen Realzins, bei dem die Wirtschaft entsprechend ihres Potentials wachse und die Inflation auf dem angestrebten Wert liege, so dass es keinen Grund für die Zentralbank zum Eingreifen gebe.

Dieser natürliche Zins sei in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Ein Grund dafür hänge mit dem Potentialwachstum in entwickelten Industriegesellschaften zusammen. Dieses sei in stark wachsenden Ländern wie den Schwellenländern deutlich höher als in fortgeschrittenen Industriegesellschaften. Das hänge damit zusammen, dass man in einer stark wachsenden Wirtschaft einen höheren Zins brauche. Denn so bekomme man die Ersparnisse zusammen, die für die hohen Investitionen notwendig seien, die man für das starke Wachstum brauche.



Philip Lane ist seit Juni Chefvolkswirt der EZB. Davor war er irischer Zentralbankchef und ein sehr anerkannter Ökonom am Trinity College in Dublin. :Bild: Reuters

In den entwickelten Industrieländern hingegen sei diese Rate des Potentialwachstums in den vergangenen Jahren gesunken, sie sei auf weniger als die Hälfte des Wertes von vor 50 Jahren zusammengeschrumpft. Eine Rolle spielten dabei beispielsweise die Ausbreitung des technischen Fortschritts, die sich mit der zunehmenden Entwicklung einer Volkswirtschaft verlangsamt, sowie eine Verschiebung zwischen dem produzierenden Sektor und dem Dienstleistungssektor, die zu einem langsameren Anstieg der Produktivität führe. Das mache etwa einen Prozentpunkt für das Potentialwachstum und den natürlichen Zins aus.

Als zweiten Grund für die niedrigen Zinsen betrachtet Lane die Demographie. Es gebe verschiedene Folgen der Alterung von Industriegesellschaften, die auf das Zinsniveau drückten. In den vergangenen 50 Jahren sei die demographische Entwicklung in den Industrieländern durch niedrige Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung geprägt gewesen. Das könne die Nachfrage nach Kapital bremsen, Investitionen könnten in einer alternden Gesellschaft weniger lohnend werden. Vor allem aber stiegen die Anreize zum Sparen. Die Menschen legten mehr Geld zurück, wenn sie wüssten, dass sie eine längere Phase im Ruhestand verbringen würden. Alle diese demographischen Effekte bezifferte Lane mit 1 bis 2 Prozentpunkten, um die der Realzins in der Zeit von 1980 bis 2050 schrumpfe, und zwar sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für die [Eurozone](#).

Trend zu sicheren Anlagen

Der dritte Grund, den Lane für die niedrigen Zinsen anführt, ist eine Verschiebung in den Portfolios der Finanzmarktteilnehmer. Nicht nur im Nachgang der Finanzkrise sei offenkundig das Interesse an vermeintlich sicheren Anlagen wie Staatsanleihen von Ländern mit einem hohen Rating gestiegen, mit dem Ergebnis sinkender Renditen, während das Interesse an riskanten Unternehmensanleihen zurückgegangen sei, mit dem Ergebnis steigender Renditen in diesem Bereich. Zudem habe es eine weitere Verschiebung zwischen langfristigen und kurzfristigen Finanzanlagen gegeben, mit dem Ergebnis, dass der Aufschlag für eine längere Laufzeit ("Term premia") im Laufe der Zeit geringer geworden sei als früher.

Diese drei Faktoren - die Veränderung des Potentialwachstums, die Demographie und die Verschiebung in den Portfolios hin zu sicheren Anlagen - hätten dafür gesorgt, fasste Lane zusammen, dass der natürliche Zins in der Eurozone in den vergangenen Jahren bei null gelegen habe oder sogar negativ geworden sei.

Quelle: F.A.Z.

Systemfragen

Der Kapitalismus braucht eine Erneuerung

Es läuft wahrlich nicht alles rund in unserer Wirtschaftsordnung. Neue Probleme erfordern neue Lösungen. Zum Glück funktioniert die demokratische Marktwirtschaft - noch.

Eine Kolumne von [Henrik Müller](#)



Dominik Wagner/ DER SPIEGEL

Demo gegen den "Mietenwahnsinn" am 6. April 2019 in Berlin
Sonntag, **01.12.2019** 15:41 Uhr

Nein, die Deutschen sind kein Volk von Sozialisten. Definitiv nicht. 90 Prozent der Bundesbürger finden mittelständische Firmen gut. Dreiviertel verbinden mit Unternehmertum Positives, 80 Prozent mit dem Prinzip des Wettbewerbs. Auch Liberalisierung und Globalisierung sind keineswegs unpopulär.

Ich nenne diese Zahlen, die aus der Eurobarometer-Umfrage von Juni stammen, weil ich diese Woche bei unserer Konferenz "On the record" in Dortmund ein bemerkenswertes Streitgespräch erlebt habe. "Ist der Kapitalismus noch zu retten?", lautete die Fragestellung. Die Kontrahenten waren Juso-Chef Kevin Kühnert und Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). (Hier können Sie das Gespräch im Stream anschauen.) Der Dialog hat mich ziemlich optimistisch gestimmt; dazu unten mehr.

Kühnert und Lang sind zwei Männer, die auf gegensätzlichen ideologischen Seiten stehen und gänzlich unterschiedliche Milieus vertreten. Hier eine tendenziell rebellisch gestimmte linke Parteilugend - dort das Establishment der deutschen Industrie, dessen Chefs früher gern einmal den Eishauch des Kapitalismus verströmten.

Kühnert hatte vor einigen Monaten noch mit scharf formulierten Überlegungen zum Sozialismus und zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln für Furore gesorgt und damit einen Nerv getroffen, wie die Systemdebatte zeigte, die er damit anstieß.

Jede Menge Probleme

In der Tat läuft nicht alles rund im real existierenden Kapitalismus. In vielen Branchen steigt die Konzentration, während die Wettbewerbsintensität abnimmt. Wenige Gewinnerunternehmen erwirtschaften hohe Renditen, während die Sparvermögen der Bürger immer niedrigere Zinsen abwerfen, was die Vermögensbildung schwieriger macht.

Die global expansive Marktwirtschaft ist weit entfernt vom langfristigen Ziel der Klimaneutralität. (Achten Sie auf die Klimakonferenz in Madrid ab **Montag**.) Zugleich sind die Schulden weltweit auch nach der Finanzkrise von 2008 immer weiter gestiegen, wobei es insbesondere die Unternehmen sind, die horrenden Verbindlichkeiten aufgebaut haben - nicht in Deutschland, aber in vielen anderen Ländern, von China über die USA bis Frankreich. Weder in ökologischer noch in finanzieller Hinsicht ist die Weltwirtschaft auf einem nachhaltigen Entwicklungspfad.

Die Digitalisierung verändert nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern verwandelt auch die Eigenschaften vieler Produkte grundlegend: Sie werden zu öffentlichen Gütern, für deren Bereitstellung typischerweise der Staat zuständig ist.

Der Anteil der Leute, die so wenig verdienen, dass sie als armutsgefährdet gelten, ist auch in den zurückliegenden Jahren stattlichen Wirtschaftswachstums in Deutschland nicht zurückgegangen. Währenddessen verschärfen sich die Gegensätze zwischen den Metropolen und dem flachen Land: Die Dörfer veröden, während in den Städten Mieten und Wohnungspreise durch die Decke gehen.

Die Liste von Problemen ließe sich verlängern. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass die von Kühnert angestoßene Systemdebatte auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Allerdings ist nicht klar, warum der Kapitalismus an all dem schuld sein sollte.

Der Westen und der Rest

Schließlich gibt es keinen global gleichförmigen Kapitalismus, sondern diverse Systeme, die mehr oder weniger gut funktionieren.

Der Westen verbindet (weitgehend) offene Märkte mit demokratisch legitimierten Staatswesen, die große Teile der Wirtschaftsleistung durch Steuern und Abgaben abschöpfen, um sie anschließend umzuverteilen. China hingegen vertraut auf die Steuerung durch einen Einparteiensstaat, was in den vergangenen Jahrzehnten erstaunlich dynamisch funktioniert hat, aber zunehmend an Probleme stößt. Daneben gibt es auch noch oligarchische Systeme mit autokratischer Staatsführung (etwa: Russland), absolutistische Monarchien (Golfstaaten) oder von Klerikern beherrschte Gottesstaaten (insbesondere Iran), die allesamt auf Rohstoffexporten basieren.

Wo noch sozialistische Systeme existieren, wie in Venezuela oder in Nordkorea, bringen sie so jämmerliche Resultate hervor, dass sich die Führung nur durch massive Repression am Ruder halten kann und die Bürger in großer Zahl flüchten.

Sozialstaat und Solidarität

Anders als im Sozialismus sowjetischer Prägung vertrauen die allermeisten Volkswirtschaften auf Privateigentum, also das Gewinninteresse des Einzelnen, um die Gesellschaft insgesamt

voranzubringen. Wenn es gut läuft, geht es darum, die individuelle Gier soweit einzuhegen, dass sie dem kollektiven Fortschritt dienen kann, und zwar möglichst nachhaltig. Dazu haben sich im Westen komplexe Systeme entwickelt - soziale Sicherungsnetze, Wettbewerbspolitik, staatliche Bildungssysteme, Besteuerung des Ressourcenverbrauchs, Umweltstandards -, die das Profitstreben begrenzen und ergänzen.

In der Demokratie lässt sich diese Balance immer wieder aufs Neue austarieren. Andere Systeme tun sich da, zurückhaltend formuliert, schwerer. Sie sind weder gleicher noch gerechter noch umweltschonender. Ganz im Gegenteil.

Die Bundesbürger finden unser System übrigens ziemlich gut. Sie schätzen, wie eingangs erwähnt, in ihrer großen Mehrheit nicht nur Unternehmertum und Wettbewerb, sondern auch Sozialstaat und Solidarität. Dreiviertel der Bundesbürger haben ein vorteilhaftes Bild von Gewerkschaften. Für die größten Problemfelder halten sie gegenwärtig die Themenkomplexe Klima/ Umwelt/ Energie sowie die Knappheit von Wohnraum.

Die Frage ist deshalb nicht unbedingt, *ob*, sondern *wie* der Kapitalismus eine Zukunft hat. Es kann bei Licht besehen nicht um einen grundlegenden Systemwechsel gehen. Aber neue Probleme erfordern neue Lösungen, die in einem offenen, manchmal anstrengenden Prozess ausgehandelt werden müssen.

Ernsthaft streiten

Damit sind wir wieder beim Streitgespräch zwischen Kühnert und Lang. Tatsächlich war bei unserer Konferenz kein polemischer Schlagabtausch zu erleben, sondern ein ernsthaftes Ringen um tragfähige Problemlösungen. An der einen oder anderen Stelle schienen sogar Kompromisslinien auf.

Kühnert bekannte sich zu Unternehmertum und Privateigentum, Lang zum Sozialstaat und zum Kampf gegen den Klimawandel. Klar, Kühnert bewirbt sich beim SPD-Parteitag ab **Freitag** um höhere Ämter und scheint deshalb Richtung Mitte zu schlendern. Der BDI seinerseits ist mit einer Öffentlichkeit konfrontiert, die Großunternehmen zunehmend kritisch beurteilt.

Und doch: Kühnert und Lang hörten einander zu, argumentierten sachlich, persönliche Angriffe blieben aus. Es gab einen weitgehenden Konsens darüber, worin die wichtigsten anstehenden Probleme bestehen. Dissens gab es naturgemäß, wenn es um Lösungsmöglichkeiten ging. Das ist nicht wenig in einer Zeit, in der sich in vielen westlichen Ländern politische Debatten polarisieren, eine gefährliche Intoleranz um sich greift und für manche sogar Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung akzeptabel wird.

Noch funktioniert sie, die demokratische Marktwirtschaft. Und das, immerhin, gibt einigen Anlass zu Optimismus.

Egalitarianism

Inequality could be lower than you think

But there is plenty to do to make economies fairer



[Print edition | Leaders](#)

Nov 28th 2019

Even in a world of polarisation, fake news and social media, some beliefs remain universal, and central to today's politics. None is more influential than the idea that inequality has risen in the rich world. People read about it in newspapers, hear about it from their politicians and feel it in their daily lives. This belief motivates populists, who say selfish metropolitan elites have pulled the ladder of opportunity away from ordinary people. It has given succour to the left, who propose ever more radical ways to redistribute wealth (see [article](#)). And it has caused alarm among business people, many of whom now claim to pursue a higher social purpose, lest they be seen to subscribe to a model of capitalism that everyone knows has failed.

In many ways the failure is real. Opportunities are restricted. The cost of university education in America has spiralled beyond the reach of many families. Across the rich world, as rents and house prices have soared, it has become harder to afford to live in the successful cities which contain the most jobs (see [Free exchange](#)). Meanwhile, the rusting away of old industries has concentrated poverty in particular cities and towns, creating highly visible pockets of deprivation. By some measures inequalities in health and life expectancy are getting worse.

Yet precisely because the idea of soaring inequality has become an almost universally held belief, it receives too little scrutiny. That is a mistake, because the four empirical pillars upon which the temple rests—which are not about housing or geography, but income and wealth—are not as firm as you might think. As our [briefing](#) this week explains, these four pillars are being shaken by new research.

Consider, first, the claim that the top 1% of earners have become detached from everyone else in recent decades, which took hold after the “Occupy Wall Street” movement in 2011. This was always hard to prove outside America. In Britain the share of income of the top 1% is no higher than in the mid-1990s, after adjusting for taxes and government transfers. And even in America, official data suggest that the same measure rose until 2000 and since then has been volatile around a flat trend. It is easily forgotten that America has put in place several policies in recent decades that have cut inequality, such as the expansion of Medicaid, government-funded health insurance for the poor, in 2014.

Now some economists have re-crunched the numbers and concluded that the income share of the top 1% in America may have been little changed since as long ago as 1960. They argue that earlier researchers mishandled the tax-return data that yield estimates of inequality. Previous results may also have failed to account for falling marriage rates among the poor, which divide income around more households—but not more people. And a bigger chunk of corporate profits may flow to middle-class people than previously realised, because they own shares through pension funds. In 1960 retirement accounts owned just 4% of American shares; by 2015 the figure was 50%.

The second wobbly pillar is the related claim that household incomes and wages have stagnated in the long term. Estimates of inflation-adjusted median-income growth in America in 1979-2014 range from a fall of 8% to an increase of 51%, and partisans tend to cherry-pick a figure that tells a convenient story. The huge variation reflects differences in how you treat inflation, government transfers and the definition of a household, but the lowest figures are hard to believe. If you argue that income has shrunk you also have to claim that four decades' worth of innovation in goods and services, from mobile phones and video streaming to cholesterol-lowering statins, have not improved middle-earners' lives. That is simply not credible.

Third is the notion that capital has triumphed over labour as ruthless businesses, owned by the rich, have exploited their workers, moved jobs offshore and automated factories. The claim that inequality is being driven by the rich accumulating capital was a central thesis of Thomas Piketty's book, "Capital in the Twenty-First Century", which in 2014 made him the first rock-star economist since Milton Friedman improbably filled auditoriums in the 1980s. Not all Mr Piketty's theories caught on among economists, but it is widely assumed that a falling share of the rich world's gdp has been going to workers and a rising share to investors. After a decade of soaring stock prices, this has some resonance with the public.

Recent research, however, suggests that the decline in labour's fortunes is explained in most rich countries by exorbitant returns to homeowners, not tycoons. Strip out housing and the earnings of the self-employed (which are hard to divide between capital and labour income), and in most countries labour shares have not fallen. America since 2000 is an exception. But that reflects a failure of regulation, not a fundamental flaw in capitalism. American antitrust regulators and courts have been unforgivably lax, allowing some industries to become too concentrated. This has enabled some firms to gouge their customers and book abnormally high profits.

The last pillar is that inequalities of wealth—the assets people own, minus their liabilities—have been soaring. Again, this has always been harder to prove in Europe than America. In Denmark, one of the few places with detailed data, the wealth share of the top 1% has not risen for three decades. By contrast, few deny that the richest Americans have sprinted ahead. But even here, wealth is fiendishly difficult to estimate.

Not so rich pickings

The campaign of Elizabeth Warren, a Democratic presidential contender, reckons that the share of wealth owned by the richest 0.1% of Americans rose from 7% in 1978 to 22% in 2012. But a plausible recent estimate suggests that the rise is only half as big as this. (For connoisseurs, the difference rests on the factor by which you scale up investors' wealth from the capital income they report to the taxman.) This imprecision is a problem for politicians, including Ms Warren and Bernie Sanders, who want wealth taxes, since they may raise less revenue than they expect.

The fact that dubious claims are made about inequality does not reduce the urgency of tackling economic injustice. But it does call for ensuring that the assumptions on which policies are based are accurate. Those, like Britain's Labour Party, who favour the radical redistribution of income and wealth ought to be sure that inequality is as high as they think it is—especially when their policies bring knock-on costs such as deterring risk-taking and investment. By one estimate, Ms Warren's wealth tax would leave America's economy 2% smaller after a decade.

Until these debates are resolved, it would be better for policymakers to stick to more solid ground. The rich world's housing markets are starving young workers of cash and opportunity; more building is needed in the places that offer attractive jobs. America's economy needs a revolution in antitrust enforcement to reinvigorate competition. And regardless of trends in inequality, too many high-income workers, including doctors, lawyers and bankers, are protected from competition by needless regulation and licensing, and senseless restrictions on high-skilled immigration, both of which should be loosened.

Such an agenda would require governments to take on nimbys and corporate lobbies. But it would reduce inequality and boost growth. And its benefits do not depend on a set of beliefs about income and wealth that could yet turn out to be wrong. ■

This article appeared in the Leaders section of the print edition under the headline "Inequality illusions"

Over here

Turkey's Syria move highlights America's tactical nukes in Europe

There are still 150 or so of the things



[Print edition | Europe](#)

Nov 28th 2019

Germany owns no nuclear weapons. It renounced the very idea when it reunified in 1990. But if war were to break out in Europe today, German pilots could clamber into German planes, take off from Büchel Air Base in Rhineland-Palatinate and drop nuclear bombs on Russian troops.

The Luftwaffe can do that thanks to nato's nuclear-sharing scheme, under which America quietly stations nuclear bombs across five countries in Europe. The arrangement is decades old. But it has raised questions for some time—and clashes involving one of those nuclear hosts, Turkey, are making matters worse. As nato leaders gather in London for a summit next week, Turkey's bombs will be on many minds.

In 1950 America moved its first bombs to Britain. In the subsequent decades it stashed a vast trove of nuclear weapons across Europe, numbering over 7,000 at their peak in 1971. Many were small devices known as tactical, or non-strategic, nuclear weapons. They were capable of exploding with yields of as little as a fraction of a kiloton—far smaller than the 15-kilotonne bomb dropped on Hiroshima. The smallest of them could fit into a backpack.

Today only about 150 remain. These are b61 free-fall bombs whose yield can be set anywhere from a third of a kilotonne to more than 170. They remain in American custody in peacetime and could be released only by a presidential order—but European pilots still train to drop them. Italy and Turkey are thought to have the most, perhaps 60 to 70 each, with smaller numbers in Belgium, Germany and the Netherlands.

The bombs that most worry American officials are stored in vaults at Incirlik air base in southern Turkey, a few hours by road from the Syrian border. During a military coup in 1960 and a diplomatic spat in 1975, America considered removing the bombs. During the failed coup against President Recep Tayyip Erdogan in 2016, Incirlik hosted the refuelling tankers that allowed renegade f-16 fighter planes to threaten Istanbul and Ankara. Mr Erdogan's regime responded by cutting power to the base and arresting its commander.

That prompted alarm in Washington about the security of its weapons and the risk that they could become hostages in the strained relationship with Turkey. Senior officers were sent to Incirlik, only to conclude that the bombs did not need to be removed. The warheads can be armed only by a code, and the vaults are automatically sealed if power is cut off, giving American forces time to fight their way onto the base if

required. Nevertheless, in recent years America has considered spiriting away the bombs and replacing them with dummies.

Nukes were taken out of Greece in 2001 and from Ramstein air base in Germany in 2005. Pulling bombs out of Incirlik would remove vulnerable targets and implicit leverage. But if done clumsily it could worsen the diplomatic crisis and even prompt Mr Erdogan to pursue a nuclear-weapons programme of his own, something he hinted at in September. It would also restart a fraught debate over the presence of b61s elsewhere in Europe.

Opposition to nuclear-sharing has been simmering in Germany, in particular. Although Angela Merkel, Germany's chancellor, has defended the practice, her coalition partners over the past decade have repeatedly asked for the bombs to be withdrawn. Keeping them is tricky for technical reasons, too. Europe's current dual-capable aircraft (dca)—those wired up to carry nukes as well as ordinary bombs—are approaching the ends of their lives. Belgium, Italy and the Netherlands are all buying America's f-35 as a replacement, but Germany ruled this out in January.

That was partly in deference to France, which wants to build its own next-generation warplane with Germany. The Luftwaffe could instead buy the f-18, an older American dca. Or it could retrofit the European-built Typhoon to accommodate b61s. But as well as being expensive and time-consuming, that would expose European technology to American eyes. And neither plane is especially stealthy.

Nor is Incirlik the only cause for security concerns. In 2008 an American air-force review concluded that most European bases hosting weapons did not meet its standards. Support buildings, fencing, lighting and security systems were all deemed in need of repair. Two years later, peace activists entered a base in Belgium and roamed near its b61 vaults for an hour.

Timebombs

If the bombs are politically troublesome and vulnerable, why keep them in Europe at all?

Some nato planners fear that if Russia attacked an ally like Estonia and then conducted a limited nuclear strike to stave off a Western counter-attack, it would not make sense for the alliance to respond with "strategic" weapons—those on longer-range missiles and aircraft that have much higher, city-destroying yields. Smaller bombs like the b61s are thought to allow a proportional response.

It is not entirely clear that the enemy would appreciate the distinction, however. And the military case for b61s is dubious for other reasons. The planes—if not destroyed on the ground—would struggle to get through Russian air defences. So America would probably use stealth bombers dispatched from across the Atlantic or submarine-launched missiles armed with a new low-yield warhead built under the Trump administration. nato acknowledges that its "supreme guarantee" is provided by American, British and French strategic forces in this way, rather than by the Europe-based b61s.

In truth, the purpose of the nuclear-sharing scheme is more political than practical. The aim is to create a tangible and symbolic link between America and Europe. Allies who enjoy American nuclear protection must share the moral burden of nuclear use—and the cost of potential retaliation. At the same time, Europeans get a larger (if still modest) say in how American nukes might be used. That is thought to assuage their fear of abandonment.

That reassurance comes at a price. President Barack Obama toyed with the idea of bringing the bombs home, but ultimately deferred the decision. Instead, he authorised a \$10bn programme to extend their lives and increase their accuracy. The total cost of American tactical nuclear weapons will run to \$25bn between 2017 and 2046, about \$1bn a year. And if Turkey's relationship with allies continues to crumble, Europeans may feel less soothed than alarmed by the several megatonnes of weaponry sitting at Incirlik. ■

This article appeared in the Europe section of the print edition under the headline "Over here"

POLITISCHE AKTIONSKUNST:

Ihr seid echt alle Faschisten

- EIN KOMMENTAR VON HANNAH BETHKE
- -AKTUALISIERT AM 02.12.2019-17:18



Eine Säule mit Totenasche zielt den Platz zwischen Reichstag und Bundeskanzleramt. Was an den Holocaust erinnern und die AfD bekämpfen soll, gerät zu einer schrägen Kunstaktion gegen den deutschen Konservatismus.

Wer nicht eingeweiht ist und nur zufällig vorbeikommt, versteht erstmal wenig von der neuen Aktion des „Zentrums für Politische Schönheit“ (ZPS). Eine Säule steht auf dem Platz zwischen Reichstag und Bundeskanzleramt, an jenem Ort, wo einst die Kroll-Oper stand, die den Nationalsozialisten nach dem Reichstagsbrand als parlamentarisches Ersatzgebäude diente. Hier wurde das Ermächtigungsgesetz beschlossen. Eine Handvoll junger Leute heftet Blumen und Zettel an ein Gitter, greift in große Müllsäcke mit Unmengen von Kuscheltieren, Grablichter stehen auf dem Boden. „Tod dem Faschismus“ steht auf einem Zettel. Was sie denn hier täten? Dazu könne er nichts sagen, sagt ein junger Mann und legt einen Teddybären auf den nassen Boden.

In der zweieinhalb Meter hohen, vier Tonnen schweren Säule soll Asche sein, Asche und Knochenkohle von Opfern der NS-Diktatur. Informationstafeln gibt es hier nirgendwo. Aus welchem Ort kommt die Asche denn? Das wisse er nicht, sagt ein Mann, der zum ZPS gehört, aber jemand aus der Pressestelle bestimmt. Fragen zur Asche könne man nicht beantworten, ist dort zu erfahren, aber der vom ZPS beauftragte Historiker Hinnerk Höfling vielleicht. Der wiederum erklärt, ihm gehe es nur um die kulturhistorische Bedeutung der Asche, woher sie komme, könne er nicht sagen. Das ZPS teilt auf seiner Website mit, an 23 Orten 248 Bodenproben genommen zu haben und darunter in 175 Fällen auf Hinweise menschlicher Überreste gestoßen zu sein. Ein Laborbericht ist auf der Internet-Seite verlinkt.

Die Konservativen werden verhöhnt

Dass es noch menschliche Überreste der Ermordeten aus der NS-Zeit gibt, ist sehr wahrscheinlich. Und es ist richtig, an sie zu erinnern. Noch richtiger wäre es freilich, die offenen Fragen zu beantworten. Das ZPS aber belässt es nicht bei einer Erweiterung der Erinnerungskultur. Es instrumentalisiert das Gedenken. In erster Linie zielt die Aktion gegen die AfD und gegen alle, die sie nicht explizit verurteilen. Auf einer Tafel vor der „Säule gegen den Verrat der Demokratie“ sind die Namen aller Abgeordneten der CDU und CSU aufgelistet. Sie, „die Konservativen“, die ihre Hand „schon wieder“ nach den Faschisten ausstreckten, sollen auf den Platz kommen und feierlich geloben, niemals mit der AfD oder ihrer Duldung eine Regierung zu bilden.

Am Samstag läuft die Genehmigung für die Stele ab. Dann wollen die Künstler das Fundament in Beton gießen und zum „zivilgesellschaftlichen Zapfenstreich“ gegen die AfD antreten, um sich „mit aller Kraft der neuen Gestalt Hitler-Deutschlands und ihren konservativen Helfern“ zu widersetzen. Die ideologische Verblendung dieser selbsterklärten Widerstandskämpfer ist schwindelerregend. Wer solche sachlich falschen Verbindungen zur politischen Gegenwart konstruiert, verharmlost die NS-Zeit, verhöhnt den Konservatismus und wird am Ende die AfD stärken, anstatt sie zu besiegen.

161,35

<https://www.zeit.de/kultur/2019-12/zentrum-fuer-politische-schoenheit-kuenstlerkollektiv-gedenkstaette-zweiter-weltkrieg>

Zentrum für politische Schönheit:

Künstlerkollektiv errichtet Gedenkort vor Reichstagsgebäude

Das Zentrum für politische Schönheit ist bekannt für provokante Aktionen. Jetzt hat das ZPS eine Säule in Berlin aufgestellt, die Asche von NS-Opfern enthalten soll.

2. Dezember 2019, 15:42 UhrQuelle: ZEIT ONLINE, dpa, [zz97 Kommentare](#)

Gedenkstätte - "Hier begann die letzte deutsche Diktatur"Das Zentrum für politische Schönheit hat vor dem Reichstag einen Gedenkort für Holocaustopfer errichtet. Es will damit vor der Zusammenarbeit mit der AfD warnen. © Foto: Christophe Gateau/dpa

Vor dem Reichstagsgebäude hat das Künstlerkollektiv Zentrum für politische Schönheit (ZPS) einen improvisierten Gedenkort errichtet. Er steht seit Montagmorgen auf dem Gelände der ehemaligen Krolloper, in der die Reichstagsabgeordneten im März 1933 für das Ermächtigungsgesetz stimmten, eine wichtige Grundlage für die Diktatur der Nationalsozialisten.

"Es geht um die letzte deutsche Diktatur und darum, ob sie uns wieder droht", sagte der Aktionskünstler und ZPS-Gründer Philipp Ruch. Teil der Aktion ist eine Stahlsäule, die nach Angaben der Gruppe Asche von Opfern der Massenmorde der Nazis enthält.

Das Zentrum für politische Schönheit ist bereits mehrfach mit Aktionen aufgefallen, die Aufsehen erregten. Im November 2017 hatte es eine Nachbildung des Berliner Holocaustmahnmals in Nachbarschaft des Wohnhauses des AfD-Politikers Björn Höcke im thüringischen Bornhagen aufgestellt.

"Gedenken heißt Kämpfen"

Über der sogenannten Gedenkstätte in der Heinrich-von-Gagern-Straße ist der Schriftzug "Gedenken heißt Kämpfen" zu lesen. Und in Großbuchstaben: "Keinen Schritt weiter! Hier begann die letzte deutsche Diktatur." Es brennen Dutzende Kerzen in Grablichtern, in Wassereimern stehen Blumensträuße, darüber hängen Zettel mit Texten wie "Vergesst sie nicht" oder "Gegen politischen Alzheimer in Deutschland".

Nach Angaben der Polizei ist die Veranstaltung bis zum 7. Dezember angemeldet. Das Künstlerkollektiv hat allerdings angekündigt, Spenden sammeln zu wollen, um am kommenden Samstag ein Betonfundament für die Säule zu gießen, wenn genügend Geld dafür zusammenkommt.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/macron-aussage-ueber-nato-loest-in-osteuropa-harsche-reaktionen-aus-16515355.html?premium>

„HIRNTOT“-AUSSAGE ZUR NATO:

Der Schreck über Macron sitzt tief

- VON GERHARD GNAUCK, WARSCHAU
- -AKTUALISIERT AM 03.12.2019-11:19



Der Osten Europas hält das Wort des französischen Präsidenten vom „Hirntod“ der Nato für gefährlich. Besonders in Polen hat Macrons Diagnose harsche Reaktionen ausgelöst.

Für die Nato-Mitglieder im Osten Europas hat die Mitgliedschaft im Bündnis eine Sicherheit gebracht, die sie nie zuvor in ihrer Geschichte hatten. Und der Krieg in der Ukraine führt ihnen seit bald sechs Jahren vor Augen, wie wertvoll die Nato für sie ist. Wäre die Diagnose des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zutreffend, die Nato sei „hirntot“, so wäre das aus der Sicht vor allem der baltischen Staaten und Polens eine Katastrophe.

„Ich bin mit Macron ganz und gar nicht einverstanden“, sagt der lettische Verteidigungsminister Artis Pabriks. Er wittert hinter dessen Aussagen „den französischen Ehrgeiz, eine Führungsmacht in Europa zu werden“. Aber „aus der Sicht unserer Region kann Frankreich die Ambitionen Macrons gar nicht erfüllen“, sagt Pabriks im Gespräch mit der F.A.Z.

Was Frankreichs Präsident manchmal sage, bedeute außerdem, „absichtlich oder unabsichtlich“, einen Verbündeten – Amerika – plötzlich wie einen Gegner zu behandeln. Pabriks sieht zwar, „wie schwer es manchmal ist, mit den Veränderungen in Amerikas Politik Schritt zu halten“. Zugleich warnt er vor ungerechten Urteilen: „Die Amerikaner haben auch unter Trump einiges für mehr Sicherheit in Europa und insbesondere in der Ostseeregion getan.“

„Das ist gut, aber es ist nicht genug“

Die Vorschläge des lettischen Verteidigungsministers zielen vor allem auf das, was die Deutschen jetzt tun sollten. „Macht euch klar: Wir verteidigen im Baltikum eure Sicherheit. Und wir zahlen dafür. Wir geben zwei Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Verteidigung. Und wir brauchen eure Unterstützung dabei.“ Dass die Bundeswehr seit 2017 mit etwa 500 Soldaten das Nato-Bataillon in Litauen führe, „das ist gut, aber es ist nicht genug“.

Und wenn in Deutschland jetzt argumentiert werde, man könne seine Verteidigungsausgaben gar nicht so schnell an das Zwei-Prozent-Ziel heranführen, weil man nicht so schnell Militärtechnik einkaufen könne, habe er einen Vorschlag: „Gebt das Geld der lettischen Armee. Gebt uns über die nächsten drei Jahre ein Paket von 500 Millionen Euro, ein Prozent des deutschen Wehretats. Gebt uns Unterstützung, sei es bilateral, sei es durch gemeinsame Nato-Projekte.“ Schließlich unterstütze auch Amerika Lettlands Verteidigung mit „Dutzenden Millionen Dollar“ im Jahr. Man könne dann nicht zuletzt auch deutsche Rüstungsgüter kaufen.

Die Abwehr von Panzern, Schiffen und Flugkörpern ist das, was das Baltikum zur Abschreckung des großen Nachbarn Russland braucht: Daher haben alle drei Länder bereits neue Panzerabwehrraketen (darunter die

deutsch-französische „Milan“). Diese Kapazitäten, so Pabriks, müssten noch gestärkt werden. Die „Patriot“-Flugabwehrbatterien seien für Lettland zu teuer.

„Also schickt doch bitte eine Batterie der Bundeswehr nach Riga. Und am Ende können wir gemeinsam in Washington sagen: Die Deutschen leisten hier was. Und alle drei Seiten wären glücklich.“ Was sagt Pabriks zum Vorschlag Berlins, eine neue Expertengruppe solle die fehlende strategische Debatte im Bündnis voranbringen? Er seufzt. „Gut, wenn sie Ergebnisse bringt. Aber wir brauchen jetzt vor allem deutsche ‚Leadership‘. Die Deutschen müssen ihre nach 1945 eingeübte Haltung, den Kopf einzuziehen, aufgeben. Wir müssen handeln, nicht debattieren.“

Das Land mit dem schwächsten Interesse

In Polen sind [Macrons](#) Äußerungen von Politikern aller politischen Lager harsch kritisiert worden. Von „französischem Egoismus und Nationalismus“ war die Rede; der französische Präsident schade der Einheit Europas. Der Schreck saß so tief, dass auch Selbstkritik laut wurde: an der in Warschau gerne gepflegten Sonderbeziehung zu Washington und an der bescheidenen Kampfkraft der polnischen Armee. Außenminister Jacek Czaputowicz, das freundliche diplomatische Gesicht der polnischen Regierung, tritt behutsamer auf als Pabriks.

Auf einer Veranstaltung in Schloss Genshagen bei Berlin sagte er in einer Grundsatzrede vorige Woche, er begrüße die Reflexion über die Ziele der Nato. Aber „ganz gleich, welches die Ergebnisse der Diskussion sein werden, die Anpassung der Nato an neue Gefahren muss weitergehen“. Der frühere Bürgerrechtler erwähnte die Bemühungen der Region zwischen Estland und Bulgarien, deren „Stimme“ Polen sei, sowie das im Frühjahr anstehende Nato-Großmanöver im Osten Europas. „Also: Wir können definitiv nicht der Auffassung zustimmen, die Nato sei in der Krise.“

Dann folgten ungewöhnlich freundliche Worte an die deutsche Adresse: „Polens Regierung ist bereit, die Zusammenarbeit mit Deutschland zu stärken. Lasst uns dieses Fenster der Gelegenheit nutzen und nach Synergien und nach polnisch-deutscher ‚Leadership‘ streben.“ Zum Wohle auch des Weimarer Dreiecks und der ganzen EU, fügte der Minister hinzu. Jenes Dreieck, eine deutsche Idee von Anfang der neunziger Jahre, war als Format der Zusammenarbeit zwischen Paris, Berlin und Warschau gedacht. Immer wieder entstand allerdings der Eindruck, das schwächste Interesse an diesem Dreieck zeige Frankreich.

Ein Teilnehmer bilanzierte die Diskussion in Genshagen ironisch auf Twitter: „Frankreich und Polen sind der neue deutsch-französische Motor – in dem Sinne, dass sie sich in allen großen Fragen uneinig sind. Wenn also diese beiden einen Kompromiss finden können, kann das vielleicht auch die EU als Ganzes.“ Darauf ein polnischer Kollege nüchtern: „Es gibt keine EU ohne Frankreich und Deutschland.“ Polen sei in der EU leider nicht unverzichtbar. Ein weiterer Pole: „Frankreich und Polen glauben nicht mehr an den Status quo, aber sie verfolgen gegensätzliche Strategien, wie damit umzugehen sei. Deutschland steckt dagegen immer noch in der Vergangenheit fest.“

Quelle: F.A.Z.

https://www.lemonde.fr/societe/article/2019/12/03/pisa-2018-les-eleves-francais-legerement-au-dessus-de-la-moyenne-de-l-ocde-dans-un-systeme-toujours-tres-inegalitaire_6021440_3224.html

PISA 2018 : les élèves français légèrement au-dessus de la moyenne de l'OCDE, dans un système toujours très inégalitaire

Selon l'édition 2018 de l'enquête internationale, les élèves français se classent très légèrement au-dessus de la moyenne des pays de l'OCDE.

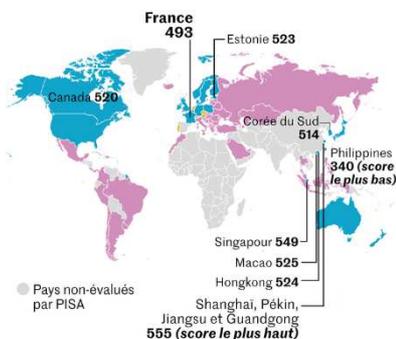
Par [Violaine Morin](#) Publié aujourd'hui à 09h17, mis à jour à 11h04

Une fois de plus, la France peut mieux faire. Dans l'enquête PISA (Programme international pour le suivi des acquis) réalisée en 2018 auprès de 600 000 élèves de 15 ans dans 79 pays et rendue publique par l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE), elle se classe très légèrement au-dessus de la moyenne des pays de l'OCDE (487 points) pour les compétences en « compréhension de l'écrit » – le thème majeur de cette édition.

Avec un score de 493 points, les Français, évalués à partir d'un échantillon de 6 308 personnes représentatives des quelque 750 000 élèves de 15 ans, se situent entre la 15^e et la 21^e place des pays de l'OCDE. Soit au même niveau que l'Allemagne, la Belgique ou le Portugal... Mais loin derrière les pays les plus performants comme le Canada, la Finlande ou le Royaume-Uni. En « culture scientifique » et en mathématiques, la France est également au-dessus de la moyenne de l'OCDE (495 points contre 489).

Score moyen en lecture des pays et des économies à l'évaluation PISA 2018

- Supérieur à la moyenne de l'OCDE (493 à 555)
- Dans la moyenne de l'OCDE (484 à 492)
- Inférieur à la moyenne de l'OCDE (340 à 479)



487

C'est le score moyen des pays de l'OCDE

Parmi les dix premiers pays du classement, cinq sont asiatiques

Sources : OCDE ; PISA
Infographie : LE MONDE

Infographie Le Monde

Enfin, en résultats bruts, les performances des Français en compréhension de l'écrit et en culture scientifique sont stables par rapport à l'année 2000, date de la première enquête PISA. En mathématiques, après avoir baissé entre 2003 et 2006, les résultats se sont stabilisés.

- **La France, toujours championne des inégalités, stabilise les écarts**

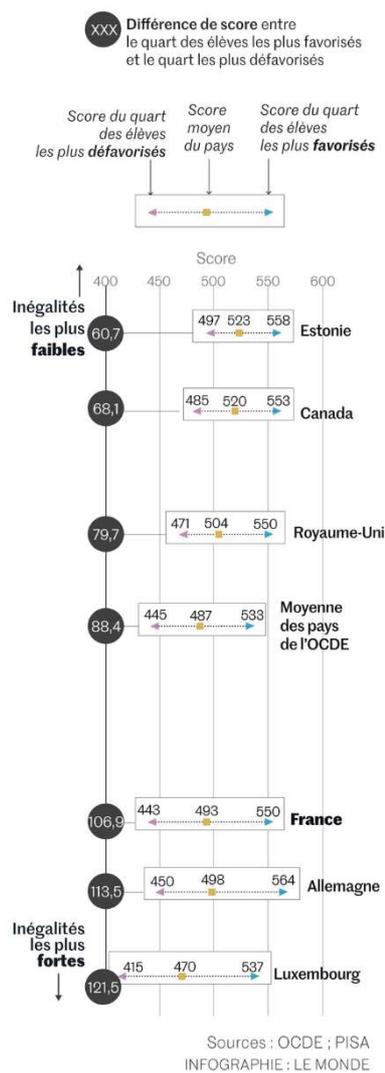
Les inégalités sociales restent le point noir des résultats français dans les enquêtes PISA, et l'édition 2018 ne fait pas exception. La France est le pays où l'origine socio-économique explique le plus la progression des

scores. L'écart y est de 107 points entre les élèves les plus favorisés (550 points) et les plus défavorisés (443 points), un score largement au-dessus de la moyenne de l'OCDE (89 points). Cette contre-performance classe l'Hexagone dans le palmarès des pays les plus inégalitaires, à un rang comparable à celui de l'Allemagne et de la Belgique.

Les pays de l'OCDE connaissant une différence encore plus marquée sont peu nombreux – on y trouve Israël et le Luxembourg. En revanche, le creusement des inégalités a aujourd'hui cessé. « *La chute, nettement marquée entre 2003 et 2012, est enrayerée*, souligne Eric Charbonnier, analyste à la direction de l'éducation de l'OCDE. *Mais il faut maintenant résorber l'écart.* » Le solide « noyau » d'élèves en grande difficulté – ces fameux 20 % qui ressortent d'une enquête à l'autre – est toujours là, en mathématiques comme en compréhension de l'écrit.

La France, toujours parmi les pays les plus inégalitaires de l'OCDE

Ecart de performance en lecture, selon le statut socio-économique des élèves



Infographie Le Monde

Sur ce point, la France doit relever un véritable défi, car elle est aussi l'un des pays qui concentrent le plus la difficulté scolaire. Au lycée, les élèves les plus faibles sont plus souvent regroupés dans les mêmes établissements qu'ailleurs dans l'OCDE, et un élève défavorisé n'a qu'une chance sur six de fréquenter le même lycée qu'un élève qui a de très bons résultats – même s'il faut pondérer ce résultat au regard de l'existence de différentes filières (lycée professionnel, lycée général et technologique). « *Il reste essentiel d'éviter de créer des établissements défavorisés*, plaide Pauline Givord, analyste à la direction de l'éducation de l'OCDE. *La mixité sociale n'est pas neutre sur l'évolution des écarts de niveau.* »

- **Les élèves défavorisés se projettent moins dans l'avenir**

L'édition 2018 de PISA met cependant en lumière une nouvelle donnée : la capacité des élèves à se projeter dans l'avenir. Là encore, Pisa révèle de nouveau de forts écarts selon l'origine sociale. Même quand ils ont de bons résultats, les jeunes issus de milieux défavorisés sont moins nombreux à envisager des études supérieures. « 20 % des élèves défavorisés qui ont de bons résultats dans PISA n'envisagent pas des études supérieures malgré leurs performances scolaires », souligne Pauline Givord, alors qu'ils ne sont que 7,5 % parmi les catégories favorisées. Une forme d'« autocensure » jugée « préoccupante » par l'organisation internationale, même si, sur ce plan, les élèves français d'origine défavorisée sont plutôt plus optimistes que la moyenne, à origine sociale égale. En effet, dans l'OCDE, environ 30 % des élèves défavorisés mais performants sur le plan scolaire n'envisagent pas d'études supérieures.

- **Les élèves français se sentent peu soutenus par leurs enseignants**

Il y a cependant un point qui met tous les élèves français d'accord : ils ne sont que 57 % à déclarer que leurs enseignants « s'intéressent à leurs progrès », contre 70 % dans l'OCDE – et cette opinion est plus répandue dans les établissements favorisés. Les jeunes Français sont aussi plus nombreux à regretter le manque de retours sur leur travail, par rapport à leurs homologues dans le reste de l'OCDE. Ces résultats, basés sur le ressenti des élèves, concordent avec l'opinion de leurs enseignants.

Dans l'enquête Talis de 2018 – également organisée par l'OCDE – qui interroge les enseignants sur leurs conditions de travail, les Français étaient plus nombreux que la moyenne à trouver qu'ils manquaient de formation pour gérer l'hétérogénéité des niveaux dans une même classe et organiser le suivi individualisé.

- **Les lycées français ont plus de mal à se financer que la moyenne**

De même, les proviseurs de lycée français, quel que soit le profil de leur établissement, sont plus nombreux que leurs confrères du reste de l'OCDE à déclarer manquer significativement de matériel. Pour 35 % des élèves inscrits dans l'enseignement public (30 % dans l'OCDE), cette pénurie entrave la « capacité de l'établissement à dispenser un enseignement ».

- **En France, le climat scolaire est plutôt bon**

Malgré ces très fortes disparités dans les chances de réussite, la France ne démérite pas sur le climat scolaire. Les enfants français déclarent avoir de bonnes relations avec leurs camarades de classe, et ils sont huit sur dix à dire se faire facilement des amis à l'école. 7 % d'entre eux déclarent s'être fait harceler fréquemment, alors que la moyenne est à 8 % dans l'OCDE.

Pour l'ensemble des répondants, le fait de déclarer un harcèlement régulier est corrélé à de faibles résultats en compréhension de l'écrit. Là encore, les résultats de PISA concordent avec les enquêtes de victimation réalisées à l'échelle nationale. Selon la DEPP, le service des statistiques du ministère de l'éducation, les lycéens français étaient 94 % à se sentir bien dans leur établissement en 2018.

PISA évalue des compétences « du quotidien » plutôt que des performances scolaires

C'est l'une des spécificités de l'enquête PISA : inviter les jeunes à utiliser leurs compétences dans des mises en situation qui reproduisent au maximum celles de la vie courante, plutôt qu'observer leur maîtrise des programmes. Les jeunes ne sont d'ailleurs pas évalués à un niveau précis de leur scolarité : tous les élèves de 15 ans, qu'ils soient en retard (pour 17,3 % d'entre eux) ou en avance (3,1 %) sont représentés dans l'échantillon des répondants. Pour l'édition 2018, en compréhension de l'écrit, l'enquête questionne la « littératie », définie comme « la capacité des élèves à utiliser leurs connaissances dans des situations de la vie quotidienne, et à analyser, raisonner et communiquer de manière efficace ».

Dans l'un des exercices, les élèves doivent imaginer qu'ils sont chargés de soigner un animal. Ils naviguent sur un forum qui ressemble à la communauté en ligne Doctissimo et l'on mesure leur

capacité à comprendre les réponses, à choisir la plus pertinente, ou à éliminer les contenus promotionnels sans rapport avec le sujet.

Dans un autre exercice, ils sont invités à faire une recherche sur l'île de Pâques pour leur cours (fictif) d'histoire. Ils doivent lire trois textes : un post de blog, une critique littéraire et un article de vulgarisation scientifique. Après plusieurs questions de compréhension, ils sont invités à recouper les informations en naviguant d'un texte à l'autre, exactement comme s'ils effectuaient une recherche sur Internet pour un exposé.

Par la nature même de l'exercice – plusieurs sources, sur plusieurs pages – on évalue tout autant la capacité à « se débrouiller » sur Internet, à comprendre les différents niveaux de source et à faire fonctionner son « esprit critique » en distinguant les faits des opinions.

PISA 2018 veut ainsi « refléter » les changements dans les habitudes des jeunes interrogés, qui lisent de plus en plus sur Internet et de moins en moins de magazines et de journaux, selon l'enquête. Les élèves français déclarent ainsi passer vingt-huit heures par semaine sur Internet en dehors de l'école – soit six heures de plus qu'en 2015, et une heure de plus que la moyenne de l'OCDE.

https://www.lemonde.fr/societe/article/2019/07/10/taux-eleve-de-fecondite-en-france-il-faut-chercher-les-explications-ailleurs-que-dans-la-presence-des-immigrees_5487453_3224.html

Taux élevé de fécondité en France : « Il faut chercher les explications ailleurs que dans la présence des immigrées »

Dans une étude publiée mercredi par l'Institut national d'études démographiques, trois chercheurs interrogent l'impact des femmes immigrées sur le taux de fécondité.

Par Louise Couvelaire

Publié le 10 juillet 2019 à 00h11 - Mis à jour le 10 juillet 2019 à 18h09

Les faits. Seulement les faits. Sans idéologie. Les trois auteurs de l'étude intitulée « [La France a la plus forte fécondité d'Europe. Est-ce dû aux immigrées ?](#) », réalisée pour l'Institut national d'études démographiques (INED), insistent sur ce point dès les premières lignes.

« *Laissons les aspects idéologiques pour nous limiter aux faits* », est-il indiqué en préambule. « *Beaucoup de gens pensent que si le taux de fécondité est si élevé en France, le plus élevé de l'Union européenne, c'est parce que les immigrées font beaucoup d'enfants*, explique l'un des auteurs, Gilles Pison, professeur au Muséum d'histoire naturelle et chercheur associé à l'INED. *Les statistiques racontent une autre histoire.* » Et ces chiffres balayent au passage plusieurs idées reçues.

Publiée mercredi 10 juillet, cette étude révèle que les femmes immigrées (c'est-à-dire nées étrangères à l'étranger et résidant habituellement en France, qu'elles aient obtenu la nationalité française ou pas) contribuent fortement aux naissances mais faiblement au taux de fécondité.

Les immigrées représentent 12 % des femmes en âge d'avoir des enfants et participent à hauteur de 19 % aux naissances en 2017. Si près d'un nouveau-né sur cinq a une mère issue de l'immigration – en progression de 3 points par rapport à 2009 –, **la contribution des immigrées ajoute seulement 0,1 enfant au taux de fécondité national, qui passe ainsi de 1,8 à 1,9 enfant par femme**. Leur incidence est donc limitée, même si elle est en légère progression par rapport à 2009.

Comme en France, les immigrées contribuent à augmenter le taux de fécondité dans la moitié des pays européens. Dans un pays sur quatre, elles sont trop peu nombreuses pour le modifier. En Islande et au Danemark en revanche, elles contribuent à le réduire.

« Fécondité élevée des natives »

Pour mieux comprendre, les auteurs donnent un exemple :

« *Imaginons 75 femmes non immigrées (natives) et 25 immigrées, avec une moyenne identique de deux enfants par femme dans les deux groupes. Les immigrées contribueront aux naissances dans une proportion de 25 %, mais sans rien modifier au taux de fécondité. Leur contribution à la natalité tient simplement au fait qu'elles représentent 25 % des mères.* »

Les immigrées n'alimentent donc pas forcément le taux de fécondité au prorata des naissances. « *Pour que les immigrées contribuent fortement au taux de fécondité et pas seulement aux naissances, il faut à la fois qu'elles représentent une fraction importante des mères et que leur fécondité soit très supérieure à la moyenne* », précisent les auteurs.

En France, le recensement indique qu'en 2017 les natives et les immigrées avaient respectivement 1,8 et 2,6 enfants, soit un écart de 0,8 enfant. « *Cette impression que les immigrées ont beaucoup plus*

d'enfants n'est donc qu'une impression, commente le chercheur, qui était parvenu aux mêmes conclusions dans une étude menée il y a douze ans. C'est l'intérêt des statistiques, cela permet de remettre les choses en perspective. »

Par ailleurs, entre 2014 et 2017, la fécondité a reculé chez les natives comme chez les immigrées. Les femmes originaires des pays du Maghreb ont le taux de fécondité le plus élevé avec environ 3,5 enfants par mère. Elles sont suivies par les femmes nées en Afrique subsaharienne ou en Turquie, avec 3 enfants en moyenne.

« Les études sur la fécondité montrent par ailleurs que la seconde génération, c'est-à-dire les enfants d'immigrées qui sont nés en France, s'aligne sur les femmes nées de mères natives en ce qui concerne le nombre de naissances », souligne Gilles Pison. D'autres travaux, précise le chercheur, démontrent également que la fécondité des femmes de la première génération dépend de l'âge auquel elles sont arrivées en France :

« Celles qui sont arrivées jeunes adultes ont plus d'enfants que les natives, mais celles qui arrivent à un jeune âge ont le même nombre d'enfants que les natives. »

Si le taux de fécondité est si important, *« cela ne vient pas tant de l'immigration que d'une fécondité élevée des natives »,* conclut l'étude. *« Il faut donc chercher les explications ailleurs que dans la présence des immigrées »,* souligne le chercheur. Notamment dans les politiques publiques de soutien à la famille, particulièrement incitatives en France.

Louise Couvelaire

<https://www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/nato-gipfel-in-london-die-unentbehrliche-versicherung-16518662.html>

NATO

Unsere unentbehrliche Versicherung

- EIN KOMMENTAR VON KLAUS-DIETER FRANKENBERGER
- -AKTUALISIERT AM 04.12.2019-13:41



Vielleicht ist Macrons Plan schon aufgegangen: Nach seiner „Hirntod“-Provokation hat Trump seine Liebe zur Nato entdeckt. Berlin darf sich jetzt trotzdem nicht zurücklehnen.

Ein Gewitter, so sagt man, entfaltet eine reinigende Wirkung. Es klart auf, die dunklen Wolken verziehen sich. Vor ihrem Jubiläumsgipfel wurde die Nato von heftigem Donnerrollen durchgerüttelt. Die Aussage des französischen Präsidenten Macron, die Nato sei hirntot, hat europäischen Mitgliedern des Bündnisses den Schreck in die Glieder fahren lassen. Allenthalben erntete Macron Kritik für eine Feststellung, die, was zum Beispiel den Mangel an politischer und strategischer Koordination anbelangt, so falsch nun nicht ist.

Aber gerade die ostmitteleuropäischen, die baltischen Mitglieder des Bündnisses wissen natürlich, dass die Europäer allein ihre Sicherheit nicht garantieren können. Dazu bedarf es nach wie vor amerikanischer Garantien; an dieser Abhängigkeit wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Möglicherweise soll es das ja auch nicht.

Gerade die Verschränkung (nord-)amerikanischer mit europäischer Sicherheit ist der Kern und das Geheimnis der Nato. Das politische Engagement und die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa sind im Übrigen die Lehren aus dem Ersten Weltkrieg – die aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg praktisch gezogen worden sind, und zwar zum Nutzen aller Mitglieder des Bündnisses. Doch es ist nicht zu leugnen, dass nach dem Ende des Kalten Kriegs und verstärkt in den vergangenen Jahren Zweifel zum Beispiel an der Verbindlichkeit amerikanischer Zusagen aufgekommen sind.

Das war ja ein Motiv für Macrons Hirntod-Diagnose: die Furcht, Amerika könne sich aus seinen europäischen Verpflichtungen zurückziehen und sich anderen Schauplätzen zuwenden, vor allem der asiatisch-pazifischen Region – Stichwort China. Und was macht Europa dann, wenn alle Treuebekennnisse nicht mehr genügen, wenn Beistandsversprechen nicht mehr ohne Wenn und Aber gelten, wenn diese historische Win-win-Rechnung für Nordamerikaner und für Europäer aufgekündigt wird, von wem auch immer?

Schon Obama schimpfte über Trittbrettfahrer

Vielleicht war es also Absicht, vielleicht eine Provokation, die zumindest diesen Effekt erzielte: Der amerikanische Präsident Trump wurde beim Gipfel in London höchstselbst zum Lordsiegelbewahrer des Bündnisses – eines Bündnisses, dessen Wert er im vergangenen Jahr noch offen in Frage stellte und dessen europäischen Mitgliedern er regelmäßig ihre finanziellen Versäumnisse um die Ohren haut. Jetzt äußerte sich Trump über die Nato fast so, als sei da eine Liebe entflammt.

Eines kann man jetzt gewiss sagen: Die europäischen Partner und Kanada haben in den vergangenen Jahren ihre Verteidigungsausgaben kräftig erhöht, auch Deutschland, das sich der amerikanische Präsident, in oft rüdem Ton, besonders gerne vorknöpft. Die ungleiche Lastenverteilung war amerikanischen Regierungen schon lange ein Ärgernis; auch die Regierung Obama hielt ihren Partnern in Europa eine Trittbrettfahrer-Mentalität vor.

Trumps Stil eines Schutzgeldeintreibers, in Verbindung mit der veränderten Sicherheitslage in Europa nach der russischen Aggression gegen die Ukraine, haben jetzt offenkundig bei einigen Mitgliedern gewirkt. Das muss man ganz nüchtern feststellen. Aus deutscher Sicht freilich bleibt das Zwei-Prozent-Ziel der Nato trotz Fortschritten in weiter Ferne. Wer auch immer in Berlin künftig die Regierung stellen wird, darf in den verteidigungspolitischen Anstrengungen nicht nachlassen.

Die Nato hat sich nicht überlebt. Sie ist die militärisch-sicherheitspolitische Rückversicherung demokratisch verfasster und marktwirtschaftlich organisierter Staaten in Europa und in Nordamerika. Es hat feste Verbindungen zu ähnlich verfassten „westlichen Außenstellen“ in anderen Teilen der Welt. Es ist das verlässlichste und stärkste Instrument, über das seine Mitglieder verfügen, um sich der Bedrohungen ihrer Sicherheit zu erwehren. Diese Bedrohungen sind nach dem Ende des Kalten Kriegs nicht geringer geworden. Der verbreitete Glaube damals, dass nun der ewige Friede anbrechen werde – Konsequenzen waren sinkende Verteidigungshaushalte und ein drastischer Streitkräfteabbau –, hat sich, spätestens am 11. September 2001, als Irrtum und als Selbsttäuschung erwiesen.

Man sagt oft, ein Bündnis, dem der Feind abhanden komme, sei bald darauf selbst Geschichte. Es wäre verrückt und selbstzerstörerisch, wenn sich die Mitglieder der Allianz auf einen solchen Fatalismus einließen. Die Nato ist nicht auf der Suche nach neuen „Feinden“, aber die Augen vor der Wirklichkeit, sagen wir der russischen unter dem Präsidenten Putin, darf sie nicht schließen. Und wenn sie sich jetzt auch mit den sicherheitspolitischen und globalen Implikationen des Aufstiegs Chinas befassen will, so ist das mehr als vernünftig. Es war überfällig. Die Frage, was dieser geopolitische und technologische Großkonkurrent unter Führung der Kommunistischen Partei für uns bedeutet, ist von überragender Bedeutung. Sie verlangt nach einer strategischen Antwort.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutschland-eine-bestandsaufnahme/arbeitslosigkeit-bei-fluechtligen-ist-die-integration-gelungen-16513652.html?premium>

DEUTSCHLAND AUF DEM PRÜFSTAND:

Was wurde aus den Flüchtlingen?

- VON BRITTA BEEGER, FRANKFURT
- -AKTUALISIERT AM 04.12.2019-10:48



Die gute Nachricht lautet: Immer mehr ehemalige Asylbewerber finden Arbeit. Aber es sind auch nach wie vor viele auf Hartz IV angewiesen. Eine Bilanz.

Kaum ein Thema hat die Menschen in Deutschland in den vergangenen Jahren so bewegt wie der große Flüchtlingszustrom seit dem Sommer 2015. „Wir schaffen das“ – dieser Satz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wurde damals schnell berühmt. Zugleich waren früh Stimmen zu hören, die vor stark steigender Arbeitslosigkeit und einer Belastungsprobe für die Sozialkassen warnten. Wie sieht rund vier Jahre später die Bilanz tatsächlich aus? Ist die Integration der **Flüchtlinge** gelungen?

Es gibt inzwischen viele offizielle Daten und Statistiken, die helfen, die Entwicklung seit dem Sommer 2015 zu sortieren. Das fängt beim Ausgang der Asylverfahren an. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erhielten zwischen Januar 2015 und September dieses Jahres knapp 1,6 Millionen Bewerber den Bescheid über ihren Asylantrag. Fast 600.000 von ihnen wurde der volle Asyl- oder Flüchtlingsstatus zugesprochen, mit dem eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre verbunden ist, die später in eine dauerhafte Niederlassungserlaubnis umgewidmet werden kann – außerdem uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt. 290.000 erhielten subsidiären Schutz, in gut 80.000 Fällen wurde ein Abschiebeverbot erteilt und mehr als 600.000 Asylanträge wurden abgelehnt.

Was wurde aus denen, die bleiben durften? Einen guten Überblick liefern die Statistiken der **Bundesagentur für Arbeit**, die eine eigene Erhebung für die Menschen aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern eingeführt hat: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Die Daten zeigen ein gemischtes Bild über den Fortschritt der Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Beschäftigung steigt

Erfreulich ist, dass die Beschäftigung kontinuierlich steigt. So hatten im August dieses Jahres 345.000 Menschen aus den wichtigsten Asylherkunftsländern Arbeit, 27 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Beschäftigungsquote belief sich damit auf 35,5 Prozent. Allerdings: Unter allen Ausländern lag sie zum gleichen Zeitpunkt bei 52,5 Prozent, unter der deutschen Bevölkerung sogar bei 69,8 Prozent.

Berücksichtigt werden muss bei diesen Zahlen, dass sie nur Näherungswerte sind. Denn zum einen sind nicht alle Menschen aus klassischen Asylherkunftsländern als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Zum anderen sind in der Statistik auch Menschen erfasst, die schon vor 2015 in Deutschland waren. Der Migrationsforscher Herbert Brücker vom **Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung** (IAB) geht davon aus, dass die Beschäftigungsquote tatsächlich noch etwas höher ist: Seinen Berechnungen zufolge beträgt sie aktuell 39 Prozent. So oder so lässt sich festhalten, dass sich die Fortschritte in etwa auf dem Niveau bewegen, das zu Beginn des großen Flüchtlingszustroms erwartet worden war. Nach fünf Jahren könnte etwa die Hälfte von ihnen in Arbeit sein, war damals die Erwartung – das wäre im kommenden Jahr und nach jetzigem Stand durchaus realistisch.

Forscher Brücker zufolge lassen sich aus den Beschäftigungsdaten zwei weitere gute Nachrichten ablesen: Zum einen, dass mit mehr als 80 Prozent der weit überwiegende Teil sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Zum anderen, dass immerhin die Hälfte als Fachkraft arbeitet, obwohl nur jeder fünfte Flüchtling eine abgeschlossene Ausbildung oder einen Hochschulabschluss hat. „Man hätte vermuten können, dass alle in Helfertätigkeiten landen. Das ist aber nicht passiert“, sagt er. Ein Grund ist, dass viele Flüchtlinge in ihrer Heimat auch ohne formellen Abschluss qualifizierten Tätigkeiten nachgegangen sind. Eine große Rolle spielen aber auch der lange Wirtschaftsaufschwung in Deutschland und der große Fachkräftebedarf der Unternehmen. „Das hat klar geholfen“, sagt Brücker. „So bekamen auch Menschen eine Chance, die es sonst schwer gehabt hätten.“

Trotz dieser Erfolge befindet sich aktuell ein großer Teil der Flüchtlinge im Hartz-IV-System. So sind unter den zuletzt rund 5,4 Millionen sogenannten Regelleistungsberechtigten rund 987.000 Erwachsene und Kinder aus den wichtigsten Asylherkunftsländern. Von ihnen gelten 640.000 als erwerbsfähig. Zu berücksichtigen ist, dass sich in dieser Gruppe auch Menschen befinden, die zwar arbeiten, deren Einkommen aber nicht reicht, um den Lebensunterhalt für sich oder die Familie zu sichern, und die deshalb zusätzlich Leistungen aus der Grundsicherung erhalten. Insgesamt ist immer noch mehr als jeder zweite Flüchtling auf finanzielle Unterstützung angewiesen, wobei der Anteil unter den verschiedenen Herkunftsländern unterschiedlich hoch ist: Unter Flüchtlingen aus Nigeria beträgt er lediglich 18 Prozent, unter Syrern fast 74 Prozent. Da die Zahl der deutschen Grundsicherungsempfänger in den vergangenen Jahren deutlich gesunken ist, ist seit 2015 trotz der großen Flüchtlingswelle auch die Gesamtzahl der Hartz-IV-Empfänger weiter zurückgegangen.

Als arbeitssuchend gemeldet sind aktuell 446.000 Flüchtlinge. Sie suchen grundsätzlich Arbeit, stehen dafür aber nicht unmittelbar zur Verfügung, beispielsweise weil sie sich noch in einem Integrationskurs oder einer Qualifikationsmaßnahme befinden. Nur ein kleiner Teil ist offiziell arbeitslos – konkret 196.000. Obwohl die Deutschkenntnisse tendenziell immer besser werden, suchen weiter viele Arbeit, für die Sprachkenntnisse nicht entscheidend sind, etwa in der Reinigung, der Logistik oder als Küchenhelfer.

Als regelrechter Beschäftigungsmotor hat sich für viele Flüchtlinge die Zeitarbeit erwiesen. Mehr als jeder dritte, der in den vergangenen zwölf Monaten Arbeit fand, wurde bei einem Personalvermittler fündig. Auch im Gastgewerbe kommen viele ehemalige Asylbewerber unter. Allerdings sind dadurch auch ihre Verdienste nach wie vor vergleichsweise gering. Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer aus den wichtigsten Asylherkunftsländern erzielten Ende vergangenen Jahres ein mittleres Bruttoeinkommen von 1894 Euro, unter allen in Vollzeit tätigen Arbeitnehmern waren es hingegen 3304 Euro.

Daran könnte sich etwas ändern, wenn mehr Flüchtlinge ihren Schulabschluss nachholen oder eine Ausbildung machen würden. Das Interesse daran war anfangs eher gering, was Fachleuten zufolge mehrere Gründe hatte: zum einen, dass die Verdienste während einer Ausbildung niedriger ausfallen, zum anderen, dass die Hürden, den Abschluss zu schaffen, recht hoch sind. Schließlich sind viele Flüchtlinge schon eine Weile aus der Schule raus, zudem braucht es dafür gute Deutschkenntnisse. Die Bildungspartizipation der Flüchtlinge habe lange stagniert, steige nun aber tendenziell, sagt Forscher Brücker. Soll heißen: Mehr von ihnen entscheiden sich beispielsweise für eine Ausbildung. Aus Sicht der Unternehmen ist das eine gute Nachricht, denn viele suchen Nachwuchs und sind zunehmend verzweifelt. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags blieben in diesem Jahr in jedem dritten Betrieb Ausbildungsplätze unbesetzt.

Wenig erfreulich ist hingegen, dass bisher nur ein kleiner Teil der geflüchteten Frauen erwerbstätig ist. Selbst unter Frauen, die keine Kinder haben, fällt die Beschäftigungsquote eher gering aus. In regelmäßigen Befragungen durch das IAB, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie das Sozio-oekonomische Panel gäben zwar sowohl geflüchtete Männer als auch Frauen an, dass Frauen arbeiten sollten, sagt Forscher Brücker. Und: Die Frauen wollten das auch. Es zeige sich jedoch ein Unterschied zwischen der geäußerten und der gelebten Gleichberechtigung. So schlugen sich die eher konservativen Familienwerte in der innerfamiliären Arbeitsteilung nieder, beobachtet er, etwa was die Arbeit im Haushalt angeht. Nicht nur daran zeigt sich: Trotz aller Fortschritte bleibt die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt eine große Herausforderung.

Schwesig: DDR war kein "Unrechtsstaat"



Ministerpräsidentin Schwesig will "mehr Respekt für ostdeutsche Lebensleistungen".

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und ihr Amtskollege in Thüringen, Bodo Ramelow (Linke), haben sich dagegen ausgesprochen, den Begriff "Unrechtsstaat" für die DDR zu verwenden. "Die DDR war eine Diktatur. Es fehlte alles, was eine Demokratie ausmacht: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit, freie Wahlen, das Recht auf Opposition", sagte Schwesig in einem Interview mit den Zeitungen der "Funke"-Mediengruppe. Der Begriff "Unrechtsstaat" werde aber von vielen Menschen, die in der DDR gelebt haben, als herabsetzend empfunden. "Er wirkt so, als sei das ganze Leben Unrecht gewesen. Wir brauchen aber mehr Respekt vor ostdeutschen Lebensleistungen", sagte die SPD-Politikerin.

"Begriff mit Nazi-Zeit verbunden"

Schwesig stellte sich mit ihren Aussagen in eine Reihe mit dem früheren Ministerpräsidenten Erwin Sellering (SPD). Sellering hatte es bereits 2009 abgelehnt, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen und dafür viel Kritik auch aus den eigenen Reihen einstecken müssen. Thüringens Regierungschef Ramelow sagte, die DDR sei eindeutig kein Rechtsstaat gewesen. Der Begriff "Unrechtsstaat" aber sei für ihn ausschließlich mit der Zeit der Nazi-Herrschaft und dem mutigen Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und seiner Verwendung des Rechtsbegriffs "Unrechtsstaat" in den Auschwitz-Prozessen Anfang der 1960er Jahre verbunden. Anne Drescher, Mecklenburg-Vorpommerns Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, hält es unterdessen für schwierig, über die DDR als "Unrechtsstaat" zu diskutieren, und dies mit den persönlichen Lebensleistungen der Menschen zu verknüpfen. "Das sind zwei völlig verschiedene Themen", sagte sie gegenüber NDR 1 Radio MV.

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Unrechtsstaat-DDR-Sellingering-legt-nach,sellingering510.html>

Stand: 12.11.2014 15:13 Uhr - Lesezeit: ca.2 Min.

Unrechtsstaat DDR: Sellingering legt nach



Bezeichnet die DDR weiterhin nicht als Unrechtsstaat: Erwin Sellingering (SPD) bleibt trotz der Kritik bei seiner Haltung.

Ministerpräsident Erwin Sellingering (SPD) hat in der Debatte um den Unrechtsstaat DDR nachgelegt. Der Regierungschef Mecklenburg-Vorpommerns warf auf einer Podiumsdiskussion der "Schweriner Volkszeitung" zum Thema "Wertewandel - Ost und West" den Medien indirekt vor, sie würden die Diskussion immer wieder neu entfachen und Politiker unter Druck setzen. Jeder, der politisch tätig sei, werde gezwungen, seine "Demokratiefestigkeit" dadurch zu beweisen, dass er sage "Jawohl, die DDR war ein Unrechtsstaat". Politiker, die das tun, knicken in den Augen Sellingerings offenbar zu leicht ein. Der Ministerpräsident sagte, es gebe da Leute, die würden sich "unter das Joch beugen". Es gebe aber auch manche, die würden das nicht tun - und zu denen gehöre er, so Sellingering hörbar gereizt.

Leistungsleistung der Menschen

Sellingering steht seit einer Woche massiv in der Kritik, weil er die DDR nicht als Unrechtsstaat bezeichnet. Er erneuerte damit die Aussagen aus einem Zeitungsinterview vom März 2009. Dieser Kampfbegriff Unrechtsstaat qualifiziere pauschal die Leistungsleistung der Menschen in der DDR ab. Das wiederholte er in der Woche vor dem Gedenken an den Fall der Mauer mehrmals.

Kritik von allen Seiten

Für diesen Zusammenhang zwischen staatlichem Unrecht und dem Alltag der Menschen erntete der SPD-Politiker bei Experten und Parteifreunden, dem Koalitionspartner CDU und der Opposition Unverständnis und Kritik. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte am Wochenende beim CDU-Landesparteitag in Wismar in ihrer Rede erklärt, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. Das Recht hätte nicht für die gegolten, die das System in Zweifel gezogen hätten. Mehrere andere Redner sagten, das politische System müsse klar vom Alltag getrennt werden, wer den Staat und die Herrschaft der SED als Unrechtsstaat bezeichne, der sage nichts über die Leistungsleistung der Menschen aus. Viele hätten nicht wegen der DDR Gutes erreicht, sondern trotz der DDR, so CDU-Fraktionschef Vincent Kokert.

Sellering verweist auf de Maiziere und Schorlemmer

Sellering verteidigte sich während der Podiumsdiskussion und sagte, er stehe mit seiner Meinung nicht allein da. Als Unterstützer führte er den ehemalige Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer und den letzten Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maiziere (CDU) an. Diese würden die gleiche Meinung vertreten. Auffällig ist, dass Sellering in der Debatte keine Unterstützung von aktiven Politikern erhält. Der Vorsitzende des Forums Ost der SPD, der ehemalige Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, erklärte: Sellering vertrete sicher nicht die Mehrheitsmeinung in der Partei.

Massenproteste in Frankreich

"Das bisherige Rentensystem ist ungerecht"

In ganz Frankreich demonstrieren Menschen gegen die geplante Rentenreform von Präsident Macron. Dabei sind Veränderungen dringend notwendig, erklärt die Rentenexpertin Monika Queisser.

Ein Interview von Britta Sandberg



Streikende Eisenbahn-Mitarbeiter in Paris: "Hauptziel der geplanten Reform ist es, ein einheitliches System zu schaffen"

Donnerstag, **05.12.2019** 17:39 Uhr

Ungerecht, unausgewogen, unsozial: Die Kritik an den Rentenplänen von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zeigt sich bei Massenprotesten im ganzen Land. OECD-Rentenexpertin Monika Queisser erklärt die Hintergründe des Generalstreiks, der seit Donnerstagmorgen ganz Frankreich lahmlegt.

Zur Person

Michael Dean/ OECD

Monika Queisser ist Leiterin der Abteilung für Sozialpolitik bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris. Sie arbeitet als einzige Ausländerin im französischen Rentenrat COR mit.

SPIEGEL: Seit heute Morgen protestieren die Angestellten des öffentlichen Dienstes gegen die geplante Rentenreform der Regierung - weil sie um ihre Privilegien fürchten oder weil die geplante Reform tatsächlich ungerecht ist?

Queisser: Ich würde eher sagen, dass das bisherige Rentensystem, das es seit 1945 gibt, ungerecht ist. Es gibt in Frankreich 42 verschiedene Rentensysteme für verschiedene Berufsgruppen, darunter auch die sogenannten "régimes spéciaux" für Beschäftigte von Staatsunternehmen und Beamte. Das bedeutet, dass jeder Euro, der eingezahlt wird, je nach System eine unterschiedliche Rente ergibt. Hauptziel der geplanten Reform ist es, ein

einheitliches System zu schaffen. Aber dabei gibt es natürlich immer Gewinner und Verlierer. Und zu den Verlierern zählen jene, die bisher von einem besonders großzügigen Rentensystem profitierten. Dazu gehören die Eisenbahner der staatlichen Gesellschaft SNCF und die Mitarbeiter der Pariser Verkehrsbetriebe RATP, die deshalb heute streiken.

SPIEGEL: Deren Angestellte konnten bisher teilweise ab 52 Jahren in Ruhestand gehen. Was bedeutet es, wenn die SNCF streikt? Das war ja schon einmal so, bei den mehrwöchigen Protesten 1995.

Queisser: Die SNCF hat große Macht. Wenn da die Arbeit niedergelegt hat, betrifft es einfach sehr viele Menschen. Aber es haben sich ja auch andere Berufsgruppen angeschlossen, die durch die Reform eine Schlechterstellung bei der Rente befürchten. Auch fast 50 Prozent der Lehrer und viele Anwälte protestieren. Am Anfang waren die Franzosen aufgeschlossener gegenüber dem Reformprojekt der Regierung. Noch sind ja viele Details gar nicht bekannt. Aber je länger das dauert, desto mehr Widerstand gibt es. In das Vakuum, das entstanden ist, projiziert jeder seine eigenen Ängste. Viele haben so ein diffuses Gefühl, dass es irgendwie ungerecht zugehen wird, ohne dass sie wissen, was genau sich verändert.

SPIEGEL: War es ein Fehler, dass die Regierung alles so lange im Vagen gehalten hat?

Queisser: Es war gut, dass sie eine ausführliche Diskussion mit den Sozialpartnern geführt hat. In Frankreich ist das ja nicht so selbstverständlich wie in Deutschland, von daher war es dringend notwendig. Es ging dabei um grundsätzliche Fragen: Wieviel Umverteilung, wieviel Solidarität will man? Wie hält man es mit der Generationengerechtigkeit? Allerdings muss man, wenn man sich mit Gewerkschaften und Arbeitgebern auf Grundwerte geeinigt hat, irgendwann die Karten auf den Tisch legen. Das hat jetzt lange gedauert, erst in der kommenden Woche will die Regierung ihre Pläne offenlegen.

SPIEGEL: Die OECD hat das bestehende Rentensystem immer wieder kritisiert. Befürworten Sie die geplante Umwandlung in ein Punktesystem?



Queisser: Unbedingt, es ist richtig, das System zu vereinheitlichen. Zurzeit ist es nicht nur ungerecht, sondern auch total unübersichtlich durch das wilde Nebeneinander einer Vielzahl von Sonderregelungen. Ganz schwierig wird es, wenn man mehrmals in seinem Berufsleben das Rentensystem wechselt, was ja mittlerweile die Regel ist. Viele Menschen haben Rentenansprüche aus mehreren Systemen und wenig Klarheit darüber, welche Rente am Ende dabei rauskommt.

SPIEGEL: Was macht die Rente in Frankreich denn so ungerecht?

Queisser: Bisher gibt es zwei obligatorische Systeme, das sogenannte Regime général, also das Grundrentensystem, und ein obligatorisches Zusatzrentensystem, das heute bereits nach dem Punkte-Prinzip funktioniert. Bei der Grundrente wird eine Einkommensbasis ermittelt, indem man bisher die 25 besten Einkommensjahre nimmt und auf dieser Basis ein durchschnittliches Gehalt errechnet. 50 Prozent davon werden dann als Rente ausgezahlt. Diese Berechnung begünstigt aber vor allem Arbeitnehmer mit einer starken Einkommensprogression, also in der Regel Besserverdienende. Wenn man ein Leben lang nur Mindestgehalt oder wenig mehr verdient, nützt einem das nichts. Außerdem werden geleistete Arbeitsstunden, zum Beispiel bei Handwerkern, nur berücksichtigt, wenn man auf ein Minimum von 150 Stunden pro Trimester kommt. Das neue System sieht vor, dass jede geleistete Stunde, jeder gezahlte Euro angerechnet wird. Unabhängig vom geplanten Abbau der Sonderregime werden die neuen Berechnungen für mehr Gerechtigkeit sorgen.

SPIEGEL: Die Franzosen beziehen im Schnitt sehr viel höhere Renten als die Deutschen, wie kommt das zustande?

Queisser: Frankreich gibt einfach sehr viel mehr für Renten aus als Deutschland, ungefähr 14 Prozent des Bruttosozialprodukts, in Deutschland sind es nur 11 Prozent. Die gesamten Rentenausgaben sind also höher und die Leistungsberechnung ist großzügiger. Die französischen Renten betragen durchschnittlich mehr als 1600 Euro. Im Gegensatz zu Deutschland haben die meisten Franzosen außerdem eine Zusatzrente, in Deutschland ist die betriebliche Versorgung ja nicht obligatorisch. Ein weiterer Grund ist, dass die Französinen viel öfter in Vollzeit arbeiten und damit höhere Rentenansprüche erwerben, was den Durchschnitt wiederum hebt.

SPIEGEL: Was steht Frankreich in den kommenden Tagen bevor?

Queisser: Das ist schwer zu sagen. Es wird immer wieder das Gespenst der Proteste von 1995 heraufbeschworen, damals hielten die Streiks wochenlang. Aber ich glaube, dass wir heute in einer anderen Situation sind. Der Streik wurde seit Langem angekündigt. Unternehmen und Schulen haben sich darauf eingestellt, Meetings wurden verlegt. Wenn es lange dauert, was wir heute noch nicht wissen, dann allerdings können die Proteste eine große Wucht entwickeln.

https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/angela-merkel-in-auschwitz-eigentlich-muesste-man-verstummen-16522499.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

ANGELA MERKEL IN AUSCHWITZ:

„Eigentlich müsste man verstummen“

- VON ECKART LOHSE, AUSCHWITZ
- -AKTUALISIERT AM 06.12.2019-16:09



Zum ersten Mal besucht Angela Merkel das ehemalige Vernichtungslager in Auschwitz. Dass die Bundeskanzlerin gerade jetzt dorthin reist, ist kein Zufall.

Es ging auf Mittag zu, als Angela Merkel am Freitag im sogenannten Stammlager von Auschwitz im kalten Wind stand. An ihrer Seite war der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Es waren Blumengebinde auf hölzernen Dreibeinen aufgestellt worden, das eine in den Farben der polnischen Flagge, das andere in denen der deutschen. Sie befanden sich vor einer Wand im Block elf des ehemaligen Konzentrationslagers der Nationalsozialisten. Vor dieser Wand haben die Nazis die Häftlinge im Lager erschossen.

Die Bundeskanzlerin ist zum ersten Mal nach Auschwitz gereist, frühmorgens hat sie ein Flugzeug von Berlin nach Kattowitz genommen, der Flug dauerte knapp eine Stunde. Zunächst hat sie im Stammlager mit dem polnischen Ministerpräsidenten die Ausstellung besucht, die unter anderem das Modell eines Krematoriums zeigt, dazu Brillen, Schuhe, Koffer und Haare von Ermordeten, aber auch bürokratischen Schriftverkehr und Abbildungen damals illegal angefertigter Fotos. Dieser Teil der Ausstellung war bereits in den 1950er Jahren von Überlebenden konzipiert worden.

„Mit Menschenverstand nicht zu erfassen“

Es falle ihr „alles andere als leicht“, hier zu sprechen, sagte Merkel, nachdem sie vom Stammlager ins Vernichtungslager Auschwitz II-Birkenau gefahren war. Hier fand ein Festakt statt anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Stiftung, die sich um den Erhalt der Gedenkstätte kümmert. Zunächst sprach ein Überlebender, der schilderte, wie er als Kind mit seiner Mutter aus Warschau nach Auschwitz gebracht worden war. Als Merkel wenig später ihre Rede hielt, wirkte es für einen Moment so, als werde ihre Stimme brüchig, als sie von Kindern sprach, die Opfer der Nationalsozialisten geworden waren. „Ich empfinde tiefe Scham angesichts der Verbrechen“, äußerte die Kanzlerin. „Eigentlich müsste man verstummen.“

Auschwitz sei ein Ort, der wie kein anderer für das „größte Menschheitsverbrechen“ stehe. Die Verpflichtung zur Erinnerung an die NS-Verbrechen sei „nicht verhandelbar“ und gehöre „untrennbar zu unserem Land“. „Uns dieser Verantwortung bewusst zu sein, ist fester Teil unserer nationalen Identität, unseres Selbstverständnisses als aufgeklärte und freiheitliche Gesellschaft, als Demokratie und Rechtsstaat“, fügte die Kanzlerin hinzu.

Sie forderte, sich weiter der Taten zu erinnern. Sie stünden für den „Zivilisationsbruch, dem sämtliche menschliche Werte zum Opfer fielen.“ Was in Auschwitz geschehen sei, lasse sich „mit Menschenverstand nicht erfassen“. Es war ihr wichtig, daran zu erinnern, dass das Lager im heutigen Polen ein „deutsches, von Deutschen betriebenes Vernichtungslager“ gewesen sei.

Nach 14 Jahren an der Spitze der Bundesregierung ist Merkel also nach Auschwitz gereist, an jenen Ort, der weltweit zum Inbegriff der massenhaften Ermordung vor allem von Juden, aber auch anderen Opfergruppen, durch die Nationalsozialisten wurde. Merkels Vorgänger Helmut Schmidt und Helmut Kohl waren hier gewesen, andere Bundeskanzler nicht. Doch als Schmidt und Kohl da waren, saß noch nicht eine Partei als drittgrößte Fraktion im Bundestag, deren Führungsfigur die Zeit des Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ bezeichnet hatte oder auf deren rechtem Flügel eine Wende der Erinnerungskultur um 180 Grad gefordert wurde.

des Diskurses über die historische Verantwortung Deutschlands in den Reihen der AfD so ist, wie sie ist, spielte natürlich als Hintergrund ihrer Reise eine Rolle. Sie erwähnte in ihrer Rede den 70. Jahrestag des Grundgesetzes, in das die Lehren der Vergangenheit eingeflossen seien. Doch so kostbar dessen Werte seien, so „verletzlich“ seien sie zugleich. Deswegen müssten sie immer wieder verteidigt werden.

„In diesen Tagen ist das keine Rhetorik“, sagte Merkel. „In diesen Tagen ist es nötig, das deutlich zu sagen. Denn wir erleben einen besorgniserregenden Rassismus, eine zunehmende Intoleranz, eine Welle von Hassdelikten“, fuhr sie fort. „Wir erleben einen Angriff auf die Grundwerte der liberalen Demokratie und einen gefährlichen Geschichtsrevisionismus im Dienste einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.“ Besonders müsse das Augenmerk auf den Antisemitismus gerichtet werden, der jüdisches Leben in Deutschland, in Europa und darüber hinaus bedrohe. Gerade Auschwitz „mahnt uns, täglich wachsam zu sein“. Einen Schlussstrich könne es nicht geben, auch keine Relativierung.

Wie die Kanzlerin hatte zuvor der polnische Ministerpräsident an die ermordeten Juden, Polen, russischen Kriegsgefangenen, Sinti und Roma erinnert. „Wenn die Erinnerung geht, ist es, als hätten wir zum zweiten Mal die Menschen verletzt, die hier die Hölle erlebt haben“, sagte Morawiecki. Deswegen pflege man die Gedenkstätten. Den Anstoß zur Gründung der Stiftung hatte vor zehn Jahren der frühere polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski gegeben. Er war Häftling in Auschwitz vom September 1940 bis zum April 1941 gewesen. Merkel war auf Einladung der Stiftung gekommen. Wenn im kommenden Januar des 75. Jahrestags der Befreiung des Lagers am 27. Januar 1945 gedacht wird, wird Merkel nicht dabei sein, aber Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Merkel war schon in Buchenwald und Dachau

Angela Merkel ist zu einem Zeitpunkt nach Auschwitz gereist, da ihre Kanzlerschaft langsam ihrem Ende entgegengeht. Vielleicht auch nicht so langsam. Offenbar wollte sie als Regierungschefin kommen, auch ihren Gastgebern wird das recht gewesen sein. An Stätten, an denen der deutschen Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus gedacht wird, war sie schon oft. So reiste sie 1991, lange vor dem Beginn ihrer Kanzlerschaft, zum ersten Mal nach Israel und besuchte dort die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Es folgten vier weitere Besuche als Bundeskanzlerin. Den Schutz Israels erklärte sie zur deutschen Staatsräson.

Vor zehn Jahren fuhr sie zur Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald in der Nähe von Weimar, ein Jahr später besuchte sie das einstige KZ Ravensbrück. 2013 war sie im ehemaligen Konzentrationslager Dachau, wo vor ihr noch kein Bundeskanzler gewesen war. Erst im Oktober hatte sie in München den Theodor-Herzl-Preis des Jüdischen Weltkongresses verliehen bekommen. Dessen Präsidenten, Ronald Lauder, traf sie am Freitag in Auschwitz.



Zusammen an das Grauen erinnern: Bundeskanzlerin Merkel schreitet mit Polens Ministerpräsident Morawiecki voran, um einen Kranz niederzulegen. :Bild: AFP

In der Delegation der Kanzlerin reisten der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, und der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, mit. Am Tag vor Merkels Reise hatten die Regierungschefs der Bundesländer bei ihrem Treffen mit Merkel in Berlin beschlossen, zusätzliche sechzig Millionen Euro für den Kapitalstock bereitzustellen, aus dem die Stiftung ihre Arbeit finanziert. Einen entsprechenden Betrag hatte Berlin bereits von 2011 bis 2015 bereitgestellt. Andere wichtige Stifter sind Amerika, Polen, Frankreich, Österreich, Großbritannien, die Schweiz, Israel und Russland. Insgesamt umfasst die Liste der Unterstützer der Stiftung etwa vierzig Staaten. In diesem Frühjahr hatte die Stiftung einen Konservierungsplan zum langfristigen Erhalt der Gedenkstätte für die nächsten 25 Jahre vorgelegt. Angestrebt ist ein Kapitalstock von 180 Millionen Euro.

Sie sei „sehr froh“, sagte Merkel am Donnerstag nach ihrem Gespräch mit den Ministerpräsidenten, dass man sich darauf habe einigen können, der Stiftung weiteres Geld zur Verfügung zu stellen. Dieser Beitrag werde die Möglichkeiten der Erhaltung verbessern. Deshalb ist das eine gute Botschaft, die sie mit nach Polen nehmen könne.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/intellektuelle-folgen-jetzt-den-gelbwesten-in-frankreich-16528940.html?premium>

INTELLEKTUELLE ZU GELBWESTEN:

Da singt die Wut

- VON JÜRGEN ALTWEGG
- -AKTUALISIERT AM 11.12.2019-06:18



Ein Jahr nachdem die „Gelbwesten“ die revolutionären Leidenschaften Frankreichs neu entfesselt haben, folgen ihnen Intellektuelle. Ein Aufruf zum Widerstand gegen die „Offensive“ der „neoliberalen und autoritären Regierung“.

In Europa ist Frankreich das Paradies mit dem niedrigsten Rentenalter und der höchsten Lebenserwartung. Es gibt weniger arme Rentner als in Deutschland, und sie haben deutlicher als andere Schichten gegen die Populisten votiert und Macron gewählt: In ihrer Generation ist der antifaschistische Reflex stärker ausgebildet als bei den Jüngeren.

Auf solche Verhältnisse kann eine Gesellschaft stolz sein. Aber natürlich weiß jeder: Die Rechnung geht nicht mehr auf. Mehr als vierzig Rentensysteme existieren. Es sind die Privilegien einzelner Berufsfelder – wie etwa Bahn und Polizei – und generell der Beamten, die für Unterschiede sorgen. Macron verspricht mit der Reform seiner Regierung mehr Gleichheit und Gerechtigkeit. Aber die Lehrer zum Beispiel fürchten, dass sie zwischen drei- und sechshundert Euro monatlich verlieren. Sie sind fast ebenso intensiv an den laufenden Streiks beteiligt wie die bestens organisierten Bahnangestellten, die ihren ersten Machtkampf gegen Macron verloren hatten: Die Protestaktionen gegen die Reform des Arbeitsrechts brachten keinen Erfolg.

Inzwischen ist alles ganz anders: Frankreich erlebt die Rückkehr der Gewerkschaften und der revolutionären Intellektuellen. 180 Schriftsteller, Soziologen, Philosophen und Ökonomen haben in „Le Monde“ einen Aufruf veröffentlicht, unter ihnen Annie Ernaux und Thomas Piketty, Laurent Binet, Hélène Cixous, Edouard Louis und Didier Eribon.

Die Rückkehr des engagierten Intellektuellen

Die Unterzeichner zitieren die Petition der Intellektuellen vom Dezember 1995 in der gleichen Zeitung: „Die sozialen Bewegungen sind nur für die Politik der Regierung eine Krise.“ Wochenlang wurde damals das Land lahmgelegt. Es war die größte Streikbewegung seit dem Mai 1968. Sie entzündete sich an der Rentenreform von Chiracs Premierminister Alain Juppé, der ihre Notwendigkeit mit den Maastricht-Kriterien zur Einführung des Euros begründete. Auch als Revolte gegen die Globalisierung wurde der Kampf gedeutet.

Zu ihrem Wortführer schwang sich der Soziologe Pierre Bourdieu auf, der in der Gare de Lyon zu den Bahnangestellten sprach wie einst Jean-Paul Sartre – auf dem legendären Fass – zu den Arbeitern der Automobilwerke Renault. Bourdieu hatte gerade seinen Bestseller „Das Elend der Welt – Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft“ veröffentlicht. Mit Erstaunen nahm man damals die Rückkehr des engagierten Intellektuellen zur Kenntnis: Mit Bourdieu forderten Régis Debray, Pierre Vidal-

Naquet und Jacques Derrida in „Le Monde“ nach mehreren Wochen Streik dessen Weiterführung. Jean Baudrillard verhöhnte „ein letztes Aufbäumen vor dem endgültigen Verschwinden“.

Kein einflussreicher Intellektueller verteidigt die Reform

Neu war, dass sich 1995 zahlreiche linke Intellektuelle auf die Seite der rechten Regierung schlugen. Die Soziologen Alain Touraine und Pierre Rosanvallon, Historiker wie Jacques Le Goff oder Michel Winock und der Philosoph Paul Ricœur unterstützten die Reform des „archaischen Sozialsystems“. Ricœur erklärte in einem Interview: „Was mich am meisten frappt, ist der Abgrund zwischen dem rationalen Verstehen der Welt und den Wünschen der Leute.“ Bourdieus Replik: „Reaktionäres Denken.“

Heute regiert ein Schüler Paul Ricœurs Frankreich. Als Assistent hatte Macron eines der Bücher des Philosophen betreut. Knickt er nun ein wie Alain Juppé 1995 und alle Regierungen seither, ist es mit seinen Reformen zu Ende. Ein paar Ökonomen zerlegen zwar die Fake News, die Thomas Piketty in Funk und Fernsehen zur besten Sendezeit verbreitet. Aber kein einflussreicher Intellektueller weit und breit verteidigt die Reform.

Legitime Wut und wiedergefundene Hoffnung

Baudrillard hat sich seinerzeit geirrt, Bourdieu recht behalten. Von den Renten, ihrer Finanzierung und der Demographie ist in der nun erschienenen Petition nicht die Rede, dafür trieft sie von utopischem Denken. Ein Jahr nachdem die „Gelbwesten“ die revolutionären Leidenschaften neu entfesselten, folgen ihnen Intellektuelle. Zum Widerstand gegen die „Offensive“ der „neoliberalen und autoritären Regierung“, ihre „ständige Einschüchterung und extreme Repression“ wird von ihnen aufgerufen. Dieser verzeichneten Wirklichkeit halten sie eine neue Gesellschaft der „Freiheit und Gleichheit, Ökologie und Gerechtigkeit“ entgegen, in der „Reichtum, Macht, Wissen und die Zeit geteilt“ werden, in der die „Lebenskraft vor der Kaufkraft“ kommt.

Auf dass, so das Schlusswort, „die legitime Wut, aber vor allem die wiedergefundene Hoffnung auf den Straßen Frankreichs singen möge, denn unsere Zukunft ist in Reichweite unserer kollektiven Intelligenz“.

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/die-ezb-und-die-risiken-gruener-geldpolitik-16524068.html?premium>

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK:

Die Risiken grüner Geldpolitik

- VON DENNIS KREMER
- -AKTUALISIERT AM 11.12.2019-09:51



EZB-Chefin Christine Lagarde will im Namen des Klimaschutzes Geldpolitik betreiben. So viel Eigenmächtigkeit kann zum Problem werden.

Wohl die wenigsten Kenner der Finanzwelt hatten mit einem solchen Start gerechnet. Als Christine Lagarde vor einigen Monaten zur Nachfolgerin Mario Draghis erkoren wurde, glaubten die meisten, dass der Französin nicht viel anderes übrigbleiben werde, als Draghis Erbe fortzuführen und im besten Fall die zuletzt arg zerstrittenen europäischen Notenbanker ein wenig zu befrieden. Doch noch vor ihrer ersten geldpolitischen Sitzung als Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), die am kommenden Donnerstag stattfindet, setzt Lagarde schon einen ganz eigenen Akzent, wie man ihn von Zentralbankern nicht gewohnt ist. Sie will, so hat sie es bei mehreren öffentlichen Auftritten erklärt, Klimaschutz zu einem Anliegen der EZB machen. Den Klimawandel anzugehen, müsse eine Priorität der Notenbank sein.

Zwar hat Lagarde in ihrer kurzen Amtszeit bislang noch nicht detailliert ausgeführt, wie sie sich das konkret vorstellt. Aber der Zeitgeist ist selbstverständlich schon mal auf ihrer Seite: Klimaschutz ist wichtig und geht alle an – wer wollte da widersprechen? Zugleich hat Lagarde die Welt der Notenbanker damit in kürzester Zeit in gehörige Unruhe versetzt. Keine Zentralbank der Welt betreibt eine grüne Geldpolitik, indem sie zum Beispiel sogenannte grüne Anleihen bevorzugt ankauft. Das Geld, das für solche Anleihen gezahlt wird, fließt auch in umweltfreundliche Projekte.

Widerspruch kam schnell: Bundesbank-Präsident Jens Weidmann kann sich mit Lagardes Idee nicht anfreunden. So zeichnet sich nach der jüngsten, noch unter Draghi ausgebrochenen Auseinandersetzung um die Wiederaufnahme des Anleihekaufprogramms nun ein neuer Konflikt innerhalb der Notenbank ab. Dabei geht es nicht um die Frage, ob Klimaschutz sinnvoll ist – eine Frage, die wohl alle Notenbanker bejahen würden. Auch dass Klimarisiken durchaus Risiken für das Finanzsystem mit sich bringen, ist unter ihnen Konsens. Aber es geht in der Auseinandersetzung um einen Wert, der die Notenbanken im Grunde ihres Wesens berührt: um ihre Unabhängigkeit.

Das erschließt sich nicht sogleich: Was hat Klimaschutz mit Unabhängigkeit zu tun? Und warum ist Unabhängigkeit überhaupt so wichtig?

Attacken auf Notenbanken kommen wieder in Mode

Dass Regierungen jeglicher Couleur Notenbanker unter Druck setzen, ist kein neues Phänomen, aber zuletzt wieder in Mode gekommen. Der Extremfall ist die Türkei, in der Staatschef Erdogan von der Notenbank niedrigere Zinsen verlangte, obwohl die Inflationsrate im zweistelligen Bereich lag – selbst der Laie weiß, dass so eine Politik nicht gutgehen kann. Der Notenbankchef weigerte sich, und Erdogan, der Autokrat, ließ den widerspenstigen Mann absetzen. Das zeigt eindrücklich, warum Unabhängigkeit von der Politik für

Notenbanker so wichtig ist: Können sie auf diese Weise doch verhindern, dass offensichtlicher ökonomischer Unsinn ihre Zinsentscheidungen bestimmt.

Ähnlich gelagert und doch ein wenig anders ist der Fall des amerikanischen Präsidenten Donald [Trump](#). Die amerikanische Fed ist eine starke, seit mehr als einem Jahrhundert erprobte Institution. Einfach mal so ihr Personal auszutauschen, traut sich selbst der unverfrorene Trump nicht, zumal dies auch rechtlich kaum möglich ist.

Stattdessen schimpft Trump gerne via Twitter über Notenbankchef [Jerome Powell](#) und fordert, er solle doch bitte im größeren Stil die Zinsen senken. Auch wenn das wohl kein Präsident vor ihm mit solch deutlichen Worten verlangt hat (wahlweise bezeichnete Trump die Notenbank als „ahnungslos“ oder gar als „Feind“), versteckt sich auch dahinter ein altbekanntes Muster. Politik folgt nun einmal ihrem ganz eigenen Zyklus: Trump will im nächsten Jahr wiedergewählt werden. Wenn Zinssenkungen kurzfristig die Wirtschaft beleben, steigert dies seine Chancen. Um die längerfristigen Effekte, beispielsweise einen dadurch verursachten möglichen Anstieg der Inflation, braucht er sich nicht zu scheren. Dies ist das zweite wichtige Argument für die Unabhängigkeit der Notenbanken von der Politik: Kein Politiker soll dazu in die Lage versetzt werden, aufgrund kurzfristiger politischer Überlegungen langfristigen wirtschaftlichen Schaden anzurichten. Auch darum gehen die Amtszeiten von Notenbankern weit über die üblichen Amtszeiten von Politikern heraus.

Soll sich die EZB wirklich um Klimaschutz kümmern?

Im Falle von Christine Lagarde ist die Angelegenheit subtiler. Denn die Überlegungen zur grünen Geldpolitik wurden ja nicht von außen an sie herangetragen, nein, die Idee kam von ihr selbst, also gewissermaßen aus dem Herzen der EZB. Inwiefern kann man da überhaupt von einer Gefahr für die Unabhängigkeit sprechen? [Otmar Issing](#), einst erster Chefvolkswirt der EZB und einer der erfahrensten Notenbanker der Welt, schreibt dazu in einem gerade veröffentlichten Aufsatz: „Eine grüne Geldpolitik kann es nicht geben, weil sich der Begriff auf einen Politikbereich weit außerhalb des Mandates der Zentralbanken bezieht.“ Man habe Zentralbanken nicht unabhängig gemacht, damit diese ihr eigenes Mandat ausweiteten.

In den Europäischen Verträgen lässt sich in der Tat nachlesen: „Das vorrangige Ziel der EZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten.“ Allerdings gibt es einen Nachsatz, den die Unterstützer Lagardes anführen. Darin heißt es, die EZB unterstütze – „soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist“ – die allgemeine Wirtschaftspolitik der Europäischen Union, um zur Verwirklichung der Ziele der EU beizutragen. Daraus leitet manch einer nun gar die juristische Pflicht ab, sich um den Klimaschutz als eines der zentralen Themen zur „nachhaltigen Entwicklung Europas“ zu kümmern.

Selbst wenn formaljuristisch alles korrekt sein sollte, besteht aber noch immer ein Problem. Der Wirtschaftsweiser [Volker Wieland](#) von der Frankfurter Goethe-Universität beschreibt es so: „Ich kann nur davon abraten, die Geldpolitik zum Beispiel durch Käufe von grünen Anleihen in den Dienst des Klimaschutzes zu stellen. Zum einen ist die Erfolgswahrscheinlichkeit gering: Keine Notenbank wird das Klimaproblem lösen können. Und zum anderen schafft die zu erwartende Enttäuschung auf diesem Feld einen Zwang zur öffentlichen Rechtfertigung, der die Reputation der EZB schädigen kann.“ Etwas salopper formuliert: Wer sich für zuständig erklärt, obwohl er eigentlich gar nichts ausrichten kann, muss sich nicht wundern, wenn er nachher umso mehr für das Scheitern verantwortlich gemacht wird. Dies kann die Glaubwürdigkeit einer Institution zerstören. Auf nichts ist eine Zentralbank mehr angewiesen. Und es kann die Politik auf den Plan rufen, die sich gezwungen oder veranlasst sehen könnte, die Kompetenzen der Notenbanken und damit deren Unabhängigkeit zu beschneiden. Zwar gibt es nicht wenige internationale Ökonomen wie Olivier Blanchard und Larry Summers, die die Konzentration auf die Unabhängigkeit der Zentralbanken vernachlässigbar finden. Aber der Wirtschaftsweiser Wieland sagt zurecht: „Je mehr Aufgaben sich die EZB aufbürdet, umso angreifbarer macht sie sich.“ Und wo wäre dann die Grenze?

Eine „fiese Dynamik“

Das Fatale ist: Diese Entwicklung wird getrieben von einer „fiesen Dynamik“ (nasty dynamic), die der frühere britische Notenbanker Paul Tucker in seinem Buch „Unelected Power“ beschrieben hat. Die Dynamik speist sich ihm zufolge von zwei Seiten. Auf der einen Seite haben es die Politiker der westlichen Welt natürlich gerne gesehen, dass ihnen die Notenbanken in der Zeit nach der Finanzkrise 2008 und der Euro-Schuldenkrise 2011/2012 durch eine extrem lockere **Geldpolitik** gewissermaßen die Arbeit abgenommen haben. Ist Geld billig zu haben, können Banken mehr Kredite ausgeben und so die Wirtschaft beleben, lautet bis heute eine der Grundüberlegungen dieser Geldpolitik. Dafür hat sich die Formulierung eingebürgert, die Notenbanken hätten der Politik Zeit gekauft, was schon darauf hindeutet, dass ihre Entscheidungen stärker in die politische Sphäre hineinragen denn je. Allerdings habe es sich die Politik auch bequem gemacht, sagt Paul Tucker. Die Politiker hätten erkannt, dass sie weniger tun mussten, je mehr die Notenbanker taten – wozu also sollten die Volksvertreter die politischen Kosten des Handelns auf sich nehmen? Kann doch eine eigentlich gebotene Veränderung der Haushalts- oder Steuerpolitik immer Wählerstimmen kosten.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass Notenbanken als machtvolle Institutionen erscheinen, insbesondere die EZB: Ihrem früheren Präsidenten Mario Draghi wird das Verdienst zugeschrieben, den Euro vor dem Zusammenbruch bewahrt zu haben. Dies führt nun zu jener zweiten Seite, aus der sich die von Tucker beschriebene Dynamik ebenfalls speist: Die Notenbanker geraten aufgrund ihrer vergangenen Erfolge in Versuchung, zusätzliche Aufgaben wahrzunehmen. Dies war so, als sich die frühere Präsidentin der amerikanischen Notenbank Janet Yellen vornahm, den Gedanken der Verteilungsgerechtigkeit stärker in ihre Entscheidungen miteinzubeziehen. Und dies ist nun bei Christine Lagarde und dem Klimaschutz auch nicht anders.

So haben einerseits die Politiker den Notenbankern einen Teil des politischen Raums überlassen, andererseits haben die Notenbanker Teile dieses Raumes von sich aus besetzt. Dies könnte man nun alles halb so schlimm finden, schließlich ist daraus ja bislang keine neue Finanzkrise erwachsen. Aber das tieferliegende Problem ist: Notenbanker sind nicht vom Volk gewählt, sie können also nicht ständig neue Aufgaben an sich reißen, für die sie eigentlich nicht zuständig sind. Ihnen fehlt dafür die Legitimation.

Und je weiter sie sich in den politischen Bereich wagen, umso eher wird eine politische Kontrolle der Notenbanken gefordert werden. Wegen all dieser Komplikationen plädieren viele Notenbankfachleute aus Deutschland dafür, das Mandat der EZB möglichst eng zu interpretieren. Außerdem sprechen ganz praktische Gründe dafür: „Die EZB sollte sich besser auf ihr Hauptziel konzentrieren, die Wahrung der Preisstabilität. Dieses Ziel zu erreichen und auch irgendwann einmal wieder den Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik vorzunehmen, ist schon schwer genug“, sagt der Wirtschaftsweisen Wieland. Falls es doch einmal zu höheren Zinsen kommt, könnte es sogar von Vorteil sein, dass nun Lagarde an der Spitze der EZB steht. Denn wer wäre besser geeignet, der Politik die Entscheidungen der Notenbanker verständlich zu machen als eine ehemalige Politikerin wie sie?

Quelle: F.A.S.

Haben es Frankreichs Rentner wirklich besser?

Stand: 11:28 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Martina Meister**

Emmanuel Macron legt am Mittwoch seine Pläne für eine Rentenreform vor. Frankreich gilt als ein Land, in dem die Menschen früher und mit höheren Bezügen in den Ruhestand gehen als in Deutschland. Stimmt das?

Emmanuel Macrons geplante Rentenreform war ein klares Wahlversprechen – an ihrer Umsetzung wird sich nun die alte Frage entscheiden, ob Frankreich reformierbar ist oder nicht. Ursprünglich waren die Franzosen aufgeschlossen gegenüber einer Rentenreform, die in einem extrem ungleichen System mehr Gerechtigkeit verspricht. Inzwischen wird der Dauerstreik genutzt, um den Unmut gegen die Politik Macrons zu demonstrieren. Die Details der Reform werden am Mittwoch bekannt gegeben.

Doch egal welche Konzessionen die Regierung auch machen wird, der Streik geht vermutlich weiter. Die radikalsten Gewerkschaften sagen schon jetzt: Sie wollen gar keine Reform; sie wollen, dass alles beim Alten bleibt. Dabei könnten gerade Geringverdiener profitieren. Und Macron seinen Ruf loswerden, ein Präsident der Reichen zu sein.

1. Wie funktioniert das Rentensystem bislang?

Die Franzosen geben sehr viel Geld für ihre Rente aus, knapp 14 Prozent der Wirtschaftsleistung – ein Spitzenwert innerhalb der OECD-Länder. In Deutschland sind es knapp zehn Prozent. Der Beitragssatz, mehrheitlich von den Arbeitgebern bezahlt, ist in Frankreich mit 28 Prozent entsprechend hoch (Deutschland: 18,6 Prozent).

Bisher gibt es zwei obligatorische Systeme, die Grundrente und ein obligatorischen Zusatzrentensystem, das bereits nach dem Punkteprinzip funktioniert. Für Unübersichtlichkeit sorgen aber vor allem die 42 Sondersysteme für Staatsunternehmen, die Privilegien beim Renteneintrittsalter und der Höhe der Rente zugestehen.

Bislang wird die allgemeine Grundrente immer noch auf der Basis des durchschnittlichen Gehalts der 25 besten Einkommensjahre berechnet. Die Hälfte davon wird als Rente ausgezahlt. Bei Beamten werden sogar

nur die sechs bestbezahlten Monate zugrunde gelegt. Die meisten Industriestaaten haben das längst abgeschafft.

Im Schnitt liegt die Rente in Frankreich bei rund 1600 Euro. Das Eintrittsalter liegt bei 62 Jahren, wenn auch nicht für alle mit vollen Bezügen. Damit profitieren die Franzosen vier Jahre früher vom Ruhestand als der Durchschnittsrentner im OECD-Vergleich.

2. Ist das System ungerecht?

Daran besteht kein Zweifel. Nicht einmal die radikalsten Gewerkschafter bestreiten das. Sie finden nur gute Gründe, warum das so bleiben soll. Dabei werden vor allem Geringverdiener im derzeitigen System benachteiligt, während Besserverdiener, deren Einkommen über die Jahre deutlich wächst, stark profitieren.

Ungerecht sind aber vor allem die 42 Sondersysteme: Viele Berufsgruppen haben ihre eigenen Kassen, vom staatlichen Bahnunternehmen SNCF, über das Pariser Verkehrsunternehmen RATP, Piloten bis hin zu den Tänzern der Pariser Oper. Nur wenige Kassen tragen sich selbst, wie die der Anwälte. Andere finanziert der Steuerzahler: Allein um die Bahn-Renten zu bezahlen, fließen jährlich 3,3 Milliarden Euro aus der Staatskasse in dieses Sondersystem.

3. Muss das System reformiert werden?

Unbedingt. Umfragen ergeben, dass auch die Franzosen das wollen. Die Rentenreform stand aus diesem Grund in Macrons Wahlprogramm ganz vorn. Er versprach ein universelles System für alle, bei dem die Bezüge nach einem Prinzip der Gleichheit nach Punkten berechnet werden: „Jeder eingezahlte Euro ergibt für alle denselben Rentenanspruch.“ Er wollte das umsetzen, „ohne das Renteneintrittsalter zu erhöhen oder die Renten zu beschneiden“. Regelrecht hellsehtig wirkt seine Analyse: „Die Privilegien blockieren unsere Gesellschaft.“

4. Geht es französischen Rentnern besser als deutschen?

Nicht nur die Bahnbeamten, Lokführer und Balletttänzer sind zu beneiden, Frankreichs Rentnern geht es insgesamt sehr gut. Denn Frankreich ist eines der wenigen Länder in der OECD, wo die Rentner einen mindestens ebenso hohen Lebensstandard haben wie die Gesamtbevölkerung. Das sorgt dafür, dass die Franzosen wenig Altersarmut zu beklagen haben. In Deutschland beträgt der Anteil fast zehn Prozent, in Frankreich liegt er bei nur 3,4 Prozent.

Außerdem gehen sie früher in Rente und profitieren deshalb länger. Besonders beneidenswert sind französische Frauen. Durch die hohe Lebenserwartung kommen sie am längsten in den Genuss ihrer Rente: durchschnittlich fast 27 Jahre.

5. Wer sind Verlierer, wer die Gewinner der Reform?

Zu den Verlierern gehören die Lehrer. Sie verdienen halb so viel wie in Deutschland. Wird ihre Rente nicht auf Basis der letzten sechs Monate berechnet, haben sie starke Einbußen. Die Regierung will deshalb ihre Gehälter erhöhen. Am lautesten protestieren aber diejenigen, die jahrzehntlang von den Sondersystemen profitiert haben.

Unverständlich ist, dass ein Großteil der Gesellschaft hinter ihnen steht. Denn durch ein Punktesystem würden vor allem Geringverdiener profitieren, Besserverdiener verlieren. Der „Präsident der Reichen“ bittet mit dieser Reform ausnahmsweise die Bessergestellten zur Kasse.

6. Wie sieht es mit der Geschlechtergerechtigkeit aus?

Nicht sehr gut, aber immer noch besser als in den meisten anderen industrialisierten Ländern. Die Durchschnittsrente der Männer liegt in Frankreich bei knapp 2000 Euro, die der Frauen bei gut 1000 Euro. Dennoch ist der Unterschied der Versorgung von Frauen und Männern in Frankreich geringer als anderswo, weil französische Frauen in der Regel kürzere Kinderpausen haben und weniger Teilzeit arbeiten.

7. Ist das französische System aufrechtzuerhalten?

Auf Dauer nicht. Frankreich leistet sich eines der teuersten Rentensysteme der OECD-Staaten. 2025 wird das Loch in der Rentenkasse auf acht bis 17 Milliarden Euro geschätzt, je nach Wirtschaftswachstum. Bislang gibt die Reform keine Antwort auf dieses Problem. Macron will angeblich nur eine Systemreform, keine Einsparungen.

Doch selbst wenn Frankreich die Ausgaben bei 14 Prozent des BIP belassen will, sorgt die demografische Entwicklung trotzdem dafür, dass in Zukunft länger gearbeitet werden muss, um die Renten zu finanzieren. Das wollen die Gewerkschaften nicht. Ist der „Papy-Boom“ aber einmal vorbei, wird sich dank der besseren Geburtenrate die Lage in Frankreich schneller als anderswo wieder entspannen.

A Auschwitz-Birkenau, les mots historiques d'Angela Merkel

ÉDITORIAL

Editorial. Son déplacement dans le plus grand centre d'extermination nazi restera dans l'histoire. Elle y a évoqué le « racisme préoccupant » dans son pays.

Publié le 07 décembre 2019 à 11h16 - Mis à jour le 07 décembre 2019 à 12h33



La chancelière allemande, Angela Merkel, et le premier ministre polonais, Mateusz Morawiecki, à Auschwitz-Birkenau, le 6 décembre. AGENCJA GAZETA / VIA REUTERS

Editorial du « Monde ». Le déplacement d'Angela Merkel à Auschwitz-Birkenau, vendredi 6 décembre, restera dans l'histoire. Ce n'est en effet que la quatrième fois, après Helmut Schmidt, en 1977, et Helmut Kohl, en 1989 et 1995, qu'un chancelier allemand se rend dans le plus grand centre de concentration et d'extermination nazi, où périrent environ 1,1 million d'hommes, de femmes et d'enfants, dont 90 % de juifs.

Depuis son arrivée au pouvoir, en 2005, M^{me} Merkel a visité plusieurs camps de concentration : Buchenwald, en 2009, avec le président américain Barack Obama ; Ravensbrück, en 2010 ; Dachau, en 2013 et 2015, où aucun chancelier allemand n'était allé avant elle. Elle a également évoqué à de multiples reprises la « responsabilité perpétuelle » de l'Allemagne dans la « rupture civilisationnelle » que constitue la Shoah. Notamment au mémorial de Yad Vashem, à Jérusalem, où elle s'est rendue cinq fois, dont quatre comme chancelière.

Aussi importants que fussent ces déplacements, aucun n'est de portée comparable à celui que M^{me} Merkel vient d'effectuer à Auschwitz, qu'elle ne connaissait pas. D'abord, pour ce que représente le lieu, devenu « le symbole du mal absolu dans la culture contemporaine », pour reprendre l'expression de l'historienne Annette Wieviorka.

Ensuite, à cause de la date de cette visite. Dans son discours, M^{me} Merkel a clairement fait comprendre qu'elle n'avait pas choisi le moment au hasard. Dénonçant un « racisme préoccupant », une « intolérance galopante » et la montée d'un « antisémitisme qui menace la vie juive en Allemagne et en Europe », elle a souligné que, « de nos jours, ce ne sont pas des formules rhétoriques ».

Qu'une chancelière allemande s'exprime ainsi, à Auschwitz-Birkenau, donne à ses mots un poids sans équivalent. Mais c'est aussi un terrible aveu de la part de la dirigeante d'un pays où la mémoire du nazisme n'a jamais été aussi présente dans l'espace public et la parole politique.

« Se souvenir du crime »

Car tel est bien l'immense paradoxe des « années Merkel ». En 2005, son arrivée au pouvoir a coïncidé avec l'inauguration, au cœur de Berlin, d'un gigantesque Mémorial aux juifs assassinés d'Europe. Depuis y ont été ajoutés, à proximité, un Mémorial aux homosexuels persécutés pendant la période nazie (2008), le grand centre de documentation Topographie de la terreur (2010) et un Mémorial aux Roms victimes du nazisme (2012).

Quatre mandats plus tard, M^{me} Merkel s'apprête à quitter le pouvoir dans un pays qui compte 91 députés membres d'un parti – AfD – dont le président a déclaré que le nazisme est « *une fiente d'oiseau à l'échelle de mille ans d'histoire glorieuse* » et dont l'un des lieutenants réclame « *un virage à 180 degrés de la politique mémorielle de l'Allemagne* ».

Un pays où, au cours des six derniers mois, un néonazi a assassiné un préfet et un autre a failli commettre un carnage dans une synagogue en plein Yom Kippour – du jamais-vu depuis la guerre.

« *Il n'y a pas d'identité allemande sans Auschwitz* », avait affirmé le président allemand, Joachim Gauck, en 2015. « *Se souvenir du crime, nommer ses auteurs et honorer dignement les victimes est notre responsabilité (...). Et avoir conscience de cette responsabilité est au cœur de notre identité nationale* », a déclaré Angela Merkel, vendredi, à Auschwitz.

Que de telles paroles soient aujourd'hui si violemment combattues ne les remet nullement en question. Mais cela devrait conduire, plus que jamais, à s'interroger sur les moyens à mettre en œuvre pour leur donner l'efficacité qu'elles méritent.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/franzoesische-rentenreform-kampf-gegen-die-vernunft-16530663.html?premium>

FRANZÖSISCHE RENTENREFORM:

Kampf gegen die Vernunft

- EIN KOMMENTAR VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 11.12.2019-20:39



Die Gewerkschafter wollen es der Regierung zeigen. In der Öffentlichkeit geht unter, dass eine Minderheit für ihre Privilegien kämpft. Marine Le Pen hat leichtes Spiel.

Das französische Rentensystem ist teuer, kompliziert und ungerecht. Premierminister Édouard Philippe will es einfacher und gerechter machen. Nach sieben Tagen Präventivstreik im öffentlichen Nahverkehr und bei der Eisenbahn hat der Regierungschef endlich klare Worte gefunden, wie die Altersversorgung reformiert werden soll. Es war höchste Zeit, den in den sozialen Netzwerken und von einem Teil der Medien angefachten Verlustängsten Fakten entgegenzusetzen.

Schon während der monatelangen Gelbwesten-Proteste hat sich gezeigt, wie anfällig die französische Demokratie für Verschwörungstheorien geworden ist. Die Erosion der traditionellen Parteien und der Einflussverlust der Sozialpartner hat ein Klima des Misstrauens befördert. Die Radikalität der Gewerkschaften geht nicht auf eine neue Stärke, sondern auf ihre Schwäche zurück. Das gilt insbesondere für die in der kommunistischen Tradition stehende CGT, deren Bastionen im öffentlichen Dienst wanken. Die Gewerkschafter wollen es der Regierung zeigen, weil sie hoffen, dass sie damit aus der Masse der Unzufriedenen wieder Zulauf erhalten.

Es bleibt fraglich, ob die betont versöhnlichen Töne des Regierungschefs gehört werden. Die Regierung strebt ein einheitliches Rentensystem an, so wie Deutschland es seit langem kennt. Die 42 berufsbezogenen Rentenkassen sollen einer „universellen“ Kasse weichen. Geplant ist eine lange Übergangszeit. Erst für die Jahrgänge von 1975 an soll das neue System voll greifen. Weil auch die Franzosen immer älter werden, sollen sie zwei Jahre länger arbeiten, ehe sie volle Rentenbezüge in Anspruch nehmen können. Von 2027 an soll das Mindestalter für den abzugsfreien Renteneintritt 64 Jahre betragen.

Eine Minderheit verteidigt ihre Pfründe

Das klingt alles vernünftig, aber die Gewerkschaften rüsten weiter zum Kampf gegen die Reform. Sogar die als reformbereit geltende CFTD spricht jetzt von einer roten Linie, die mit dem geplanten Renteneintritt mit 64 Jahren überschritten worden sei. Die CGT will die Streiks verstärken. Weil sie um ihre Ruhestandsprivilegien fürchten, die von der Allgemeinheit finanziert werden, führen Eisenbahner und Beschäftigte des Pariser Nahverkehrsunternehmens RATP den Aufstand an. RATP-Mitarbeiter scheidern mit einem Durchschnittsalter von 55,7 Jahren aus dem Dienst und beziehen im Schnitt eine monatliche Bruttorente von 3700 Euro. Bei den Eisenbahnern liegt das Renteneintrittsalter bei 56,9 Jahren.

In der öffentlichen Debatte kommt viel zu kurz, dass eine Minderheit ihre Pfründe verteidigt. Vielmehr wird der Eindruck erweckt, als seien die Blockaden im Nahverkehr und bei den Fernverbindungen der SNCF Teil einer berechtigten Schlacht gegen die Regierung. Nichts hebt die Moral der Franzosen so sehr wie das

Gefühl, Teil einer großen Widerstandsbewegung gegen die Mächtigen zu sein. Das verstellt den Blick für die Tatsache, dass die Proteste gegen die Rentenreform von den Verteidigern des Status quo befeuert werden. Es geht nicht um das Gemeinwohl, sondern um die Wahrung von Privilegien, die sich einige Berufsgruppen für ihre Altersversorgung gesichert haben.

Die Rentenreform wirft dabei ein Schlaglicht auf einen typisch französischen Missstand. Die Beamtenrepublik bezahlt ihre wichtigsten Stützen wie Lehrer, Polizisten und Feuerwehrleute schlecht. Sie arbeiten zu oftmals beschämenden Bedingungen in der Hoffnung auf einen Ausgleich im Ruhestand. Es ist verständlich, dass sie dagegen rebellieren, dass ihre Rentenvorteile gekürzt werden sollen. Doch die Lösung kann nicht in einer Aufgabe des Reformprojektes liegen.

Vielmehr muss die Regierung endlich die Gehälter erhöhen und zum Ausgleich Kürzungen im aufgeblähten Beamtenapparat vornehmen. Das zählt zu den Reformversprechen, die [Emmanuel Macron](#) abgegeben hatte. Doch von der reformerischen Aufbruchstimmung ist nichts mehr zu spüren. Mit Marine Le Pen hat die Bewegung der Status-Quo-Verteidiger inzwischen eine Führungsfigur.

Anders als vor ihrer Niederlage 2017 strebt die Rechtspopulistin keinen Systembruch wie eine Rückkehr zum Franc oder einen Frexit mehr an. Mittlerweile verteidigt sie die sozialstaatlichen Errungenschaften und protestiert deswegen wortreich gegen die geplante Rentenreform. Ihrer Diskursanpassung liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass die größten Wählerreserven bei den Sympathisanten der Linkspartei „La France insoumise“ liegen. Schon vor der entscheidenden Stichwahl 2017 hatte sich deren Vorsitzender Jean-Luc Mélenchon geweigert, eine Wahlempfehlung für Macron und damit gegen [Le Pen](#) zu formulieren. Angesichts ihres Widerstands gegen die Rentenreform lobte Mélenchon jetzt „die humanistischen Fortschritte“ Le Pens. Beiden Politikern ist nicht entgangen, wie ihre Anhänger während der Gelbwesten-Proteste an den Straßenkreiseln fraternisierten. Alle gegen Macron, lautete damals der verbindende Schlachtruf. Die Losung hat noch immer Erfolg, wie auch die niedrigen Beliebtheitswerte des Präsidenten dokumentieren. Deshalb ist es klug, dass sich Macron bislang von der Rentenfront ferngehalten hat.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/warum-die-zinsen-wirklich-so-niedrig-sind-16531846.html?premium=0xfd2a222449c3c4c2b1f8157ee425e225&GEPC=s5>

GELDPOLITIK: GASTBEITRAG

Warum die Zinsen wirklich so niedrig sind

- VON ALEXANDER LUDWIG
- -AKTUALISIERT AM 12.12.2019-17:44



Sorgen die Notenbanken für die geringen Zinsen? Verantwortlich sind vor allem zwei andere Gründe. Ein Gastbeitrag.

Das niedrige Zinsniveau ist ein Marktergebnis und nicht durch die Geldpolitik der nationalen Notenbanken verschuldet. In der jüngeren Vergangenheit war die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) notwendig, um die Märkte zu stabilisieren. Jetzt ist die EZB aber an eine Grenze gekommen und es sind andere Politikreaktionen gefragt: eine Ausweitung fiskalischer Maßnahmen für mehr Investitionen in Infrastruktur und Bildung ist nötig.

In der aktuellen Diskussion über die EZB steht die Frage im Mittelpunkt, ob ihre Niedrigzinspolitik und die Programme der unkonventionellen Geldpolitik (Quantitative Easing, QE) angesichts des Marktumfelds angemessen sind. Zentral für eine Antwort darauf ist: Folgt die EZB in ihrer Zinspolitik fundamentalen Faktoren, die das Marktzinsniveau beeinflussen? Oder verzerrt sie durch ihre massiven Interventionen am Anleihemarkt das Marktzinsniveau künstlich? Wie so oft ist es also eine Frage der Kausalität. Was war zuerst da, Henne oder Ei?

Das Argument der EZB für ihre expansive Geldpolitik lautet unter anderem, dass der sogenannte „natürliche Zins“ in den vergangenen Jahrzehnten gesunken ist und auf einem sehr niedrigen Niveau liegt. Der natürliche Zins bezeichnet einen auf dem Markt nicht beobachtbaren Zinssatz, bei dem der Gütermarkt im Gleichgewicht und das Preisniveau stabil sind. Eine geldpolitische Maßnahme wirkt dann expansiv, wenn die von der Zentralbank gesetzten Leitzinsen unterhalb des natürlichen Zinses liegen. Für eine Schätzung des natürlichen Zinsniveaus greift man auf beobachtbare Größen zurück, wie etwa die Marktzinsen und die Gesamtproduktion einer Volkswirtschaft – und gelangt letztlich zu der oben gestellten Frage nach der Kausalität.

Demographie und Technik dominieren

Allerdings ist dies nicht die eigentlich zentrale Frage. Vielmehr lautet sie: Steckt die Volkswirtschaft der Europäischen Union derzeit in einer Art Liquiditätsfalle, in der eine weitere Lockerung der Geldpolitik, wie im September durch eine Wiederaufnahme der QE-Programme der EZB beschlossen, keinen großen Effekt haben werden oder gar kontraproduktiv sein könnte? Die Antwort auf diese Frage ist eng damit verknüpft, welche fundamentalen Faktoren den natürlichen Zins treiben.

Ich werde aufzeigen, dass es bei einer Analyse dieser Faktoren wichtig ist, zwischen einer Vergangenheits- und einer Zukunftsperspektive zu unterscheiden. Dabei werde ich mich auf zwei verschiedene Ansätze beziehen: Der erste ist der empirische Ansatz, der zum Ziel hat, den natürlichen Zins zu schätzen; der zweite ist der modelltheoretisch gestützte, quantitative Ansatz. Grundsätzlich verfolgt er ein ähnliches Ziel, ist aber

besser geeignet, Zukunftsprognosen zu erstellen und zu analysieren, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Marktzinsniveau in der Zukunft heben könnten.

In der Gesamtschau komme ich zu dem Ergebnis, dass fast ausschließlich fundamentale ökonomische Faktoren wie zum Beispiel die technologische und die demographische Entwicklung sowie seit der Wirtschaftskrise 2008 eine Reduktion risikofreier Kapitalanlagemöglichkeiten die Gründe für den niedrigen natürlichen Zins sind. Da sich die Geldpolitik der EZB an diesem orientieren muss, waren für einen kurzfristigen Impuls der volkswirtschaftlichen Aktivität in einer Krisensituation im europäischen Wirtschaftsraum die Niedrigzinspolitik und die QE-Programme also die richtige Antwort der EZB. Im Umkehrschluss heißt dies aber auch, dass eben die gleichen fundamentalen Faktoren nahelegen, dass in mittel- bis langfristiger Perspektive gänzlich andere Politikreaktionen zwingend notwendig sein werden, nämlich solche fiskalischer Art. Hingegen hat eine weitere Lockerung der Geldpolitik keine Wirkung; sie könnte sogar kontraproduktiv sein.

Wie hoch ist der natürliche Zins?

Schätzungen des natürlichen Zinses setzen an beobachtbaren Größen an, wie zum Beispiel dem Marktzinsniveau oder der Gesamtproduktion. Sie zeigen auf, dass der Zeitverlauf des natürlichen Zinses stark den realen Renditen auf kurzlaufende Staatsanleihen ähnelt. Fallende Realzinsen – also nominale **Zinsen** abzüglich der Inflationsrate – und damit ein fallender natürlicher Zins sind in allen wichtigen Industrienationen seit Mitte der 1980er Jahre zu beobachten. Solche Trends gab es mehrfach. So sind die Realzinsen zwischen 1920 und 1940 gesunken, wie auch zwischen 1960 und 1970.

Neu ist allerdings, dass die Nominalzinsen negativ sind. Neu ist auch, dass das monotone Abfallen der Realzinsen sich nun über einen solch langen Zeitraum von fast 35 Jahren erstreckt. Konventionelle Schätzungen des natürlichen Zinses kommen zu dem Ergebnis, dass das globale Zinsniveau um 450 Basispunkte gesunken ist, von etwa 4 Prozent Mitte der 1980er Jahre auf etwa minus 0,5 Prozent heute.

Was sind die Ursachen für diesen Rückgang? Um dem nachzugehen ist ein Ausflug in die ökonomische Literatur wertvoll, die die Debatte vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 geprägt hat. Schon in den 1990er Jahren haben viele Ökonomen darauf hingewiesen, dass sowohl die technologische als auch die demographische Entwicklung langfristig zu einem Rückgang der Kapitalmarktrenditen führen würden. Diese zunächst unter dem Stichwort „Asset Market Meltdown“-Hypothese in verschiedenen Facetten geführte Diskussion mündete 2005 in dem vom damaligen Chef der amerikanischen Notenbank Fed, **Ben Bernanke**, geprägten Begriff der Sparschwemme (Savings Glut). Nach dieser Hypothese besteht, nicht zuletzt wegen der demographischen Entwicklung, auf den Weltkapitalmärkten ein Überangebot von Ersparnis relativ zur Nachfrage nach Investitionsgütern.

Ersparnis und Investition

Wie beeinflusst die demographische Entwicklung die Ersparnisbildung? Eine steigende Lebenserwartung und fallende Rentenniveaus – also steigende Unsicherheit darüber, auf welchem Niveau die Rente in Zukunft liegen wird und welche weiteren Reformen zu erwarten sind – führen zu einer vermehrten Ersparnisbildung. Ein zusätzlicher Effekt ist, dass die Babyboomer-Generationen in vielen Industrienationen in den vergangenen beiden Jahrzehnten die Gesamtersparnis zusätzlich erhöht hat, da sich diese Generation in der Hochsparphase des Lebenszyklus befand: Menschen sparen am meisten im Alter zwischen 25 und 55.

Zu einem Auseinanderklaffen von Ersparnis und Investitionen auf den Weltfinanzmärkten führten auch eine gestiegene Unsicherheit mit Blick auf die Arbeitsmarktbedingungen und eine höhere Ungleichheit. Unsicherheit erhöht Ersparnis wegen des Vorsichtssparmotivs. Ungleichheit verringert die Investitionstätigkeit, da sie unter anderem die Nachfrage nach Konsumgütern im Schnitt schwächt und somit die Innovationstätigkeit hemmt. Im Nachgang der Weltfinanzkrise 2008 ist ferner eine Reduktion risikofreier Anlagemöglichkeiten für das Ersparnis zu verzeichnen, da sich die fiskalische Situation zahlreicher Staaten stark verschlechtert hat. Dies reduziert das Zinsniveau.

Über diese Effekte hinaus drücken der Rückgang des technischen Wandels sowie ein Rückgang der Erwerbstätigkeit gleichgewichtige Zinssätze nach unten. In Deutschland ist die Trendrate des technologischen Fortschritts von circa 2 Prozent in den 1980er Jahren auf etwa 0,6 Prozent heute gesunken, und in allen Industrienationen ist ähnliches zu verzeichnen.

Während der technische Wandel für die Vergangenheitsanalyse zentral ist, spielt die Erwerbstätigkeit insbesondere für die Projektion in die Zukunft eine Rolle. Dass beide Faktoren langfristige Zinssätze treiben, ist eine zentrale Erkenntnis konventioneller makroökonomischer Modelle. Um dies zu verstehen, muss man sich den Zusammenhang zwischen der Bestandsgröße Kapitalstock und der Stromgröße Output – also das Bruttoinlandsprodukt – einer Volkswirtschaft vor Augen führen.

Der Zinsrückgang ist ein Marktergebnis

Wie kann man sich das vorstellen? Stark vereinfacht können wir uns eine Firma denken, die große Maschinen in Werkhallen zum Einsatz bringt, um Tische zu produzieren. Sinkt die Effizienz der eingesetzten Maschinen, so sinkt die Ertragsrate des im Produktionsprozess eingesetzten Kapitals. Die Kapitalrendite geht also zurück.

Wenn dieses Bild auch die tatsächlichen Zusammenhänge vereinfacht darstellt, so birgt es doch eine wichtige Einsicht: Um die Folgen von Wirtschaftsprozessen auf die Gesamtproduktivität des eingesetzten Kapitals und damit auf gesamtwirtschaftliche Renditen erfassen zu können, ist das Verhältnis aus eingesetztem Kapitalstock zur Gesamtproduktion ausschlaggebend. Dieses Verhältnis wird durch den sogenannten Kapitalkoeffizienten erfasst. Der in der Produktion eingesetzte Kapitalstock (die Bestandsgröße) beträgt mehr als das Dreifache des Bruttoinlandsprodukts (der Stromgröße).

Dieses Größenverhältnis bedeutet, dass Faktoren, die den Kapitalstock beeinflussen, wie etwa eine Veränderung der Spar- und Investitionsneigung, einen kleineren Einfluss auf Kapitalrenditen haben als Faktoren, die die Gesamtproduktion betreffen. Damit ist auch der enge Zusammenhang zwischen fallendem Output und fallenden Renditen offenkundig, was den amerikanischen Ökonomen [Larry Summers](#) 2013 dazu veranlasste, dieses Phänomen mit dem auf die 1930er Jahre zurückgehenden Begriff der „säkularen Stagnation“ zu bezeichnen.

Stellen wir im Zusammenhang mit dem Rückgang des technischen Wandels exemplarisch eine auf Deutschland fokussierte Betrachtung an. In einer approximativen Berechnung des Beitrags zu den Kapitalrenditen führt dieser Effekt allein über einen Rückgang des Gesamtoutputs – dabei vernachlässigen wir zum Beispiel, was die demographische Entwicklung bezüglich eines Überhangs an Ersparnis bewirkt hat – zu einem Rückgang der Gesamrenditen um 2,8 Prozentpunkte.

Wenn die Babyboomer in Rente gehen

Nun mag man zwei Einwände ins Feld führen. Erstens sind solche approximativen Berechnungen unzureichend. Ich habe sie unter der Annahme erstellt, dass sich die Volkswirtschaft von Periode zu Periode in einem langfristigen Gleichgewichtszustand befindet, was Übergangsphänomene vernachlässigt. Zweitens hat die Rendite auf das Produktivkapital nichts mit dem natürlichen Zinsniveau zu tun. Beide Einwände greifen jedoch zu kurz. Zum einen geben approximative Berechnungen natürlich Aufschluss über relevante Größenordnungen, zum anderen besteht ein klarer Zusammenhang zwischen der Gesamtkapitalrendite und dem natürlichen Zins. Wenn Risikoeinschätzungen in etwa konstant sind, müssen sich beide Größen nämlich in etwa im Gleichlauf bewegen.

Zusammen mit den zuvor genannten Größen ist es deshalb nicht überraschend, dass viele Ökonomen schlussfolgern, dass fast der gesamte Rückgang des natürlichen Zinses um die zuvor genannten 450 Basispunkte als ein Marktergebnis erklärbar ist. Somit zeichnet sich für die Vergangenheitsanalyse ein klares Bild ab: Dieser Rückgang ist im Wesentlichen nicht durch die Geldpolitik der Zentralbanken verursacht.

Wie wird es in den kommenden Jahrzehnten weitergehen? Es ist sehr schwierig, etwa über zukünftige Raten des technischen Fortschritts Aussagen zu treffen. Dagegen sind demographische Prognosen über die nächsten 20 bis 30 Jahre relativ verlässlich. Der Grund ist, dass die erwerbstätigen Personen, die für eine zukünftige Prognose relevant sind, heute schon geboren sind und entweder in naher Zukunft in Rente gehen oder in spätestens 20 Jahren in den Arbeitsmarkt eintreten werden.

In Anbetracht der demographischen Entwicklung könnte man nun von Folgendem ausgehen: Sobald die Babyboomer in Rente gehen, wird die Ersparnis sinken. Somit wird der Ersparnisüberhang auf den Weltfinanzmärkten zurückgehen und die Zinsniveaus wieder steigen. Diese Überlegung ist richtig, greift zugleich aber zu kurz. Zum einen sind Sparquoten auch im Alter immer noch deutlich positiv. Das hat verschiedene Ursachen, etwa Vererbungsmotive, Gesundheitsrisiken und Pflegerisiken im Alter. In Deutschland beispielsweise liegt die Sparquote privater Haushalte im Alter von 25 bis 55 Jahren bei rund 12 bis 14 Prozent des verfügbaren Einkommens. Über einem Alter von 65 Jahren liegt sie bei etwa 5 Prozent.

Der Druck in den Industrieländern steigt

Zum anderen ist abermals der wichtigere Aspekt, wie sich der Kapitalkoeffizient entwickeln wird. Eine sinkende Ersparnis verändert zwar die Allokation von Kapital und reduziert damit den Kapitalstock, was die Kapitalrendite stützt. Viel bedeutender ist aber, dass ein Rückgang der Erwerbstätigkeit zu einem ungleich größeren Rückgang des Gesamtoutputs führen wird.

Um die Renditewirkungen dieses Rückgangs zu verstehen, denken wir wieder an unsere Fabrik, in der Tische hergestellt werden. Nehmen wir an, dass es zur Produktion eines Tisches mehrerer Arbeiter bedarf. Wenn nun aufgrund des demographischen Wandels die Zahl der Arbeitskräfte sinkt und auch die Nachfrage nach produzierten Tischen einbricht, so werden weit weniger Tische hergestellt. Die Folge: der Ertrag des eingesetzten Kapitals sinkt und damit auch dessen Rendite.

Selbstverständlich ist dieses Bild abermals sehr stark vereinfacht: Weder ist der demographische Wandel ein plötzlich eintretendes Ereignis, noch berücksichtigt es, dass Produktionsprozesse etwa durch den Einsatz arbeitssparender Technologien umgestellt werden können, was Output und Rendite stützt. Aber der in allen Industrienationen beobachtbare Rückgang der Erwerbstätigkeit wird in den nächsten 15 bis 20 Jahren weiteren Druck auf die Kapitalrenditen ausüben.

Um schließlich über den Verlauf von Gesamtkapitalrenditen Rückschlüsse auf den natürlichen Zins oder kurzfristige relativ risikofreie Renditen zu ziehen, bedarf es komplexerer Methoden. Zuvor habe ich argumentiert, dass sich diese Größenordnungen weitgehend im Gleichlauf bewegen müssen, wenn Risikoeinstellungen von Kapitalanlegern im Durchschnitt konstant sind.

Aber eben letztere Bedingung trifft nicht zu: Gerade in demographisch alternden Volkswirtschaften steigt im Durchschnitt die Präferenz für risikofreie Kapitalanlagen, was das Marktzinsniveau senkt. Schon 2003 habe ich mit einem wirtschaftstheoretisch gestützten quantitativen Ansatz eine Berechnung angestellt, nach der die langfristigen Gesamtkapitalrenditen im europäischen Raum bis circa zum Jahr 2035 um etwa 80 Basispunkte sinken werden. Wegen der gestiegenen Risikopräferenz einer alternden Gesellschaft würden Renditen auf risikofreie Anlagen noch stärker fallen, nämlich um etwa 100 Basispunkte. Berechnungen jüngerer Datums bestätigen diese Analyse. Folglich ergibt eine rein auf Gesamtkapitalrenditen bezogene Analyse, dass die Realzinswirkungen des demographischen Wandels eher unterschätzt werden.

Im Gegensatz zu empirischen Ansätzen ist dieser theoretisch-quantitative Ansatz eher dafür geeignet, der Frage nachzugehen, welche Faktoren Kapitalrenditen in der Zukunft stützen können. Gibt es Lichtblicke, einen Silberstreif am Horizont? Ja. Wenn es einerseits zwar schwer vorstellbar ist, dass saturierte Volkswirtschaften starke Wachstumssprünge erleben werden, so gibt es doch zahlreiche Faktoren zur Erhöhung von Output und zur Stützung gesamtwirtschaftlicher Renditen. Zu diesen zählt die Erhöhung der Erwerbstätigkeit durch ein höheres Renteneintrittsalters, eine weitergehende Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen und eine schnelle, friktionsfreie Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Auch eine Stärkung der Qualität des Faktors Arbeit durch entsprechende Ausbildung wie auch eine Umstellung von Produktionsprozessen auf arbeitssparende Technologien wirkt stützend auf Output und Rendite.

In dieser Aufzählung taucht die Geldpolitik nicht auf. Warum? Nun, weil sie für die mittel- bis langfristige Betrachtung der Faktoren, die Output erhöhen und somit die Realzinsen stützen, machtlos ist. Sie ist hier in gleicher Weise machtlos, wie sie in der Vergangenheit nicht für die Verläufe der realen Renditen verantwortlich war.

Wenn nun aber fundamentale Faktoren die Rendite treiben und gleichzeitig dafür stehen, dass der Gesamtoutput der Volkswirtschaft sinkt, was bewirkt dann eine weitere Lockerung der Geldpolitik, etwa durch die Wiederaufnahme des QE? Die Antwort lautet: realwirtschaftlich nichts. Während die Programme unmittelbar nach der Finanz- und Wirtschaftskrise außerordentlich sinnvoll waren und die EZB seinerzeit im Gegensatz zur amerikanischen Fed womöglich noch zu zögerlich reagiert hat, können geldpolitische Maßnahmen und eine Orientierung dieser an natürlichen Zinssätzen eben nur das Wirtschaftsgeschehen in kurzer Frist beeinflussen.

Ursächlich für die nachhaltige Stagnation im europäischen Wirtschaftsraum sind aber die genannten anderen Faktoren. Eine weitere Lockerung der Geldpolitik könnte sogar kontraproduktiv sein: Der wichtige Sektor der Finanzintermediäre wie Banken und Versicherer sind durch die anhaltend niedrigen Zinsen arg gebeutelt. Vielmehr käme der Fiskalpolitik eine bedeutende Rolle zu. Allerdings ist auch hier das Pulver verschossen, da es quasi in allen Staaten in Anbetracht der hohen Staatsschuldenquoten keine fiskalischen Spielräume gibt. Aber trifft das wirklich für alle zu? Nein, der deutsche Staatshaushalt steht mit einer Verschuldungsquote von etwa 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im internationalen Vergleich gut da. Angesichts negativer (oder sehr niedriger) Zinslasten sollte Deutschland mehr Schulden aufnehmen, um sich durch umfangreiche Struktur- und Bildungsprogramme für die Zukunft zu wappnen.

Solche Investitionen sind zwingend notwendig: Nicht nur wegen der offenkundigen Defizite in der Infrastruktur hierzulande, sondern auch, weil eine gestiegene Staatsnachfrage die Gesamtersparnis reduzieren, risikofreie Anlagemöglichkeiten schaffen, sowie Investitionen und Output womöglich steigern würde. All dies stabilisiert das Zinsniveau. Es scheint also, dass durch eine schuldenfinanzierte Expansion der Staatsausgaben zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden könnten.

Alexander Ludwig ist Professor für Öffentliche Finanzen und Schuldenmanagement an der Goethe-Universität in Frankfurt. Als Programmdirektor am dortigen Forschungszentrum SAFE befasst sich der gut vernetzte Makroökonom zudem mit Geldpolitik und Finanzstabilität. Bevor er 2014 nach Frankfurt wechselte, lehrte Ludwig an der Universität Köln. Studiert und promoviert hat der 44 Jahre alte Ökonom in seiner Heimatstadt Mannheim. Sein besonderes Interesse gilt auch der Verknüpfung von Informatik und Ökonomie.

Quelle: F.A.Z.

OK boomer

French workers strike to keep their lavish pensions

Proposed reforms will coddle the old and squeeze the young



[Print edition](#) | [Europe](#)

Dec 12th 2019 | PARIS

After months of talks, endless delays and a week of disruptive strikes, the French government finally unveiled on December 11th its long-promised pension reform. The good news is that it has decided to press ahead with its plans, including the abolition of regimes with special privileges, despite the biggest show of union force on the streets since President Emmanuel Macron took office in May 2017. The bad news is that the new system will push the full burden of the changes on to France’s younger generations.

In a speech that leaned studiously to the left, Edouard Philippe, the centre-right prime minister, described the new universal points-based system as a “fairer” system that will guarantee “social justice”. It will replace the current sprawl of 42 regimes, most of which have different rules. For those beginning their working life, the new rules will apply from 2022, and from 2025 for those already in work but currently under the age of 45. Older generations will keep the existing rules. Sliding transition rules will bring the new system fully into effect by 2037.

Under the new system the special regimes, which today allow train drivers to retire at the age of 50, will be abolished. Pensions for public-sector workers will be calculated according to the same (less favourable) rules as those in the private sector. The new points-based system will allow those with patchy careers, including many women, to accumulate credit for every hour worked. A minimum monthly pension of €1,000 (\$1,100) will be brought in from 2022, to help farmers and others currently surviving on less. High earners will pay extra contributions for the pensions of others. And, although the minimum legal retirement age will remain 62, a new “equilibrium age” of 64 will build in incentives to work beyond that. Medef, the bosses’ federation, described the package as a “good balance”.

Will this moderate approach help to calm the streets? Mr Philippe made it clear that he will not shelve the project altogether, as the unions want. Since December 5th sncf, the national railway, as well as regional trains, the Paris metro and airport ground staff, have been on a rolling strike that looks likely to continue. Teachers are staging walkouts every few days. The unions know full well that past French governments have backed down in the face of paralysing strikes. Alain Juppé, prime minister in 1995, famously insisted that he would hold firm in the face of industrial action, only to cave in and shelve his own pension reform a few weeks later.

Mr Macron is keen to prove that he is different. He has long argued that France needs to be “transformed” rather than merely “reformed”. This is why he promised during his election campaign in 2017 not to raise the retirement age but to redesign the entire system. At stake therefore is not just France’s ability to create a fairer and more flexible pension regime, but also Mr Macron’s reputation as a reformer who does what he promises.

This week, the hard-line unions dug in and vowed to stay on strike. Even the Confédération Française Démocratique du Travail, a more moderate union which supports a points-based system, is now furious because of the “equilibrium age”. If he is to get his reform through, the unpopular Mr Macron will have to rely on public opinion. For now a majority of the French continue to support the strikers, just as they did in 1995. The longer the disruption goes on, however, the more this support could ebb. On day one, a massive 800,000 people, according to official figures, took to the streets countrywide. By December 10th only 339,000 turned out. The share of teachers on strike dropped to 16% from 47%. By mid-week only 16% of all sncf workers had downed tools, down from 56% on the first day. Most metro lines in Paris and most fast trains across the country, though, continue to be shut down. The strike could last a while yet.

A year after the *gilets jaunes* (yellow jackets) protests, France remains restless and suspicious. To this has now been added a further division, between the generations. “The baby-boomer generation benefits from the current system, and wants to avoid any pension reform at all costs,” says Maxime Sbaihi of Génération Libre, a liberal think-tank. Those who have already gained the most from France’s generous welfare state look set to keep their rights to enjoy one of the world’s most generous pension systems. ■

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-12/polizeigewalt-frankreich-gelbwesten-demonstrationen-proteste-ausschreitungen/komplettansicht>

Polizeigewalt in Frankreich:

Neue Gummigeschosse sind schon bestellt

Frankreichs Polizei geht mit Härte gegen die Demonstrierenden vor. Dahinter steckt offenbar eine neue Strategie: Man will nicht noch einmal die Kontrolle verlieren.

Von **Annika Joeres**

14. Dezember 2019, 7:09 Uhr [446 Kommentare](#)



Waffe mit Gummigeschoss: Hier zielt ein französischer Polizist am 1. Mai auf eine Demonstration der Gelbwesten. © GEOFFROY VAN DER HASSELT/AFP/Getty Images

Neue Gummigeschosse sind schon bestellt – Seite 1

Der zerschmetterte Schädel, den Laurent Thines an diesem Tag auf seinem Operationstisch sah, erinnerte den Chirurg an Verunglückte bei einem Autounfall. Der Arzt aus dem ostfranzösischen Besançon behandelt seit Wochen Demonstrierende, Gelbwesten und auch einfach nur Passanten, die von Polizeigewalt betroffen sind. Darunter seien auch Menschen, denen ein Gummigeschoss das Auge zerstörte, erzählt Thines. Das Ausmaß der Gewalt lässt sich in einer Statistik des Journalisten David Dufresne ablesen: 25 Menschen verloren Augen, fünf Hände, hunderte wurden schwer verletzt. Die meisten Opfer sind Demonstrierende, aber Dufresne listet auch mehr als hundert Journalisten, 46 Minderjährige und 70 Passantinnen, die von einem Schlagstock, einer Granate oder einem Gummigeschoss getroffen wurden.

"Diese staatliche Gewalt an Menschen, die für ihre soziale Sicherheit demonstrieren, muss aufhören", sagt Chirurg Thines. Nach dem Gespräch schickt er Röntgenaufnahmen von Opfern, die seine Kollegen ihm sendeten: Bilder von löchrigen und zertrümmerten Schädeln etwa, von blutüberströmten und narbigen Gesichtern.

In diesen Tagen gehen wieder Tausende auf die Straße, um gegen die Rentenreform von Präsident Emmanuel Macron zu demonstrieren. Thines fürchtet, dass wieder viele Menschen Hände und Augen verlieren werden. Dass die französische Polizei wieder schwer bewaffnet sein wird, dass sie wieder

Gummigeschosse und Blendgranaten einsetzt. Ende November hat das Innenministerium offiziell einen Großauftrag für die "LBD"-Gummibälle ausgeschrieben. Sie werden mit mehr als 300 Stundenkilometer abgeschossen – laut Thines ist der Aufprall auf dem Körper so hart, als ließe man einen 20 Kilogramm schweren Betonklotz aus einem Meter Höhe auf den Kopf fallen. Die Blendgranaten setzt die Polizei ein, um eine Demonstration aufzulösen oder zu zerstreuen.

Kurzum: Frankreich ist im Ausnahmezustand. Der Zugverkehr ist von den streikenden Zugführern und Schaffnern seit Anfang Dezember weitestgehend lahmgelegt, an manchen Tagen fährt gar kein Fernzug, an anderen einer von dreien. Am kommenden Dienstag werden landesweit Lehrer, Schaffnerinnen, Müllmänner und Feuerwehrleute streiken. Sie wollen die Rentenreform verhindern, die für alle ein einheitliches Punktesystem und ein um zwei Jahre späteres Eintrittsalter von 64 Jahren vorsieht.

Polizeigewalt wurde lange ignoriert

Chirurg Thines hat wie viele andere inzwischen Angst, zu demonstrieren. Und auch Journalistinnen und Journalisten sind bei ihrer Arbeit bedroht. Vergangene Woche traf es einen türkischen Fotografen: Sein Schutzhelm wurde von einer Blendgranate zertrümmert, sein Auge verletzt. Diese Woche wurden zwei angehende Reporter einer renommierten Journalistenschule im nordfranzösischen Lille verhaftet, als sie einen Polizeieinsatz filmten. "Es ist das Recht von Journalisten, Aufnahmen zu machen", twitterte die Hochschule. Es sei nicht hinnehmbar, diese Grundrechte einzuschränken. Die Pressefreiheit hat in Frankreich seit den Gelbwestenprotesten gelitten: Das Land liegt im Ranking von Reportern ohne Grenzen nur noch auf Platz 32.

Französischen und Franzosen sind stolz auf die französische Erklärung der Menschenrechte von 1789. Sie betonen oft, wie freiheitlich das Land sei. Vielleicht wurde wegen der großen Kluft zwischen diesem Anspruch und der auf YouTube und Facebook tausendfach dokumentierten staatlichen Gewalt diese lange verdrängt. In Zeitungen, Talkshows und beim täglichen Gespräch beim Bäcker oder auf dem Schulfest wurde die neue Doktrin der Polizei ignoriert oder kleingeredet. Die Menschen sehen zwar die Bilder der gewaltsamen Zusammenstöße in den Medien, aber viele wollen nicht wahrhaben, dass dahinter tatsächlich eine neue Politik der gewaltsamen Konfrontation steckt. Oft wird dann argumentiert, die Demonstrierenden seien ja ebenfalls gewalttätig, die Betroffenen hätten die Polizisten provoziert und seien letztendlich selbst schuld.

Die Bundesregierung, die zusammen mit Frankreich Gewalt gegen Protestierende in Russland oder Hongkong anprangert, hat noch kein Wort über die französische Polizei verloren. Auch in den deutschen Medien las man bislang wenig dazu. "Sie wollen nicht wahrhaben, dass Frankreich eine autoritäre Wende vollzogen hat", urteilt Chirurg Thines. Seit drei Jahrzehnten behandelt er Opfer von Gewalt in seinem Operationssaal und immer mal wieder auch verletzte Demonstrierende. "Aber noch nie habe ich so viele für ihr Leben gezeichnete Menschen gesehen wie in den vergangenen Monaten."

"Geht auf sie los, ohne Rücksicht auf Verluste"

Doch inzwischen schauen auch französische Medien kritischer hin. Die Zeitung *Le Monde* hat eine eigene Rubrik zur Polizeigewalt eingeführt und vor wenigen Tagen publik gemacht, warum die Beamten gezielt brutal gegen Demonstrierende vorgehen: Alles begann, als zu den Protesten Anfang Dezember 2018 mehr Menschen kamen, immer mehr Steine flogen und Holzbarrikaden in Brand gesetzt wurden. Schließlich protestierten mehr als 200.000 Menschen, die Bilder des mit Steinen malträtierten Triumphbogens an der Champs-Élysée gingen damals um die Welt. Macron hatte, so der Tenor vieler Kommentatoren damals, die Kontrolle verloren.

Gegen die nächste größere Demonstration am 8. Dezember 2018 wollte die Regierung deswegen mit aller Härte vorgehen. "Geht auf sie los, ohne Rücksicht auf Verluste, schlagt sie nieder, das wird die folgenden Demonstrierenden abhalten", zitiert die *Le Monde* einen Kommandanten der Polizei. Panzer rollten auf der Champs-Élysée, 1.100 Menschen wurden festgenommen, mehr als hundert verletzt, vier Menschen verloren ihr Augenlicht, eine 20-jährige Studentin, ein Theatermitarbeiter, ein Busfahrer und ein 26-jähriger Grafiker. Am Ende des Tages lobte Macron die Beamten in einem Tweet für "ihren Mut und ihre Professionalität".

Häufig trifft es Unschuldige

Das ist nun ein Jahr her und die Liste der Opfer bei den Demonstrationen wird länger. Der Journalist Dufresne hat in seiner mehrfach ausgezeichneten Dokumentation für jedes Opfer Fotos oder Videos und Augenzeugen, das Innenministerium widerspricht seinen Zahlen nicht. Er beweist auch: Die Polizeigewalt trifft häufig Unschuldige und zufällig vorbeilaufende Passanten.

So wie Adrien, der nur seinen Vornamen nennen möchte, ein 23-Jähriger, den auf der zweiten Demonstration seines Lebens am 29. Dezember 2018 ein Gummigeschoss am Kopf traf. Fünf Tage lang schwankte der junge Mann zwischen Leben und Tod, heute erzählt er mit brüchiger Stimme im Radiointerview, dass er Angst habe, das Haus zu verlassen. Er erleide immer heftigere epileptische Anfälle und werde sehr wahrscheinlich in den kommenden Jahren an einer Blutung im Gehirn sterben. Die Narbe zieht sich über die gesamte linke Seite seines Schädels.

Längst hat auch die Menschenrechtschefin der UN, Michelle Bachelet, Frankreich mit Unrechtsstaaten wie dem Sudan verglichen. "Ich bin besorgt über die Repression von Demonstrierenden in Venezuela, Frankreich und im Sudan", sagte sie Anfang März. Auch die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatović, zeigte sich "besorgt" wegen der vielen Verletzten. Chirurg Thines solidarisiert sich: Zusammen mit anderen Ärzten startete er eine Petition, die bislang 180.000 Menschen unterschrieben haben.

https://ze.tt/so-sehen-berlinerinnen-aus-die-gerade-aus-dem-berghain-stolpern/?utm_campaign=ref&utm_content=zett_zon_parkett_teaser_x&utm_medium=fix&utm_source=zon_zettaudev_int&wt_zmc=fix.int.zettaudev.zon.ref.zett.zon_parkett.teaser.x

So sehen Berliner*innen aus, die gerade aus dem Berghain stolpern

Sabrina Jeblaoui fotografiert junge Menschen nach dem Feiern vor Berliner Clubs.

26. August 2019

Viele der jungen Menschen, die Sabrina Jeblaoui fotografiert, tragen dunkle Klamotten. Bauchbeutel, Piercings und spaceige Sonnenbrillen sind beliebte Accessoires. Gern wird Bauch gezeigt und zwar von allen Geschlechtern. Überhaupt: An gesellschaftliche Schönheits- und Geschlechternormen hält sich hier niemand. Achselhaare werden stolz neben behaarten Bauchnabeln präsentiert.

Sabrina fotografiert alle ihre Protagonist*innen bei hellem Tageslicht – dennoch zeigen sie das Berliner Nachtleben, das sich eben nicht nur nachts abspielt. Die 26-jährige Französin porträtiert Menschen, die soeben aus Berliner Clubs gestolpert sind, entweder früh morgens oder auch sonntagnachmittags. Auf [Instagram](#) hat sie bereits über 270 Fotos veröffentlicht, mehr als 14.000 Menschen folgen ihrem Account – inzwischen ist sie selbst fast eine Koryphäe des Berliner Nachtlebens, man kennt sie.

Die Clublandschaft war einer der Gründe, warum die Fotografin von Paris nach Berlin zog. Das und die niedrigeren Mieten, wie sie am Telefon erzählt. „Ich war selbst viel feiern und daraus ist dann auch die Idee für die Fotoserie entstanden.“ Sie wollte die Szene, deren Teil sie selbst lange war, dokumentieren. Erst hatte sie Angst, dass die Menschen nicht für sie posieren würden. „Aber fast alle hatten Lust, sich fotografieren zu lassen“, berichtet sie. Viele würden die Fotografin bitten, sie auf Instagram zu verlinken. „Sie wollen gerne gesehen werden“, sagt Sabrina. Die Menschen stünden öffentlich zur Berliner Elektrokultur und allem, was damit zusammenhängt – auch dem Drogenkonsum.

Alles glitzert

Über ihre Instagramseite erreichen Sabrina die verschiedensten Reaktionen auf ihr Projekt. Immer wieder würde sie beispielsweise gefragt werden, was man tragen müsse, um in die Berliner Clubs reinzukommen. Sie fragen Sabrina nach Fashion Tipps, die Sabrina meistens mit „Geh hin, wie du bist“ beantwortet. Andere sind Teil der Berliner Technoszene und feiern es, ihre Freund*innen auf den Bildern zu entdecken.

Besonders gefällt Sabrina die Diversität und der Hedonismus der Szene. Es gehe um das Erleben des Moments, man selbst zu sein, ohne von der Gesellschaft verurteilt zu werden, nicht an die Verpflichtungen von morgen zu denken. Sabrinas Lieblingsclub ist das Sisyphos. „Alles glitzert und Klamotten sind nicht so wichtig. Du gehst da hin, wie du eben bist.“ Dort hat sie auch ihren Freund kennen gelernt. Inzwischen ist sie mehr vor den Clubs, als in den Clubs unterwegs. Das letzte Mal feiern war sie im Juni.



Foto: Sabrina Jeblaoui



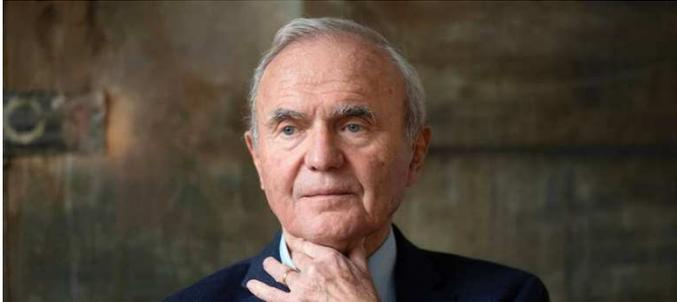


<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/warum-otmar-issing-vor-der-geldpolitik-der-ezb-warnt-16536101.html?premium>

ÖKONOM OTMAR ISSING:

„Eine Krise von neuer Dimension ist möglich“

- VON DENNIS KREMER
- -AKTUALISIERT AM 15.12.2019-09:52



Der frühere EZB-Chefvolkswirt Otmar Issing hält die aktuelle Geldpolitik der Zentralbank für gefährlich und warnt vor der Risikolust der Anleger. Ist eine schnelle Zinserhöhung die Lösung?

Herr Issing, die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) erfülle Sie mit Sorge, haben Sie jüngst in einem vielbeachteten Memorandum geschrieben. Was genau sorgt Sie?

Den Text haben neben mir auch führende ehemalige Notenbanker aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Österreich unterzeichnet. Es war wichtig, dies nicht als rein deutsche Initiative dastehen zu lassen. Seit meinem Ausscheiden aus dem Amt des EZB-Chefvolkswirts 2006 bin ich eigentlich immer dem Prinzip gefolgt, dass Ehemalige wie ich schweigen sollten zum Geschäft der Aktiven. Aber nun fühlte ich mich verantwortlich, Stellung zu nehmen zu einer Entwicklung, die ich für bedenklich halte. Die EZB hat sich auf einen gefährlichen Weg begeben.

In welcher Form?

Das jahrelange Niedrigzinsumfeld und erst recht negative Zinsen verleiten fast zwangsläufig dazu, dass Investoren bei der Suche nach Rendite Risiken eingehen, die sie nicht voll überschauen und die sie auch nicht meistern können, wenn diese Risiken plötzlich eintreten. Das bedeutet: Die derzeitigen Kurse vieler Anlagen spiegeln nicht die Risiken wider, die dahinterstehen. Das könnte zu einer Krise von neuer Dimension führen.

Malen Sie da nicht zu schwarz?

Nein, ich beschreibe ein Szenario, das im Laufe der Zeit zwangsläufig immer gefährlicher wird. Man darf nicht vergessen, dass in der Finanzmarktkrise 2008 die Schwere der Krise vor allem daher kam, dass viele Investoren riskante Geldanlagen besaßen, deren Risiken sie vorher nicht bedacht hatten. Es hat sich damals herausgestellt, dass die riskanten Papiere eben nicht von jenen gehalten wurden, die das Risiko verstanden hatten und die es hätten tragen können. Sondern im Gegenteil von denjenigen, die nichts verstanden hatten und die auch nicht fähig waren, die Verluste zu tragen. Ich erinnere nur an einige deutsche Landesbanken. Im derzeitigen Umfeld, in dem die Jagd nach Rendite gewissermaßen noch den letzten Winkel ausfüllt, halte ich die Lage für ähnlich fragil wie damals.

Sie übertreiben: Die Euro-Krise liegt Jahre zurück, die Börsenkurse steigen, und der Wirtschaft geht es auch nicht so schlecht.

Ihr Hinweis beruhigt mich nicht. Es hat nichts zu bedeuten, dass vordergründig alles ruhig erscheint. Das erinnert mich an eine Diskussion, die ich noch vor der amerikanischen Krise am Häusermarkt mit einem

Freund von der amerikanischen Zentralbank hatte. Er sagte mir: „Otmar, mach dir keine Sorgen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es in den Vereinigten Staaten nie einen landesweiten Kollaps des Immobilienmarktes.“ Ich antwortete ihm, ich weiß es noch wie heute: „Das kann mich nicht beruhigen, ganz im Gegenteil.“ Leider habe ich recht behalten.

Aber was soll die EZB denn Ihrer Meinung nach nun tun? Möglichst schnell die Zinsen erhöhen?

Manche haben unser Memorandum – ich sage einmal: böswillig – so interpretiert. Aber das ist blanker Unsinn, schnelle Zinserhöhungen fordern auch wir nicht. Unsere Kritik richtet sich dagegen, dass die EZB eine ohnehin schon sehr akkommodierende, also sehr lockere Geldpolitik ohne Not immer weiter gelockert hat: Nun hat sie erneut mit Käufen von Staats- und Unternehmensanleihen in Höhe von 20 Milliarden Euro im Monat begonnen. Ich kann das nicht nachvollziehen und bin damit nicht allein: Selbst im EZB-Rat gab es großen Widerstand. Auch wenn sich das Wachstum der Wirtschaft leicht abschwächt, befinden wir uns doch nicht in einer Rezession. Die EZB operiert aber weiter im Krisenmodus.

Viele Banken beschwerten sich über die Negativzinsen der EZB. Allerdings hat sie die Banken zuletzt auch wieder ein wenig entlastet.

Trotzdem nähern wir uns einer Situation, in der die negativen Nebenwirkungen einer solchen Geldpolitik die positiven Effekte überwiegen. Die Folgen der Niedrigzinsen spüren Banken, Versicherer und Pensionsfonds – also der gesamte Finanzsektor. Die ursprüngliche Absicht, die Banken durch Negativzinsen zur stärkeren Vergabe von Krediten zu animieren und so die Wirtschaft anzukurbeln, verkehrt sich also mit fortschreitender Zeit in ihr Gegenteil. Viele junge Leute sorgen sich zu Recht, ob sie in der Lage sein werden, unter diesen Umständen noch hinreichend fürs Alter vorzusorgen.

Haben Sie einen Tipp, was Sparer in dieser Situation tun können?

Das werde ich laufend gefragt. Selbst im Schwimmbad, manchmal sogar unter der Dusche. Ich gebe dann immer eine einfache, vermutlich nicht wirklich zufriedenstellende Antwort: Ich selbst bin kein nachahmenswerter Anleger und deswegen der Letzte, den man um Rat fragen sollte.

Und was machen Sie, wenn jemand dennoch insistiert?

Dann erzähle ich eine Geschichte, die sich zu Zeiten des Börsenhypes um den Neuen Markt vor etwa 20 Jahren zugetragen hat. Ein naher Verwandter hatte damals gerade begonnen, in der IT-Branche zu arbeiten und bekam schnell mit, wie ein Kollege nach dem anderen – angeblich oder tatsächlich – über Nacht mit Aktien reich wurde. Er rief mich an und fragte: „Wozu rätst du mir?“ Ich habe ihm nicht geraten, die Finger von der Sache zu lassen, sondern ihm nur eines gesagt: „Setze nie mehr für spekulative Anlagen ein als das, was du an einem Abend im Spielcasino ohne schwerwiegende Folgen verlieren könntest!“

Um im Bild zu bleiben: Auch die neue EZB-Chefin [Christine Lagarde](#) pokert hoch. Sie will den Kampf gegen den Klimawandel zu einem Kernanliegen der Notenbank machen.

Die Umweltproblematik ist ein zentrales Thema unserer Zeit. Die entscheidende Frage aber lautet: Was können Notenbanken zu ihrer Lösung tun? Für mich steht fest: Wie immer man es auch dreht und wendet, der Beitrag der Notenbanken kann nur marginal sein. Darum ist allein der Anschein, die EZB könnte wesentlich zur Lösung beitragen, schon höchst problematisch. Denn es wird sich herausstellen, dass die EZB diesem Anspruch nicht gerecht werden kann. Für eine Institution ist es äußerst riskant, Verantwortung für eine Aufgabe zu übernehmen, wenn man nicht über die Mittel für den Erfolg verfügt. Am Ende wird die eigene Reputation nachhaltig beschädigt.

Die neue Präsidentin hat also einen Fehler begangen.

Das will ich nicht sagen. Warten wir erst einmal ab, was tatsächlich geschieht. Ich beschreibe nur eine potentielle Gefahr.

Lagarde's anderes Projekt ist eine Diskussion über die genaue Höhe der Inflation, die die EZB anstrebt. Warum sollten sich normale Menschen dafür interessieren?

Weil es die ureigenste Aufgabe einer Zentralbank ist, die Inflation im Zaum zu halten. Als Chefvolkswirt der EZB habe ich dem Rat im Oktober 1998 den Vorschlag gemacht, unser Mandat der Preisstabilität wie folgt zu interpretieren: Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate sollte mittelfristig unter zwei Prozent liegen. Viele meiner Kollegen hatten damals Einwände. Einer betraf die Erfahrungen der Bundesbank: In den 50 Jahren ihrer Existenz hatte die durchschnittliche jährliche Inflationsrate für die D-Mark 2,8 Prozent betragen. Die gerade neu entstehende EZB gab sich also ein ambitionierteres Inflationsziel als die erfahrene Bundesbank. Am Ende hat der Rat zugestimmt. 2003 haben wir dann präzisiert, dass die Rate nahe, aber unter zwei Prozent liegen sollte. Offen gestanden, mit dem Zusatz „nahe“ hatte ich von Anfang an meine Probleme.

Das müssen Sie erklären.

Eine solche Formulierung erweckt den Eindruck, eine Notenbank könne die Inflationsrate auf den Zehntelprozentpunkt genau steuern. Das vermag jedoch keine Notenbank der Welt. Im Übrigen herrscht allgemein große Unsicherheit, die gegenwärtige Preisentwicklung auf der Welt vollumfänglich zu verstehen. Welchen Einfluss hat beispielsweise die Digitalisierung auf die Preise, welchen Einfluss die Globalisierung? All das ist noch nicht geklärt. Darum spräche meiner Ansicht nach viel dafür, jetzt nicht gleich ein neues Ziel festzulegen, solange man auf derart unsicherem empirischen Grund steht.

Aber an irgendeiner Zahl wird sich die EZB doch orientieren müssen.

Mein Problem ist: Die EZB erweckt seit langem den Eindruck, sie habe versagt, wenn die Inflationsrate, sagen wir, 1,5 Prozent beträgt und nicht 1,9 Prozent. Es herrscht doch Preisstabilität – und von Inflationsgefahren ist weit und breit nichts zu sehen. Man sollte dies als Erfolg feiern.

Herr [Issing](#), Sie haben in Ihrem Leben viele Notenbanker kennengelernt. Wer hat Sie am meisten beeindruckt?

Diejenigen, die hohen Sachverstand und Charakterstärke vereinen. Das gibt es allerdings nicht so oft. Wenn ich nur einen nennen müsste, würde ich mich für den gerade verstorbenen früheren amerikanischen Notenbankpräsidenten Paul Volcker entscheiden. Ein in jeder Hinsicht beeindruckender Mann. Schon allein wegen seiner Körpergröße von zwei Metern.

Und an wem sind Sie verzweifelt?

Weniger an einzelnen Personen als an einem Land – an Italien. Ich liebe Italien, habe viele Freunde dort und bin entsetzt, was politisch vor sich geht. Die Beziehung zwischen Deutschen und Italienern war ja schon immer zwiespältig, sie hat mich seit meinen Studientagen fasziniert. Ich hatte einst Altphilologie, also Latein und Griechisch, studiert, bevor ich zur Volkswirtschaftslehre gewechselt bin. Aber irgendwie hat mich das nicht losgelassen. Darum lese ich gerade wieder „Germania“, die Schrift des römischen Historikers Tacitus über die Germanen. Vielleicht wirkt seine überzogene Eloge auf die vorbildhaften Deutschen bis heute in Italien negativ nach.

Lesen Sie auf Latein?

Ja, aber ich muss zugeben: Die deutsche Übersetzung liegt immer gleich daneben.

DIE FEHLER VON PISA:

Wozu noch lesen?

• VON MARK SIEMONS

• -AKTUALISIERT AM 16.12.2019-06:57

Die technokratische Pisa-Pädagogik erklärt Lesen als Mittel zum Zweck. So verleidet sie nicht nur Schülern das Lernen, sondern auch Europa.

Nach den Ergebnissen der jüngsten Pisa-Studie ist die Verwirrung besonders groß. Denn eigentlich hat Deutschland im Sinne des von der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) verfügten Pisa-Regiments doch alles richtig gemacht, seitdem die Untersuchung 2001 zum ersten Mal einen Schock auslöste. Es hat, wie das die ökonomischen Kriterien der Erhebung nahelegen, sein Schulsystem auf ein „output-orientiertes Lernen“ umgestellt, bei dem es mehr auf Kompetenzen als auf Wissen ankommt, und zur besseren „Qualitätskontrolle“ hat es entsprechende Bildungspläne erstellt, mit denen sich der Output fortlaufend überprüfen lässt. Und nun zeigt sich also, dass trotz aller Kompetenz- und Ergebnisorientierung die Testergebnisse selbst bei den grundlegendsten aller Kompetenzen, Lesen und Rechnen, immer noch weiter nachlassen; jeder fünfte Fünfzehnjährige soll es kaum schaffen, Texte so zu lesen, dass er sie versteht. Wie ist das zu erklären? Hat es wirklich nur mit der gestiegenen Zuwanderung zu tun, auf die viele Experten jetzt gern verweisen?

Um das Paradox, das darin steckt, vollständig freizulegen, sind zwei weitere Ergebnisse der Erhebung ergiebig. In einer Kategorie, die die Pisa-Organisatoren als entscheidend für die Lernmotivation und Leistungsbereitschaft erachten, belegen die deutschen Schüler im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz. Es handelt sich um den „Growth mindset“, der sich im Design der Untersuchung an der mehr oder minder starken Ablehnung folgender These ablesen lässt: „Deine Intelligenz ist etwas an dir, woran du nicht sehr viel ändern kannst“. Mehr als siebzig Prozent der deutschen Schüler stimmten der These nicht zu; man kann also im Sinne der Pisa-Forscher annehmen, dass es ihnen am Bewusstsein für die Möglichkeit und Notwendigkeit von Kompetenzsteigerung und Nutzenmaximierung nicht fehlt.

Zugleich gaben 50,3 Prozent der Befragten an, dass sie nur lesen, wenn sie müssen; 54,5 Prozent ergänzten, dass sie nur lesen, um die Informationen zu bekommen, die sie brauchen – dieser Wert liegt fünf Punkte höher als im OECD-Durchschnitt. Signifikant höher als der Durchschnitt war auch der Anteil jener in Deutschland, die Lesen rundheraus für „Zeitverschwendung“ halten, nämlich 34,2 Prozent.

Die Hälfte liest nur, wenn sie muss

Könnte es also sein, wenn man die Ergebnisse nun zusammennimmt, dass diese Schüler, über die sich alle jetzt so erschrocken zeigen, einfach nur der Logik folgen, die in der Pisa-Versuchsanordnung und dem aus ihr abgeleiteten Schulsystem selbst schon angelegt ist? Sie sind ja durchaus bereit, zu lesen, wenn es sein muss; sie würdigen also gerade die Funktion des Lesens als Kompetenz, sofern diese einen Nutzen im Wettbewerb verschafft; nur messen sie dem, was man im Einzelnen lesen kann, keine so gesteigerte Bedeutung bei, dass sie mit ihm jenseits der unbedingt nötigen Informationsbeschaffung Zeit verlieren wollen. Damit liegen sie ganz auf der Linie der output-orientierten Pädagogiknorm, die das Wissen jenseits unmittelbarer Brauchbarkeit – auch von Didaktikern treffenderweise gern „Content“ genannt – vor allem als Mittel zum Zweck des Kompetenzerwerbs betrachtet, ihm aber keinen besonderen eigenen Wert zuerkennt.

Das Dumme ist nur, wie die jüngsten Pisa-Ergebnisse jetzt nahelegen, dass Kompetenz und Content doch sehr aufeinander angewiesen sind. Wenn das, was zu lesen ist, bloß als Variable zum Erwerb der Lesefähigkeit gilt, wird anscheinend auch die Motivation, die Lesefähigkeit überhaupt zu erwerben, schwächer. Bei der gern ins Feld geführten Gegenüberstellung „Addition von Inhalten“ oder Erlangung von Fähigkeiten wird die Möglichkeit, dass man von einem literarischen Text, einer anderen Kultur, einer historisch gewordenen Konstellation so viel lernen könnte, dass man Begeisterung dafür entwickelt, gar

nicht in Betracht gezogen. Eine Kompetenz aber, die sich erklärtermaßen selbst genügt, als Trick, um sich besser durchsetzen zu können, kann als Pflicht akzeptiert werden – einen vitalen Antrieb zur eigenen Anstrengung scheint sie aber oft nicht entfachen zu können, sobald sie auf größere soziale, familiäre oder biographische Hindernisse stößt.

Damit erklärt sich auch die Beobachtung vieler Bildungsforscher, dass mit etwa elf Jahren die ursprünglich vorhandene Leselust bei vielen Schülern nachlässt. In diesem Alter haben die Schüler die unausgesprochenen Vorgaben des Systems anscheinend so begriffen und verinnerlicht, dass sie den Spaß, den ihnen die Lektüre von Büchern früher machte, als naiven Kinderglauben durchschauen und sie sich fortan lieber kalkulierend verhalten. Die Bildungsforscher müssen sich dann den Kopf über zusätzliche Lese-Motivationsbemühungen zerbrechen, die von den Schülern wiederum leicht als Manipulation erkannt werden können.

Der Konkurrenzdruck wird größer, die Ergebnisse schlechter

Der im Content als bloß lästige Notwendigkeit steckende Zwiespalt führt dazu, dass der gefühlte Leistungs- und Konkurrenzdruck immer größer wird (schon in den untersten Klassen ringt man um die knappen Plätze in weiterführenden Schulen) – und zugleich das Ergebnis stetig schlechter. Die Widersprüchlichkeit liegt offenbar schon in der Ökonomisierung der Bildung selbst. Der Blick auf die Welt, den das output-orientierte Lernen einübt, gleicht in seiner Abstraktheit dem von Managern, für die die verschiedensten Sachbereiche und Kulturen bloß gleich gültige Anwendungsgebiete für ihre formalen Fertigkeiten sind – statt von einem anderen Land etwas Konkretes wissen und lernen zu wollen, reicht dann die „interkulturelle Kompetenz“. Doch in der Schule scheint diese Art inhaltlicher Enthaltung sogar den Erwerb der Fertigkeiten selbst zu gefährden. Offenbar lebt auch der Marktwettbewerb, wie man in Abwandlung des berühmten Böckenförde-Diktums sagen könnte, von Voraussetzungen, die er nicht selber garantieren kann.

Die funktionalistischen Muster der Bildungspolitik, die sich hinter einer humanistischen Rhetorik (Entfaltung der Persönlichkeit) bisweilen verbergen, aber in ihrer technokratischen Sprache offen zu erkennen geben, sind oft kritisiert worden. Doch möglicherweise sind sie ihrerseits Teil eines noch anderen kulturellen Musters. Denn die Vorstellung, dass es von Autoren, Kulturen und Zeiten außerhalb des unmittelbaren Lebensumfelds nichts wirklich Belangvolles zu lernen gebe, ist ohne Rückgriff auf spezielle kulturelle Vorprägungen kaum zu erklären. Könnte es im Fall der westlichen OECD-Staaten, deren Pisa-Leistungen im Durchschnitt verlässlich sinken, daran liegen, dass sie von einem historisch ererbten Hochstand aus auf den Rest der Welt blicken? Einem Hochstand, der sich sowohl dem bisher westlich dominierten globalen Machtgefüge verdankt als auch der Tatsache, dass der demokratische Rechtsstaat sich anderen Regierungsformen als überlegen erwiesen hat?

Wenn dies so wäre, wäre es fatal. Es gibt ja auch Gegenbeispiele. Das herausragende Abschneiden von Estland und Finnland beim Pisa-Test führt etwa der „Economist“ weniger auf spezielle, von anderen kopierbare Unterrichtssysteme zurück als auf das dort besonders ausgeprägte Lese- und Lernethos. Ein Westen dagegen, der von der Welt nichts mehr erwarten würde, der nichts mehr von anderen und der eigenen Vergangenheit lernen wollte, würde das unterminieren, was ihn stark und demokratisch gemacht hat. Und eine Bildung, die suggerieren würde, dass alles so schon läuft, dass es nur noch darum geht, in einem vorgegebenen Rahmen zu funktionieren, würde in totaler Affirmation erstarren.

Nur wer geographisch oder zeitlich Fernes an sich heranlässt und seinen Horizont nicht allein von den Ideen besetzen lässt, die gerade im Umlauf sind, hat die Chance, für Veränderungen und Selbstkritik offen zu bleiben. Noch vor der ewigen Kanon-Frage, ob nun also zum Beispiel der „Faust“ fürs Abitur verpflichtend gemacht werden soll oder nicht, steht die Frage, ob überhaupt etwas jenseits des unmittelbaren eigenen Umkreises so viel Interesse verdienen könnte, dass es gelernt werden soll.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/begriff-des-populismus-wofuer-stehen-rechtsnationale-parteien-16537237.html?premium>

FEHLDIAGNOSE „POPULISMUS“

So ist die Welt aber gar nicht

- VON MICHAEL MEYER-RESENDE
- -AKTUALISIERT AM 16.12.2019-14:13



Wofür stehen rechtsnationale Parteien eigentlich? Der Kampfbegriff des Populismus hilft da nicht weiter. Im Gegenteil, er erschwert an allen Fronten die nötige Verteidigung der Demokratie. Ein Gastbeitrag.

Seit die rechte Vox-Partei bei den letzten Parlamentswahlen in Spanien deutlich hinzugewonnen hat, ist klar, dass es in der Europäischen Union so gut wie keine Sonderfälle mehr gibt: Rechtsnationale Parteien mit Hang zum Autoritären sind in nahezu allen Mitgliedsstaaten vertreten. Aber wofür stehen diese Parteien eigentlich? Für viele Journalisten und politische Wissenschaftler scheint die Antwort klar: Sie haben eine gemeinsame Ideologie, den **Populismus**, der einen weltweiten Aufschwung erfährt. Populismus ist der zentrale Begriff, der die Debatte um diese Parteien und ihre Anführer prägt. Aber er hilft nicht weiter. Im Gegenteil, er vernebelt eine der wichtigsten Fragen in der Demokratie: Überschreitet eine Partei die Grenzen der demokratischen Auseinandersetzung? Oder vertritt sie lediglich Positionen, die radikal, aber nicht undemokratisch sind?

In der öffentlichen Debatte ist der Begriff Populismus fast immer negativ konnotiert. Wer Populismus sagt, macht es sich einfach, denn der Begriff ist so unscharf, dass man ihn nicht weiter begründen muss. Meist wird den Populisten vorgeworfen, sie vereinfachten komplizierte Zusammenhänge, als ob das kein Wesensmerkmal der politischen Kommunikation generell wäre. Es wird auch gesagt, Populisten operierten mit Ängsten. Nur, Ängste treiben viele politische Bewegungen um, man denke nur an die Angst vor einer drohenden Verwüstung durch die Klimakrise. Kandidaten und Parteien werden auch dann populistisch genannt, wenn sie suggerieren, dass nur sie das Volk vertreten, wie Donald Trump oder Recep Tayyip Erdogan. Als populistisch gilt regelmäßig auch, wer gegen die Eliten auftritt. Die demokratische Präsidentschaftsbewerberin Elizabeth Warren gilt als Populistin, weil sie den Einfluss der finanziellen Eliten beschneiden will. Der französische Präsident Macron wurde als anti-populistischer Populist bezeichnet, weil er gegen die etablierten Parteien antrat.

„Wahres Volk“ gegen „korrupte Elite“

Kurzum, es herrscht ein Durcheinander, das von Populismus-Forschern zurecht beklagt wird, aber letztlich ist die Verwirrung im Konzept angelegt. Die führende wissenschaftliche Interpretation wird von dem niederländischen Forscher Cas Mudde vertreten, der sagt, dass Populisten immer die Idee des „wahren Volkes“ gegen die „korrupte Elite“ ins Feld führen. Demnach behaupten Populisten, sie repräsentieren den wahren Volkswillen (was auch immer Wahlergebnisse aussagen) gegen eine Elite, die ihm im Weg steht. Dieser Definition zufolge sind alle Bewegungen mit diesen Merkmalen populistisch: Die Demonstranten in Leipzig 1989 waren Populisten („Wir sind das Volk“ – gegen die SED-Elite), Trump ist Populist (behauptet, er vertrete das echte Amerika gegen die Washingtoner Elite), und die griechische Syriza-Partei auch (das kleine Griechenland gegen die europäische Finanzelite).

Offensichtlich ist bei all diesen Beispielen, dass der Begriff keinerlei Aussage darüber trifft, ob Populismus die Demokratie belebt oder beschädigt. Das räumen auch Wissenschaftler wie Mudde ausdrücklich ein. Aber ist eine Definition, die den Kontext ausblendet, dann überhaupt nützlich? Haben Demonstranten, die ihr Leben riskieren, weil sie gegen eine Diktatur aufbegehren, eine Gemeinsamkeit mit dem Aufmarsch von Extremisten in einer Demokratie, nur weil in beiden Fällen von Volk und Eliten die Rede ist?

Mudde sagt, die Rolle von Populisten sei eben vielschichtig, in einer Demokratie seien Populisten anders zu bewerten als in einer Diktatur. Aber selbst im Kontext demokratisch verfasster Systeme schafft diese Definition keine Klarheit. Der eine Teil der Definition, der Anti-Elitismus, ist in einer Demokratie nicht problematisch. Jedem steht es frei, gegen Eliten zu sein. Die Achtundsechziger-Generation trat den langen Marsch durch die Institutionen an und andere tun das gleiche. Das Wahlprogramm von Elizabeth Warren ist wirtschaftlich links. Sie will Banken und Großunternehmen und damit die finanzielle Elite stärker überwachen. Das macht sie aber nicht zu einer Anti-Demokratin.

Der andere Teil der Definition deutet dagegen auf ein schwerwiegendes Demokratie-Problem hin. Politische Akteure, die von sich behaupten, sie wüssten, was das wahre Volk will, ohne den Ausgang demokratischer Wahlen zu akzeptieren, mögen für die Psychologie interessant sein, die politische Wissenschaft sollte eine solche Haltung nicht zur Ideologie verklären.

Die AfD zieht oft vor Gericht

Die janusköpfige Definition führt dazu, dass die Forschung nicht klar sagen kann, ob Populismus in Demokratien eher ein Vorteil oder ein Nachteil ist. Die Forscher sagen, er sei beides: schlecht, weil ihm die pluralistische Haltung fehle, aber gut, weil seine anti-elitäre Facette neuen Meinungen Gehör verschaffe. Als Diagnose erscheint das so sinnvoll, wie wenn der Hautarzt seinem Patienten mitteilt, er gehöre in die Kategorie „viele Leberflecken“ – das sei gut, weil es belege, dass er oft an der frischen Luft sei, aber schlecht, weil er Hautkrebs habe.

Die Populismus-Forschung differenziert die Sache noch weiter aus, ohne sie aber zu klären. Nicht alle Populisten seien überzeugt, so sagt sie, dass sie alleine den Volkswillen kennen und verwirklichen. Viele würden aber zumindest dem in Wahlen ermittelten Mehrheitswillen mehr Gehör schaffen wollen, ohne dass zum Beispiel Gerichte oder andere „liberale Institutionen“ den Mehrheitswillen oder der mehrheitlich gewählten Regierung in die Quere kommen dürften. Populisten würden im übrigen mehr Referenden abhalten.

Mudde und seine Kollegen behaupten, Populisten seien deshalb im Grunde gute Demokraten, aber eben illiberal. Sie unterscheiden zwischen einer „liberalen Demokratie“, in der es eine Gewaltenteilung und Minderheitenschutz gibt und einer „illiberalen Wahl-Demokratie“, in der Mehrheitswille entscheidet und Gesetzgeber und Regierung frei schalten und walten können. Diese Einordnung hat in viele Demokratie-Bewertungen und Publikationen Eingang gefunden. Sie ist aber weltfremd und macht aus einem taktischen Argument eine Ideologie, hinter der sich Anti-Demokraten verstecken können. Populistische Parteien berufen sich auf den Mehrheitswillen nämlich nur dann, wenn es ihnen nutzt. Als Victor Orbáns Fidesz-Partei 2010 die Wahl in Ungarn gewann und im Eiltempo die Verfassung überarbeiten ließ, braumte sie kein Referendum an. Wozu das Risiko eingehen, seine Partei hatte eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Die britischen Brexiteers sind strikt gegen ein zweites Referendum, die Remainers wollen eine zweite Abstimmung. Sind die Remainers deswegen Populisten?

Dasselbe Bild zeigt sich, wenn man die Rolle der Justiz betrachtet. Die [AfD](#) zieht oft vor Gericht, weil sie sich benachteiligt fühlt. Keine populistische Partei hat Gerichte abgeschafft, um leichter durchregieren zu können. Nein, Populisten gehen geschmeidiger vor: Sie besetzen die Gerichte mit linientreuen Leuten, wie etwa in Polen.

Antidemokratisch oder nicht?

Die Fidesz-Partei hat dort zahlreiche „Kardinalgesetze“ erlassen, die nur mit einer Zwei-Drittel Mehrheit verändert werden können. Damit werden sie der einfachen Mehrheit, also dem üblichen politischen

Gestaltungsspielraum entzogen. Für Populismus-Forscher ist das nur schwer erklärbar. Die vermeintliche Berufung der Fidesz und vergleichbarer autoritärer Parteien auf den Mehrheitswillen ist ein taktisches Manöver. Wenn sie Wahlen verlieren, werden sie sich auf die Gesetze und die von ihnen in fragwürdigen Prozeduren eingesetzten Richter berufen. Sie würden den Rechtsstaat beschwören, die neue Regierung würde mit dem Mehrheitswillen dagegen halten. Für Populismus-Forscher würde die Fidesz über Nacht zu einer liberalen Partei, ihre Gegner würden zu Populisten.

Eine Theorie, die durch ein Wahlergebnis auf den Kopf gestellt wird, ist kontraproduktiv, weil sie die viel wichtigere Debatte verdrängt, ob eine Partei anti-demokratisch oder verfassungsfeindlich ist oder nicht. Forscher und Journalisten sollten sich die Mühe machen festzustellen, ob Parteien undemokratische Programme oder Politikvorschläge haben und sie dementsprechend „autoritär“ oder „antidemokratisch“ nennen. In Deutschland wird es der Öffentlichkeit dabei leichter gemacht, als in anderen Ländern, da der Verfassungsschutz offiziell erklärt, wo Parteien die grundgesetzlichen Grenzen in Frage stellen. In diesem Zusammenhang ist die Ansicht des Dienstes über die AfD höchst aufschlussreich.

Ein klarer Bezug zu den Grenzen der Demokratie würde auch der Debattenkultur helfen. Demokraten müssen in der Lage sein, konträre und radikale Meinungen auszuhalten. Der Raum des Diskutablen ist größer, als es Begriffe wie Populismus suggerieren. In diesem Raum braucht es ein klares Verständnis dafür, wo dieser Raum endet und wo Meinungen verfassungsfeindlich werden.

Der Autor ist Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation Democracy Reporting International.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/was-soll-am-berliner-checkpoint-charlie-gebaut-werden-16537257.html?premium>

BERLINER WAHRZEICHEN:

Ach, Charlie

- VON NIKLAS MAAK, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 16.12.2019-14:03



Soll man diesen Ort frei lassen, Hochhäuser errichten – oder einen gebauten Davidstern? Berlin streitet um die Bebauung des prominentesten innerdeutschen Grenzübergangs.

Der Checkpoint Charlie ist so, wie sich Touristen Berlin vorstellen: Dort, wo einst der Westteil der Stadt in den Ostteil übergang, wo man an Sandsäcken und bewaffneten Grenzsoldaten vorbei auf die andere Seite des Eisernen Vorhangs fuhr, gibt es heute Andenkenläden, in denen man allerlei Zeugs kaufen kann – angeblich echte Mauerstückchen, Tassen mit dem Aufdruck „Sie verlassen den amerikanischen Sektor“, Spieluhren, die „What a Wonderful World“ dudeln, Postkarten von Elvis und James Bond. In der Mitte der Straße steht ein nachgebautes Grenzhäuschen, daneben liegt das Mauermuseum, dahinter, wo mal die Mauer war, eine Brache, die an die Zeit der Teilung erinnert: Auf der einen Seite der trostlose soziale Wohnungsbau des Westens und ein paar alte Häuser, auf der Ostseite immer weiter verfallende Altbauten und ein paar ambitionierte Betonkisten, die den Fortschritt des Sozialismus darstellen sollen. Dazwischen, am Todesstreifen: Brandwände.

Um diese Wände ist ein heftiger Streit entbrannt, seit vor eineinhalb Jahren bekannt wurde, dass an diesem Gedenkort des Kalten Krieges etwas gebaut werden soll. Auf den beiden verbliebenen Grundstücken rechts und links der Friedrichstraße wollte der Investor Trockland Büros, Wohnungen und ein Hard-Rock-Hotel errichten. Als die Anwohner zum formellen Beteiligungsverfahren geladen wurden, sickerte durch, dass eigentlich schon alles eingetütet sei über einen von Senat und Investor lange vor dem Beginn der Bürgerbeteiligung unterzeichneten „Letter of Intent“.

Daraufhin protestierten die Städtebau-Expertin Theresa Keilhacker und der Stadtforscher Christoph Sommer von der Humboldt-Universität ebenso wie der ehemalige Kultursenator Thomas Flierl und warnten vor dem Ausverkauf des Gedenkortes. Die Laune der Kritiker der Berliner Hinterzimmerpolitik wurde nicht besser, als sie erfuhren, dass in dem geplanten Komplex nicht nur das Hard-Rock-Hotel, sondern auch ein 3.000 Quadratmeter großes „Museum des Kalten Kriegs“ Platz finden sollte – das Trockland der Stadt allerdings nicht als noble Gabe für das Recht, an solch einem exponierten Ort bauen zu dürfen, umsonst überlassen wollte, sondern nur gegen eine gepfefferte Miete von 25 Euro pro Quadratmeter.

Typisch Berlin, also schützenswert

Über ein Jahr lang beharkten sich Denkmalpfleger und Stadtentwickler, Investoren, Aktivisten, Bau- und Wirtschaftssenat, im Kern ging es um zwei unterschiedliche Vorstellungen von Stadt und Erinnerung: Für die einen ist der leere Raum, auf dem sich informelle Gedenkstätten, Souvenirläden und ein Stadtstrand mit Beach Bar angesiedelt haben, ein ärgerlicher, dem Ort nicht angemessener Schrotthaufen; für die anderen ist genau diese Bouillabaisse aus Ständen, Liegestühlen, Würstchenbuden und Brandwänden ein identitätsstiftender Ort, typisch Berlin – und damit schützenswert.

Diesmal waren die Gegner einer Bebauung schneller als die Investoren: Noch bevor Trockland eine Baugenehmigung erteilt werden konnte, hatte das Landesdenkmalamt das Ensemble Anfang Juli vergangenen Jahres unter Denkmalschutz gestellt. So konnte erzwungen werden, dass bei den jetzt vorgestellten ersten Masseneurwürfen für eine Neubebauung auf beiden Seiten der Friedrichstraße eine Freifläche von tausend Quadratmetern erhalten wird. Damit sich die Bebauung überhaupt noch lohnt, sollte der Investor höher bauen dürfen – wie hoch, darum entbrannte ein heftiger Streit, der jetzt mit dem „Bebauungsplan 1-98 Checkpoint Charlie“ beigelegt wurde.

Die Lösung, zu der sich die ordentlich zerstrittene rot-rot-grüne Regierungskoalition durchrang – und auch durchringen musste, weil der Investor ohne neuen Bebauungsplan sonst nach Belieben hätte bauen können –, sieht vor, einen Platz mit relativ freiem Blick auf die Brandwände zu schaffen. Der Platz soll etwa 1.100 Quadratmeter groß, die Brandwand an der Mauerstraße freigehalten und der Ort so als offene Wunde der Stadt erhalten bleiben. Auch soll ein Museum gebaut werden, dazu Häuser mit Gewerbe und rund 300 Apartments, ein Teil von ihnen als Sozialwohnungen, über die Gebäudehöhe will man noch mal reden. Es gibt einen „Begleitbeschluss zur Höhenentwicklung“, der Hintertüren für den Bau von Hochhäusern offen lässt; die Änderung des Bebauungsplans hat man erst mal vertagt, auch weil sie ein Bruch mit den strikten Regeln zur Gestaltung der Friedrichstadt wäre, wo seit der Regentschaft des Senatsbaudirektors Stimmann Neubauten nur bis zur historischen Traufhöhe von rund 30 Metern reichen dürfen. Die SPD brachte die Idee von 60 Meter hohen „Hochpunkten“ aber überraschend wieder in die Senatsitzung mit, die Stadtentwicklungssenatorin Lompscher (Linke) ebenso wie der Bezirk Mitte eigentlich energisch abgelehnt hatten.

Es gibt einen Wettbewerb

Ob es sinnvoll ist, an dieser exponierten Stelle der Friedrichstraße Türme zu verbieten, kann man bezweifeln. Man muss nur nach New York schauen, um zu sehen, wie belebend unterschiedliche Gebäudehöhen in einem Block wirken können. Ökonomisch wäre es sinnvoll, hier hoch zu bauen. Ob man es auch wünschenswert findet, hängt letztlich davon ab, was man aktuellen Architekten zutraut. Wenn das Ergebnis so hinreißend aussähe wie der einst am anderen Ende der Friedrichstraße geplante Glasturm von Mies van der Rohe, wäre der Checkpoint als ein wichtiger Ort der Stadt markiert.

Die Hochhausentwürfe, die der zur Zeit stadtpolitisch hyperaktive Architekt Stephan Braunfels in der „Bild“-Zeitung veröffentlichen ließ, spielen dagegen eher den Vertretern der These „Kleines Haus, kleiner Ärger, hohes Haus, großer Ärger“ in die Hände: Geometrische Türme seien „eine zeitlose Lösung, die noch nie falsch war“, er, Braunfels, dagegen habe 2014 „tanzende Türme, leicht und heiter“ vorgeschlagen, er könne sich aber auch „gedrehte Türme vorstellen“, denn die hätten „seit einigen Jahren Konjunktur“ – und mit „einer Drehung um 45 Grad bildet sich ein Davidstern“. Wie, noch mal? Warum sollte sich am Checkpoint Charlie, dem Ort der Konfrontation von Ostblock und Nato, überhaupt ein Davidstern bilden?

Nun wird es einen Wettbewerb geben. Die Ergebnisse werden zeigen, ob sich die Gegenwart ikonische Hochhäuser zutraut, die dem Ort angemessen sind und ihn nicht mit grotesk fehlplazierter Symbolik (wahlweise „leicht und heiter“ oder „Davidstern“) zustempeln – oder man doch in Erwartung kommenden Unfugs vorsichtshalber darauf ausweicht, die Neubauten lieber in der Anonymität der Großstadt verschwinden zu lassen.

16. Dezember 2019, 18:22 Uhr

NS-Verbrechen: "Ich sehe keine Schuld bei mir"



Dem 93 Jahre alte Angeklagte ehemalige SS-Wachmann wird Beihilfe zum Mord in 5230 Fällen vorgeworfen. Ein Urteil wird nicht vor Ende Februar fallen.

(Foto: Axel Heimken/dpa)

- Vor der Jugendkammer des Landgerichts Hamburg läuft ein Verfahren gegen den mittlerweile 93-jährigen ehemaligen KZ-Wachmann Bruno D. wegen Beihilfe zum Mord in 5230 Fällen.
- In einer mehrere Prozesstage andauernden Befragung hat die Vorsitzende Richterin versucht, die Gefühlslage des Angeklagten zu ergründen.
- Der Angeklagte behauptet, nichts davon, was die Zeugen seit Prozessbeginn über die Zustände und Gräueltaten in Stutthof berichtet hatten, gesehen zu haben. Auch die 50 000 Menschen, die im KZ ankamen, während Bruno D. dort Wache schob, will er nicht bemerkt haben.
Am Ende wirkten Richterin und Angeklagter gleichermaßen erschöpft. Anne Meier-Göring, die das Verfahren gegen den heute 93 Jahre alten, ehemaligen KZ-Wachmann leitet, atmete tief aus, nachdem sie gut zwei Stunden lang versucht hatte, einen Schlüssel zum Gewissen des Angeklagten zu finden: "Ich habe keine Fragen mehr." Zuvor hatte Bruno D., dem die Staatsanwaltschaft Hamburg Beihilfe zum Mord in 5230 Fällen vorwirft, wie auch schon an einigen Prozesstagen zuvor immer und immer wieder jede Verantwortung von sich gewiesen: "Ich sehe keine Schuld bei mir."

Bruno D., 93, steht seit Oktober als Angeklagter vor einer Jugendkammer des Hamburger Landgerichts, weil er von August 1944 bis Sommer 1945 im [Konzentrationslager](#) Stutthof als damals 17-Jähriger für den Wachdienst abgestellt war. Das ist unbestritten, ebenso wie die Tatsache, dass er dabei eine SS-Uniform trug - tragen musste, wie er sagt, denn "mit dem Herzen" sei er nie bei der SS gewesen; er habe sich nicht freiwillig gemeldet. Aber kann sich jemand, der als Heranwachsender seinen Wehrdienst auf dem Wachturm eines solchen Lagers verrichten musste, überhaupt Schuld sein an der Ermordung vieler Tausend Menschen in diesem Lager?

Immer wieder hat die Vorsitzende Richterin in ihrer auf mehrere Tage verteilten Befragung von Bruno D. versucht, die Gefühlslage des Angeklagten zu ergründen, wenn man so will, sein Gewissen zu erforschen. Ihre Fragen zielten stets darauf ab, ob D. die Verbrechen, die in dem Lager begangen wurden, als solche erkannte, ob er sie ablehnte, was er dabei dachte und fühlte. In Stutthof wurden Menschen gefoltert, erschossen und vergast; sie wurden ohne Nahrung dem Hungertod überlassen und ohne medizinische Hilfe Epidemien ausgesetzt; wer arbeiten konnte, wurde ausgebeutet. "Sie haben verhindert, dass Menschen fliehen konnten", hielt die Richterin Bruno D. vor. Ob er je versucht habe, sich diesem verbrecherischen

Befehl zu entziehen? Nein, sagte Bruno D., "ich war Soldat und habe Befehle ausgeführt. Dass das schon ein verbrecherischer Befehl war, Wache zu stehen, daran habe ich nicht gedacht."

An diesem Montag, dem letzten Tag der Befragung des Angeklagten durch die Richterin, rundete Bruno D. das Bild, das er in der bisherigen Verhandlung hinterlassen hat, noch einmal ab: Nichts davon, was die Zeugen seit Prozessbeginn über die Zustände und Gräueltaten in Stutthof berichtet hatten, habe er gesehen. Er habe "den Zaun" bewachen und darauf achten müssen, dass niemand floh. Mehr nicht. Dass Menschen in diesem elektrifizierten Zaun starben, bei Fluchtversuchen oder weil sie sich auf diese Weise aus Verzweiflung das Leben nahmen, wie ein Zeuge berichtete? "Das habe ich nie gesehen", sagte Bruno D. Den riesigen Berg von Schuhen, den die Befreier im April 1945 in dem Lager fanden und filmten, "haben Sie diesen wachsenden Berg von Schuhen gesehen, Herr D.?" Nein, habe er nicht.

Ob er gesehen habe, dass Gefangene von Hunden gerissen wurden, wie ein Zeuge berichtete? Er habe zwar gehört, dass es Hunde im Lager gegeben haben soll, "aber ich habe keinen Hund gesehen", antwortete D. Und die Menschen, die nach ihrer Ankunft im Schlamm am Haupttor des Lagers gekauert hätten, erschöpft und ausgehungert, wie ein Zeuge berichtete? "Ich habe mich gewundert", sagte der Angeklagte, "ich habe eine Schlammwüste nicht gesehen." Die morgendlichen Appelle habe er zwar beobachten können, das Antreten der Häftlinge vor ihren Baracken - aber die sadistischen Folter-Spaliere, die Selektionen, das stundenlange Herumstehen ohne Kleidung in der Kälte, von dem Zeugen berichteten? "Die Appelle liefen immer ruhig ab", sagte D., gedauert hätten sie vielleicht eine halbe Stunde oder eine Stunde.

"Keiner wäre gerettet worden."

Er blieb auch dabei, nie die Ankunft auch nur eines Massentransports gesehen zu haben, sogar als die Richterin ihm vorhielt, dass Dokumente Auskunft darüber gäben, wie viele Menschen allein von August 1944 bis Jahresende in Stutthof angekommen seien: "44 000 neue Häftlinge. Und im Januar 1945 noch einmal 10 000. In der Zeit, in der Sie da waren, müssen 50 000 Menschen angekommen sein. Davon haben Sie nichts mitbekommen?" Bruno D.: "Ich kann mich da nicht erinnern. Ich habe ja niemanden in Empfang genommen."

Auch von den Feiern zu Weihnachten oder Silvester, die es laut Kommandanturbericht in dem Lager für die SS-Leute gegeben haben soll, will er nichts gewusst haben, an gemeinsamen Freizeitaktivitäten nicht teilgenommen haben, nie mit Kameraden über das Geschehen im KZ gesprochen haben. Dass mit neuen Gefangenentransporten auch neue Wachleute nach Stutthof kamen, sogar in dieselbe Kompanie, in der er diente - Bruno D. sagte, so etwas habe er nicht mitbekommen. Irgendwann war es der Richterin genug: "Entweder Sie lügen uns an", schloss sie, "oder Sie haben das verdrängt. Oder es sind Dinge passiert, die sie uns nicht sagen wollen. Dass Sie doch Ihr Gewehr zum Einsatz gebracht haben." Der Angeklagte bestreitet das.

Bruno D. beharrt darauf, sich nie freiwillig für den Dienst in Stutthof gemeldet zu haben, er sich diesem aber auch nie habe entziehen können, etwa durch ein Versetzungsgesuch. Das habe es nicht gegeben, "dadurch hätte ich mich nur selbst in Gefahr gebracht". Die Richterin hielt im entgegen, dass nach Kenntnis von Historikern kein einziger SS-Mann wegen des Wunsches auf Versetzung umgebracht worden sei: "Haben Sie überhaupt einmal gefragt?" Nein, sagt Bruno D., denn was hätte es gebracht? "Dann wäre ein anderer gekommen, und niemandem wäre gedient gewesen. Keiner wäre gerettet worden."

Am Ende näherte sich die emotional aufgebrachte Richterin Meier-Göring der großen Frage nach Schuld sogar mit einem gewagten Vergleich. Angenommen, sagte sie, im Gerichtssaal stünde jemand auf und drohte, mit einer Waffe alle zu erschießen. Sie, die Richterin, gäbe den Justizbeamten daraufhin die Anweisung, die Türen von außen abzuschließen, und diese würden diesem "schwachsinnigen Befehl" auch noch Folge leisten: Wer wäre außer dem Schützen und ihr selbst wegen des Befehls zum Absperrern der Türen dann Schuld am Tod dieser Menschen im Saal? Hätten diese Justizbeamten Schuld? Nein, sagte Bruno D.

Das Verfahren wird an diesem Dienstag fortgesetzt. Ein Urteil wird nicht vor Ende Februar 2020 fallen.

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/online-shopping-pakete-versand-1.4722172> 13. Dezember 2019, 18:16 Uhr

Handel:

Onlineshopping ist besser als sein Ruf



Jedes sechste Paket wird zurückgeschickt. Unternehmen arbeiten daran, die Quote zu senken - und die Ökobilanz des Onlinehandels zu verbessern.

(Foto: dpa)

Weihnachtsgeschenke im Internet bestellen? Schadet der Umwelt! Macht die kleinen Händler kaputt! Entvölkert die Innenstädte! Doch so einfach ist die Gleichung nicht.

Von [Christian Endt](#)

Nur wenige Wirtschaftszweige haben einen schlechteren Ruf als der Onlinehandel. Wer Weihnachtsgeschenke und anderes Zeug im Internet bestellt, fühlt sich mitverantwortlich für viel Schlechtes auf der Welt: für rechtlose Arbeitnehmer, die in grauen Logistikzentren bei Niedriglöhnen ausgebeutet werden, für Flotten von Lieferfahrzeugen, die Radwege verstopfend die Erde erhitzen, und vor allem für das Sterben des klassischen Einzelhandels. Es trifft die kleine nette Buchhandlung um die Ecke, den freundlichen Gemüsehändler die Straße runter, den Elektrofachmarkt an der U-Bahn-Station, dessen Chef immer noch irgendwo ein Ersatzteil rauszieht.

Diese Vorwürfe sind zum Teil falsch, zum Teil zu kurz gedacht. Sie entspringen einer Haltung, die das Bestehende pauschal als schützenswert und das Neue als Bedrohung wahrnimmt. Die Digitalisierung verändert den Handel von Grund auf. Wer dieser Veränderung zwar kritisch, aber vor allem offen, neugierig und mit etwas Fantasie entgegentritt, der entdeckt hinter all den Gefahren die Chance, ganz neu darüber nachzudenken, wie die Gesellschaft Alltag und Zusammenleben organisieren will. Beides manifestiert sich in der Gestaltung der öffentlichen Räume, die gegenwärtig stark vom Handel geprägt sind. Ein Nachdenken darüber, wie wir einkaufen wollen, führt daher zu einer größeren, aufregenden Frage: Wie sollen die Städte aussehen, in denen wir leben?

Tatsächlich herrschen in vielen Versandlagern miese Arbeitsbedingungen. Amazon Deutschland lehnt Tarifverträge ab, immer wieder gibt es Berichte, dass das Unternehmen die Arbeit von Gewerkschaftern behindere. In den USA machten Warenhäuser von Amazon zuletzt mit deutlich erhöhten Verletzungsraten und mangelhafter Notfallversorgung von sich reden. Doch Amazon steht nicht für die ganze Onlinebranche. Zu ihr gehören auch viele Mittelständler, die Arbeitsplätze in der Provinz schaffen und von dort aus in alle Welt liefern. Es gibt Kleinstunternehmen, denen das Internet ermöglicht, für innovative Nischenprodukte oder Selbstgemachtes Abnehmer zu finden. Und es gibt auch ganz klassische Einzelhändler, deren Läden nur durch das Zusatzgeschäft im Netz überleben.

Es gibt viel Potenzial, die Ökobilanz des Onlinehandels zu verbessern

Ein Ökovergleich von Online- und Offlineshopping ist schwierig, weil er von vielen Faktoren abhängt: Wie weit hat es die Kundin zum Laden und welches Verkehrsmittel wählt sie? Schickt der Käufer seine im Netz bestellte Jeans wieder

zurück, weil sie nicht passt? Wie effizient plant der Paketdienst seine Route, wie effizient ist das Kaufhaus beheizt, lässt die Filialleiterin nach Ladenschluss das Licht brennen? Insgesamt deuten die einschlägigen Studien darauf hin, dass der Interneteinkauf unterm Strich die emissionsärmere Option ist. Das Öko-Institut hat in einer großen Untersuchung verschiedenste Szenarien durchgerechnet. Online liegt sogar im ungünstigsten Fall vorn, bei dem die Bestellung als Retoure zurückgeschickt wird, der analoge Vergleichsshopper aber klimaneutral mit dem Rad in die Innenstadt fährt. Für die schlechte Bilanz der Ladengeschäfte sind vor allem deren hoher Wärme- und Stromverbrauch verantwortlich. Weitere Studien aus Deutschland, den USA und China gehen in die gleiche Richtung wie die des Öko-Instituts. Dennoch gibt es viel Potenzial, die Ökobilanz des Onlinehandels zu verbessern. Der Paketdienst UPS setzt in Hamburg, München und Stuttgart Lastenfahrräder mit Elektro-Motor ein und konnte so seine Flotte an Diesel-Transportern reduzieren.

Wissenschaftler schätzen, dass etwa jedes sechste im Netz bestellte Packet wieder zurückgeschickt wird. Die Unternehmen haben selbst ein Interesse daran, die hohe Retourenquote zu reduzieren: Sie ist nicht nur klimaschädigend, sondern auch teuer. Dagegen hilft beispielsweise, die Produkte online vorab mit möglichst detaillierten Informationen zu versehen, mit den relevanten Daten, Fotos und Videos. Auch Technologie kann Teil der Lösung sein: Amerikanische Optiker experimentieren mit Apps, die das Gesicht vermessen und ein virtuelles Anprobieren verschiedener Brillengestelle ermöglichen. Auch das hohe (und steigende) Aufkommen von Verpackungsmüll ist kein Naturgesetz, sondern lässt sich durch smarte Lösungen reduzieren. Die smarteste aller Lösungen ist zugleich eine sehr banale, unerwähnt kann sie trotzdem nicht bleiben: Die allerbeste Ökobilanz hat natürlich immer das Produkt, das man gar nicht erst kauft.

Das wäre eine Alternative, die zwar den Versandhandel eindämmen, seinen Konkurrenten allerdings nicht helfen würde. Der stationäre Einzelhandel bangt durch den wachsenden Marktanteil des Online-shoppings um seine Existenz. Und viele befürchten, dass damit ein Verlust für die ganze Gesellschaft einhergeht: Leerstand, verwaiste Straßen, tote Innenstädte.

Abgesehen davon, dass auch Shopping-Malls und Outlets auf der grünen Wiese zum Niedergang der klassischen Einkaufsviertel beitragen, abgesehen auch davon, dass der Umsatz des stationären Einzelhandels in Deutschland immer noch leicht wächst: Langfristig werden die Ladengeschäfte diesen Kampf nicht gewinnen können. Und das ist gar nicht schlimm.

Bei den entscheidenden Faktoren Auswahl und Preis liegen die Vorteile des Internets so klar auf der Hand, dass sie durch weichere Faktoren wie Beratung und Service nur mit sehr hohem Aufwand wettgemacht werden können, was wiederum Auswirkungen auf den Preis hat. Für einzelne Geschäfte im Hochpreissegment oder in Nischen mit einer treuen Spezialkundschaft mag es einen Platz neben der Online-Konkurrenz geben. Für die Handelsbranche als Ganzes ist so ein Weg keine Überlebensstrategie. Die meisten Läden werden sterben. Dieses Sterben wird noch einige Zeit dauern, weshalb den drei Millionen Beschäftigten des deutschen Einzelhandels weder morgen noch übermorgen die Arbeitslosigkeit droht. Bis es so weit ist, werden die meisten von ihnen in Rente sein.

Das Sterben wird dauern, und trotzdem kann die Gesellschaft schon langsam anfangen, sich auf diesen Umbruch einzustellen. Ladengeschäfte dominieren fast überall das Bild der Innenstädte, sind Teil deren Identität. Der samstäglige Einkaufsbummel ist eine bei vielen Deutschen beliebte Freizeitbeschäftigung. In Bundesländern mit restriktiven Öffnungszeitenregelungen werden diese emotional diskutiert. Aber das alles muss nicht so bleiben. Wie wäre es, offen an die Frage heranzugehen, wie wir unsere Städte gestalten wollen? Was wollen wir anfangen mit diesen wertvollen Flächen im Zentrum, prestigeträchtig, gut erreichbar, oft in den schönsten Häusern der Stadt untergebracht?

Was für eine spannende Aufgabe für Architekten, Stadtplaner, Künstler, darauf eine Antwort zu finden. Oder besser: viele Antworten. Denn die Lösung wird für jede Stadt, vielleicht für jede Straße anders aussehen. Man kann sich Cafés und Restaurants vorstellen, aber auch Skateparks, Kletterhallen oder Eisbahnen; Ateliers, Konzertsäle oder Theaterbühnen; Co-Working-Spaces, Bibliotheken oder Jugendtreffs. Damit dürften die Möglichkeiten längst nicht ausgeschöpft sein. Und warum sollte es hier oder da nicht auch eine ganz profane Nutzung sein, von der es vielerorts gerade viel zu wenig gibt - Wohnraum. Erste Ideen lassen sich schon besichtigen. In Chemnitz zog in ein ehemaliges Kaufhaus ein archäologisches Museum ein, in Eschweiler entstanden Wohnungen für Senioren. Eine alte Shopping-Mall im US-Bundesstaat Tennessee beheimatet heute neben einer Bibliothek und einem College-Campus auch eine Eislaufbahn.

Viele Konzepte werden auch Gelegenheiten zum Geldverdienen bieten

Eher unwahrscheinlich scheint dagegen zu sein, dass eine Gruppe Menschen, die wir uns für dieses Gedankenexperiment als sehr klug und kreativ, aber mit unserer realen Zivilisation nicht vertraut vorstellen, aus einem Ideenworkshop zur Gestaltung von Innenstädten mit einem Konzept wie diesem herauskäme: Karstadt, Douglas, H&M, Rossmann, Adidas, Zara, Hugendubel, Starbucks, H&M, Deichmann, Tretter, Foot Locker, DM, Tom Taylor, Vero Moda, Primark, Müller, Fielmann, H&M.

Das geht besser. Das geht sinnvoller, das geht fantasievoller, das geht schöner, das geht menschenfreundlicher. Egal, welche Konzepte sich durchsetzen: Viele von ihnen werden auch neue Gelegenheiten zum Geldverdienen beinhalten, sie werden Arbeitsplätze bieten, wenn auch ganz andere und vielleicht weniger. Mit Sicherheit wird es in den neuen Innenstädten den einen oder anderen Laden geben.

An der Debatte um Onlineshopping, Einzelhandel und Innenstädte lässt sich ein gängiges Muster beim Umgang mit Veränderung beobachten. Der Mensch schätzt, was er kennt, und beäugt das Unvertraute mit Skepsis. Die Argumente entbehren dabei mitunter, siehe Ökobilanz, einer belegbaren Grundlage. Offensichtliche Vorzüge der neuen Technologie bleiben unerwähnt – etwa dass es für Menschen mit eingeschränkter Mobilität dank Internet und Lieferdiensten ungleich leichter geworden ist, sich zu versorgen.

Dieser typische Diskursverlauf hängt auch damit zusammen, dass die etablierten Player auf gut funktionierende Strukturen zurückgreifen können. Sie sind in Verbänden organisiert, können mit einem Marketing-Apparat Einfluss auf die öffentliche Meinung ausüben und mit einem Lobbyisten-Heer nach staatlicher Unterstützung in ihrer misslichen Lage rufen.

Dieser Ablauf lässt sich so ähnlich nicht nur im Handel beobachten, sondern etwa auch bei der Autoindustrie, der Buchbranche, bei Apothekern und Zeitungsverlagen. Es ist auch nicht verwerflich, sondern ein gutes Recht, sich für die eigenen Interessen einzusetzen. Die Gesellschaft wäre manchmal gut beraten, die Argumentationsmuster der Besitzstandswahrer weniger bereitwillig zu übernehmen und dem Neuen offener gegenüberzutreten.

Was nicht heißt, dass man alles Neue kritiklos gut finden muss. Man kann die Arbeitsbedingungen im Versandhandel und in der Logistikbranche aus sehr guten Gründen ablehnen und die Marktmacht von Amazon, Alibaba oder Zalando für bedrohlich halten. Man kann sich über Lieferwagen ärgern, die im Weg rumstehen. Ebenso kann es sentimental und traurig machen, wenn die kleine Buchhandlung um die Ecke zumacht, das Spielwarengeschäft oder der Gemüsehändler. Das ändert nur wenig daran, dass die Welt sich ändert. Dinge vergehen, Neue entstehen. Das ist erst einmal keine schlechte Nachricht. Und wer an seinem Stammladen hängt, kann dort ja öfter mal was kaufen.

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/hamburg-was-der-fruehere-ss-wachmann-bruno-d-auf-die-fragen-der-richterin-antwortet-a-1301548.html>

Früherer SS-Wachmann vor Gericht

"Ich hatte die Möglichkeit erwogen, zu verschwinden. Aber wohin?"

Bruno D. war Wachmann im KZ-Stutthof, er ist wegen Beihilfe zum tausendfachen Mord angeklagt. Die Richterin sagt, er hätte sich Befehlen widersetzen können. Der 93-Jährige sieht das anders.

Von Julia Jüttner



Angeklagter D.: Von den Gräueltaten im KZ Stutthof will er als Wachmann nichts mitbekommen haben
Montag, **16.12.2019** 19:00 Uhr

Zum zehnten Mal wird Bruno D. im Rollstuhl in den Saal 300 des Hamburger Landgerichts geschoben. An diesem Montag ist der 93-Jährige wieder mit der Befragung an der Reihe; kein Opfer, kein Holocaust-Überlebender, sondern er - der frühere SS-Wachmann im Konzentrationslager Stutthof. Dort, in der Nähe von Danzig, stand er von August 1944 bis April 1945 auf einem der Türme. Er ist deshalb angeklagt wegen Beihilfe zum tausendfachen Mord.

Das Gericht wird seine Befragung an diesem Tag abschließen, erst danach werden Staatsanwaltschaft und Nebenklägervorteiler dem Angeklagten ihre Fragen stellen. Die Vorsitzende Richterin beginnt mit einer Feststellung: Kommandanturbefehle belegten, dass auch im Lager Weihnachten gefeiert worden sei. Wie denn die sogenannten Julfeiern im KZ abliefen?

Er habe an keinen Feiern teilgenommen, sagt Bruno D. Er könne sich auch nicht daran erinnern, dass ihnen, den Wachmännern, das gestattet gewesen wäre. Silvesterpartys, Heimfahrten - all das habe es nicht gegeben. Ein einziges Mal sei er im Kino gewesen. "Nur einmal?", fragt die Richterin. Das komme ihr wenig vor, da es für die Wachleute "ein richtiges Unterhaltungsprogramm" im KZ gegeben habe.

Er könne sich nur an einen Besuch im Kino erinnern, sagt Bruno D. Es habe schließlich auch keinen Befehl gegeben, ausgehen zu müssen. "Ich habe mich sowieso immer etwas abgesondert."

Wie fand er es, eine SS-Uniform zu tragen?

Ein Satz. Eine Strategie. Bruno D. wird in den folgenden zwei Stunden ebenso wie an früheren Verhandlungstagen nicht davon abweichen: Er war Wachmann in einem KZ, in dem die Nationalsozialisten 65.000 Menschen ermordeten und mehr als 100.000 Juden und politische Gegner unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangen hielten - aber von den Gräueltaten und der Massenvernichtung will D. keine Ahnung haben.

Richterin Anne Meier-Göring fragt ihn nach dem Unterschied zwischen Volksdeutschen und Reichsdeutschen, den die Nationalsozialisten damals machten; nach den Ukrainern, die im KZ die Wachmannschaft unterstützen sollten; danach, wie er es gefunden habe, eine SS-Uniform zu tragen.

Bruno D. schöpft aus seinem fundierten Erinnerungsvermögen und gibt Auskunft. An die Ankunft von mehr als 50.000 Gefangenen, die in das Lager deportiert wurden, während er dort Wache schob, will er jedoch keine Erinnerung haben. "Ich hab' das nicht mitbekommen", sagt der 93-Jährige.



newspix/ imago images

Früheres KZ Stutthof

Die Vorsitzende müht sich um Sachlichkeit und zählt drei Möglichkeiten auf, warum Bruno D. zu der Dimension des Verbrechens nichts sagen will: "Entweder Sie lügen uns an oder Sie haben all die schrecklichen Bilder im Kopf verdrängt oder Sie wollen uns nichts dazu sagen, weil Sie vielleicht doch Ihre Waffe zum Einsatz bringen mussten." Nichts davon sei wahr, entgegnet Bruno D. "Ich weiß es einfach nicht."

Meier-Göring lässt nicht locker. Was ist mit dem Berg von Tausenden Schuhen all der Toten, die im KZ ihr Leben lassen mussten? Was ist mit den Gefangenen, die in der Kälte ausharren mussten, stundenlang, auch nachts? Was ist mit den Prügelattacken und tödlichen Übergriffen auf Gefangene bei den Appellen? Was ist mit dem Wachpersonal aus Auschwitz oder anderen Lagern, die zur Unterstützung nach Stutthof kamen? Laut Kommandanturbefehl vom 3. Oktober 1944 wurde eine Begleitmannschaft bei der 1. Kompanie des Totenkopfsturmbanns eingesetzt, der Kompanie, der Bruno D. angehörte.

Bruno D. hat angeblich nichts gesehen, nichts gehört, nichts mitbekommen - so lassen sich seine Aussagen zusammenfassen. Mitleid habe er trotzdem gehabt. Besonders mit den Juden, die nur im Lager festgehalten wurden, weil sie Juden waren. Er habe gewusst, dass sie unschuldig seien. All das sagt er im Gericht. Ein Eingeständnis, mit dem er sich keinen Gefallen tut. Es kommt zum Schlagabtausch.

Er hätte sich widersetzen können, sagt die Richterin

Wann er verstanden habe, dass sich vor seinen Augen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit abgespielt habe, will die Richterin nun wissen. "Ziemlich schnell", antwortet Bruno D. Ob er daran gedacht habe, nicht mitzumachen? "Gedacht habe ich das. Aber was hätte ich tun sollen?", fragt Bruno D. Er hätte sich dem Befehl nicht verweigern können, ohne sich selbst in Lebensgefahr zu bringen. Die Richterin hält dagegen: Er hätte sich eines verbrecherischen Befehls widersetzen können. "Dass das schon ein verbrecherischer Befehl war, darüber habe ich nicht nachgedacht", sagt Bruno D.

Die Richterin hört nicht auf:

- Habe er überhaupt eine Möglichkeit erwogen, sich zu entziehen? "Ich hatte die Möglichkeit erwogen, zu verschwinden. Aber wohin?"
- Habe er sich damals die Frage gestellt, das alles nicht mit seinem Gewissen vereinbaren zu können? "Gestellt schon, aber wem hätte ich es sagen sollen?"
- Warum sei er nicht wie andere Wachmänner zu seinen Vorgesetzten gegangen? "Ich weiß nicht, wie die das gemacht haben."

Ein "verbrecherischer Befehl" sei für ihn gewesen: "Den musst du erschießen!", sagt Bruno D. Und das hätte er nie getan. Die Richterin fragt nach: "Aber auf einem Wachturm stehen und verhindern, dass die Gefangenen weglaufen, das war okay?" Bruno D. wirkt empört: "Okay war das auf keinen Fall."

Es ist ein zähes Ringen und die Aussichtslosigkeit auf Konsens ist offensichtlich. Bruno D. bleibt dabei: Hätte er sich vom Wachturm versetzen lassen, hätte er sich diesem Befehl verweigert, wäre sein Posten von einem anderen besetzt und kein Menschenleben gerettet worden.

Die Richterin betont: Viele Wachmänner hätten erklärt, sich mit einer Verweigerung selbst in Gefahr zu bringen. Tatsächlich sei kein einziger Wachmann, der sich widersetzt habe, umgebracht worden.

Fast am Ende stellt Meier-Göring die Frage, die über dem ganzen Verfahren schwebt: "Herr D., Sie sagen, Sie haben nichts getan. Sie haben keine Schuld?"

Bruno D. rückt seinen Kopfhörer zurecht. "Ich habe keine Schuld. Ich habe niemandem direkt Leid angetan."

FRAUEN AUS OSTDEUTSCHLAND:

Nur weg hier

- VON CHRISTINE KEILHOLZ
- -AKTUALISIERT AM 18.12.2019-06:18



In Scharen verlassen junge, gut ausgebildete Frauen den Osten der Republik. Sie wollen raus in die Welt, haben besseres vor mit ihrem Leben. Übrig bleiben die Männer. Die wählen deshalb rechts.

Herr Hausmann ist einsam. Anfang 50 ist er und wohnt in Zittau, am östlichsten Zipfel der Republik. Verheiratet ist er nicht, es gibt keine Frau in seinem Leben. „Die Frauen, die mich interessiert haben nach der Wende, sind alle weggegangen“, brummt er. „Die sind alle in den Westen.“ Er blieb. Sein Blick sagt: Das habe ich nun davon.

Zittau kann nichts dafür. Die Stadt an der Grenze zu Tschechien hat 25.000 Einwohner und liegt in der Oberlausitz, die zu Sachsen gehört, das zu Ostdeutschland gehört. Überall fehlen Menschen. Das bringt Probleme mit sich, für die Zittau, Sachsen und Ostdeutschland keine Lösungen haben. Eines, das lange unterschätzt wurde: Es fehlen Frauen, in der Oberlausitz gut 2500 im Alter zwischen 25 und 40. Es gibt viele Begriffe für diese Zielgruppe, die altmodisch und uncharmant klingen: „heiratsfähig“ oder „gebärfähig“. Gemeint ist: Die Frauen können Kinder kriegen.

Dass diese Frauen fehlen, hat Folgen für die Oberlausitz. 2500 Männer werden hier keine Partnerin finden. Sie gehen leer aus auf dem Heiratsmarkt. Diese Männer werden ihre Lebensträume nicht erfüllen können. Für sie wird das Leben in Gegenden wie der Oberlausitz nicht viel zu bieten haben. Sie werden enden wie Herr Hausmann. „Ich bin einer von den frustrierten, sitzengebliebenen Männern, von denen immer gesprochen wird“, sagt er.

Seit der Jahrtausendwende sind überproportional mehr junge Frauen von hier weggegangen als Männer. Sie haben im Schnitt bessere Schulabschlüsse als die Männer; aus denen wollen sie etwas machen. Außerdem fällt es ihnen leichter, in einer neuen Umgebung Anschluss zu finden.

Dabei ist die Oberlausitz nicht hässlich. Schmucke Kleinstädte, ausgedehnte Wälder. Tagebaulöcher und leere Werkshallen sind freilich auch da, aber wer das ländliche Idyll mag und nah an der Natur leben will, der ist hier richtig.

Mittendrin liegt Görlitz, ein urbanes Juwel alter Machart mit Händlerpalästen wie in Venedig und einem Bürgerstolz wie in Lübeck. In Görlitz wohnten mal Männer, die keine Schwierigkeiten hatten, Frauen zu finden. Sie waren reich und kannten die Welt, sprachen Polnisch und Italienisch und kleideten sich in dem feinen Tuch, das sie verkauften.

Auf 100 Männer kommen 56 Frauen

Gegenüber dem Görlitzer Bahnhof steht das Landratsamt. Vor dreißig Jahren war es zuständig für 367.000 Menschen, jetzt noch für 260.000, und im Jahr 2030 wahrscheinlich nur noch für 224.000. Vor drei Jahren

hat die Kreisverwaltung eine Studie in Auftrag gegeben mit dem Titel: „Wer kommt? Wer bleibt? Wer geht?“ Heraus kam, dass mehr gehen als kommen und bleiben. Sowa mag sich kein ländliches Idyll gern eingestehen, aber der Kreis Görlitz hat nun keine andere Wahl mehr.

In einigen Dörfern sieht es besonders schlecht aus. In der Gemeinde Boxberg kommen auf hundert Männer gerade mal 72 Frauen, in Weißkeißel sogar nur noch 56. Die Studie ist gut gemeint. Darin stehen Sätze wie: „Junge Frauen repräsentieren angesichts der demografisch mitbedingten Arbeitsmarkt-Dynamiken eine wichtige Entwicklungsressource für die peripheren Räume.“

Aber die jungen Frauen haben keine Lust, Entwicklungsressourcen fürs Landratsamt zu repräsentieren. Sie haben Besseres mit ihrem Leben vor. Sie wollen raus in die Welt.

Wenn irgendwo im Osten Deutschlands Bevölkerung fehlt, wird meist auf die Neunzigerjahre verwiesen, als massenhafte Arbeitslosigkeit die Menschen zu Tausenden in die Diaspora trieb. So erklärt sich auch der Kreis Görlitz seine Misere. Und nach der Wende sei die Politik in erster Linie darauf aus gewesen, Arbeitsplätze für Männer zu schaffen, sagt eine der Autorinnen der Studie. „Um Arbeitsplätze für Frauen hat sich keiner gekümmert. Das rächt sich jetzt.“

Die wenigsten Frauen kommen wieder

Aber die Abwanderung nach der Wende war nur die erste Welle. Längst ist eine neue im Gange. Die hat wenig mit Ost und West zu tun, aber sie trifft den Osten härter. Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts strömen junge Ostdeutsche auf den Arbeitsmarkt, deren Schulbildung mit der ihrer westdeutschen Altersgenossen gleichauf ist.

Sie haben die gleichen Chancen auf attraktive Jobs. Darum verlassen sie nach dem Abitur wie selbstverständlich die Orte ihrer Jugend. Sie wandern von Zittau nach Leipzig, von Leipzig nach Berlin, von Berlin nach New York. Immer dahin, wo es besser ist als da, wo sie gerade sind. Das ist normal, es ist ein Zeichen der Zeit.

Beklagt wird diese Entwicklung nur in Gegenden wie der Oberlausitz, wo alle nur wegziehen, aber kaum jemand Neues hinkommt. Im Kreis Görlitz besteht die Altersgruppe von 18 bis 25 aus 6000 Männern und 5500 Frauen. Viele junge Frauen mit Abitur sind da schon weg, die wenigsten kommen wieder.

Sie gehen, weil sie nicht versauern wollen in einer Gegend, die als abgehängt gilt. In der Wanderungskette, die in Gang gesetzt wird durch den Wunsch nach Bildung und Aufstieg, steht die Oberlausitz am unteren Ende. Das Wort „Mangel“ ist hier dauerpräsent in der Debatte: Ärztemangel, Lehrermangel, Frauenmangel.

Oberlausitz: Im hinterletzten Winkel der Welt

Die Politik vermeidet das Wort, sie redet lieber von Bedarf. Mangel kennt man noch aus der DDR. Wenn damals etwas Mangelware war – Fleisch, Fensterrahmen, Kinderwagen – dann wusste man, es wurde in den Westen verkauft, weil das mehr einbrachte.

Heute hat es die Peripherie im Osten des Ostens allerdings mit einem Mangel zu tun, der nicht durch Sonderlieferungen behoben werden kann. Mangelregionen können nicht in Dresden oder Berlin Frauen anfordern. Sie können höchstens Fördermittel aus irgendeinem Fonds beantragen, damit Frauen bleiben wollen.

Aber auch das funktioniert nicht. Görlitz könnte seine mittelalterlichen Kolonnaden mit Gold pflastern und wäre doch nicht schön genug, um junge Leute zu halten. Die Oberlausitz könnte an jeder Milchkanne ein Internetcafé bauen und würde damit doch nichts erreichen gegen das verbreitete Gefühl, hier im hinterletzten Winkel der Welt zu hocken.

Die [Bundesregierung](#) könnte im nächsten Jahr noch mal so viele Bundesbehörden und Forschungsinstitute mit Tausenden Jobs in der Oberlausitz ansiedeln – trotzdem würden die besten Schulabgänger weggehen,

weil sie von ihren Eltern noch immer hören, dass man von hier weg müsse, um etwas zu erreichen. Frauen gehen nicht mehr, weil sie müssen, sondern weil sie können.

Frauen engagieren sich jetzt in München, Stuttgart und Berlin

Um attraktiver zu werden, muss die Oberlausitz an anderer Stelle ansetzen. Nämlich beim Mann. In Löbau sitzen im Dachgeschoss der **Volkshochschule** vierzig Leute und diskutieren. Es gibt Brezeln, Kaffee und Mandarinen. In der ersten Reihe sitzen gleich mehrere Gleichstellungsbeauftragte aus Görlitz, Bautzen und vom Landratsamt.

Auf der Einladung steht: „Abwanderung, Alterung, Frauenmangel. Der Einfluss des demografischen Wandels auf die politische Kultur in Ostdeutschland“. Das sind viele deprimierende Wörter auf einmal. Zu viele für eine Veranstaltung der lokalen Verwaltung. „Das spiegelt nicht gerade die hoffnungsfrohe Zukunft wider, die wir alle in uns tragen“, sagt der Mann von der Landeszentrale für politische Bildung.

Die Soziologin Katja Salomo aus Berlin wirft beunruhigende Kurven an die Wand. Frauen, die nicht mehr da sind, gründen keine Firmen, kaufen keine Häuser, sie feiern keine Gottesdienste, keine Vereinsfeste, keine Kindergeburtstage. Frauen investieren im Vergleich mehr in Ehrenamt und sozialen Zusammenhalt. Nur tun Oberlausitzer Frauen das jetzt in München, Stuttgart und Berlin.

Ein paar Männer sind auch gekommen. Einer ist Herr Hausmann, der ganz vorn sitzt, die Arme überm Karohemd verschränkt. „Wir haben ein Defizit von zwei Millionen Frauen im gebärfähigen Alter“, sagt er. „Und was macht unsere Bundesregierung? Sie holt Hunderttausende arabische Männer ins Land.“

Männer sind Multiplikatoren schlechter Stimmung

Im Saal werden Augenbrauen hochgezogen. Die Soziologin fühlt sich bestätigt. Salomo hat wissenschaftlich belegt, dass Frauenmangel in Ostdeutschland zu Radikalisierung führt. Männer, die in Gegenden mit wenigen Frauen leben, neigen öfter zu Fremdenfeindlichkeit.

Man könne das auf ganz Ostdeutschland übertragen, sagt sie: „Zurückgelassene Männer fühlen sich abgehängt und haben Angst, auf die Verliererseite zu geraten.“ In der Oberlausitz gewann die AfD bei der Landtagswahl im September 30 Prozent – und holte fast alle Direktmandate.

Zurückgelassene Männer sind Multiplikatoren schlechter Stimmung. In allen Transformationsgesellschaften des ehemaligen Ostblocks beobachten Soziologen diese Entwicklung. „In einem Land, in dem sich die Mehrheit der jungen Menschen danach sehnt, zu gehen, fühlt man sich wie ein Verlierer, allein durch die Tatsache, dass man geblieben ist, egal wie gut man es macht“, schreibt der Wiener Osteuropa-Forscher Ivan Krastev. Zurück bleibt ein Überhang an Männern im heiratsfähigen Alter.

„Es gibt keinen Anspruch auf eine Frau.“

Diese demographische Homogenität setzt eine Abwärtsspirale in Gang. An Jugendclubs in kleinen Orten lässt sich das gut beobachten. Die werden oft schon nach kurzer Zeit zu Männerbewahranstalten, wo auch noch knapp Dreißigjährige hocken und selbst am Wochenende kein Mädchen hin will.

Für Herrn Hausmann ist es noch nicht zu spät. In seiner Altersgruppe, bei denen über fünfzig, hat sich in der Oberlausitz das Geschlechterverhältnis wieder halbwegs ausgeglichen. Es wären Frauen da. Das sagen ihm die Gleichstellungsbeauftragten in der Volkshochschule von Löbau. Aber er müsste seine Herangehensweise ändern.

„Von einer Frau zu erwarten, dass sie sich allein um die Kinder kümmert und noch die Mutti pflegt, das geht heute nicht mehr.“ Sei aber immer noch sehr verbreitet. Eine junge Frau aus dem Publikum wird noch deutlicher. Sie sagt: „Es gibt keinen Anspruch auf eine Frau.“

JÜDISCHES MUSEUM BERLIN:

Der Kurswechsel wird zum Kraftakt

- VON THOMAS THIEL
- -AKTUALISIERT AM 17.12.2019-19:49



Das Jüdische Museum Berlin war zum Forum der Israel-Boykottbewegung BDS mutiert – mit dubiosen Querverbindungen. Die neue Direktorin Hetty Berg muss es erst wieder zum Jüdischen Museum machen.

Es war nur ein Tweet, der die Sache ins Rollen brachte. Ob die darin ausgedrückte Sympathie für die vom [Bundestag](#) als antisemitisch verurteilte Israel-Boykottbewegung BDS zum Rücktritt von Peter Schäfer als Direktor des Jüdischen Museums führen musste, darüber ließ sich streiten. Wer verlangt von einem Museumdirektor die pausenlose Kontrolle des Social-Media-Accounts? Schäfer jedenfalls musste gehen. Darauf folgte eine Solidaritätswelle von Wissenschaftlern und Museumsdirektoren, und ihm scheint Unrecht geschehen. Der Bund als Träger des Museums hat jetzt mit der Niederländerin Hetty Berg eine Nachfolgerin berufen. Auf sie kommt viel Arbeit zu, denn Schäfers Abberufung war keine übereilte Entscheidung, sondern Endpunkt einer jahrelangen Entwicklung, die aus dem Jüdischen Museum Berlin ein Forum für Israel-Kritiker und BDS-Sympathisanten mit Querverbindungen zum politischen Islam gemacht hatte.

Die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung war nicht Peter Schäfer, sondern die inzwischen zurückgetretene Programmleiterin der an das Museum angeschlossenen Akademie, Yasemin Shooma. Von Anfang an: Yasemin Shooman wurde am Berliner [Zentrum für Antisemitismusforschung](#) (ZfA) promoviert. Ihre Doktorarbeit galt dem antimuslimischen Rassismus, was angesichts der Denomination des Zentrums überrascht, aber einer Wende folgt, die Shoomans Doktorvater Wolfgang Benz, ehemals Leiter des Zentrums, vor rund zehn Jahren eingeleitet hatte.

Juden und Muslime

Auf einer Konferenz 2008 stellte er die umstrittene These von der funktionalen Gleichheit von Antisemitismus und Islamfeindschaft auf – nach dem Motto: Der Muslim ist der Jude von heute. Schon damals wurde Benz vorgeworfen, einer Relativierung des Holocaust Vorschub zu leisten und legitime Kritik an Islamismus zu verhindern. Strittig war auch die analytische Leistung des Konzepts: Gab es in westlichen Staaten je einen Plan zur kollektiven Vernichtung von Muslimen? Ist das jüdische Schicksal dem islamisch geprägter Volksgruppen zu vergleichen?

Diese Analogie wurde in der Praxis weiter verwässert. Denn Yasemin Shooman versuchte, die Opfer-Analogie vor allem aktivistisch für den Kampf gegen antimuslimischen Rassismus fruchtbar zu machen. Dafür musste der virulente und teils zur Staatsräson erhobene Juden Hass in vielen Staaten des Nahen Ostens ebenso ausgeblendet werden wie der steigende muslimische Antisemitismus in Deutschland. Das Faktum, dass sich 81 Prozent der [Juden](#) in Deutschland gerade von muslimischen Personen bedroht fühlen, wie aus einer Studie von Andreas Zick und Julia Bernstein (2017) hervorgeht, wurde entweder ignoriert oder mit dem Argument erklärt, dass muslimisch geprägter Antisemitismus, wo er sich doch beobachten lasse, grundsätzlich ein koloniales Derivat des genuin europäischen Antisemitismus sei. Tatsächlich war der

Einfluss des europäischen Antisemitismus auf den Nahen Osten beträchtlich, Judenfeindschaft ist allerdings auch in der vorkolonialen Zeit belegt.

Dass für diese Art von Forschung reichlich Fördergelder fließen, mag es begünstigt haben, sie gegen historisch-kritische Standards abzuschotten. Entscheidend war, dass sie im Zentrum für Antisemitisforschung, das auf Forschung über den Nahen Osten weitgehend verzichtet, akzeptiert wurde und darüber hinaus breiten Anklang in Migrationsforschung und Orientwissenschaft fand. Durch eine Veranstaltungsreihe zum interreligiösen Dialog gelang es Yasemin Shooman, die Mitglied im Migrationsrat der **Bundesregierung** ist, dem Thema antimuslimischer Rassismus breite Resonanz im Jüdischen Museum zu geben. Dass in diesem Rahmen auch Vertreter der vom Bundestag als antisemitisch eingestuften BDS-Bewegung wie Sa'ed Atshan ins Jüdische Museum eingeladen wurden, rief Protest hervor, mag aber noch mit dem Hinweis auf Meinungsvielfalt zu rechtfertigen gewesen sein. Zum offenen Skandal wurde es, als das Jüdische Museum Schritt für Schritt zum Podium einer Bewegung umgewandelt wurde, die einen scharfen israelfeindlichen bis antisemitischen Kurs vertritt, und Verteidiger Israels gar nicht mehr zu Wort kamen.

Diese Entwicklung hatte sich angebahnt. Schon 2012 schrieb die „Jerusalem Post“ vom „Nichtjüdischen Museum Berlin“. Anlass war eine Podiumsdiskussion mit der BDS-Aktivistin **Judith Butler**, die 2006 Hamas und Hizbullah als Befreiungsbewegungen einer globalen Linken bezeichnet hatte. Im Jüdischen Museum wurde jegliche Kritik an Butlers Aussagen unterbunden, der Moderator gab den ausgeschlossenen Kritikern zu verstehen: „Sie können gerne schreiben, dass wir Kritik nicht annehmen wollen.“ So kam es. War Butlers Auftritt noch als vorsichtiges Herantasten an umstrittene Positionen zu verstehen, so nahm die Umwandlung des Jüdischen Museums zum Forum der BDS-Bewegung nun ihren Lauf.

Islamophobie als Kampfbegriff

Ihren Höhepunkt erreichte sie auf der Konferenz „Living with Islamophobia“, die Shooman 2018 am Jüdischen Museum Berlin gemeinsam mit dem Migrationsrat der Bundesregierung veranstaltete – und die bis heute auf der Homepage einzusehen ist. Die Abwesenheit kritischer Stimmen erklärte die mitveranstaltende Soziologin Iman Attia, auch sie Mitglied des Migrationsrats, mit dem Hinweis, man wolle unter sich bleiben und nicht mit Wissenschaftlern diskutieren, die Islamophobie für einen politischen Kampfbegriff halten.

Für die ideologische Instrumentalisierung des Begriffs lieferte die Konferenz selbst das beste Beispiel. Die für einen differenzierten Umgang mit Islamkritik wesentliche Unterscheidung zwischen gemäßigtem, fundamentalistischem und extremistischem **Islam** fiel ebenso unter den Tisch wie dessen ideologische Ausprägung: der politische Islam. Mit Blick auf die Teilnehmer verwunderte das nicht. Aus der Feder des mitveranstaltenden Farid Hafez von der Universität Salzburg stammt eine hagiographische Schrift über die Vordenker der Muslimbrüderschaft, der Mutterorganisation des politischen Islams. Sie verliert kein kritisches Wort über den Antisemitismus und die Hitler-Verehrung von Sayyid Qutb. Und auch keines über Yusuf Al-Qaradawi, den aktuellen Chefideologen der Muslimbrüderschaft, der Hitler eine gerechte Strafe für die Juden nennt.

Der Blick auf den Sponsor des von Hafez herausgegebenen European Islamophobia Report mag diese Sympathien erklären: Es ist die AKP-nahe Seta-Stiftung aus Ankara, die kürzlich eine schwarze Liste mit regierungskritischen Journalisten aufgestellt hat, zu der auch der Erdogan-kritische Kolumnist dieser Zeitung, Bülent Mumay, gehört. Gründer der Stiftung ist der ehemalige Sprecher von Staatspräsident **Erdogan**, der offen mit der Muslimbrüderschaft sympathisiert und als Hoffnungsträger des politischen Islam gilt.

Wie Shooman gehört Farid Hafez zu den Wortführern der Islamophobie-Forschung. Die Wortschöpfung „antimuslimischer Rassismus“, weitgehend synonym mit „Islamophobie“ verwendet, ist umstritten. Der Islam ist keine Rasse, sondern eine Religion und Kultur, der man sich zuordnen kann oder nicht. Wer von antimuslimischem **Rassismus** spricht, erkennt Muslimen die Möglichkeit ab, über ihre religiöse Zugehörigkeit frei zu entscheiden. Von Vertretern der Islamophobie-Forschung wird diese Aporie mit der

Konstruktion überbrückt, Muslime würden von außen nach rassistischen Kriterien bewertet – also ganz unabhängig von ihrem Denken und Handeln.

Das wirft die Frage auf: von wem? Die Islamophobie-Konferenz gab darauf eine diffuse Antwort. Der Hauptrednerin und BDS-Unterstützerin Meyda Yegenoglu genügte ein Zitat von [Marine Le Pen](#), um ganz Europa rassistische Vorurteile zu unterstellen, nach dem auf der Konferenz gängigen Stereotyp, dass Menschen mit weißer Hautfarbe fremdenfeindlich sein müssen. Ganz Europa? Oder doch nur die Sympathisanten des Rassemblement National? Ein Blick auf Wahlergebnisse hätte Yegenoglus Blick auf Europa aufgeheitelt.

Wer immer mit der weißen Mehrheitsgesellschaft gemeint sein mag, die in Berlin auf der Anklagebank saß: Das Argument, Muslime würden von außen nach rassistischen Kriterien definiert, wird nicht plausibler, wenn man politische Positionen selbst dem genuin rassistischen Kriterium der Hautfarbe unterordnet. Es ist ein Kriterium, das politische und moralische Haltungen einem Geburtsmerkmal unterstellt und wie eine Erbsünde auf dem Beschuldigten lastet.

Im Kern der Islamophobie-Forschung stand auch in Berlin die Annahme, es gebe in westlichen Ländern eine breite alltägliche Diskriminierung von Muslimen, die weit über das extreme Spektrum hinausreicht. Dass es konkrete Anfeindungen gegen muslimische Mitbürger gibt, ist nicht kleinzureden. Die 2018 behördlich registrierten 910 Straftaten in Deutschland, Tendenz sinkend, lassen jedoch nicht erkennen, dass dieses Phänomen, wie Shooman in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ behauptete, breite Kreise, ja die Mehrheit der Bevölkerung durchzieht.

Um die Wirksamkeit subtiler Anfeindungen oder Vorurteile zu belegen, sind die Instrumente der Islamophobie-Forschung wiederum nicht geeignet, besser gesagt: Es gibt sie nicht. Das Kriterium für Islamophobie wird dem subjektiven Empfinden des Betroffenen anheimgestellt. Jeder Blick, jede Geste kann, je nach Empfinden, als rassistische Aggression bewertet werden. Die Unterscheidung zwischen sachbezogener Kritik und chauvinistischen oder gar rassistischen Vorurteilen wird gar nicht erst gesucht.

In Berlin wurde über die Opfer patriarchaler und religiöser Gewalt – von Steinigungen, Ehrenmorden, Zwangsheiraten, Kleidungsvorschriften, rechtlicher Unterordnung oder körperlicher Amputationen wie Genitalverstümmelung – kaum ein Wort verloren. Wo diese Gewalt unübersehbar ist, wie bei dem Attentat auf den Nachtclub in Orlando, bei dem 49 Menschen das Leben verloren, wurde sie, wie von Moustafa Bayoumi, als Einzelfall bagatellisiert.

Bedenklich sind solche Thesen besonders, wenn sie von Personen kommen, die sich selbst nicht vom Fundamentalismus distanzieren. So machen die Konferenzteilnehmer und BDS-Aktivistin Bayoumi und James Carr aus ihren Sympathien für antiisraelische Terroristen keinen Hehl. Die Konferenzrednerin Nina Mühe leitet eine Initiative namens „Claim“, die mit mehreren vom Verfassungsschutz beobachteten Vereinen kooperiert, unter anderem einem Moscheeverein, dem Unterstützung der [Hizbullah](#) vorgeworfen wird. Das Ziel, die Verankerung eines Expertenrats für antimuslimischen Rassismus auf Bundesebene, verfolgt „Claim“ gemeinsam mit dem Moscheeverein Inssan, der nach Einschätzung des Berliner Senats personelle Verbindungen zur antisemitischen Muslimbrüderschaft hat und jahrelang vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Wundert es noch, dass Inssan ein enger Kooperationspartner des Jüdischen Museums Berlin ist?

Man kann die Liste der Konferenzteilnehmer mit bedenklichen Verbindungen beliebig erweitern: Von Kübra Gümüşay, die sich im Umfeld des islamischen Fundamentalismus bewegt, bis zu Fiyaz Mughal, der die Islamophobie-Statistik seiner Organisation „Tell Mama“ nachweislich manipulierte. Am Ende steht die Frage: Was hat das alles in einem Jüdischen Museum zu suchen?

Aporien der Islamophobie-Forschung

Nichts. Die Islamophobie-Forschung ist in weiten Teilen eine Pseudowissenschaft. Der von Farid Hafez herausgegebene European Islamophobia Report, eines der Referenzwerke, ist ein Machwerk, das auf belastbare Empirie verzichtet und trotzdem quantitative Aussagen über das Ausmaß der „Islamophobie“

machen zu können glaubt. Die sichtlich mit sozialwissenschaftlichen Standards fremdelnde Autorin des deutschen Beitrags, Esther Maria Younes, auch sie BDS-Aktivistin, klaut die Quellen für ihre Thesen aus Blogs und Zeitungsartikeln zusammen, deren Auswahl keiner Methodik folgt. Am Ende ihres mit zahlreichen politischen Forderungen gespickten Beitrags beschwert sich Younes über die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung. Hier deutet sich an, wozu die Benzsche Opfer-Analogie benutzt werden: Juden die Schutzwürdigkeit abzuerkennen und muslimischen Antisemitismus zu tabuisieren. Dass die Herausgeber des Reports im Vorwort jede rechtliche Verantwortung für Fehler der Autoren ablehnen, ist verständlich. Wer möchte schon für solch ein Sammelsurium von halbgaren Thesen und wissenschaftlicher Schlamperei verantwortlich sein?

In einem offenen Brief an Ursula von der Leyen forderten in dem Report angegriffene Wissenschaftler und Intellektuelle vergangene Woche, dessen finanzielle Förderung durch die EU-Kommission angesichts der Nähe zur türkischen Regierung einzustellen. Die Migrationsforscherin und Mitorganisatorin der Islamophobie-Konferenz, Naika Foroutan, unterstützt auf Nachfrage dieser Zeitung die „Forderung, dass keine türkischen Organisationen gefördert werden, die Bürger und Bürgerinnen im In- oder Ausland einschüchtern“ und gibt an, Interna des Europäischen Islamophobie-Reports nicht zu kennen. Der Kooperation mit dessen Herausgeber tat das in Berlin keinen Abbruch. Zumal interne Kenntnisse nicht notwendig sind, um den Einfluss der Seta-Stiftung zu erkennen.

Nicht weniger dubios sind die Verbindungen des Berliner Konferenzteilnehmers und BDS-Aktivisten Salman Sayyid, der häufiger Redner auf Veranstaltungen der Islamic Human Rights Commission (IHRC) war. Dass diese Organisation den Londoner Al-Quds-Tag veranstaltete, auf dem zur Vernichtung Israels und der Juden aufgerufen wird, hielt Sayyid von seinen Gastspielen ebenso wenig ab wie die Solidaritätsappelle des IHRC zu dem mittlerweile inhaftierten Hassprediger Abu Hamza und dem Terroristen Omar Abdel-Rahman, der Hunderte von Menschen in die Luft zu sprengen versucht hatte. In beiden Fällen zog der IHRC den Islamophobie-Vorwurf heran, um staatliche Prävention gegen Extremismus und Terror zu verhindern.

Netzwerke der Apologetik

Eine Zufallsverbindung von Wissenschaft und islamistischem Aktivismus? Eher nicht. Über den IHRC schließt sich nämlich der Kreis zum Zentrum für Antisemitismusforschung. Das Institut hatte 2018 mit Arzu Merali und Luis Manuel Hernández Aguilar zwei Aktivisten des IHRC ein- und nach Protest wieder eingeladen. Die EU-Kommission hatte sich von dem Islamophobie-Projekt, dass Merali und Hernández Aguilar in Berlin vorstellen sollten, distanziert, nachdem sie vom Antisemitismus des IHRC erfahren hatte. Das hielt weder das ZfA noch das Bundesfamilienministerium von weiterer Förderung und Solidarisierung ab.

Uffa Jensen vom ZfA schätzte sich nach der erzwungenen Absage vielmehr glücklich, Hernández Aguilar als Gastwissenschaftler zu behalten. Vom dem offenkundigen Antisemitismus der Organisation wollte der Antisemitismusforscher noch nichts gehört haben. Gleichfalls war ihm entgangen, dass der IHRC den Negativ-Preis für Islamophobie 2015 an die getöteten Redakteure von Charlie Hebdo verliehen und diese Geschmacklosigkeit noch mit der Bemerkung gekrönt hatte, die Preisträger könnten auf der Verleihung leider nicht anwesend sein. Gegenüber dieser Zeitung verweist Jensen auf eine eidesstattliche Erklärung, in der Hernández Aguilar bestreite, wissenschaftlicher Mitarbeiter des IHRC gewesen zu sein. In dem Wissenschaftsportal Research Gate wies er sich jedoch selbst als IHRC-Mitarbeiter aus.

So ging ausgerechnet vom Zentrum für Antisemitismusforschung eine Bewegung aus, die eine Trivialisierung des Antisemitismus einleitete und sich heute in scharfer Form gegen die Existenz des Staates Israel und in der Konsequenz gegen das Lebensrecht der dort lebenden Juden richtet. Das Jüdische Museum und der Migrationsrat der Bundesregierung schufen eine Atmosphäre, in der die Verharmlosung bestimmter Formen des Antisemitismus normal wurde. Das ist eine peinliche Note für ein Land, dessen Staatsräson das Existenzrecht Israels einschließt, steht aber für die Inkonsequenz einer Politik, die islamistische Vereine aus Unkenntnis oder Opportunismus mit Fördergeldern eindeckt, um mit demokratiefeindlichen Kräften die Demokratie zu stärken.

Die Instrumentalisierung des Rassismusvorwurfs schadet nicht nur Muslimen, die sich von fundamentalistischen Positionen nicht vertreten sehen. Sie erstickt auch notwendige Kritik an demokratiefeindlichen Strömungen. Warum die in Berlin durch Naika Foroutan vertretene Migrationsforschung ausgerechnet den Kontakt zu fundamentalistischen Kreisen pflegt, die nur einen geringen Anteil der in Deutschland lebenden Muslime repräsentieren, ist ebenso schwer zu begreifen wie die Tatsache, dass ausgerechnet das Jüdische Museum dafür eine Bühne geboten hat. Einen neuen Arbeitgeber hat Yasemin Shooman übrigens schon gefunden: Es ist das Zentrum für empirische Migrationsforschung, geleitet von Naika Foroutan.

Der neuen Direktorin Hetty Berg ist die Kraft zu einer entschiedenen Wende zu wünschen. Damit ihr das gleiche Schicksal wie ihrem Vorgänger zu erspart bleibt, darf das Museum nicht wie bisher die Tagespolitik in sich aufsaugen. Das weltweit größte Museum seiner Art soll die Gegenwart und Geschichte des Judentums darstellen und weder eine Nebenbühne der israelischen Regierung noch ein zweiter Schauplatz des Nahost-Konflikts sein.

Quelle: F.A.Z.

GEFAHR FÜR DIE GESELLSCHAFT:

Die Kosten der Klimapolitik

- EIN KOMMENTAR VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 18.12.2019-11:13



Klimapolitik und wirtschaftlicher Wohlstand sind keine Gegensätze. Sie gehören zusammen. Die Gefahr besteht darin, dass eine Vernachlässigung der wirtschaftlichen Konsequenzen der Klimapolitik die bürgerliche Gesellschaft zerreißt.

Die meisten Menschen in Deutschland dürften in der Klimapolitik keinem Extrem anhängen: Weder werden sie bereit sein, zugunsten von Klimapolitik den wirtschaftlichen Wohlstand zu riskieren – Innovationen und Investitionen in moderne Technologien sind eine bessere Antwort als eine Rückkehr zur Wirtschaftsweise der Karolinger. Noch werden die meisten Menschen das Thema Klima verdrängen wollen, indem sie tumben Parolen auf den Leim gehen, die vorgeben, der Klimawandel sei eine bloße Erfindung von Volksfeinden. Auch die Vertreter solcher Auffassungen sind noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Gute Politik müsste in der Lage sein, eine effiziente und nachhaltige Klimapolitik zu betreiben, die, auf marktwirtschaftlichen Prinzipien bauend, aus moderner Technik entspringende Entwicklungschancen nutzt und die ökonomischen Kosten der Klimapolitik nicht aus dem Auge verliert.

Das ist in Deutschland leichter gesagt als getan. Denn einerseits bleibt in der Öffentlichkeit eine starke Neigung unverkennbar, hohe Ansprüche an eine Klimapolitik zu erheben, die mit dem Einsatz von viel Geld, Appellen an die Moral und Beschwörungen eines nahenden Untergangs die Menschen und die Wirtschaft zu überfordern droht. Dem höchst anspruchsvollen Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahre 2050 stehen in Deutschland andererseits erhebliche Hürden im Weg, darunter die immer noch starke Ausrichtung der Wirtschaft auf die Industrie und eine Energiepolitik, die Wollen und Machbarkeit nicht miteinander verbindet.

Die deutsche Industrie hat im Herbst mit knapp 5,7 Millionen Mitarbeitern ihren ersten Beschäftigungsrückgang seit dem Jahre 2010 erlitten. Die Produktion sank gegenüber dem Vorjahr um gut fünf Prozent, unter anderem, weil die Automobilindustrie nicht mehr gut läuft. Dahinter verbirgt sich mehr als eine vorübergehende Konjunkturschwäche; vielmehr muss sich die Automobilindustrie als Folge der Klimapolitik neu erfinden – mit ungewissem Ausgang. Ob die Elektromobilität, wie bisher angenommen, eine große Rolle spielen wird, ist alles andere als klar. In China, das bisher als Eldorado für Elektroautos gilt, sind die Zulassungszahlen jedenfalls rückläufig.

Auf dem Spiel stehen Arbeitsplätze

Die erheblichen Herausforderungen des Wandels deutet das im Jahre 2016 beschlossene „Zukunftspaket“ von Volkswagen an, in dessen Rahmen in Deutschland durch Altersteilzeit 23.000 Stellen entfallen. Gleichzeitig hat man begonnen, mehrere tausend Mitarbeiter auf moderne Elektrotechnik umzuschulen. Volkswagen mag sich solche Programme ebenso wie andere Autohersteller und große Zulieferer leisten können. So manches kleine Unternehmen wird nicht in der Lage sein, sich umzustellen. Auf dem Spiel stehen die Arbeitsplätze vieler Menschen, die als Facharbeiter hoch, aber auch sehr speziell qualifiziert und

gleichzeitig in ihrer Heimatregion verwurzelt sind. Viele dürften sich als unmittelbare Verlierer einer Klimapolitik betrachten, deren Nutzen allenfalls in ferner Zukunft erkennbar sein wird.

Die Energiepolitik erweist sich als eine weitere Quelle der Ungewissheit. Unter Einrechnung der von Unternehmen für den Eigenbedarf erzeugten Energie entfällt die Hälfte der deutschen Stromerzeugung auf fossile Energieträger wie Kohle und Gas. Das ist ein im internationalen Vergleich sehr hoher Anteil für ein Land, das sich gerne als Vorreiter modernen Klimadenkens sieht. Ein Viertel des Strombedarfs wird durch Wind und Sonne gedeckt. Das restliche Viertel entfällt auf andere erneuerbare Energien wie Biomasse sowie auf die Kernenergie, die aber ebenso entfallen soll wie auf längere Sicht die Kohle. Ob der geplante Ausbau erneuerbarer Energien in einer Zeit realistisch bleibt, in der eine weitere Expansion der Windkraft auf dem Land aus wirtschaftlicher wie aus politischer Sicht zunehmend schwierig erscheint, ist unter Fachleuten zumindest umstritten. Aus der Wirtschaft sind jedenfalls Stimmen zu vernehmen, die wenig Vertrauen in die deutsche Energiepolitik erkennen lassen und auf längere Sicht um die Energieversorgung der Industrie fürchten.

Dieser Weg wird mühsam

Die Politik muss die Menschen mitnehmen, denen das Klima durchaus wichtig ist, die aber nicht den ganzen Tag nur noch Klimadebatten hören wollen und die sich Gedanken um ihre berufliche Existenz und um ihre Altersversorgung machen. Eine Politik, die Emissionszertifikaten in der Klimapolitik einen wichtigen Platz anweist und gleichzeitig finanzielle Spielräume nutzt, um Privathaushalte und Unternehmen zu entlasten, ist ein erfolgversprechender Weg.

Aber der Weg bleibt lang und mühsam. Der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck sagt, es gehe ihm nicht so sehr darum, Pinguine und Eisbären zu schützen, sondern um die Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in einer Zeit großer Veränderungen. Die wahre Gefahr besteht darin, dass eine grobe Vernachlässigung der wirtschaftlichen Konsequenzen der Klimapolitik die bürgerliche Gesellschaft zerreißt.

CE QUE DIT LA LOI

Grève et occupation des amphis : quels droits pour les étudiants ?

Par Aurélie Elbaz, Le Droit pour Moi | 30/03/2018 à 08:00, mis à jour le 03/04/2018

Les étudiants ont-ils accès au droit de grève ? Que dit la loi pour ce qui est des occupations d'amphithéâtres ?

Le [Droit pour Moi](#) nous explique.

Droit de grève étudiant : en quoi ça consiste ?

Le droit de grève est un droit fondamental reconnu aux travailleurs par la constitution française. Peut-on parler d'un droit de grève pour les étudiants ? Non, car les étudiants ne sont pas des travailleurs au sens strict quand ils se rendent à l'université. Ils ne peuvent donc pas "cesser le travail".

En faisant grève, les étudiants se privent simplement du bénéfice d'assister au cours et d'étudier. L'étudiant peut décider de ne pas venir en cours mais il n'a pas légalement le droit de mobiliser un campus ou un établissement en empêchant les autres étudiants et les professeurs d'y accéder. Il s'agit d'une "entrave à la liberté d'aller et venir dans un lieu public".

Occuper un amphi : une interdiction assez souple

L'occupation d'un amphi est par principe strictement interdite par la loi. Motif : cette situation empêche les professeurs et les étudiants d'être en cours. Les nombreuses occupations actuelles d'amphi par les étudiants contestant la réforme de l'Université sont ainsi illégales. En pratique, les directeurs d'université ferment souvent les yeux sur ces occupations pour éviter les émeutes. Certains laissent faire ces manifestations également au nom de la liberté d'expression et du droit de grève.

Amphi et police : est-ce compatible ?

Selon la loi, le directeur d'une université est responsable du maintien de l'ordre dans son université. Une "atteinte au maintien de l'ordre" peut ainsi être caractérisée lorsque des étudiants sont privés de leur droit d'étudier notamment par des occupations d'amphis.

Le Président de l'université peut intervenir en amont pour éviter ces occupations illégales. Il peut ainsi librement procéder à la fermeture de l'université pour éviter que les étudiants grévistes n'occupent les amphis et ce, pour des raisons de sécurité. Si c'est trop tard, le doyen peut en toute légalité faire appel à la force publique (police, CRS) pour faire cesser ce trouble. En principe, le directeur doit faire une demande au Préfet qui ordonne lui-même l'intervention de la force publique. En cas de refus du Préfet, le doyen peut saisir le juge des référés appelé aussi juge de l'urgence, pour demander la fin immédiate de l'occupation d'une université.

Expulsion illicite : qui est responsable ?

En cas de refus du préfet ou du tribunal, le Président de l'université ne peut procéder lui-même à l'expulsion de l'amphi. S'il peut tenter de dissuader les étudiants de faire grève, ou les convaincre de partir, utiliser la force pour les faire partir est interdit. (...)

<https://www.cabinetaci.com/la-liberte-dexpression-et-la-liberte-daller-et-venir/>

TROISIÈMEMENT, LA LIBERTÉ D'ALLER ET VENIR

La liberté d'aller et venir est une composante de la liberté individuelle. Elle est inhérente à la personne humaine : se mouvoir, stationner, séjourner fait partie de ses fonctions vitales.

1. Premièrement, les sources de la liberté d'aller et venir

Aux sources de droit interne se sont ajoutés des traités internationaux et le droit communautaire.

1. EN PREMIER LIEU, LES SOURCES INTERNES

Les sources de droit interne sont tout d'abord d'ordre constitutionnel, par sa décision du 12 juillet 1979 le conseil constitutionnel a reconnu à la liberté d'aller et venir une valeur constitutionnelle.

Cette liberté se rattache à l'article 4 de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789 qui consacre le principe de liberté.

La liberté d'aller et venir est garantie par l'article 66 de la constitution du 4 octobre 1958 qui reconnaît la compétence exclusive de l'autorité judiciaire.

La tâche du législateur consiste à n'intervenir que lorsque cette liberté entre en conflit avec un autre droit, une autre liberté.

Les actes réglementaires constituent le prolongement des prescriptions législatives organisant la liberté d'aller et venir.

Étudiant boursier : comment concilier droit de grève et obligation d'assiduité ?

Étienne Gless

Publié le 05.04.2016



Droit de grève et de manifestation vs obligation d'assiduité. Manifestation contre la loi Travail en mars à Paris. // © Etienne Gless

La mobilisation étudiante contre le projet de loi Travail perdure et les journées d'action se multiplient. Mais, pour les 666.000 étudiants boursiers, comment concilier le légitime droit de manifester avec l'obligation d'assiduité aux cours et de présence aux examens ? L'Etudiant fait le point.

"Je suis étudiant boursier et je suis mobilisé contre la loi Travail. Je risque de perdre ma bourse ou de devoir rembourser les sommes perçues par manque d'assiduité aux cours." Comme Dimitri, étudiant à l'université de Toulon, vous êtes peut-être étudiant boursier et vous vous inquiétez. À juste titre ?

Ce que disent les textes : une obligation d'assiduité

D'un côté, le droit de grève et de manifestation est reconnu à tout étudiant, boursier ou non. C'est en effet un droit constitutionnel. Le droit de grève et de manifester est une liberté individuelle garantie à tous par la loi.

De l'autre, depuis un décret datant de 1951, les étudiants boursiers sur critères sociaux sont tenus à l'obligation de fréquenter assidûment les cours, travaux dirigés et stages obligatoires pour obtenir le paiement de leur bourse. De même, ils doivent obligatoirement se présenter aux examens.

En cas de manquement à ces obligations, "les étudiants risquent de devoir reverser les montants qu'ils auraient perçus en tant que boursiers", rappelle un responsable du CROUS de Paris. Attention, depuis 2 ans, le ministère de l'Éducation nationale, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche est plus vigilant sur le contrôle de l'assiduité tout au long de l'année. Selon ses propres termes : "Le ministère a accompagné l'augmentation de bourses (+ 458 millions d'euros sur 3 ans) d'un contrôle plus rigoureux de l'assiduité des étudiants."

Une dispense dans de rares établissements

Depuis le début de la mobilisation contre le projet de loi Travail le 9 mars 2016, **des faits se sont montrés cléments certains jours de mobilisation**. Comme la direction de l'université Rennes 2, qui a ainsi suspendu les obligations d'assiduité ou les épreuves de contrôle continu les jours d'action des 24 et 31 mars et 5 avril.



[COMMUNIQUÉ DU PRÉSIDENT]

Dans le contexte du mouvement social de protestation contre les dispositions de la "loi travail", deux journées d'action ont été annoncées. Elles se dérouleront les 24 et 31 mars.

Sensible aux inquiétudes des étudiants et soucieuse de maintenir l'activité de notre université, la direction de l'université suspend, pour ces deux journées :

- l'obligation d'assiduité des étudiants,
- la tenue de l'ensemble des épreuves de contrôle continu.

La direction de l'université Rennes 2 a suspendu l'obligation d'assiduité pendant les 3 jours de mobilisation. // © Photo fournie par l'établissement

Mais attention, ce type de mesures est exceptionnel et loin d'être systématique dans tous les établissements. À Sciences po Paris, [les étudiants peinent à obtenir un assouplissement des dispenses d'assiduité](#) les jours de mobilisation nationale. Et **mieux vaut garder une trace des éventuels communiqués de dispense d'assiduité de la direction de votre fac ou école** au cas où vous devriez fournir des justificatifs de vos absences.

Ce qu'il faut faire... et éviter

"Un étudiant boursier doit prendre la précaution de vérifier le règlement intérieur de son établissement pour contrôler les conditions d'attribution de la bourse", recommande Valérie Piau, avocate spécialisée en droit de l'éducation. Il faut bien se renseigner également sur ce que prévoit ce règlement intérieur en matière de contrôle d'assiduité, de dispense (notamment pour les étudiants salariés) ou de dérogations (études à l'étranger, raisons médicales graves...).

L'avocate recommande aussi de prendre ses précautions pour continuer à bénéficier d'une bourse au mérite : "L'attribution de ce type de bourse étant liée aux résultats des examens, le fait de multiplier les jours de grève risque de vous empêcher d'atteindre le niveau de notes requis pour continuer d'en bénéficier." Et dans tous les cas, mieux vaut éviter de sécher les cours trop longtemps... ou alors organisez-vous pour les récupérer !

Les étudiants ont-ils le droit de grève ?



Vous avez pu entendre ici ou là que les étudiants faisaient grève. En fait, non. Que dit la loi ? L'alinéa 7 du préambule de la Constitution de la IV^e République, reconnu par la décision Liberté d'association rendue le 16 juillet 1971 par le Conseil constitutionnel, énonce que **"Le droit de grève s'exerce dans le cadre des lois qui le réglementent."** Or le droit de grève dépend du code du Travail. C'est donc un droit réservé aux travailleurs.

Toutefois, l'article un de la Charte de Grenoble de 1946 réalisée par l'UNEF (Union nationale des étudiants de France), charte fondatrice du syndicalisme étudiant, stipule que "L'étudiant est un jeune travailleur intellectuel". Donc, si on suit cette vision, ils sont travailleurs et donc ont un droit de grève. Mais j'ai envie de dire, ce n'est que la charte de l'UNEF, who cares? Mais continuons la réflexion car ce n'est pas si simple.

Il faut 3 conditions pour avoir le droit de faire une grève: un arrêt total du travail, une concertation des salariés (donc une volonté commune) et des revendications professionnelles. Or ils n'ont pas de salaire et ils n'ont pas de revendications professionnelles au sens strict du terme. Personnellement, je dirais même que vu qu'on paie, on est plus un client et l'école serait un fournisseur. Mais on se moque bien de ce que je pense. Mais cela ne change rien qu'ils ne remplissent pas les 3 points. De facto, les étudiants n'ont pas le droit de grève.

Donc les grandes actions étudiantes qu'on a pu voir par le passé étaient-elles illégales? Non, attention, c'est un point de vocabulaire que je fais ici. C'est tout à fait légal, mais c'est un mouvement étudiant, tout comme on parle de mouvement social ou mouvement ouvrier... et non une grève étudiante. Ainsi, mai 68 était un mouvement étudiant contestataire, mais on ne peut pas parler de grève. Tout comme un retraité n'a pas le droit de grève. Ils ont usé de leur droit à manifester, voilà tout.

- M CAMPUS

Universités bloquées : quels droits et devoirs pour les étudiants ?

Alors que la mobilisation étudiante contre la réforme de l'université continue, voici ce qu'il faut savoir sur les droits de grève et de blocage, et les sanctions encourues.

Par Caroline Pain Publié le 06 avril 2018 à 11h22 - Mis à jour le 06 avril 2018 à 17h10

Des assemblées générales, occupations et blocages sont organisés dans un certain nombre d'universités, pour protester contre [la loi orientation et réussite des étudiants \(ORE\), qui réforme l'accès aux études supérieures](#). Dans quelles mesures ces actions sont-elles légales, et à quoi s'exposent les étudiants qui les mènent ? Quelles décisions le président d'une université peut-il prendre ? Eléments de réponse.

- **Les étudiants peuvent-ils faire grève ?**

Les étudiants n'étant pas des travailleurs au sens strict, ils ne peuvent pas exercer un droit de grève. Mais chacun peut décider de « cesser le travail » en ne venant pas en cours. Ce choix peut néanmoins porter préjudice aux étudiants boursiers, dont la présence en cours est contrôlée.

« Les étudiants boursiers sur critères sociaux doivent consulter le règlement intérieur de leurs universités pour vérifier les conditions d'admission de leur bourse et se manifester auprès de l'administration pour justifier leur absence de cours, conseille M^e Valérie Piau, avocate spécialisée en droit de l'éducation. Ils risquent sinon de se voir imposer une amende de remboursement des fonds, voire une mise en péril de leur bourse. »

Il arrive que les présidents d'université décrètent des suspensions d'obligation d'assiduité lors des occupations, pour éviter de pénaliser les étudiants boursiers, précise M^e Piau.

- **Le blocage d'un site universitaire est-il autorisé ?**

D'un point de vue juridique, le blocage d'une université est illégal, puisqu'il représente une « entrave à la liberté d'aller et venir dans un lieu public. » L'[article L811-1](#) du code de l'éducation précise que les étudiants « disposent de la liberté d'information et d'expression à l'égard des problèmes politiques, économiques, sociaux et culturels. Ils exercent cette liberté à titre individuel et collectif, dans des conditions qui ne portent pas atteinte aux activités d'enseignement et de recherche et qui ne troublent pas l'ordre public. »

Ainsi, les étudiants n'ont pas le droit d'empêcher d'autres étudiants de venir assister aux cours, et d'empêcher les professeurs de les donner.

Quant à la mise à disposition de locaux, pour la tenue d'assemblées générales par exemple, elle est définie « après consultation du conseil académique (...), par le président ou le directeur de l'établissement, et contrôlée par lui », précise le guide juridique « [Compétences et responsabilités des présidents d'université et de Comue \[communauté d'universités et d'établissements\]](#) » de la Conférence des présidents des universités (CPU).

- **Quels sont les responsabilités et les pouvoirs du président de l'université en cas de perturbations ?**

« C'est de la question du maintien de l'ordre public que tout dépend, explique M^e Valérie Piau. Toutes les éventuelles décisions de restriction de libertés, de fermeture des bâtiments, ou encore d'intervention de la force publique dépendent des atteintes à l'ordre public », concernant par exemple le bon déroulement des cours, la liberté d'expression ou encore l'activité de recherche, comme le définit la CPU.

La police ne peut pas intervenir comme elle le souhaite dans l'enceinte d'une université. C'est en effet le président de celle-ci qui « est responsable du maintien de l'ordre et peut faire appel à la force publique dans des conditions fixées par décret en Conseil d'Etat ». ([article 712-2](#) du Code de l'éducation). Il est en mesure de prendre des mesures préventives, par exemple décréter la fermeture de l'université afin d'éviter tout débordement. Si l'occupation est déjà effective, et qu'il estime qu'il y a une atteinte à la sécurité, il peut demander au préfet de faire intervenir des forces de l'ordre. Si ce dernier refuse, le président a la possibilité de saisir le juge administratif des référés, en demandant la prise de mesures en urgence, comme par exemple la fermeture de l'université.

Le président peut aussi demander au juge administratif de faire injonction à des occupants irréguliers des locaux universitaires de les quitter. Par exemple, si « les accès aux bâtiments universitaires sont condamnés par l'installation de barricades et autres obstacles et que des groupes de personnes assurent tout à la fois le maintien de ces dispositifs, mais aussi l'occupation des lieux, afin de s'opposer à la tenue des cours », précise le guide de la CPU.

« Si ces deux interlocuteurs refusent les demandes du président, il ne peut alors pas procéder à l'expulsion lui-même, affirme M^e Piau, encore moins à l'aide de milices privées. »

- **A quoi s'expose-t-on en cas de blocage ou de dégradations ?**

L'université, d'une part, la justice, d'autre part, sont en mesure de prononcer des sanctions. « Si des dégradations de bâtiments ou de matériel venaient à être commises, par exemple, une commission disciplinaire au sein de l'université serait alors saisie pour déterminer les sanctions qu'encourent les auteurs », explique l'avocate. Des poursuites pénales ne peuvent être envisagées qu'en cas de dépôt de plainte, par exemple de la part du président de l'université.

Par ailleurs, le président peut « interdire l'accès des locaux aux personnels ou usagers », pour une durée qui ne peut excéder trente jours, et « la suspension des enseignements est également possible pour un maximum de trente jours », rappelle le guide de la CPU.

- **A-t-on le droit de distribuer des tracts et de poser des affiches à l'université ?**

Ces deux actions sont considérées comme relevant de la liberté d'information et d'expression des étudiants et sont protégées par le code de l'éducation. Cependant, l'affichage sauvage peut être sanctionné par les universités. Les tracts ne peuvent être « autorisés (en dehors de la période des élections universitaires) qu'à l'entrée du bâtiment et ce, de manière habituelle », précise le guide de la CPU.

- **Quels recours aux décisions de l'université ?**

Si les étudiants s'estiment lésés par des décisions du président, jugeant par exemple que la fermeture des locaux ou des sanctions disciplinaires sont disproportionnées par rapport aux risques d'altération du maintien de l'ordre, ils peuvent saisir le juge des référés.

Caroline Pain

Droit de grève en France

Le **droit de grève en France** est un droit à valeur constitutionnelle (alinéa 7 du Préambule de la Constitution de la Quatrième République) depuis la décision *Liberté d'association* rendue le 16 juillet 1971 par le Conseil constitutionnel (reconnaissance de la valeur constitutionnelle du Préambule de la Constitution de 1958). Ce droit, dans le secteur privé, n'est, en principe, autorisé qu'aux salariés¹.

Dans un arrêt en date du 2 février 2006, la Chambre sociale de la Cour de cassation l'a défini comme la cessation collective, concertée et totale du travail en vue de présenter à l'employeur des revendications professionnelles².

- 27 octobre **1946** : le droit de grève est pleinement reconnu dans la **Constitution** (« *Le droit de grève s'exerce dans le cadre des lois qui le réglementent* », alinéa 7 du préambule).
- 3 janvier 1966 : art. 8 du **Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels**.
- 7 décembre 2000 : art. 28 de la **Charte des droits fondamentaux de l'Union européenne**.

Pré-requis - Limites au droit de grève

La grève est notamment considérée illicite si elle ne porte aucune revendication professionnelle, et en particulier si elle porte exclusivement des revendications politiques : les participants s'exposent alors aux mêmes sanctions disciplinaires qu'un salarié absent sans motif dans les mêmes conditions, avec un éventuel licenciement en cas de récidive. Concernant une grève aux revendications mixtes (professionnelles et politiques), la Chambre sociale de la **Cour de cassation**, selon son arrêt du 10 mars 1961, considère qu'elle est licite seulement si les revendications politiques sont accessoires ; de son côté, la Chambre criminelle considère qu'elle est licite si elle contient, notamment, des revendications précises de nature professionnelle ou sociale (arrêt du 23 octobre 1969)^{13,14}. Par un arrêt du **15 février 2006**, la chambre sociale de la Cour de cassation a considéré que le soutien d'un mot d'ordre national visant la défense des retraites était bien une revendication à caractère professionnel, et donc licite¹⁵.

Pour être licite et pour que le gréviste soit protégé, une grève doit remplir certaines conditions :

- le mouvement de grève doit être **collectif et concerté** : à partir de deux personnes dans une entreprise quand cette dernière est seule concernée, ou à partir d'une personne dans le cadre d'un mouvement dépassant la seule entreprise ;
- le salarié en grève doit **cesser totalement le travail** ;
- des **revendications d'ordre professionnel** doivent être posées, par exemple l'amélioration des conditions de travail ou du salaire.

ALLENSBACH-UMFRAGE:

Halbherzige Verteidigungsbereitschaft der Deutschen

- VON THOMAS PETERSEN
- -AKTUALISIERT AM 18.12.2019-16:41



Eine Mehrheit der Deutschen vertraut nicht mehr unbedingt auf den Schutz durch Amerika. Das war vor Jahren noch anders. Doch wenn es um mehr eigene militärische Anstrengungen geht, hat sich wenig geändert.

Es ist Vorsicht geboten, wenn jemand sagt, es gingen „alte Gewissheiten“ verloren, denn in der Regel handelt es sich bei diesem Satz nur um eine phrasenhafte Formulierung, die auf den ersten Blick geistreich erscheinen mag, bei näherer Betrachtung aber meist wenig Sinn ergibt. Doch mit Blick auf die verteidigungspolitische Lage Deutschlands scheint er ausnahmsweise angebracht zu sein.

Über Jahrzehnte hinweg hatten sich die Deutschen daran gewöhnt, unter dem Schutz der Vereinigten Staaten zu leben, eng ins westliche Bündnis eingebunden und mit dem Gefühl, sich selbst in militärischen Fragen zurückhalten zu können, weil der starke Verbündete einem schon zur Seite stehen würde.

Diese Haltung prägte die Gesellschaft in der alten Bundesrepublik und nach 1990 auch das vereinte Deutschland. Auch die von den neunziger Jahren an allmählich wachsende Zahl der Auslandseinsätze der **Bundeswehr** änderte nicht viel an der pazifistischen Grundeinstellung der Bürger und an der Neigung, sich im Zweifel auf Amerika zu verlassen. Erst mit den Vorbereitungen zum Irak-Krieg ab 2002, nahm das Vertrauen der Deutschen in die Vereinigten Staaten erheblichen Schaden. Auch wenn das Amerikabild in der Regierungszeit des in Deutschland sehr populären Barack Obama zwischenzeitlich wieder positiver wurde, stellte sich doch das alte Verhältnis nicht wieder ein. Immerhin aber blieben die außenpolitischen Grundüberzeugungen der Deutschen alles in allem unverändert.

Mit dem Amtsantritt **Donald Trumps** und wohl auch angesichts der Unübersichtlichkeit der aktuellen außenpolitischen Lage scheint sich nun aber doch allmählich eine gewisse Verunsicherung bei der Bevölkerung einzuschleichen. Nicht, dass sich die Einstellung der Bürger zu Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik fundamental verändert hätte, doch die Zahl derjenigen, die der Ansicht sind, Deutschland sei mehr als bisher auf sich selbst angewiesen, hat erkennbar zugenommen.

Darauf, wie sehr das früher so tief verankerte Vertrauen geschwunden ist, man habe mit den Vereinigten Staaten einen verlässlichen Partner an der Seite, weisen die Antworten auf die Frage hin: „Haben Sie das Gefühl, dass Europa und Amerika auseinanderdriften, ich meine, dass Europa und Amerika immer weniger gemeinsame Ziele und Vorstellungen haben, oder haben Sie nicht das Gefühl?“ Im Jahr 2000, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, antworteten auf die Frage 30 Prozent, sie glaubten, dass Amerika und Europa auseinanderdrifteten, eine deutliche relative Mehrheit sagte, sie hätte nicht diesen Eindruck. Als die Frage 2011 wiederholt wurde, fielen die Antworten ähnlich aus. Nun jedoch, in der neuesten Repräsentativumfrage

des [Instituts für Demoskopie Allensbach](#) im Auftrag dieser Zeitung, sagten drei Viertel der Befragten, sie hätten das Gefühl, dass sich Europa und Amerika auseinanderentwickelten, nur acht Prozent widersprachen.

Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass die Deutschen weniger auf die enge Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten setzen als noch vor wenigen Jahren. Bei einer Frage überreichten die Interviewer eine Liste, auf der verschiedene außenpolitische Strategien, politische Beschlüsse oder Bündnisse aufgelistet waren, mit denen man versuchen kann, die Sicherheit des Landes zu stärken. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche davon ihrer Meinung nach am besten geeignet seien, für Deutschlands Sicherheit zu sorgen. Daraufhin sagten 65 Prozent, dies ließe sich mit am besten durch eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der [EU](#) verwirklichen. 2003, als die Frage schon einmal gestellt wurde, waren es mit 61 Prozent – bei allerdings leicht anderer Formulierung des Punktes – ähnlich viele.

An zweiter Stelle in der Rangliste folgte in der aktuellen Umfrage der Punkt „Durch unsere Mitgliedschaft in der Nato“. Diese halten 60 Prozent der Befragten für besonders wichtig, ebenfalls praktisch gleich viele wie vor eineinhalb Jahrzehnten. Dagegen ist die Zahl derjenigen, die auf eine Stärkung der Vereinten Nationen bauen, seit 2003 von 59 auf 43 Prozent zurückgegangen, wobei der damalige hohe Wert wahrscheinlich auch eine Folge der damaligen politischen Situation war, als die Regierung der Vereinigten Staaten und die meisten Mitgliedsländer des UN-Sicherheitsrates, einschließlich Deutschland, in der Frage, ob ein Krieg gegen den Irak gerechtfertigt sei, gegensätzliche Positionen einnahmen.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die amerikanische Außenpolitik 2003 in Deutschland äußerst unpopulär war, ist nun um so bemerkenswerter, dass damals trotzdem immerhin noch 38 Prozent der Befragten sagten, Deutschlands Sicherheit sei mit am besten durch enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gewährleistet. Heute ist der Wert auf 25 Prozent zurückgefallen. Dagegen sagen nun immerhin 23 Prozent, für die Sicherheit Deutschlands seien deutlich höhere Verteidigungsausgaben notwendig. Das ist zwar immer noch eine recht kleine Minderheit, doch 2003 hatten nur zehn Prozent diese Angabe gemacht. So traf der französische Staatspräsident Emmanuel Macron zwar vielleicht nicht den richtigen Ton, als er die [Nato](#) aufgrund der fehlenden Koordination zwischen Amerika und ihren Nato-Partnern als „hirntot“ bezeichnete, doch in der Sache findet seine Analyse durchaus Verständnis bei der deutschen Bevölkerung.

In der Umfrage wurden die Befragten mit der Aussage [Macrons](#) konfrontiert, allerdings unter Vermeidung des Schlagwortes „hirntot“. Die Frage lautete: „Neulich sagte jemand: ‚Der Nato fehlt es zurzeit an einer klaren Führung. Es gibt keinerlei Koordination bei strategischen Entscheidungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Nato-Verbündeten.‘ Soweit Sie das sagen können: Haben Sie auch den Eindruck, dass es der Nato zurzeit an einer klaren Führung fehlt, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?“ Solche Frageformulierungen, die den Befragten in die Rolle eines Experten zu einem schwierigen politischen Sachthema drängen, sind methodisch problematisch, doch in diesem Fall trauten sich immerhin 53 Prozent der Befragten ein Urteil zu, die meisten von ihnen, 39 Prozent, stimmten der Aussage zu. Nannte man ausdrücklich Macron als Quelle des Zitats, waren es mit 41 Prozent praktisch gleich viele.

Noch treffsicherer gab [Bundeskanzlerin Merkel](#) das Gefühl vieler Bürger wieder, als sie vor zwei Jahren sagte: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“ Mehr als drei Viertel, 76 Prozent, stimmten der Aussage zu. Daran, dass dies gelingen kann, haben die Deutschen allerdings einige Zweifel. Auf die Frage „Glauben Sie, es kann Europa gelingen, ohne die Vereinigten Staaten selbst für seine Verteidigung zu sorgen, oder kann das Europa nicht gelingen?“ antworteten 42 Prozent, sie glaubten, dies könne gelingen. 26 Prozent widersprachen ausdrücklich, fast jeder Dritte war unentschieden.

Auch bei allgemeiner formulierten Fragen zur weltpolitischen Rolle Europas fallen die Antworten ähnlich aus: Auf die Frage „Finden Sie es wichtig, dass die Europäische Union in der Weltpolitik ein echtes Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten wird, oder finden Sie das nicht wichtig?“ antworteten 62 Prozent, sie fänden dies wichtig, nur 12 Prozent verneinten das. Doch bei der Frage „Trauen Sie der Europäischen Union zu, in der Weltpolitik ein echtes Gegengewicht zu Amerika zu werden, oder trauen Sie ihr das nicht zu?“ konnten sich nur 33 Prozent zu der Aussage durchringen, sie trauten ihr dies zu. 40 Prozent widersprachen. Dass die EU bereits ein solches Gegengewicht bilde, glaubten gerade fünf Prozent der Befragten.

Es ist offensichtlich, dass sich viele Bürger eine eigenständigere Rolle Europas in der Sicherheitspolitik wünschen. Auch sehen sie das Land durchaus als bedroht an: Auf die Frage „Wie sehr ist Deutschlands Sicherheit derzeit durch Kriege oder militärische Auseinandersetzungen bedroht?“ antworteten in der Umfrage immerhin 49 Prozent, sie glaubten, es sei zumindest etwas bedroht. Noch deutlicher fielen die Antworten aus, wenn man fragte, wie sehr Deutschlands Sicherheit durch Hackerangriffe bedroht sei: 36 Prozent meinten, das Land sei dadurch „stark bedroht“, weitere 37 Prozent meinten „etwas bedroht“. Nur sechs Prozent der Befragten sahen keine Bedrohung dieser Art.

In dieser Situation erstaunt es auch nicht, dass die Existenz der Bundeswehr nur von sehr wenigen Deutschen in Frage gestellt wird. Auf die Frage „Brauchen wir eigentlich die Bundeswehr, oder ginge es auch ohne, antworteten 73 Prozent, die Bundeswehr werde gebraucht – praktisch gleich viele wie im Jahr 1984, also noch in Zeiten des Kalten Krieges, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, und spürbar mehr als in den neunziger Jahren, in denen der Wert durchgängig deutlich unter 70 Prozent lag. Doch trotz aller Bekenntnisse zur Bundeswehr, trotz des wachsenden Eindrucks, Europa sei auf sich allein gestellt, trotz aller Rufe nach einer Stärkung der europäischen Verteidigung und der Forderungen, Europa solle mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, sind nur wenige bereit, auch die Konsequenzen zu akzeptieren, die sich daraus ergeben würden.

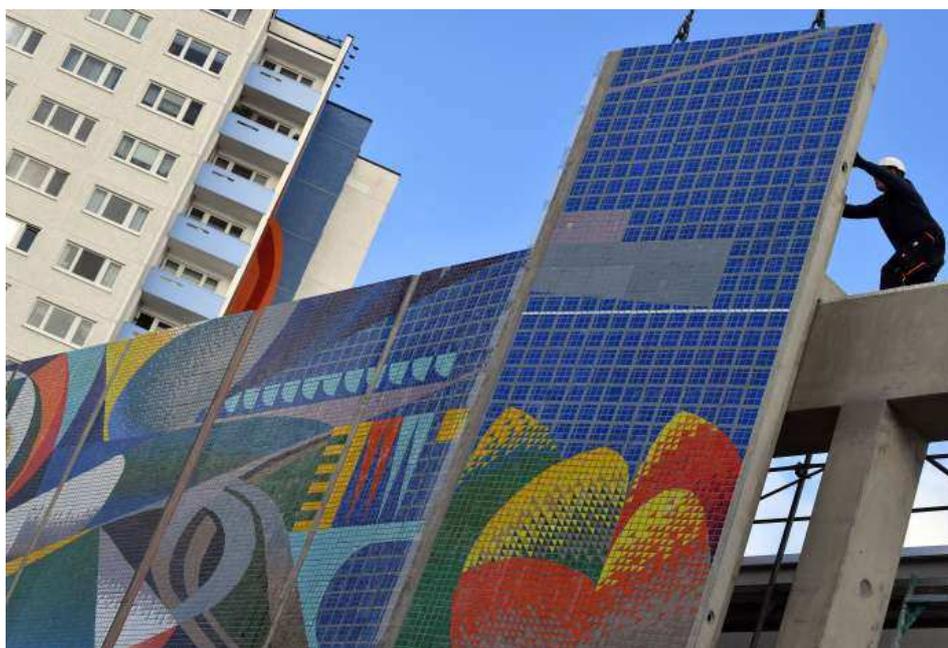
In der Umfrage wurde auch die Zustimmung zu der jüngst von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer erhobenen Forderung erfragt, dass die Bundeswehr eine deutlich aktivere Rolle in der Welt spielen und sich militärisch stärker engagieren soll. „Glauben Sie,“ lautete die Frage, „Deutschland muss sich in Zukunft stärker militärisch engagieren, oder glauben Sie das nicht?“ Nur 20 Prozent antworteten auf die Frage, sie glaubten dies. 60 Prozent widersprachen.

Hier zeigt sich das Dilemma der deutschen Haltung zur Verteidigungspolitik und damit auch die Zwickmühle, in der sich die Bundesregierung bei ihren Gesprächen mit den Bündnispartnern befindet: Durchaus mit eindrucksvollen Mehrheiten stimmen die Deutschen einer stärkeren gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik zu. Doch sobald die Forderungen konkret werden, sobald es darum geht, den deutschen Beitrag zu dieser gestärkten Verteidigung zu beschreiben, oder auch nur vorsichtig darauf hinzuweisen, dass dies mehr militärisches Engagement Deutschlands bedeuten würde, schlägt der Pazifismus der Bevölkerung durch. Der über Jahrzehnte eingeübte Reflex, sich lieber von anderen verteidigen zu lassen, als selbst Verantwortung zu übernehmen, wird sich voraussichtlich nur sehr langsam wieder abbauen lassen.

En Allemagne, le patrimoine artistique de l'ex-RDA suscite un regain d'intérêt

Dépouillé d'arrière-pensées idéologiques, un mouvement s'affirme pour réhabiliter les œuvres réalisées par des artistes de l'ancienne Allemagne de l'Est et lutter contre l'effacement des années 1990 et 2000.

Par [Thomas Wieder](#) Publié hier à 23h55, mis à jour à 10h05



Assemblage de la mosaïque « La relation de l'homme à la nature et à la technique » de l'artiste espagnol Josep Renau, le 29 octobre à Erfurt (Allemagne). MARTIN SCHUTT / AFP

LETTRE DE BERLIN

Depuis début décembre, une mosaïque murale de trente mètres de long sur sept mètres de haut redonne un peu de gaieté à la Moskauer Platz, un quartier d'habitat collectif construit dans les années 1980 à Erfurt, ville alors située en République démocratique allemande (RDA), aujourd'hui capitale du Land de Thuringe.

Baptisée *La Relation de l'homme à la nature et à la technique*, cette œuvre chatoyante avait été commandée à l'artiste espagnol Josep Renau (1907-1982) pour décorer la façade du centre culturel du quartier. Démontée en 2012, quand le bâtiment a été rasé, elle vient de retrouver sa place d'origine. A un détail près : derrière elle, un centre commercial a remplacé le centre culturel.

Le cas n'est pas unique. A la mi-octobre, le conseil municipal de Neubrandenburg (Mecklembourg-Poméranie-Occidentale) entre Berlin et la mer Baltique, a voté la restauration d'une fresque en carrelage d'une trentaine de mètres de hauteur, réalisée dans les années 1980 pour orner la façade d'un immeuble et conçue par Wolfram Schubert, un lauréat du prestigieux *Kunstpries der DDR* (« Prix de l'art de RDA »), aujourd'hui âgé de 93 ans.

En juin, la municipalité de Plauen (Saxe) a pris une décision comparable : cette fois, l'œuvre à restaurer est une peinture murale de 250 mètres carrés datant de 1976 et située dans le hall d'entrée de l'hôtel de ville de cette commune d'ex-RDA proche de la frontière tchèque.

« Reprendre le passé en mains »

Cette concomitance n'a rien de fortuit. Elle s'inscrit dans un mouvement plus général de valorisation du patrimoine artistique de la RDA. « *Ce phénomène n'est pas totalement nouveau. Il a commencé il y a une petite dizaine d'années. Mais il prend plus d'ampleur ces temps-ci. Jamais les initiatives n'ont été aussi nombreuses qu'aujourd'hui* », observe l'historien Nicolas Offenstadt, professeur à l'université Paris-I-Panthéon-Sorbonne et auteur d'un passionnant essai intitulé *Le Pays disparu. Sur les traces de la RDA* (Gallimard, « Folio histoire », 480 pages, 9 euros).

Ce regain d'intérêt peut prendre des formes multiples. Comme à Erfurt, Neubrandenburg ou Plauen, il peut s'agir de la simple restauration d'une œuvre d'art publique. Parfois, l'objet à sauver est plus imposant, comme à Dresde dont la mairie a récemment débloqué 2 millions d'euros pour rénover le bâtiment qui abritait la cantine du « combinat » Robotron, fleuron de l'informatique de la RDA, liquidé lors de la réunification

Autre vecteur de mise en valeur : les expositions d'artistes d'ex-Allemagne de l'Est. Celles-ci sont de plus en plus nombreuses, comme en témoignent celles récemment organisées au Musée Barberini, à Potsdam, au Musée des Beaux-Arts, à Leipzig, ou au Palais de l'art, à Düsseldorf. Le cas de Düsseldorf est singulier : [baptisée « Utopie et Déclin », l'exposition que l'on peut y voir jusqu'au 5 janvier 2020, qui rassemble 130 œuvres réalisées par treize artistes](#), est la première grande rétrospective de peintres de RDA présentée dans un musée « ouest-allemand » depuis la chute du mur de Berlin. Un symbole salué par le président de la République fédérale, Franck-Walter Steinmeier, présent le jour de l'inauguration.

Comment expliquer une telle curiosité ? Comme le souligne Nicolas Offenstadt, celle-ci a peu à voir avec des considérations proprement idéologiques. « *Ce mouvement n'est pas l'expression d'une nostalgie pour la RDA en tant que régime politique, ou alors très marginalement dans quelques cas très précis*, explique l'historien. *Ce qui se joue ici est en fait beaucoup plus profond : c'est la volonté, de plus en plus affirmée, des Allemands de l'Est de se réapproprier leur histoire, de reprendre leur passé en main. Très souvent, ce sont d'ailleurs des collectifs locaux qui lancent une "initiative citoyenne" ou un appel à souscription pour restaurer une fresque, une sculpture ou un bâtiment. Autre point remarquable : la plupart des personnes qui animent ces groupes ont entre 30 et 40 ans. Autrement dit, ce sont des gens n'ayant pas connu eux-mêmes la RDA – ou alors à peine – qui se mobilisent aujourd'hui pour valoriser son patrimoine.* »

Contre l'effacement

Près de trente ans après la réunification, cette redécouverte de la production artistique est-allemande est aussi une réaction au mouvement d'effacement des traces de l'ex-RDA, à l'œuvre dans les années 1990 et 2000.

Un processus qui fut parfois porté par une politique volontariste d'occultation mémorielle. Ce fut par exemple le cas à Berlin, où le palais de la République, construit dans les années 1970 pour abriter le Parlement de RDA et un grand centre culturel, a été rasé au début des années 2000 pour laisser place à une reconstruction à l'identique de l'ancien château des Hohenzollern, la dynastie qui régna sur la Prusse puis sur l'Empire allemand jusqu'en 1918.

Cet intérêt renouvelé pour le patrimoine culturel de l'ex-RDA a enfin pour caractéristique d'être accompagné d'un nouveau discours, plus dépassionné et nuancé qu'au lendemain de la chute du mur de Berlin.

A l'époque, l'art est-allemand ne fut pas seulement oublié. Il fut aussi vertement décrié. L'idée dominante était alors qu'il s'agissait d'un art officiel, simple instrument de propagande au service d'un régime totalitaire. Une vision résumée par le célèbre peintre et sculpteur Georg Baselitz, qui avait quitté la RDA

pour l'Allemagne de l'Ouest en 1957, et qui, en 1990, qualifia de « *canailles* » et de « *trous du cul* » ses confrères ayant fait carrière à l'Est.

Crispations

Ce temps-là, celui des anathèmes et des opprobres, est largement révolu. Même s'il arrive encore que certaines initiatives suscitent des crispations au niveau local, le regard posé sur l'art est-allemand est devenu plus distancé et plus apaisé.

L'exemple de la mosaïque de Josep Renau à Erfurt le montre. Sa restauration a fait l'objet d'un large consensus, ce qui s'explique par le fait qu'elle ait été perçue comme un enjeu patrimonial déconnecté d'arrière-pensées idéologiques.

La structure de financement du projet y a contribué : sur les 800 000 euros qu'il a coûtés au total, un quart seulement a été payé par la ville d'Erfurt et le Land de Thuringe, les trois quarts ayant été pris en charge par la Wünstenrot Stiftung, une fondation de droit privé créée en 1990 pour financer la conservation des monuments d'ex-RDA.

Plutôt que le message véhiculé par l'œuvre, ce sont les qualités formelles de celle-ci qui ont été mises en avant pour justifier sa restauration, présentée comme une entreprise de revalorisation artistique et non de réhabilitation politique.

« L'objectif de la plupart des réformes de retraite, à l'étranger, est d'unifier des systèmes disparates »

Experte des systèmes de retraite dans le monde, l'économiste de l'OCDE Monika Queisser constate, dans un entretien au « Monde », que si la plupart des pays développés ont effectué des réformes, celles-ci sont de nature très variable.

Propos recueillis par [Antoine Reverchon](#) Publié aujourd'hui à 06h00, mis à jour à 08h39

Monika Queisser est chef de la division des politiques sociales à l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE). Elle a participé à la publication du rapport de l'OCDE [Pensions at a Glance 2019](#) (« Panorama des retraites 2019 », non traduit), qui fait un point statistique et analytique sur les systèmes de retraite des 36 pays membres et ceux du G20. Le premier chapitre fait le point sur les dernières réformes mises en œuvre entre 2017 et 2019.

Le gouvernement français affirme que la plupart des pays comparables ont déjà réformé leurs systèmes de retraite, et que la France serait en quelque sorte la dernière à ne pas avoir franchi ce pas. Est-ce exact ?

La plupart des pays de l'OCDE ont, en effet, mené des réformes au cours des dernières décennies, mais elles sont extrêmement diverses, portent sur des paramètres différents (âge de départ en retraite, montant des cotisations ou des pensions versées, parts respectives des caisses publiques et privées, etc.) en fonction des systèmes préexistants et des projections démographiques ou économiques nationales.

Mais y a-t-il des points communs entre ces réformes, en particulier des points communs avec le projet de réforme actuel en France ?

Oui. L'un des objectifs de la plupart des réformes a été d'unifier des systèmes jusque-là disparates, offrant des modalités d'ouverture de droits et de versement de pensions différentes selon les statuts, les professions... Ce qui créait d'importantes difficultés pour les « polypensionnés », c'est-à-dire les travailleurs passant d'un système à l'autre au cours de leur carrière ; mais aussi des inégalités difficiles à justifier, par exemple lorsqu'un travailleur exerçant le même métier dans les mêmes conditions touche des pensions différentes selon la caisse de retraite dont il dépend.

Pour le bon fonctionnement, pour combattre ces inégalités, l'unification autour d'un système unique, soit par leur fusion, soit par leur harmonisation, est effectivement souhaitable. C'est ce qu'ont fait la plupart des pays. Le système français reste aujourd'hui un des plus fragmentés.

Cela dit, il reste encore à faire dans ce domaine dans d'autres pays que la France. Ainsi, la France est, avec l'Allemagne, la Corée et la Belgique, l'un des quatre pays où il existe des régimes complètement différents pour les fonctionnaires et pour les salariés du privé. En Allemagne, si ces derniers relèvent tous du même régime, il existe 89 régimes spécifiques pour les indépendants – un par profession.

Or, 70 % des indépendants (les artisans, les commerçants, les travailleurs de plates-formes) n'ont pas de retraite obligatoire, ou des pensions très faibles ; en revanche, les 30 % restants relèvent de caisses parfois en large excédent (médecins, avocats, architectes...). L'intégration des indépendants dans le système universel

figure d'ailleurs dans le contrat de coalition entre la CDU et le SPD ; les négociations sont actuellement en cours, mais les professions disposant d'une bonne protection sont bien sûr très réticentes.

L'élévation de l'âge légal de la retraite est-elle aussi un objectif commun de ces réformes ?

Oui, pour la plupart. Il y a vingt ans, quand on regardait le schéma de répartition de ces âges légaux autour de la barre des 65 ans, le plus grand nombre était en dessous ; aujourd'hui, la plupart sont au-dessus... La Suède vient de passer le premier seuil légal d'âge volontaire de départ de 61 ans à 62 ans, l'âge de départ obligatoire de 67 à 68 ans et va lier ces bornes à l'espérance de vie.

Vous parlez là de l'âge légal. Mais qu'en est-il de l'âge effectif de départ à la retraite ?

Nous n'avons pas toutes les données sur l'âge de liquidation des droits à la retraite de chaque travailleur. En revanche, nous connaissons l'âge effectif de sortie du marché du travail, quelle qu'en soit la cause : retraite, mais aussi maladie, handicap, inactivité, etc. C'est en France, avec le Luxembourg et la Slovaquie, que cet âge est le plus bas : 60,8 ans en moyenne. L'élévation de l'âge légal a indubitablement des effets sur l'âge effectif : le taux d'emploi des seniors a beaucoup augmenté en Allemagne après l'avancée de l'âge légal à 67 ans.

Mais attention, la réforme n'explique pas tout. Dans le cas allemand, par exemple, c'est aussi parce que le taux de chômage est très faible et que les femmes âgées se sont présentées plus nombreuses sur le marché du travail, que l'âge effectif a augmenté. En Finlande, l'élévation du seuil a été accompagnée d'importants investissements publics dans la formation des seniors, et d'aides aux entreprises qui embauchent des seniors à temps partiel. En revanche, dire qu'inciter les seniors à travailler plus longtemps empêche l'embauche des jeunes est faux : les postes qu'occupent les seniors et les jeunes sont rarement interchangeables. En France, le chômage des jeunes est élevé et le taux d'activité des seniors est faible.

Ces réformes ont-elles également des objectifs financiers ?

Dans la plupart des cas, oui, mais selon des approches très différentes. Certaines sont liées à des projections démographiques anticipant l'augmentation des coûts du vieillissement, et pas à un déficit présent. Si l'on prend les trois paramètres possibles d'un ajustement financier (augmenter les cotisations, diminuer les pensions, élever l'âge légal), les choix sont divers. Dans les pays du Sud comme l'Italie, la Grèce, l'Espagne et le Portugal, des réformes longuement discutées ont été rapidement mises en œuvre en raison d'une crise des finances publiques liée en partie à d'autres facteurs : on ne pouvait tout simplement plus payer les retraites, et ce sont donc les pensions qui ont été diminuées, en Grèce par exemple.

En Allemagne, où l'économie du pays est basée sur l'export, il est impensable d'augmenter les cotisations au risque de perdre de la compétitivité : c'est l'âge légal qui a été le paramètre d'ajustement. Mais de ce fait, les cotisations ne suffisent pas à financer le système. C'est donc la subvention publique (l'impôt) qui comble le déficit, à hauteur de 20 % du coût total des retraites des Allemands ! En Autriche, le gouvernement a décidé que la part du PIB consacré aux retraites resterait une priorité face au vieillissement de la population : on ne veut pas toucher aux pensions. On le voit, la notion de déficit est toute relative. Il s'agit avant tout d'un choix politique.

Les réformes ont-elles conduit à augmenter la part des assurances privées, aux dépens du système public ?

Là encore, la situation varie d'un pays à l'autre. Certains pays, comme les Pays-Bas, la Suisse, les Etats-Unis, ont toujours eu une grande part d'épargne privée. Aux Pays-Bas, par exemple, il s'agit d'une épargne collective, dont les modalités sont négociées par les partenaires sociaux dans chaque branche ; aux Etats-Unis, il y a aussi des régimes par entreprise ou par profession, dont la gestion est confiée à des prestataires privés, banques ou assurances, parfois par l'intermédiaire de fondations comme en Suisse.

Certaines réformes ont introduit une incitation à l'épargne privée là où elle était faible ; d'autres en revanche ont visé à limiter les risques qu'elle implique, en particulier avec la baisse de rendement consécutive à la

crise de 2008. Aux Pays-Bas, où ces régimes privés doivent verser des prestations définies, ils ont été autorisés à ne plus indexer ces prestations sur les salaires, ou à bénéficier de délais pour reconstituer leurs réserves mises à mal par la crise. Il faut d'ailleurs noter que la Suisse, qui n'avait connu jusqu'en 1948 que des systèmes de capitalisation privée, a voté par référendum cette année-là la création d'un système de base public.

Aux Etats-Unis, que l'on pense être le royaume des fonds de pension privés, ceux-ci sont en fait extrêmement contrôlés par les représentants des épargnants – syndicats de fonctionnaires ou de professionnels. Et le système public, la Social Security, reste le principal financeur des pensions versées aux retraités américains, à hauteur de 61 % ! Tout parti politique qui oserait toucher à la Social Security est mort, dit un dicton américain. Même les Républicains les plus ultra-libéraux sont très prudents sur le sujet.

Dans les pays de l'est de l'Europe, une expérience de privatisation a été tentée après la chute du communisme, à l'exemple du Chili de Pinochet. A côté d'une composante publique faible, ils ont donc rendu obligatoire l'épargne individuelle placée auprès d'assureurs privés. Mais après la crise financière de 2008, s'est produit un brutal retour en arrière.

Tout d'abord parce que, faute de cotisations, ce qui restait du système public exigeait de plus en plus de subventions ; ensuite parce que les rendements de l'épargne privée s'étaient effondrés ; enfin parce que les frais de gestion prélevés par le secteur privé étaient très élevés. L'Estonie, la Pologne, la Hongrie et la République tchèque ont rendu l'épargne privée volontaire, et non plus obligatoire, afin de financer le système public.

En bref, il n'existe pas de « bon » système de retraite, en ce sens qu'aucun d'eux ne peut résoudre les problèmes du marché du travail spécifiques à chaque pays. Ils n'en sont la plupart du temps que le reflet !

Les réformes menées ont-elles au final appauvri ou enrichi les retraités ? Qu'en est-il du « taux de remplacement », c'est-à-dire le niveau des pensions par rapport au revenu d'activité ? Et des inégalités entre retraités ?

Nous avons calculé, pour chaque pays, le montant des pensions des personnes qui, rentrant aujourd'hui en emploi, travailleraient jusqu'au moment où elles auraient accès à la retraite sans décote. A cette aune, il faut noter que l'amélioration du taux d'emploi des seniors a un effet positif puisque, en cotisant plus longtemps, on améliore le niveau de pension. A condition que l'âge d'entrée sur le marché du travail, lui, ne recule pas, et que soit donc réglée la question du chômage des jeunes !

Si, en moyenne, les taux de remplacement ont diminué, les situations sont très variées. Par exemple, cela paraît contre-intuitif, mais le système public suisse est l'un des plus redistributifs : la cotisation est proportionnelle au revenu sans plafond alors que la pension, elle, est plafonnée à un niveau relativement modeste. Autrement dit, les riches cotisent énormément pour recevoir une pension très inférieure à leur revenu – d'où leur recours à l'épargne privée. En Nouvelle-Zélande, le système public paie à tout le monde, à partir de 65 ans, la même pension forfaitaire équivalente à 40 % du salaire moyen. Ceux dont le revenu était inférieur à cette somme sont donc gagnants, et inversement pour ceux qui gagnaient beaucoup plus.

Les réformes ont-elles suscité de fortes résistances ? Ont-elles dû être amendées, voire retirées face aux oppositions ?

Dans la plupart des cas, ces réformes ont été négociées, décidées, amendées, et parfois retirées, au seul échelon politique. Ce sont les partis politiques, de la majorité et de l'opposition, qui s'affrontent ou s'entendent – parfois après de longues négociations (dix ans en Suède !). Dans les pays du Nord, en Allemagne, au Royaume-Uni ou aux Pays-Bas, des partis sociaux-démocrates puissants représentent les intérêts des syndicats. Ce sont eux qui discutent du cadre et des paramètres de la réforme, même si le système lui-même peut être éventuellement géré par les partenaires sociaux. D'ailleurs, la grève en Allemagne est interdite s'il s'agit de s'opposer à un projet du gouvernement : seules les questions relevant des conventions collectives peuvent en être l'objet, et ce n'est pas le cas des retraites du système public.

Certains pays ont créé des commissions chargées de réfléchir sur les réformes, composées d'experts y compris syndicaux, mais ils n'ont qu'un rôle consultatif, ce sont les politiques qui décident. Des modifications comme l'élévation du seuil de départ en retraite en Suède, ou l'alignement des retraites des fonctionnaires sur celles du privé en Autriche, ont été prises par les gouvernements sans remous sociaux majeurs. Il y a eu des manifestations aux Pays-Bas, en Belgique, en Italie, mais sans conséquences. La France reste un cas unique.

En revanche, c'est à la faveur d'alternances politiques que certaines réformes ont été modifiées ou annulées : le gouvernement Conte, en Italie, a stoppé la réforme initiée par son prédécesseur ; les gouvernements d'Europe de l'Est sont revenus sur la capitalisation, je l'ai dit ; aux Pays-Bas, en République tchèque, en Slovaquie, les mesures d'élévation de l'âge de départ ont été supprimées ou modifiées à la baisse, etc. La réforme tchèque imposait d'élever l'âge de deux mois par an, sans limite supérieure ! Le nouveau gouvernement a aboli cette mesure.

Et comment l'opinion, les travailleurs concernés, eux, ont-ils accueilli ces réformes ?

Ce que l'on constate, c'est qu'alors que les dispositifs mis en place visent à allonger la durée de carrière, la tendance spontanée des travailleurs est au contraire de partir le plus tôt possible en retraite... Par exemple, une incitation au temps partiel pour le travail des seniors a été créée en Allemagne, mais en laissant les salariés choisir entre travailler à temps partiel jusqu'à l'âge de départ, et travailler à temps plein et stocker le temps libre pour partir plus tôt : c'est cette dernière option qui a été le plus souvent choisie.

Aux Pays-Bas, une réforme du début des années 2000 a offert aux travailleurs un compte de « temps de vie », avec la possibilité d'interrompre sa carrière sans perte de droits, pour se former, élever ses enfants, ou simplement faire autre chose : mais l'usage principal a été de... prendre une retraite anticipée

L'une des raisons pour lesquelles la Suède a augmenté d'un an le seuil de départ à la retraite était que les travailleurs liquidaient leurs retraites sans avoir mesuré de façon réaliste le niveau de pension dont ils pourraient disposer : cela a pu être l'un des facteurs de l'aggravation du taux de pauvreté chez les seniors.

C'est pourquoi fixer un âge de départ est nécessaire, également pour définir un âge d'accès au minimum vieillesse. Contrairement à ce que dit la théorie économique, les gens n'optimisent pas forcément leur comportement. Mais aucune réforme ne doit non plus sous-estimer le fait que la demande sociale est d'abord de réduire le temps passé au travail.

161,125

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitec/hasso-plattner-ueber-vermoeegensteuer-und-digitalisierung-16546451.html?premium>

HASSO PLATTNER IM INTERVIEW:

„Dann muss ich Deutschland verlassen“

- VON PATRICK BERNAU UND CORINNA BUDRAS
- -AKTUALISIERT AM 22.12.2019-09:07



Mit SAP ist er Milliardär geworden: Hasso Plattner spricht in einem nicht ganz alltäglichen Interview über seine Reaktion auf eine Vermögensteuer, den Abschied des SAP-Chefs Bill McDermott – und über die großen Schwierigkeiten der Digitalisierung.

Herr Plattner, Sie sind Gründer des wertvollsten Unternehmens in Deutschland, noch dazu ein Digitalkonzern. Was meinen Sie: Ist Deutschland digital schon so abgehängt, wie wir uns fühlen?

Deutschland hängt sich selbst weiter ab, aber ich will darüber nicht länger reden. Gerade habe ich im Teletext gelesen: 72 Prozent der Deutschen befürworten die Vermögensteuer. Bei einer zweiprozentigen Vermögensteuer muss ich Deutschland verlassen.

Was ist so schlimm an einer Vermögensteuer, dass Sie Deutschland verlassen würden?

Sie ist einfach ein falsches Instrument, wenn ein Land eigentlich Wachstumsfirmen haben will. Die sind nicht immer in der Lage, Steuern zu zahlen. Vor allem, wenn sie noch wachsen und Verluste machen, aber schon einen hohen Marktwert haben. Seit 25 Jahren versuche ich der Politik zu erklären, dass das für Deutschland schwere Konsequenzen hätte. Dann muss das Land die halt tragen: Eine neue SAP kann ich mir unter diesen Umständen nicht vorstellen.

Verkaufen Sie dann auch Ihre SAP-Anteile?

Das muss ich mir überlegen. Mein Aktivsein neigt sich so oder so dem Ende entgegen ...

... weil Sie als Aufsichtsratsvorsitzender von SAP sowieso 2022 aufhören wollen?

Genau.

Was bedeutet das für das Hasso-Plattner-Institut und das Museum in Potsdam, das Sie ausstatten?

Das läuft weiter, das ist ja beides von der Stiftung finanziert.

Wo würden Sie hingehen?

Das muss ich Ihnen nicht sagen. In Amerika ist es nicht unbedingt besser.

Vermögensteuern kommen in Mode.

Wenn die Sozialisten glauben, dass Unternehmer Gangster sind, die bestraft werden müssen, dann ist das eine andere Gesellschaft. Wer glaubt, dass der Staat die Firmen besitzen soll, muss sich nur die ehemalige DDR angucken. So, jetzt können wir über Digitalisierung reden.

Wir müssen noch nach dem Gegenargument fragen: Unternehmen kann man nur gründen, wenn es staatliche Infrastruktur gibt, zum Beispiel Sicherheit, Straßen, Ausbildung. Sollten Sie sich als Profiteure nicht mit einem kleinen Prozentsatz an der Finanzierung beteiligen?

Wer Geld verdient, der zahlt schon Steuern, und das ist in Ordnung so. Aber eine Substanzbesteuerung auf das Firmenvermögen? Macht das, macht das, zehn Jahre später wird man den Erfolg sehen. Dann gibt es halt keine Wachstumsunternehmen mehr.

Wie viel würde die Vermögensteuer für Sie ausmachen?

Den genauen Betrag muss ich Ihnen nicht nennen. Aber damit ich zwei Prozent zahlen kann, muss ich drei Prozent meiner Aktien verkaufen. Ich muss ja erst einmal den Kursgewinn versteuern, bevor ich die Vermögensteuer bezahlen kann. Das fühlt sich an wie Enteignung.

Womit hat Ihr Frust begonnen?

Ich habe keinen Frust. Ich habe die SPD viele Male gewählt und unterstützt, jetzt manövriert sie sich halt für mich ins Abseits. Deutsche Politik ist extrem langsam, umständlich und auf allen Seiten stark ideologisch geprägt. Damit behindert man sich selbst, weil man nicht frei denken kann. Aber jetzt können wir wirklich mal über Digitalisierung reden.

Okay. Halten Sie auch Ideologie für den Grund, dass Deutschland digital nicht richtig vorankommt?

Wenn Sie unsere Datennetze meinen, dann fing das an, als alle wussten, dass die künftigen Netze aus Glasfaser sein müssen. Damals haben wir aber Kupferkabel in den Boden gelegt, und dem damaligen Postminister wurde Nähe zu einem Leitungsbau-Unternehmen nachgesagt.

Die Ermittlungen gegen ihn wurden eingestellt, ein Prozess ging zu seinen Gunsten aus.

Heute sind wir jedenfalls nicht die schnellsten im Internet, aber auch nicht die letzten. Jetzt müssen wir mal sehen, wie schnell die 5G-Netze vorankommen.

In welchem Bereich der Digitalisierung funktioniert es besser?

Die Grundversorgung ist okay, wahrscheinlich besser als in 90 Prozent der übrigen Welt. Das reicht uns aber nicht, denn wir wollen in allem Spitze sein.

Deutschland ist abhängig von ausländischen Unternehmen, die nicht immer nach deutschen Wertmaßstäben funktionieren.

Wir sind immerhin Exportweltmeister. Sollen sich alle Länder abgehängt fühlen, die unsere Maschinen und Autos kaufen? Nein, das ist doch ein Geben und Nehmen. Ja, die Vereinigten Staaten und China sind uns bei den Internetdiensten weit überlegen. Jetzt müssen wir die Dienstleistungen anderer in Anspruch nehmen. Wer Google nicht nutzen möchte, kann viele Dinge nicht in Erfahrung bringen. Es wäre nicht schlecht, wenn es brauchbare Alternativen gäbe – aber die gibt es ja nicht mehr.

Sollte Deutschland dann auch das umstrittene chinesische Unternehmen Huawei im Mobilfunk einsetzen?

Gegenüber Huawei habe ich keine Bedenken. Wenn die Politiker Bedenken haben, kann man eine vertragliche Lösung finden und messen, ob aus den Huawei-Chips irgendetwas irgendwohin gegangen ist, wo es nicht hätte hingehen sollen. Dann vereinbart man einfach Konventionalstrafen.

Und was, wenn Huawei uns eines Tages das Netz abstellt?

Das ist rein hypothetisch. Auch amerikanische Unternehmen könnten theoretisch das Internet abschalten.

Ist das Rennen in der Künstlichen Intelligenz auch schon gelaufen?

Vergleichen Sie mal die jährlichen Patentanträge in China, Amerika und Deutschland. Dann wissen Sie, wo Künstliche Intelligenz stattfindet: vor allem in China, dann in Amerika und mit viel Abstand in Deutschland.

Können wir noch aufholen?

Wer macht denn Künstliche Intelligenz in der Privatwirtschaft? Das sind Baidu, Alibaba und Amazon, Google und Facebook, die die Technik von Künstlicher Intelligenz produzieren. Wir haben ja solche Firmen kaum. Ich glaube nicht, dass Zalando ein großer Entwickler wird. Die werden Nutzer sein. SAP baut gerade über 200 Anwendungen in künstlicher Intelligenz, aber mit Google-Technologie.

Google, Facebook, Amazon bauen also in der künstlichen Intelligenz den Vorsprung aus, den sie mit Internetdiensten gewonnen haben?

Vor 30 Jahren haben wir mit Unternehmenssoftware in Amerika angegriffen und waren dort sehr erfolgreich. Amerika hat mit Internetdiensten zurückgeschlagen und zumindest in der westlichen Welt eindeutig die Führung übernommen. Es ist auch schwierig, etwas in Europa zu machen. Europa ist zwar größer als Amerika, aber wir sprechen mindestens 20 Sprachen und haben kulturelle Unterschiede. Dann nutzt man eben lieber das, was frei ins Haus kommt. Hier wird jetzt auch Künstliche Intelligenz entwickelt, aber mit staatlicher Förderung, und die ist wesentlich weniger wirksam als eine angewandte Forschung zum Beispiel innerhalb von Google.

Warum entwickelt SAP nicht selbst Künstliche Intelligenz?

Vor 20 Jahren habe ich mal ein Künstliche-Intelligenz-Projekt geleitet, da haben wir zwar die IBM in allen Facetten geschlagen, aber es ist nichts daraus geworden. Die Computer waren damals nicht groß genug. Und jetzt können wir nicht mit den Investitionen von Google mithalten. Die amerikanischen Firmen zahlen ja auch weniger Steuern. In der Datenbanktechnologie ist es anders, da haben wir unsere eigene gebaut und sind damit sehr erfolgreich geworden. Wenn man aber sieht, was KI-Experten in Amerika verdienen, Anfangsgehalt von 120.000 Dollar, dann weiß man: Fast jeder, der irgendwie erfolgreich KI macht, versucht, ins Silicon Valley zu kommen. Ich gehe davon aus, dass es da viele Einkommensmillionäre gibt.

Bei Ihnen ist gerade einer gegangen, der Chef Bill McDermott persönlich. Warum so plötzlich?

Das weiß ich nicht, das müssen Sie den Herrn McDermott fragen.

Das war seine Entscheidung?

Ja, natürlich.

Hatte er vielleicht einige Probleme und war über seinen Zenit hinweg?

Probleme gibt es immer. Auch dieses Jahr gab es Probleme – aber ob die ausschlaggebend waren? In seinem Abschiedsgespräch mit mir meinte er, zehn Jahre als Vorstandschef seien genug, das hätten andere Vorstandschefs ihm gesagt. Also gut, wenn das dann ein ausschlaggebender Grund war – er war zehn Jahre CEO, das ist schon lang.

Sie klingen ein wenig enttäuscht.

Nein, völlig entspannt. Er hat mir gesagt, dass er gehen wird, und fünf Minuten später habe ich nur noch darüber nachgedacht, wie es jetzt ohne ihn weitergeht.

Waren Sie überrascht?

Ja.

Und nach fünf Minuten hatten Sie schon eine Lösung?

Ja. Wir hatten eine Nachfolgeplanung in der Tasche. Die Richtung war klar. Ich habe mich nicht bemüht herauszufinden, was die Motive sind und warum jetzt. Das spielt alles keine Rolle. Es ging nur darum, das Team bei der SAP so aufzustellen, dass es möglichst reibungslos und erfolgreich weiterarbeitet. Daraus ist dann ein sehr schneller Abschied geworden.

Dann haben Sie sich wieder für eine Doppelspitze entschieden. Warum?

Wir brauchen einen starken Vertreter der SAP in Amerika. Die Vereinigten Staaten sind das umsatzstärkste Land der SAP. Die Jahre, in denen wir einen Vorstandssprecher oder einen Ko-Vorstandssprecher in Amerika hatten, waren sehr gut. Und das andere ist die Kombination der Talente, die sich in Form von Christian Klein und Jennifer Morgan sehr gut ergänzen. Jennifer Morgan hat eine sehr gute formale Ausbildung, Accenture in Amerika. Sie hat IT-Beratung gemacht, nun ist sie seit 17 Jahren bei der SAP. Christian Klein ist ein Walldorf-Gewächs, hat sehr gute Produktkenntnisse und kann gut mit Kunden umgehen. Das ist ein sehr gutes Team.

Nun sind Sie der erste Dax-Konzern mit einer Frau an der Spitze. Spielte das auch eine Rolle in Ihren Überlegungen?

Nein.

Doppelspitzen funktionieren nicht immer gut, zum Beispiel bei der Deutschen Bank. Bei SAP machen Sie es trotzdem immer wieder.

Ich würde Sie bitten, die SAP nicht mit der Deutschen Bank zu vergleichen.

Wir hätten noch eine letzte Frage...

Jetzt haben Sie mich gar nicht zur Digitalisierung gefragt.

Doch, doch, aber was wollten Sie denn noch loswerden?

Wir haben eine ungehemmte und unkontrollierte Informationsverteilung, die sehr zum Nachteil der Kultur, der Sicherheit und der politischen Meinungsbildung funktioniert. Wie können denn Informationen verteilt werden, ohne dass da die professionelle Vor- und Nachbereitung von Journalisten eine Rolle spielt? Es ist doch fürchterlich, was über ganz andere Kanäle explosionsartig verbreitet werden kann. Ich war der Meinung, dass die freie Meinungsäußerung zu einer Liberalisierung und zu einer besseren Welt führt. Nein! Es führt zu einem ideologisch verfärbten Bild, in dem die Leute nach dem greifen, was sie gerne mögen. Sie informieren sich gerne über das, was sie eh schon glauben.

Tun Facebook und Google zu wenig, um dagegen zu halten?

Sie könnten zumindest noch mehr tun. Wir müssen eine neue Form des Rechts dort finden, aber das wird schwierig.

Ist diese Art der Kommunikation nicht demokratischer?

Das habe ich auch mal gedacht, aber es passiert das Gegenteil. Schauen Sie Amerika an: Es hat sich in zwei Welten geteilt, mit jeweils unterschiedlicher Faktenbasis.

Fänden Sie es besser, wenn das Internet nie erfunden worden wäre?

Was erfunden werden kann, wird erfunden. Es hat ja auch viel Sinnvolles gebracht. Aber es gibt noch eine andere große Schwäche: Noch nie konnten einzelne Personen oder kleine Gruppen so schnell etwas bauen und damit erfolgreich werden wie in der Softwareentwicklung. Selbst in der Hochphase des Automobilbaus war es nicht einfach, eine Fabrik aufzubauen und in die Massenproduktion zu gehen. Das ist in der Software unvergleichlich viel einfacher, weil die Vorabinvestitionen sehr niedrig sind. Dadurch gibt es eine ganz starke Bevorzugung der Talente.

Wir kommen nicht um eine Diskussion über das Grundeinkommen herum. Wir müssen jedem eine Wohnung, ein ordentliches Einkommen und eine Gesundheitsversorgung zur Verfügung stellen. Bald werden sich große Teile der Bevölkerung, vielleicht 30 Prozent, nicht mehr am Wertschöpfungsprozess beteiligen können. Daran werden auch noch so viele Schulungen nichts ändern. Man kann Fußballspieler in der fünften Liga noch so sehr trainieren, daraus werden keine Bundesligaspieler. Jedes Talent muss ausgegraben werden. Trotzdem fallen jene Leute unter den Tisch, die Jahrhundertlang eine solide Arbeit verrichtet haben, dank ihrer körperlichen Fähigkeiten. Denken Sie an die Menschen im Bergbau, in der Montage. Alle diese Jobs sind mehr oder weniger weg.

Aber man kann doch nicht 30 Prozent der Menschen sagen: Du bist einfach nicht fähig dazu, Arbeit zu verrichten, die dich mit Sinn erfüllen kann!

Unsere Kultur sieht solche Diskussionen nicht vor. Aber deshalb darf man das Problem doch in der Politik nicht ignorieren. Ich sehe keine Alternative zum Grundeinkommen. Die Politik muss sich darum offensiv kümmern.

Würden Sie denn die Vermögensteuer zahlen, wenn davon ein Grundeinkommen finanziert würde?

Natürlich muss das über Steuern finanziert werden, aber ich halte wie gesagt die Vermögensteuer für falsch. Im Augenblick wissen wir ja gar nicht, was wir mit den Steuern alles machen sollen. Die Veränderung der Arbeit ist für mich das größte Thema, das weltweit nicht gelöst ist. Diese Diskrepanz wird eine Spannung von ungeheurem Potential erzeugen. Das digitale Zeitalter treibt das mehr als jede andere Technologie. Bisher haben alle immer irgendwie teilhaben können, aber an dieser digitalen Welt können nicht alle teilhaben.

Das klingt unglaublich pessimistisch.

Nein, das ist realistisch. Das ist mein Vorwurf an die Politik: Dass sie aus ideologischen Gründen die Augen vor diesen Problemen verschließt. Natürlich ist es richtig, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Ja, ja, ja! Aber es fehlt der Nachsatz: Was tun wir, wenn wir im Leben nicht alle gleich sein können?

Quelle: F.A.S.

161,129

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/lehrer-gestaendnis-weg-mit-den-gender-wortmonstern-a-1301850.html>

Anonymes Lehrgeständnis

Weg mit den Gender-Wortmonstern!

Geschlechtergerechte Sprache? Viel zu bürokratisch, findet unser Autor, ein Lehrer aus Norddeutschland. Es ärgert ihn, wenn die Kommunikation in der Schule immer komplizierter wird.

Freitag, 27.12.2019 18:29 Uhr

Lehrgeständnisse Wie Schule wirklich ist

"Liebe Leserinnen und Leser! Wie sollen Lehrerinnen und Lehrer Schülerinnen und Schüler ansprechen, ohne den Angesprochenen oder die Angesprochene aufgrund seines oder ihres Geschlechts zu diskriminieren?

Sie haben jetzt schon keine Lust mehr weiterzulesen, weil Sie die sperrigen Formulierungen stören? Sie haben es gut, denn Sie können jetzt einfach wegeklicken! Als Lehrer muss ich diese bürokratischen Formulierungen täglich hören und lesen - auf Konferenzen, in Behördenschreiben und Elternbriefen.

Schlimmer noch: Dadurch, dass die Schulleitung ihre E-Mails immer mit 'Liebe Schülerinnen und Schüler' beginnt, kann ich auch nicht mehr mit 'Liebe Schüler' kommen. Denn durch diese Norm von höchster Stelle wurde die geschlechtsübergreifende Form praktisch abgeschafft. Schreibe ich dann doch: 'Liebe Schüler, bitte kommt morgen zur ersten Stunde, ich bin wieder gesund', bleiben die Mädchen womöglich zu Hause.

Oder ich bekomme einen Rüffel der Schulleitung oder werde zum Chauvi des Monats gewählt. Dabei bin ich passionierter Windelwechsler, Wäscheaufhänger, Koch, Küchenwischer, Elternzeitnehmer, Ins-Bett-Bringer, Antikarrierist, ja sogar Französischlehrer! Aber als solcher eben auch Sprachästhet - und beim Lesen dieser Wortblasen und -monster schwillt mir leider immer die Halsschlagader an. Sprache bitte immer so einfach wie möglich und nur so kompliziert wie nötig!

'Schülerinnen und Schüler' - das ergibt nur Sinn, wenn es zu irgendeinem Mehr an Bedeutung führt. Aber es gibt so gut wie keinen Fall, bei dem ich mich ausschließlich an eines der Geschlechter wende. Warum sollte ich auch verlangen: 'Die Schülerinnen machen Aufgabe 3 und die Schüler Aufgabe 4'? Aufgabe 3 mit Ponys und Nummer 4 mit Autos? Darüber waren wir doch eigentlich schon hinweg.

Ich persönlich habe einige Kinder kennengelernt, auf die keins der beiden Geschlechter so richtig zutrifft, worunter sie sehr gelitten haben. Warum müssen wir auf dieser Zweiteilung beharren und in jeder Ansprache darauf aufmerksam machen, wie wichtig wir Geschlechter finden?

'Schülerschaft' klingt holzig

Zugegeben: Zwischenzeitlich hatte ich fast meinen Frieden mit den Kolleginnen und Kollegen gemacht, indem ich einfach nur noch KuK, SuS oder LuL schrieb. Bis genau ein solcher Kollege erklärte, diese 'Internetsprache' gehöre nicht in ein ordentliches Protokoll.

Was tun also, um den Behörden noch zu gefallen und sich trotzdem mutig den Wortmonstern entgegenzustellen? Mit 'Studierenden', 'Kollegium' oder 'liebe Leute' gehe ich ja gerne konform. Notfalls auch noch mit 'Schülerschaft' - das klingt zwar ein wenig holzig, nervt aber weniger.

Noch mehr Lehrgeständnisse finden Sie hier!

Überraschenderweise hat ausgerechnet ein Informatikprofessor der Fernuniversität Hagen eine interessante Lösung gefunden. In einem Kurs zu Programmiermethoden verwendet er als Reaktion auf einen Beschluss des Rektorats zum Sprachgebrauch nur noch die weibliche Form: Es sei für ihn keine Option, 'verständliche Sprache auf dem Altar der Gleichstellung zu opfern', so steht es im Vorwort.

In einem Studienfach, das zu etwa 80 Prozent Männer studieren, mag das manch einer absurd finden. Andererseits habe ich mich schon immer darüber geärgert, dass ich früher meine männliche Form mit der geschlechtsübergreifenden Form teilen musste! Wie schön wäre es doch, eine Form ganz für mein Geschlecht allein zu haben!

Übrigens werde ich jetzt Beschwerde bei der Schulbehörde einreichen. Auf einer Einladung der Schulleitung steht: 'Liebe Schülervertreterinnen und Schülervertreter!' Es müsste aber heißen: 'Liebe Schülerinnenvertreterinnen, Schülerinnenvertreter, Schülervertreterinnen und Schülervertreter!'"

KI-INGENIEURIN IM INTERVIEW:

„Künstliche Intelligenz nimmt uns nichts weg“

- VON DEIKE UHTENWOLDT
- -AKTUALISIERT AM 29.12.2019-14:59



Marisa Mohr hat Mathematik in Dortmund und Düsseldorf studiert. Im Interview spricht die 26 Jahre alte Ingenieurin über ihre Erwartungen an Künstliche Intelligenz, gefährdete Arbeitsplätze und ihren Arbeitsalltag.

Marisa Mohr ist als „Machine Learning Engineer“ bei dem IT-Dienstleister „inovex“ in Hamburg beschäftigt. Nebenbei sitzt sie an ihrer Promotion über Zeitreihen, mal im Home-Office, mal an der Universität zu Lübeck am Institut für Informationssysteme.

Frau Mohr, wann kann der Computer Tätigkeiten so gut wie ein Mensch ausführen?

Das ist heute fast schon der Fall. Computer sind in der Lage, die meisten menschlichen Tätigkeiten auszuführen, wenn man das will, richtig programmiert – und Zeit mitbringt. Manchmal dauert die Umsetzung lange, weil wir Daten benötigen, die genau zu der Aufgabenstellung passen. Und diese Daten müssen wir erst einmal sammeln.

Der bekannte Professor für Künstliche Intelligenz (KI), Toby Walsh, hat ein Buch geschrieben mit dem Titel „2062: Das Jahr, in dem die künstliche Intelligenz uns ebenbürtig sein wird.“ Für wie wahrscheinlich halten Sie diese Prognose, die aus einer Umfrage unter 300 KI-Fachleuten entstanden ist?

Es ist für mich ein Unterschied, ob der Computer in der Lage ist, menschliche Tätigkeiten auszuführen oder wie ein Mensch zu denken. Es gibt ja nicht den Befehl, sei jetzt wie ein Mensch, sondern es sind alles winzig kleine Teilaufgaben, die trainiert werden. Fakt ist: Rationale Aufgaben kann der Computer heute schon übernehmen und er wird dabei immer kreativer. Das heißt, er kann sich auch selbst etwas beibringen. Was ihm dagegen stets fehlen wird, ist Empathie. Es sollte aber auch nicht das Ziel sein, dass KI alles kann.

Voraussagen über technologische Fortschritte seien schwierig, gibt auch Walsh zu. Ihre Arbeit hat mit der Vorhersage des Unvorhersehbaren zu tun. Was hat es damit auf sich?

Alles, was wir betrachten, entwickelt sich über die Zeit. Aber die Welt, die für Langzeitprognosen in einem Modell unter Berücksichtigung aller Einflussfaktoren und möglicher Kombinationen abgebildet werden müsste, ist unendlich groß. Mathematisch betrachtet ist das ein riesiges und vermutlich unlösbares Problem. Ich untersuche, wie ordinale Muster, also Auf- und Abwärtsbewegungen im Modell, das dynamische Verhalten von Zeitreihen besser abbilden.

Probieren wir dennoch mal eine Vorhersage. Was erwarten Sie in der Zukunft von der KI?

Künstliche Intelligenz entwickelt sich wahnsinnig schnell, was ja auch gut ist. Aber meine Befürchtung ist, dass sich die Menschen dabei abgehängt fühlen. Es gibt nur wenige, die sich damit positiv beschäftigen: Die

Politik in Deutschland bremst das Thema aus und steckt viel zu wenig Geld hinein. Die Bildung hängt hinterher und es fehlt das Vertrauen.

Was soll gut daran sein, den Arbeitsplatz an eine Maschine zu verlieren?

Ich glaube nicht, dass insgesamt Arbeitsplätze verloren gehen. Es wird sich umverteilen, es werden neue Arbeitsplätze entstehen, etwa im Sozialen. Künstliche Intelligenz nimmt uns nichts weg, sondern unterstützt uns und ersetzt einfache Aufgaben. Wir haben einen Roboter, Pepper, bei uns im Büro. Wir bringen ihm ein bisschen was bei, etwa, älteren Menschen Bewegungen vorzumachen, sie zum Nachahmen zu animieren und zu verbessern. Das ersetzt aber doch niemals einen Menschen.

Hilft Ihnen KI, Job, Promotion und Freizeit unter einen Hut zu bringen?

Ich bin recht gut organisiert und viele Anwendungen unterstützen mich dabei, aber der Zeitaufwand bleibt. Die meisten Menschen arbeiten 40 Stunden und mehr, dazu kommen noch lange Fahrtzeiten – was bleibt da noch vom Tag übrig? Ich beschwere mich nicht, aber wenn mir KI ein Teil der Aufgaben abnähme, hätte ich nichts dagegen.

Nur ein Sechstel der von Walsh befragten KI-Fachleute waren weiblich. Warum interessieren sich noch so wenige Frauen für die Technologie?

In der IT zu arbeiten, heißt in einer Branche zu arbeiten, in der nach wie vor reiche, weiße Männer das Sagen haben. Das ist für viele Frauen nicht attraktiv. Wir brauchen mehr weibliche Rollenvorbilder und mehr Bewusstsein für Mansplaining: Jungs erklären uns ungefragt die Welt – und merken es nicht einmal.

Macht Ihnen die Jahreszahl 2062 Sorgen?

Nicht, was KI betrifft. Der Klimawandel, die Wegwerfgesellschaft und die Zerstörung unserer natürlichen Grundlagen schon.

Weitere Lektüre

Toby Walsh: 2062. Das Jahr, in dem die künstliche Intelligenz uns ebenbürtig sein wird. riva-Verlag, München 2019, 336 Seiten, 22 Euro.
Quelle: F.A.Z.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ:

BDI wirft Bundesregierung falsche KI-Strategie

VOR

- VON JULIA LÖHR
- -AKTUALISIERT AM 27.12.2019-08:53



Eine Impression einer Speed-Dating-Aktion zwischen Roboter und Mensch auf den Hamburger KI-Tagen am 21. und 22. November 2019 Bild: dpa

Bis zu 3 Milliarden Euro wollte der Bund für eine KI-Strategie zur Verfügung stellen, bis 2023 ist aber nur eine Milliarde vorgesehen. Der Spitzenverband der deutschen Industrie schlägt deswegen Alarm.

Künstliche Intelligenz, kurz KI, gilt als der Schlüssel für das Wirtschaftswachstum der kommenden Jahre. Selbstlernende Software hilft Ärzten bei der Auswertung von Röntgenbildern, Autoherstellern beim Steuern autonom fahrender Autos und Banken beim Erkennen von Kreditkartenbetrug. Im Herbst 2018 hat die **Bundesregierung** deshalb eine KI-Strategie verabschiedet und 3 Milliarden Euro Fördermittel in Aussicht gestellt. In der Haushaltsplanung bis 2023 ist bislang aber nur eine Milliarde Euro vorgesehen. Die Wirtschaft greift die Bundesregierung deshalb nun scharf an.

Deutschland entferne sich immer weiter von dem Ziel, 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben, heißt in einem bislang unveröffentlichten Positionspapier des Bundesverbands der Deutschen Industrie (**BDI**). „Die Bundesregierung sollte zumindest an dem Drei-Milliarden-Euro-Ziel festhalten und hierfür zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung stellen“, so die Forderung. Während die Vereinigten Staaten bei konsumentennahen KI-Anwendungen dominieren und China im Bereich innere Sicherheit, soll sich Europa nach dem Willen des Verbands in der industriellen KI einen Namen machen. Doch bis dahin ist es, nach den Zahlen des Verbands zu urteilen, noch ein weiter Weg: Demnach setzen erst 15 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland Künstliche Intelligenz ein. Selbst unter den großen Industrieunternehmen liegt der Anteil erst bei 25 Prozent.

Ruf nach mehr Fördermitteln

Hauptkritikpunkt der Wirtschaft ist, dass der Großteil der staatlichen Fördermittel nach dem Willen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) nicht zusätzlich, sondern durch Kürzungen an anderer Stelle fließen soll. „Dies ist der falsche Weg“, heißt es in dem Zehn-Punkte-Plan des BDI, bei dem es sich um die erste Positionierung des Verbands zu diesem Thema handelt. Er verweist darauf, dass durch den Einsatz von **Künstlicher Intelligenz** im verarbeitenden Gewerbe bis zum Jahr 2035 ein zusätzliches jährliches Wachstum von 2,3 Prozent erzielt werden könnte. Damit liege das Wachstumspotential in der Industrie klar über dem in anderen Wirtschaftszweigen. „Deutschland und Europa dürfen sich in der KI-Förderung nicht verzetteln“, warnte Iris Plöger, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI, gegenüber der F.A.Z. „Der Fokus muss klar auf industriellen Anwendungsfeldern liegen. Dort bestehen die besten Wachstumschancen.“

Schon in den vergangenen Wochen hatte es Kritik aus der Wirtschaft gegeben. Tenor: Die mit viel Aufwand verabschiedete KI-Strategie der Regierung könnte zu einem Papiertiger werden. Von den geplanten 100 Professuren für Künstliche Intelligenz seien erst 30 ausgeschrieben worden, kritisierte beispielsweise der IT-Branchenverband [Bitkom](#). Die Vereinigten Staaten diskutierten derweil über ein 100-Milliarden-Dollar-Programm zur KI-Förderung. „Wir müssen das Tempo massiv erhöhen“, forderte Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. Auch Antonio Krüger, Chef des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, sagte: „Wir können als deutsche Volkswirtschaft mehr leisten.“

Europäische Cloud-Pläne

Druck kommt nicht zuletzt aus Frankreich. Wirtschaftsminister Bruno Le Maire drängt seinen deutschen Amtskollegen [Peter Altmaier](#) (CDU) schon seit längerem, mehr zu tun. Letzterer antwortete mit Plänen für eine europäische Datencloud namens Gaia-X. Diese soll aber großteils von den Unternehmen selbst aufgebaut werden, das Wirtschaftsministerium will sich auf eine Anschubhilfe in zweistelliger Millionenhöhe beschränken.

Der BDI warnt, dass sich der Fokus der Politik schon wieder weg von der finanziellen Förderung hin zu mehr Regulierung verschiebe. „Die ehrgeizige Ankündigung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit einen Legislativvorschlag für Künstliche Intelligenz vorzulegen, bereitet Sorge“, sagte Plöger. Bei allen KI-Anwendungen, die keine Entscheidungen über Menschen treffen, sollte sich die Politik ihrer Ansicht nach heraushalten. „Sonst würde der regulatorische Schnellschuss zur Innovationsbremse für die Industrie.“

Als positive Beispiele nennt das Papier, über das der Verband im neuen Jahr mit der Bundesregierung sprechen will, unter anderem eine Technik von Siemens, die den Stickoxid-Ausstoß von Gasturbinen um 20 Prozent senken kann. Volkswagen nutze KI, um anhand von Bilddaten auch kleinste Fehler in der Autoproduktion zu erkennen. Altmaier wiederum war kürzlich zu Besuch bei einem Berliner Start-up, das eine Software entwickelt hat, die anhand von Bildern auf drohende Waldbrände hinweist.

Quelle: F.A.Z.

Le Figaro (site web)

mercredi 1 janvier 2020 - 16:45 UTC +01:00 1796 mots

Actualité ; International

Bruno D., petit auxiliaire de mort dans le camp nazi du Stutthof

Avril, Pierre

ENQUÊTE - Le procès à Hambourg d'un ancien garde du camp d'extermination, où périrent 50.000 personnes en Pologne, montre les limites d'une justice tardive qui s'intéresse aux seconds couteaux de la Shoah trois quarts de siècle après leurs crimes.

Envoyé spécial à Hambourg

Dans la salle 300 du tribunal pénal de Hambourg, il n'y a guère que la couleur de la chemise en carton, dont Bruno D. se sert pour cacher son visage, qui varie au fil des audiences. À l'ouverture du procès de l'ancien gardien nazi, le 17 octobre, la pochette était rouge. En cette fin d'année 2019, elle est jaune, dépliée devant les grosses lunettes noires que porte le prévenu. À cette exception, le rituel est immuable depuis trois mois. Coiffé d'un chapeau noir, le vieil homme de 92 ans entre en fauteuil roulant poussé par sa fille. À la sauvette, l'unique photographe accrédité prend quelques clichés du vieillard sans visage puis s'éclipse.

Bruno D. peut alors se délester de son attirail et faire face à la justice. Il porte une moustache blanche. L'ancien gardien SS du camp d'extermination du Stutthof, situé près de Dantzig, en Pologne, est poursuivi pour complicité de meurtre. Très loin d'avoir été l'un des architectes de la Solution finale, ce subalterne anonyme est accusé d'avoir «*concouru de manière sournoise et cruelle au meurtre en particulier de prisonniers juifs*», soit 5 230 comptabilisés durant son seul service. Il est probablement l'un des derniers anciens nazis à être jugé en Allemagne, illustration de la sévérité à retardement dont fait preuve la justice du pays à l'encontre de ses ex-génocidaires.

Petite lumière intérieure

Âgé de 17 ans au moment des faits, commis entre le 9 août 1944 et le 26 avril 1945, Bruno D. comparaît devant le tribunal de la jeunesse de Hambourg, présidé par Anne Meier-Görling. C'est donc par hasard que la magistrate, d'ordinaire accaparée par la justice des mineurs, plonge dans les horreurs de la Shoah. Nous sommes à la dixième audience avant la trêve judiciaire du Nouvel An. Le procès s'essouffle. La présidente peine à relier les fils entre un crime de masse en majuscule qui a vu périr 50 000 personnes au Stutthof, et la responsabilité concrète de l'adolescent SS, qui passait le plus clair de son temps sur un poste de guet, situé à l'entrée du camp. Faute de preuves et d'indices accablants, elle tente d'amener le prévenu sur le terrain de la morale, sur un ton d'abord empathique, puis franchement accusateur. Il est notamment reproché à Bruno D. d'avoir ignoré une petite lumière intérieure l'invitant à se soustraire à sa criminelle mission.

«*Vous voyez que des gens innocents se font assassiner, et vous, vous restez debout sur votre tour de guet. Ça aurait plutôt été une occasion de vous dire que ce n'était pas compatible avec votre conscience*, l'interpelle Anne Meier-Görling.

- À l'époque, on ne pouvait pas dire ça, répond Bruno D.

- *D'autres ont demandé leur transfert. Pourquoi pas vous ?*

- *J'aurais aimé le faire, mais je ne savais pas comment*», répond l'accusé, qui a encore moins songé à désertier son poste, sous peine de se placer en «*danger de mort*». «*J'étais soldat et j'ai obéi aux ordres. Si j'avais abandonné mon poste, un autre aurait pris la relève. Personne n'en aurait profité et il n'y a qu'à moi que ça aurait nui*», raisonne l'accusé.

«*Mais un soldat ne doit pas être un meurtrier. Or, votre comportement est celui d'un meurtrier*», rétorque la présidente, qui affiche, ou feint, son incompréhension.

Ainsi vont les débats. Le nonagénaire à la santé fragile ne comparait que deux jours par semaine, à raison de deux heures par séance entrecoupées d'une longue pause. Avant lui, d'autres anciens nazis sont morts avant la fin de leur procès. Lors des premières audiences, Bruno D. a exprimé ses remords, comme pour donner le ton. «*J'ai besoin de dire combien je suis désolé pour ce qui a été commis au camp.*» Moshe Peter Loth, 76 ans, né au Stutthof en 1943, s'est approché de l'homme en fauteuil roulant et l'a enlacé. «*Je veux lui pardonner*», a déclaré l'ancien nourrisson du camp, aujourd'hui domicilié aux États-Unis.

«*Mes vieux jours sont gâchés*»

Mais rapidement, la sincérité du repentir se heurte au statut du vieillard malade. Ce dernier se plaint de devoir être confronté à ces «*images d'horreur*» qui reviennent le hanter au crépuscule de sa vie. «*Mes vieux jours sont gâchés. Ça met toute ma vie en miettes*», déplore-t-il. Au fil des audiences, ses mots de contrition butent sur l'irresponsabilité, dont il se pare, et sur sa mémoire, opportunément défaillante. L'ancien garde se dépeint comme un jeune homme «*solitaire*». Sans cette défaillance cardiaque détectée à l'adolescence, il aurait pu servir au front et échapper au Stutthof. S'il a adhéré aux Jeunesses hitlériennes, c'est sur la pression de ses parents. «*Je n'étais pas un SS de cœur*», assure-t-il.

» LIRE AUSSI - Pourquoi l'Allemagne poursuit-elle encore d'anciens nazis?

Dans le camp il avait demandé à être boulanger mais s'est retrouvé au sommet d'un mirador avec un fusil dans les mains, dont il n'a jamais fait usage, dit-il. «*Je n'ai jamais fait de mal à personne directement*», affirme-t-il. Soixante-quinze ans plus tard, personne ne peut le contredire. Les rares témoins qui se succèdent, comme Marek Dunin-Wasowicz ou Abraham Koriski, décrivent les appels du matin, où les survivants debout côtoient les cadavres, le sadisme des gardiens et la puanteur de la chair brûlée. L'accusé a aussi vu les dépouilles qu'on extrayait le matin des baraques, mais assure ne pas connaître la cause de leur mort. Certes, il a «*entendu des cris et du vacarme dans les chambres à gaz*», mais prétend avoir ignoré que cette agitation procédait de l'usage du zyklon B.

Un jour, par hasard, il a jeté un coup d'œil furtif dans le crématorium et a vu des cadavres déshabillés sur le sol. Ils étaient nus, comme ses camarades volontaires pour les Jeunesses hitlériennes qui faisaient la queue devant le médecin, ose-t-il comparer. Pour le reste, il dit ignorer que 50.000 personnes ont été acheminées au camp en sa présence. «*J'étais loin de tout*», résume-il. Il assène ses dénégations avec conviction, mais, après une heure d'interrogatoire, semble vouloir se retirer du monde, dans un univers où le Stutthof n'aurait jamais existé. Cette cécité a le don d'agacer la présidente. «*Soit vous mentez, soit vous cherchez à refouler*», lance Anne Meier-Görling, qui reproche au prévenu de s'être «*réfugié dans le confort de l'obéissance*».

Trois quarts de siècle après la Shoah, ses maîtres artisans sont tous morts, parfois après avoir été condamnés. Pour sa part, Bruno D. doit son procès à un changement de jurisprudence opéré en 2011, lorsque John Demjanjuk, ancien garde du camp d'extermination de Sobibor, a été condamné à cinq ans de prison. Dès lors, la simple complicité au meurtre génocidaire a été reconnue et le moindre subalterne susceptible d'être jugé, conduisant aux procès d'Oskar Gröning (2015) et de Reinhold Hanning (2016), respectivement comptable et garde à Auschwitz.

Avant eux, les quelque 280.000 auxiliaires de mort ordinaires - sur un total de 300.000 criminels de la Shoah, selon les estimations des historiens - passèrent à travers les mailles du filet. Et, parmi eux, Bruno D.,

qui, à deux reprises, en 1972 et 1982, avait déjà témoigné devant les enquêteurs, sans jamais être poursuivi. «À cette époque, on ne s'intéressait pas à un simple gardien», constate son défenseur, Stefan Waterkamp, qui dénonce aujourd'hui «un retard dans une procédure contraire à l'État de droit». «Sur 300.000 criminels, la justice allemande en a poursuivi moins de 7000 et seuls 150 ont écopé de la peine maximale, alors même que leurs crimes étaient apocalyptiques. Et aujourd'hui, pour des raisons politiques que j'ai du mal à comprendre, ce sont les plus petits des petits, comme Bruno D., qui sont jugés», abonde Klaus Bästlein, historien des crimes nazis, qui voit dans le procès de Hambourg le symptôme d'une justice défaillante.

L'ombre de l'AfD

À l'inverse, pour la vingtaine d'activistes qui manifestent les jours d'audience, notamment des militants du Comité Auschwitz, c'est cette faute originelle qui a une chance d'être expiée avec le procès de l'ancien gardien. Et la banderole qu'ils tendent devant le tribunal de Hambourg s'adresse aux jeunes générations séduites par l'extrême droite: «Jamais plus de totalitarisme, jamais plus de fascisme!» À l'ouverture du procès, la présidente Anne Meier-Görling a également souligné «l'importance historique contemporaine exceptionnelle» de celui-ci. «La jurisprudence a changé, il est donc important de donner l'exemple, d'autant que nous avons en Allemagne, un parti néonazi qui s'appelle l'AfD. Il faut montrer que les actes racistes seront toujours punis de la même manière que les persécutions contre les Juifs ou les Tsiganes», abonde Christoph Rückel, l'un des avocats des parties civiles.

Pour son confrère Cornelius Nestler, la fonction même de Bruno D. au Stutthof - où des crimes ont été perpétrés - suffit à établir sa culpabilité. Mais la nature de la peine qu'il encourt semble laisser les victimes indifférentes. «Je veux simplement savoir ce qu'il a fait et pensé, car il pourrait beaucoup contribuer en expliquant ce qui s'est passé», expliquait en octobre, Ben Cohen, le petit-fils de Judy Meisel, une survivante du camp aujourd'hui âgée de 89 ans. Celle-ci avait 14 ans lorsque, au moment d'entrer dans la chambre à gaz en compagnie de sa mère, un garde l'a retirée de la queue et renvoyée dans les baraques.

Pour l'instant, le déroulement des audiences n'a pas offert à l'accusé l'opportunité d'éclairer ses actes. «Ce procès est inutile, aussi bien du point de vue juridique que sociétal. Il n'apporte rien de nouveau et les témoignages qu'on y entend sont présentés plus efficacement au mémorial de Neuengamme», en déduit l'historien Klaus Bästlein en référence au camp de concentration situé près de Hambourg, où 50.000 personnes ont péri. Mais peu nombreux sont ceux qui, en Allemagne, expriment un tel point de vue. Et le procès de Bruno D., qui était censé s'achever fin 2019, est prolongé de quelques mois.

Ines Geipel

[Zur Navigation springen](#)[Zur Suche springen](#)



Ines Geipel (2004)

Ines Geipel, auch *Ines Schmidt* (* [7. Juli 1960](#) in [Dresden](#)), ist eine ehemalige deutsche Leichtathletin und heute [Professorin](#) an der [Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin](#). Sie betätigt sich als [Schriftstellerin](#) und [Publizistin](#), besonders in der Aufarbeitung ihrer Erfahrungen als Opfer der [DDR-Diktatur](#), vor allem des [staatlich verordneten Dopings im DDR-Leistungssport](#). Als Themenfeld ergab sich in der DDR unterdrückte [Literatur](#). Sie war maßgeblich daran beteiligt, die Schriftstellerin [Inge Müller](#) (1925–1966) bekannt zu machen. Zeitweise beschäftigte sie sich mit den Hintergründen von [Massenmorden](#) durch Einzeltäter. Von 2013 bis Dezember 2018 war sie Vorsitzende des [Doping-Opfer-Hilfevereins](#).

Leben



Ines Schmidt im Jahr 1981

Ines Geipel wuchs in [Dresden](#) auf. Im Jahr 1974 schickten sie ihre Eltern nach Thüringen auf die [Internatsschule in Wickersdorf](#), eine „[Spezialschule mit erweitertem Russischunterricht](#)“, die dem [Ministerium für Staatssicherheit](#) (MfS) mit einem Patenschaftsvertrag verbunden war. Dass ihr Vater, Direktor des Dresdner Pionierpalastes [Schloss Albrechtsberg](#), unter acht Identitäten für das MfS in Westdeutschland als [Terroragent](#) für die Abt. IV im Einsatz war, erfuhr sie erst in den späten 1990er Jahren durch Einsicht in ihre [OPK](#). Ihr Großvater war als NS-Funktionär in der [SS](#) aktiv.^[1] Ab 1977 betrieb sie [Leistungssport](#) beim [SC Motor Jena](#) und war Anfang der 1980er Jahre Mitglied der [DDR-Leichtathletik-Nationalmannschaft](#). 1984 stellte sie, damals unter dem Namen Ines Schmidt, gemeinsam mit [Bärbel Wöckel](#), [Ingrid Auerswald](#) und [Marlies Göhr](#) als [Staffel](#) des SC Motor Jena in [Erfurt](#) mit 42,20 s den noch bestehenden Vereins-Weltrekord über 4 × 100 Meter auf.^[2] Nachdem sie sich 1984 in einem Vorbereitungslager auf die Olympischen Spiele in einen mexikanischen Geher verliebt

hatte, wollte sie aus der DDR fliehen. Ihre Fluchtpläne wurden von der [Staatssicherheit](#) vereitelt und Ines Geipel fortan mit [Zersetzungsmaßnahmen](#) belegt.^[9] Der Speerwerfer und spätere Trainer beim SC Motor Jena, [Jürgen Falkenthal](#), bespitzelte Geipel als Führungs-IM ([inoffizieller Mitarbeiter](#)) mit dem Decknamen „Ilja Vogelberg“.^[4] Bei einer Blinddarmoperation 1984 wurde ihr im Stasi-Auftrag der gesamte Bauch samt Muskulatur durchschnitten.^[5] So musste sie im Jahr 1985 ihre Sportler-Karriere abbrechen und begann ein Germanistikstudium an der [Friedrich-Schiller-Universität Jena](#). Eine Dissertation wurde ihr ebenso wie eine berufliche Perspektive wegen ihrer Kontakte zur Jenaer Opposition verweigert.^[9] Im Sommer 1989 floh Geipel über Ungarn aus der DDR und ging nach [Darmstadt](#), wo sie an der [Technischen Universität](#) ein [Magisterstudium](#) der [Philosophie](#) absolvierte. Seit 2001 ist sie an der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch« Professorin für Deutsche Verssprache.^[6] Geipel lebt in Berlin.

Wie nahezu 12.000 Sportler in der DDR,^[7] davon auch viele unwissentlich, war Geipel in das System des [organisierten Dopings](#) einbezogen.^[8] Im Jahr 2000 war Geipel Nebenklägerin im Berliner Hauptprozess um das DDR-Zwangsdoping, in dem der einstige [DTSB](#)-Chef [Manfred Ewald](#) wegen Beihilfe zur Körperverletzung in zwanzig Fällen zu einer [Freiheitsstrafe](#) zur [Bewährung](#) verurteilt wurde.^{[9][10]} Das Urteil wurde vom Bundesgerichtshof bestätigt, der das Zwangsdoping als mittelschwere Kriminalität einstufte. Geipel wurde daher vom Bundesverwaltungsamt als Doping-Opfer anerkannt.^[11] Am 28. Juli 2005 bat die ehemalige Athletin den [Deutschen Leichtathletik-Verband](#) um Streichung ihres Namens aus der Rekordliste, da sie ihren Rekord nur durch unfreiwillige Einbindung in das ostdeutsche Zwangsdopingsystem erreicht habe und er das Resultat einer Körperverletzung sei. Der Verband stand diesem Ansinnen anfangs ablehnend gegenüber. Im Mai 2006, nach Androhung von juristischen Schritten durch Geipel, wurde ihr Name durch ein Sternchen ersetzt.^{[2][12]}

Ines Geipel wurde 2011 wegen ihres Engagements für in der DDR unterdrückte Literatur und für ihre Aufarbeitung des DDR-Zwangsdoping-Systems samt Entschädigung der Doping-Opfer mit dem [Bundesverdienstkreuz](#) ausgezeichnet.^[13] Von 2013 bis Dezember 2018 war sie Vorsitzende der [Doping-Opfer-Hilfe](#).^[14] 2017 wurde Geipel mit dem [Goldenen Band der Sportpresse](#) ausgezeichnet.^[15]

2014 gehörte sie zu den Unterzeichnern des „Offenen Briefs Kulturschaffender in Deutschland zum Krieg in Gaza“, der am 1. August 2014 veröffentlicht wurde.^[16]

Im Jahr 2019 sagte sie zur nicht begonnenen Aufarbeitung der Geschichte der DDR, dass Geld alleine den Osten Deutschlands nicht demokratischer machen werde. Sie sagte, es sei "unglaublich, mit welcher Härte die wirklichen Opfer der zweiten Diktatur weg erzählt werden." Fünfzig Jahre Diktaturerfahrung hätten eine traumatisierte Kultur hinterlassen.^[17]

EINHEITSJUBILÄUM 2020:

Was gibt es da zu feiern?

- VON EDO REENTS
- -AKTUALISIERT AM 02.01.2020-09:11



Ein Teil der Berliner Mauer steht vorm Europäischen Parlament in Brüssel.

Auch nach dreißig Jahren sind die Deutschen noch auf der Suche nach ihrer Identität. Was ist, wenn sie keine finden? Anmerkungen zum Einheitsjubiläum.

Wenn es nach Ines Geipel geht, dann kommen wir in diesem Jahr aus dem Feiern überhaupt nicht mehr heraus: „Vielleicht sollte man die Ostdeutschen für den Friedensnobelpreis vorschlagen, damit sie endlich mal erlöst werden und sich sagen können: Ja, wir können mit einem absolut geraden Rückgrat sagen, wir haben Deutschland die Einheit gebracht und sie gemacht.“ So die ehemalige Spitzensportlerin und heutige Professorin zum Jahresende im Deutschlandfunk. Das wäre auf jeden Fall etwas Neues: Weniger das Verdienst des Ausgezeichneten sollte den Ausschlag geben als vielmehr dessen eigene Bedürftigkeit. Da könnte ja jeder kommen. Und „erlöst“? Wovon denn?

Statt mit dem damals Erreichten, mit Einigkeit und Recht und Freiheit, endlich einmal zufrieden zu sein, wird immer so getan, als müsse das Deutschtum noch etwas anderes bedeuten oder hergeben, irgendein freudiges Gefühl, das man aber noch nicht einmal hinter den sieben Bergen bei den sieben Zwergen findet. Es müsse, beharrt nicht nur Ines Geipel gerade, doch möglich sein, aus 1989 eine „Identität“ zu formen. Gut, die Ostdeutschen haben gegen einen bankrotten Staat revoltiert, und die Siegermächte haben sie samt und sonders gelassen – und weiter? Soll das in den Personalausweis?

Man kann es sich selbst einfach nicht recht machen. Nachdem rund um den 9. November wieder einmal deutlich und auch in dieser Zeitung dokumentiert wurde, dass die direkt oder indirekt auf ein Ende der DDR hinarbeitenden Milieus sich die Freude über das Erreichte durch Uneinigkeit und Zwist über den eigenen Anteil daran selbst immer noch am besten zu vermiesen in der Lage sind, steht für das Einheitsgedenken am 3. Oktober etwas Ähnliches zu erwarten. Da können die Deutschen ihre Einheit so groß schreiben, wie sie wollen – sie wird auch bis dahin nur auf dem Papier vollendet sein, nicht aber, wie man das so sagt, in den Köpfen.

Politisches Handwerk und Gefühlsduselei

Dass andauernd Umfrageergebnisse in Umlauf gebracht werden, die darüber Auskunft geben und etwa noch belegen, immer mehr Ostdeutsche seien der Ansicht, dass hier inzwischen weniger Meinungsfreiheit herrsche als in der DDR, verrät eine gewisse Freude am Herbeireden und hat etwas Selbstquälerisches. Kommentatoren finden die Befunde dann regelmäßig „erschreckend“; die konservativen unter ihnen geben

unter der Hand zu verstehen, es müsse wohl doch noch so etwas wie eine Ent-DDR-Fizierung geben; und alle fragen, warum wir eigentlich „immer noch nicht“ so weit und uns über uns selbst ein für alle Mal im Klaren sind.

Sollte es doch etwas mit dem Datum zu tun haben? Der 9. November wäre als Feiertag jedenfalls passender gewesen. Denn, so könnte man in Anspielung auf Richard von Weizsäckers Rede vom 8. Mai 1985 sagen, der 3. Oktober 1990 ist vom 9. November 1989 nicht zu trennen. Dieser war der von vielen vierzig Jahre lang ersehnte Tag der Befreiung, an dem die deutsche Einheit im Wesentlichen aber auch schon vollzogen war. Was danach kam, war Sache des politischen Handwerks. Und was man sich außerdem noch davon verspricht, ist Gefühlsduselei.

Unpompöse Feierlichkeiten

Vielleicht war es doch ein Fehler, nicht den 9. November zu nehmen. Dass an ihm auch eine nicht zu tilgende Schande haftet, ist reiner Zufall. Und „feiern“ tut man ihn ja trotzdem jedes Jahr. So müssen die Deutschen damit leben, dass ihr 3. Oktober gar kein historischer, sondern ein sich aus den Möglichkeiten des damaligen politischen Terminkalenders ergebender, in Bezug auf den Gedenkgehalt absolut willkürlicher Tag ist, mithin etwas ganz anderes als der 4. Juli für die Amerikaner und der 14. Juli für die Franzosen, verglichen mit denen wir unseren nationalen Feiertag denn auch recht verdruckst angehen.

Eine Militärparade verbietet sich natürlich. Das ist auch so eine Leerstelle, die ein historisch notwendig gebrochenes Bild von sich selbst lässt: Es gibt, außer vielleicht noch diese schäbigen Mauerbrocken, schlicht nichts zum Präsentieren. Die Bundeswehr kann nicht paradieren, weil schon ihre Gründung so umstritten war und sie keine Tradition hat, auf die sich zu berufen opportun wäre. Wo Amerikaner und Franzosen historische Schlachten nachstellen beziehungsweise Flieger die Nationalfarben an den Himmel malen lassen, wo Russen und Chinesen ihre Panzer auffahren, da bleiben die Deutschen auch an ihrem Nationalfeiertag schön föderalistisch unpompös und feiern ihn reihum in ihren Bundesländern. Statt sich zu ihrer Hauptstadt zu bekennen, die Berlin Anfang der neunziger Jahre ja unbedingt werden musste, verzichten sie auf eine spezifische Traditionsbildung an einem Ort mit wiedererkennbarer Symbolik. Kleinkrämerisch wie eh und je, stellt man vorher beflissen heraus, welchen Schub man sich durch die Feierlichkeiten für die ausrichtende Stadt, in diesem Jahr Potsdam, erwartet. Würde man das in Paris auch sagen? Und kann man sich einen Bauern in der russischen Provinz vorstellen, der nicht ungetrübt stolz wäre auf die Rote Armee? Dringen solche Stimmen aber nach Deutschland, dann gibt es gleich Alarm: Aha, der Stalinismus wird wieder verherrlicht.

Wo sind die Helden?

Womit könnten sich die Deutschen also identifizieren? Es gibt nichts, nur Innerlichkeit und die dauernde Fragerei nach „Identität“. Vielleicht wird man die eigentümliche Leere, die auch das Ergebnis der nach 1945 richtigerweise errichteten Tabus ist und die auch von den unausgegorenen Berliner Protzbauten auf die Dauer nicht zu kaschieren sein wird, eines Tages erkennen und die Suche dann abbrechen. Wenn man nach dreißig Jahren noch keine „Identität“ gefunden hat, dann wird das wohl auch nichts mehr.

Richten wir unser Augenmerk auf die gleichsam spezifische Negativität des entscheidenden Ereignisses, das die Grenzöffnung nun einmal ist: Wo sind allgemein akzeptierte Helden? Das DDR-Regime, das die Grenze öffnete, von Gewalt absah und damit die Bedingung der Möglichkeit dessen schuf, was als „friedliche Revolution“ seither Staatsräson ist, kommt für eine solche Rolle vermutlich auch in Zukunft nicht in Frage. Der Totengräber der DDR hat eben viele Gesichter und deswegen keines, das man sich einprägen könnte. Es wird interessant sein, wie bei den Feierlichkeiten, die in Form von weiteren Einheitsdiskussionen wahrscheinlich bald einsetzen werden, die Rolle Helmut Kohls gesehen wird. Auch da wird, schon wegen der von ihm mit ins Grab genommenen Parteispendernamen, viel Krampf im Spiel sein, der angesichts des deutschen Freiheitspathos kleinkariert wirkt. Der Kanzler der Einheit, der im richtigen Moment die historisch einmalige Chance ergriff – auf so etwas wird man sich wohl wieder verständigen.

Schuld und Sühne

Es gibt, in sehr linken Kreisen, immer noch die Auffassung, die deutsche Teilung sei die gerechte Strafe für Auschwitz. Wenn aber Auschwitz unsühnbar ist, dann müsste die Teilung logischerweise ewig bestehen. Eine der markantesten Stimmen dieser reinen Lehre ist in Gestalt Hermann L. Gremlizas gerade verstummt. Der langjährige „Konkret“-Herausgeber trat aus der SPD aus, nachdem sich deren Abgeordnete am 9. November 1989 zum Absingen der Nationalhymne mit erhoben hatten. Nicht sehr lange vor seinem Tod begründete er dies noch einmal damit, dass es schon SPD-Abgeordnete gewesen seien, die am 17. Mai 1933, ‚Seit‘ an ‚Seit‘ mit den Nationalsozialisten, die erste Strophe intoniert haben.

Im Lichte eines solchen Rigorismus, den man nicht als moralische Hypochondrie abtun muss, sind die immer gleichen Zitate nach Art von „Wer aus der Geschichte beziehungsweise aus der Vergangenheit nichts lernt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen“ weniger als ein Lippenbekenntnis. Was gäbe es aus der Judenvernichtung denn zu „lernen“: wie man sie noch gründlicher betreiben könnte? Gerne wird auch, mit Gorbatschow, behauptet, wer zu spät komme, den bestrafe das Leben. Registriert man die schon länger vertretene Deutung, dass die Einheit doch etwas zu schnell, um nicht zu sagen: übereilt vollzogen wurde, dann möchte man eher das Gegenteil für richtig halten.

„Wo bleibt unsere Glückserzählung?“, fragte Ines Geipel gerade wieder. Solche Rhetorik verrät das eigentümlich Forcierte dieser Dauerdebatte. Wenn sich die Freude schon nicht einstellen will, dann vielleicht auf dem Wege der Verordnung? Am Ende können sich die Deutschen einfach nicht damit abfinden, dass sie sich, wenigstens in ihrer einen, ungleich größeren Hälfte, ihr Glück ja gar nicht erarbeitet haben, sondern dass es ihnen, wie es dies nun einmal an sich hat, zufiel. Wenn sie es nicht empfinden – auch gut; niemand wird es ihnen vermitteln können. Die permanente Meckerei über die angeblich immer noch nicht vollzogene „innere“ Einheit wirkt vor dem eigentlichen historischen Hintergrund jedenfalls obszön.

Die ganze Selbsterforschung mag gut gemeint sein und zeugt doch von einem Mangel an historischem Sinn. Denn so lang eine Zeit von nunmehr 75 Jahren (nach Kriegsende) und dreißig Jahren (nach dem Ende der deutschen Teilung) auch sein mag: Die Deutschen sollten sich daran erinnern und können nur von Glück sagen, dass andere ihre Einheit ja auch zugelassen haben. Reicht das nicht? Feiern wir lieber Beethoven und Hegel. Da weiß man wenigstens, was man hat.

SINGAPURS SCHLECHTES IMAGE:

Nur keine Angst vor dem Musterstaat

- VON MARCO STAHLHUT, SINGAPUR
- -AKTUALISIERT AM 02.01.2020-07:12



Eine Oase der Sicherheit, des Fortschritts und des Wohlstands: Warum wird Singapur im Westen trotz vieler positiver Seiten so negativ betrachtet?

Es ist verblüffend, wie häufig in der Brexit-Debatte Singapur als Schreckgespenst an die Wand gemalt worden ist. Ob nun der Filmstar Hugh Grant verkündete, er wolle nicht, dass seine Kinder „in einem Singapur an der Themse aufwachsen“, [Bundeskanzlerin Merkel](#) vor einem „Singapur vor der Haustür der EU“ warnte oder der britische „Spectator“ nach den Unterhauswahlen wusste: „Wir steuern auf einen Brexit à la Singapur zu.“

Sofern mit „Singapur“ mehr als „ein Land mit niedrigen Steuersätzen für internationale Unternehmen“ gemeint sein soll – und dann könnte man ja auch einfach „Irland“ sagen –, kann Entwarnung gegeben werden: Nur in seinen kühnsten Träumen könnte Großbritannien ein neues Singapur werden. Was die Sorgen von Grant um seinen Nachwuchs betrifft: Der südostasiatische Stadtstaat rangiert nicht nur regelmäßig auf Platz eins oder zwei der jährlichen Pisa-Studien, er wird auch immer wieder an die Spitze der lebenswertesten Städte Asiens gewählt. Anders als in London stechen in Singapur nicht alle paar Tage jugendliche Drogendealer Altersgenossen zu Tode. Und selbst von erfolgreichen Terroranschlägen hat man seit Jahrzehnten nichts mehr gehört.

England hat Singapur im Stich gelassen

Nicht zuletzt folgt Singapur viel zu sehr der Vernunft und dem Rat von Experten, als dass es wahrscheinlich wäre, es würde wie die Briten einen Markt mit 500 Millionen Menschen vor der eigenen Haustür verlassen wollen. Der Stadtstaat gehörte 1967 zu den Gründungsmitgliedern von Asean, dem südostasiatischen, lockergestrickten Pendant zur [EU](#). Singapur ist darüber hinaus der vielleicht einzige Nationalstaat der Welt, dessen Unabhängigkeit gegen seinen Willen erfolgte: 1965 wurde das Land aus Malaysia geworfen, weil es der gesetzlichen Privilegierung von ethnischen Malaien gegenüber Chinesen und Indern nicht folgen mochte. Bei der Bekanntgabe der Unabhängigkeit im Radio musste Lee Kuan Yew, der erste, legendäre Premier Singapurs, minutenlang weinen.

Die Rede von Großbritannien als neuem Singapur hat eine spezifisch geschmacklose Komponente, denn das Königreich hat den Stadtstaat gleich zweimal in der jüngeren Geschichte spektakulär im Stich gelassen. Einmal als Kolonialmacht während des [Zweiten Weltkriegs](#), als die Briten Singapur den Japanern überlassen mussten, ganz im Gegensatz zum mehrheitlich von Weißen bewohnten Australien, zu dessen Schutz sorgfältige Pläne entwickelt worden waren. Diese unterschiedliche Wertschätzung ist in Singapur bis heute nicht vergessen. Die Japaner richteten während ihrer Besatzungszeit grauenvolle Massaker an der chinesischstämmigen Bevölkerung an.

Singapur hat triumphiert

Zum zweiten Mal ließ Großbritannien den Stadtstaat 1968 im Stich, als dessen Überleben noch keineswegs gesichert war. In jener Stunde der Not kündigte das Vereinigte Königreich an, seine Militärpräsenz in Singapur innerhalb von drei Jahren vollständig aufzugeben. Damit versetzte es der jungen Nation gleich zwei Schläge auf einmal: zum einen ihrer nationalen Sicherheit, zum anderen ihrer Wirtschaft. Die britischen Militärbasen hatten bis dahin für annähernd zwanzig Prozent des Singapurischer Bruttosozialprodukts gesorgt und jeden zehnten Bewohner des Stadtstaats beschäftigt.

Und doch hat Singapur das alles nicht nur überlebt, es hat triumphiert. Der kleinen rohstoffarmen Insel vor Malaysia ist in nur einer Generation der Sprung von der Dritten Welt in die Erste gelungen. Beim Bruttosozialprodukt pro Kopf steht Singapur heute knapp vor den Vereinigten Staaten, weit vor Deutschland und Großbritannien. Und wer den Stadtstaat besucht, mag dazu neigen, ihn als Kategorie für sich zu betrachten. Der öffentliche Nahverkehr ist besser organisiert als irgendwo sonst. Von „Stau“ sprechen seine Bewohner, wo anderswo höchstens von zähflüssigem Verkehr die Rede wäre. Und obwohl Singapur ebenso klein wie dichtbesiedelt ist – fast sechs Millionen Menschen leben auf 720 Quadratkilometern, was flächenmäßig deutlich kleiner als Berlin und nur etwa halb so groß wie London ist –, zeigt sich die Metropole als ausgesprochen grün mit reicher Biodiversität.

Die geringe Fläche des Stadtstaats hat forciert, dass bereits heute ein bedeutender Teil seiner Infrastruktur unterirdisch angesiedelt ist. Inzwischen bestehen Planungen, noch einen radikalen Schritt weiterzugehen und den Güter- und Personentransport, Industrieanlagen und Warenlager möglichst vollständig in den Untergrund zu verlegen. Das dadurch frei werdende Land soll für Apartments, Büros, Grünflächen, Kinderspielplätze und Sportanlagen genutzt werden. Erst vor wenigen Tagen wurden von der zuständigen Behörde die ersten Detailpläne für einzelne Stadtbezirke vorgelegt.

Falls auch dieser Megaplan gelingt, dürfte die „Erste Welt“ mit ihrer bröckelnden Infrastruktur als etwas erscheinen, was Singapur weit hinter sich gelassen hat. Um die Heldin des als Buch und Film erfolgreichen Kassenschlagers „Crazy Rich Asians“ zu zitieren, nachdem sie zum ersten Mal im Stadtstaat gelandet ist: Verglichen damit habe New Yorks JFK-Flughafen „nur Salmonellen und Verzweiflung“ zu bieten. Das Besondere an Singapur sei nicht, dass es den Rat von Experten einhole, so der australische Urbanist Stephen Hamnett. Sondern vielmehr, dass es den Rat der Experten dann auch umsetze. Würde sich Großbritannien an diese Maxime halten, wäre es zum Referendum über ein Verlassen der EU gar nicht erst nicht gekommen.

Defizite bei der Meinungsfreiheit

Kritiker werden einwenden, dass der Stadtstaat keine lupenreine Demokratie sei. Die Tatsache, dass die PAP, die People's Action Party, von 1966 bis heute ununterbrochen die Regierung stellt, scheint dafür ein unfehlbares Indiz. Auch diagnostizieren Kritiker Defizite bei der Meinungsfreiheit. Beide Vorwürfe sind klar begründet – und doch sind die durch sie aufgeworfenen Fragen komplizierter, als man meinen möchte. So sind Fälle von Machtmissbrauch gegen die Opposition zwar eindeutig belegt, vieles deutet aber darauf hin, dass die PAP nicht wegen schmutziger Tricks, sondern wegen der einzigartigen Erfolgsgeschichte des Stadtstaats immer wieder an die Macht gewählt wird.

Was die Meinungsfreiheit angeht, so ist sie tatsächlich kontrolliert, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit existieren, jedenfalls im westlichen Sinne, gar nicht. Wahr ist allerdings auch, dass die Hauptgangssprache Singapurs Englisch ist und ausländische Medien- und Diskussionsseiten im Internet nicht blockiert werden. Folglich können die Bürger Kritik am eigenen Land ohne größere Probleme nachverfolgen.

Gerade wenn man zugesteht, dass Singapur keine lupenreine Demokratie ist, stellt der beispiellose Erfolg des Landes die herkömmliche These in Frage, dass möglichst viel Demokratie auf lange Sicht immer ein Vorteil sei, unabhängig vom Niveau der Rechtsstaatlichkeit. Das gilt insbesondere im Vergleich mit den Nachbarn Malaysia, Indonesien, Thailand, Kambodscha, Vietnam, die Philippinen, Laos oder Burma – sie alle haben seit 1945 eine blutige Geschichte hinter sich, voller Korruption, mit Militärputschen,

Bürgerkriegen, Diktaturen jeder Art, politischen Morden, Massakern und Genoziden. Singapur ist demgegenüber eine Oase der Sicherheit, des Fortschritts und des Wohlstands.

Kritiker des Singapur Modells argumentieren häufig, es handele sich bei ihm um eine Art „Deal“: So sei zwar die sozio-ökonomische Entwicklung des Stadtstaats beeindruckend, sie werde jedoch mit den benannten Defiziten bei Demokratie und bürgerlichen Freiheiten bezahlt. So plausibel eine solche Argumentation auch scheinen mag, durch einen Blick auf Südostasien insgesamt wird sie nicht gestützt. Nicht nur gibt es keinen grundlegenden Aspekt – ob nun der Lebensstandard der Bevölkerung, ihr Ausbildungsniveau oder die medizinische Versorgung –, in dem irgendein Nachbarstaat Singapur übertreffen würde. Es gibt auch kein einziges südostasiatisches Land, in dem alle Bürger mehr Rechtsstaatlichkeit genießen würden als in Singapur oder in dem jemals länger als wenige Jahre größere Meinungsfreiheit, Demokratie und Gewaltfreiheit gleichzeitig geherrscht hätten als im Stadtstaat.

Wenn das alles kein Plädoyer für eine Übertragung des Singapur Modells auf andere Länder sein soll, dann vor allem deswegen, weil man nicht wüsste, wie das zu machen wäre. Es gibt verschiedene Erklärungen für den Ausnahmefall Singapur, aber keine, die das Gesamtphänomen als übertragbar erscheinen ließen. Nur ein zentrales Beispiel: Überall auf der Welt gehen Defizite bei Demokratie und Meinungsfreiheit gewöhnlich mit einem Anstieg an Korruption einher. Singapur dagegen steht auf der „Transparency International“-Liste 2018 auf Platz drei der am wenigsten von Korruption betroffenen Länder: direkt hinter Dänemark und Neuseeland. Großbritannien und Deutschland teilen sich Platz elf, Frankreich und die Vereinigten Staaten folgen auf den Plätzen 21 und 22.

Die größte Gefahr für Singapur scheint derzeit, dass es zum Opfer seines eigenen Erfolges wird: von innen, weil seine Einwohner immer wohlhabender, gebildeter und damit auch anspruchsvoller werden, und von außen, weil gerade die relative Offenheit Singapurs, seine wachsende Kulturszene, seine auf internationalem Niveau mitspielenden Universitäten, seine Anschlussfähigkeit an internationale Diskussionen den Kleinstaat zum Ziel von Kritik machen, wie sie anderen südostasiatischen Ländern nicht zugemutet wird.

Quelle: F.A.Z.

AUFBRUCH IN EUROPA:

Deutschland muss über „Verteidigung“ neu nachdenken

- VON MATTHIAS HERDEGEN
- -AKTUALISIERT AM 02.01.2020-15:16



Ohne Klarheit der rechtlichen Optionen lassen sich aber weder eine neue Sicherheitsarchitektur noch eine Strategie deutscher und europäischer Sicherheit entwickeln. Ein Gastbeitrag.

Nach dem 70. Geburtstag der Nato herrscht unter den Partnern nur in einem Punkt Einigkeit: dass ihr eine unruhige Zukunft bevorsteht. Auch innerhalb der EU überlagert sich der verfrühte Abgesang auf eine totgesagte Nato durch Präsident Macron mit der Forderung nach einer Stärkung des europäischen Bündnisflügels durch die deutsche Bundesverteidigungsministerin. Einigkeit besteht nur in Anbetracht der neuen Herausforderungen: die Großmachtattitüden Chinas und Russlands, die nukleare Drohkulisse Irans und Zweifel an der Verlässlichkeit des wichtigsten Bündnispartners Vereinigte Staaten drängen zu neuen Formen der Zusammenarbeit.

Ohne Klarheit der rechtlichen Optionen lassen sich aber weder eine neue Architektur noch eine Strategie deutscher und europäischer Sicherheit entwickeln. Sonst fehlt einem neuen Aktionsrahmen Europas und einer Neubestimmten Rolle Deutschlands der völker- und verfassungsrechtliche Anker.

Aus rechtlicher Perspektive sind vor allem die vertrauten Pawlow'schen Reflexe all derer zu vernehmen, welche der Ruf nach einem strategischen Aufbruch aus ihrem vertrauten Biedermeier schreckt. Diese Warner sehen das Grundgesetz als ein Bollwerk von Verboten gegen jeden Aufbruch zu einer robusteren Sicherheitspolitik. Der Einsatz der deutschen Marine zur Sicherung der freien Schifffahrt in der Straße von Hormuz und anderswo, ein multinationales Engagement in Nordsyrien, Unterstützung fremder Staaten gegen Terrorangriffe, ja selbst die militärische Rettung eigener Staatsangehöriger – alles Verfassungsbrüche, wenn kein UN-Mandat vorliegt. So werden im Staatsrecht weiter bequeme Denkhürden kultiviert, hinter denen sich gerne jene Kräfte des Abwartens und der Beschwichtigung verschanzen, die als schärfste Waffe den Aufruf zur allseitigen Mäßigung kennen oder eher hilflos ohne eigenen Kurs zu einem kollektiven Nachdenken in Arbeitsgruppen aufrufen.

Der rechtliche Nebel fängt schon im Grundsätzlichen an

Der rechtliche Nebel fängt schon im Grundsätzlichen an. Artikel 87a Absatz 2 des Grundgesetzes spricht davon, dass die Streitkräfte nur zur „Verteidigung“ oder sonst nach „ausdrücklicher Zulassung“ durch das Grundgesetz eingesetzt werden dürfen. Der historische Wille des Gesetzgebers hat die Vorschrift wohl nicht auf die Einsätze im Ausland bezogen, die ohnehin nur in den Bahnen des Völkerrechts verlaufen dürfen. Denn diese Vorschrift ist erst lange nach Schaffung der Bundeswehr im Zuge der Notstandsgesetzgebung eingefügt worden und steht im engen Zusammenhang mit der Regelung des Einsatzes der Streitkräfte im Inneren, der gerade in einer Demokratie seit jeher als problematisch gilt. Dennoch fordert die gängige Lesart auch außerhalb der Verteidigung eine ausdrückliche Ermächtigung, wie sie insbesondere bei Einsätzen im

Rahmen von „Systemen kollektiver Sicherheit“ (Artikel 24 Absatz 2 GG) nahelegt. Auf eine gerichtliche Entscheidung kann sich keine der beiden Sichtweisen berufen. Den Mut, sich auf den historischen Willen des Gesetzgebers zu berufen, hätte – wenn überhaupt – nur eine unionsgeführte Minderheitsregierung. An die Chance einer Änderung des Grundgesetzes wird keiner glauben, der etwa das zähe, letztlich ergebnislose Ringen über höchst bescheidene Änderungen bei der notwendigen Zustimmung des Bundestages im Interesse der Bündnisfähigkeit miterlebt hat.

Im Sinne zentraler Sicherheitsinteressen Deutschlands und seiner Partner ist es an der Zeit, auch den Begriff der „Verteidigung“ im Grundgesetz zu überdenken. Zu unseren wesentlichen Interessen gehört auch die Sicherung bestimmter Grundwerte wie der Schutz elementarer Menschenrechte bei Genozid und sonstiger systematischer Verfolgung. Hier sind wir mit den neuen Initiativen des Verteidigungsministeriums und dem Weißbuch von 2016 seit dem Rücktritt eines Bundespräsidenten doch ein Stück vorangekommen. Längst vergessen scheint, dass vor zwei Dekaden eine rot-grüne Regierung Deutschland selbstbewusst zusammen mit anderen Nato-Staaten in einen Krieg zum Schutz einer Minderheit vor Völkermord und ethnischen Säuberungen geführt hat, ohne UN-Mandat und ohne Bündnisfall. Auch der Schutz der Seewege ist Verteidigung.

Einigkeit besteht darüber, dass ein Mandat des UN-Sicherheitsrats einen Einsatz der deutschen Streitkräfte trägt. Aber schon wegen der geopolitischen Eigeninteressen der ständigen Mitglieder (und Vetomächte) des Weltkabinetts lässt sich darauf keine Sicherheitsstrategie aufbauen. Umso wichtiger ist es, auch die EU ebenso wie die UN und die Nato als ein System kollektiver Sicherheit anzuerkennen, das auf Befriedung im Inneren und Sicherheit nach außen gerichtet ist. Das Bundesverfassungsgericht hat dies in seinem Lissabon-Urteil von 2009 in einer Randbemerkung anders gesehen und scheint dies nach einer jüngsten Äußerung auch zu bereuen.

Neben den staatsrechtlichen Stellschrauben bedarf es aber auch gewisser Korrekturen auf der EU-Ebene. Eines der Kernprobleme liegt dabei im Prinzip der Einstimmigkeit bei außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der EU. Daraus erwächst Mitgliedstaaten mit besonderen Rücksichten (etwa auf die chinesischen Investitionen im Rahmen der „Road & Belt Initiative“) eine fatale Vetoposition. Wer den Aktionsrahmen für eine „Koalition der Willigen“ wie die E3 (Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich) oder einen größeren Kreis vergrößern möchte, muss über neue Formen kollektiver Sicherheit – innerhalb der EU und darüber hinaus – nachdenken. Insbesondere das mit dem Brexit verbundene Abdriften eines Viertels der europäischen Verteidigungskraft vergrößert die strategische Relevanz der Einbindung des Vereinigten Königreichs in neue Strukturen. Diese Strukturen müssen dabei den verfassungsrechtlichen Anforderungen an Systeme kollektiver Sicherheit genügen und mit einem völkervertraglich wirksamen institutionellen Unterbau ausgestattet sein. Innerhalb eines solchen Systems ließe sich künftig etwa auch die militärische Sicherung maritimer Transportwege organisieren. Wie die Untätigkeit bei den iranischen Aggressionen in der Straße von Hormuz in diesem Sommer gezeigt hat, haben politische und rechtliche Handlungsunfähigkeit einen hohen Preis. Leider steht bei der europäischen See- und Überwachungsinitiative zur Sicherung der freien Schifffahrt im Persischen Golf Deutschland wieder abseits.

Zu Recht hat der französische Präsident Macron jüngst zudem die Wirksamkeit der Beistandsklausel des EU-Vertrages für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf ein Mitglied (Artikel 42 Absatz 7 EUV) thematisiert. Im Karlsruher Lissabon-Urteil wird diese Klausel so verwässert, dass sie Staaten die Wahl zwischen militärischem Beistand und einem Telegramm mit guten Wünschen lässt. Dabei fordert der EU-Vertrag von den anderen Mitgliedstaaten „alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“ und schließt damit die Lücke, die sich aus dem Auslaufen des WEU-Vertrages ergeben hat. Ebenso wichtig ist die Beistandsverpflichtung für neue Bedrohungen etwa durch Cyberattacken, terroristische Angriffe (wie die Anschläge in Paris im November 2015) sowie die Position von EU-Mitgliedern, die außerhalb der Nato stehen.

Die neuen Denkanstöße lassen auch für die strategische Neuausrichtung der Politik hoffen. Der Deutschland zugewachsenen Verantwortung wird jedenfalls das Grundgesetz nicht im Weg stehen.

Professor Dr. DDr. h. c. Matthias Herdegen ist Direktor des Instituts für Völkerrecht und des Instituts für Öffentliches Recht an der Universität Bonn.